

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 20940 1



SPW - 14

MIT REGISTER 1978-1981



Der Kampf um die Sozialdemokratie

ISSN 0170-4613

9,80 DM

5. Jahrgang — Februar 1982

Klose Interview
zum SPD-Parteitag

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Och-trup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Joachim Pieczkowski

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin (West), HRB 13699.

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend März 1982

Die spw erscheint 1982 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 516 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemo-kratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt ein-gesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig be-schrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Bestellkarte des spw-Verlages, Berlin (West).

Inhalt

Editorial	3
Verlagsmitteilungen	5

Aktuelle Kommentare

<i>Axel Horstmann</i> : Weimarer Verhältnisse am Arbeitsmarkt	6
<i>Peter Pelinka</i> : Acht Thesen zu Polen	8
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Manfred Coppik und die Organisationsfrage	10

Diskussionsschwerpunkt: Der Kampf um die Sozialdemokratie

<i>Knut Krusewitz</i> Lohnt der Kampf um die SPD noch?	13
<i>Frank Heidenreich/ Andreas Westphal</i> Eine linke Alternative ohne die Gewerkschaften?	22
<i>Kurt Neumann/ Dieter Scholz</i> Richard Löwenthal und die Klassenfrage oder: Der Zauberlehrling	31
<i>Claus Schäfer</i> Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung durch qualitatives Wachstum	37
<i>Klaus Thüsing</i> Das Ende der »Strategie des Gleichgewichts«	45
<i>Wolfgang Biermann/ Jürgen Egert</i> Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr	49

Interviews

Interview mit Hans-Ulrich Klose über sozialdemokratische Friedens-, Wirtschaftspolitik und die SPD Linke vor dem Bundesparteitag	57
Interview mit Ernest Borneman über Sexualität und Gesellschaft	67

Außerhalb des Schwerpunktes:

<i>Werner Holtfort</i> : Der Fall Hansen	71
<i>Rainer Frank/ Wolfgang Storz</i> : Gewerkschaften und Kommunalpolitik	75
<i>Beate Wagner</i> : Am Anfang war die Gebärmutter... Zum Bild der Frau in der Matriarchatsforschung	82

Dokumentation

Diskussionsbeitrag des SHB zu den »Herforder Thesen« — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD. Auszug aus dem Beschluß der 22. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Sozialistischen Hochschulbundes	91
Besprechungen	99
spw-Register 1978 — 1981, 1.-4. Jahrgang	105

Pfingsten 1982 zum dritten Mal!

28. bis 31. Mai

Henry-Ford-Bau der FU Berlin



**VOLKS
uni**

*Vorlesungen, Diskussionen,
Theater, Frauen-Rock,
Friedenslieder ...*

**VOLKSUNI-Büro:
Muthesiusstraße 38
1000 Berlin (West) 41**

Tel.: 030/792 89 20
(Di 9-13 Uhr; Do 16-19 Uhr)

Was wir machen?

Parlamentarismus und soziale Bewegungen. Internationale Arbeiterbewegung. Austromarxismus. Polen-Diskussion. Kapitalistische Wirtschaftskrise und Keynesianismus.

Frauenfrage — Klassenfrage. Gewerkschafterinnentagebuch. Frauenselbsthilfegruppen. Patriarchat und Militarismus. Frauenliteratur.

Autonome Gewerkschaftspolitik und Korporatismus. Gewerkschaftliche Basisstrukturen in Westeuropa. Arbeitsorientierte Umweltpolitik. Sozialpolitik.

Atomare und konventionelle Rüstung in Europa. Rüstungskonversion. Friedensbewegung und Dritte Welt. Blockgegensatz und Entspannungspolitik.

Musik — Literatur — Theater: Zum Zuhören, Ansehen und Selbermachen.

Wer mehr wissen will, bestellt für 10,— DM pro Jahr die VOLKSUNI-Briefe ... *und kommt Pfingsten nach Berlin* (Vermittlung von Schlafplätzen über das Volksuni-Büro).

Editorial

Viele, die zu Beginn der 70er Jahre ihre demokratischen Hoffnungen auf die SPD setzten, um die vom CDU-Senat geprägte konservativ-reaktionäre Gesellschaft zu überwinden, haben zwar nicht immer ihre demokratischen Hoffnungen aufgegeben — aufgegeben haben sie aber die Sozialdemokratie als tragende Kraft dieses Veränderungsprozesses. Die Genossen Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik sind die jüngsten und prominentesten Beispiele für diese Haltung aus den Reihen ehemals aktiver Sozialdemokraten. Nach wie vor gibt es in der Sozialdemokratie aber auch viele, die den Kampf in der SPD um die SPD trotz »Doppelbeschuß«, »Operation '82« und »Beschäftigungsprogramm« nicht aufgegeben haben. Diese Haltung mag sehr unterschiedliche Motive haben. Für die, die diese Zeitschrift politisch tragen und »machen«, gilt, daß sie gerade die Auseinandersetzung um die Inhalte sozialdemokratischer Politik in einer Entwicklungsphase für notwendig erachten, in der die Krise der Gesellschaft immer mehr zu einer Krise sozialdemokratischer Politik wird, die ihre Inhalte ausschließlich im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung und ihrer Machtverhältnisse bestimmt. Da aber diese sozialen Determinanten als Krisenursache sozialdemokratischer Politik immer deutlicher werden, besteht insbesondere in der SPD die Chance und die Notwendigkeit, diese Determinanten in Frage zu stellen. Ein positives Beispiel dafür ist der Verlauf des Bezirksparteitages in Ostwestfalen-Lippe. Dieses Heft soll einerseits ein Beitrag zu dieser innerparteilichen Diskussion sein, wie andererseits »tagespolitische« Themen im Vorfeld des Parteitagés aufgreifen. Der Diskussionsschwerpunkt »Der Kampf um die Sozialdemokratie« gliedert sich daher in zwei Bereiche. Die ersten drei Beiträge setzen sich mit der Krise sozialdemokratischer Politik im oben genannten Sinn und ihrer innerparteilichen Verarbeitung auseinander. Die folgenden drei Beiträge gehen auf Themen ein, an denen sich die Krise sozialdemokratischer Politik am deutlichsten kristallisiert: Beschäftigungs- und Sicherheitspolitik.

Für *Knut Krusewitz* liegt es in der Hand der Partei-Linken, insbesondere denen, die die Reformpolitik der Ära Brandt aktiv mitgestaltet und mitgetragen haben, ob der Kampf in und um die SPD noch lohnt. Ihre politische Aufgabe wäre es, die Forderungen der »Erben« der Reformpolitik, Gewerkschaften, Friedensbewegung und Bürgerinitiativen, durch die SPD in eine sozialistische und bündnisfähige Perspektive zu transformieren. Daß die SPD-Linke diese Aufgabe gegenwärtig nicht erfüllt, liegt für Krusewitz u.a. auch darin begründet, daß die Reformen von einst das Scheitern der Reformpolitik nicht kritisch aufarbeiten. Dies gilt insbesondere für das Scheitern der Strategie des qualitativen Wachstums — dem Kern der Reformpolitik. Um Lehren für die Zukunft zu ziehen, stellt Krusewitz dar, welche ökonomischen und sozialen Bedingungen das Scheitern der Reformpolitik bereits in ihrer Hochphase vorprogrammierten.

In der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Krise sozialdemokratischer Politik sind in den letzten Monaten zwei Antagonisten hervorgetreten: Erhard Eppler und Richard Löwenthal. Im Beitrag von *Frank Heidenreich* und *Andreas Westphal* wird Erhard Epplers Politikkonzeption vorgestellt und auf seine Tragfähigkeit für eine linke Alternative in der SPD hinterfragt. Die Autoren zeigen, daß Eppler einer der wenigen oppositionellen Politiker in der SPD ist, der eine zusammenhängende Alternative gegenüber sozialdemokratischer Regierungspolitik formuliert. Der zentrale Mangel der Epplerschen Alternative besteht in der fehlenden ökonomischen Krisentheorie, die in den strategischen Schlußfolgerungen keine überzeugende ökonomische und politische Perspektive für die Gewerkschaften weist. Damit ist seine Politikkonzeption als linke Alternative in der SPD kaum

tauglich. Die »offene Gewerkschaftsflanke« in Eppers Konzeption gibt seinem Kontrahenten Löwenthal die Möglichkeit, das dominierende gewerkschaftliche Interesse an der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung für seine Politik in Anspruch zu nehmen. Löwenthals Forderung nach Abgrenzung der Sozialdemokratie von den »Kritikern der arbeitsteiligen Industriegesellschaft« und ihrer »Wachstumskritik« zugunsten einer eindeutigen Position für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung stellt dennoch für *Kurt Neumann* und *Dieter Scholz* nichts anderes dar, als eine »neokapitalistische Offensive« in der SPD. Statt die kapitalistischen Ursachen für Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zu benennen, wendet Löwenthal die berechtigten Interessen der abhängig Beschäftigten demagogisch gegen eine Wachstumskritik, wie sie auch von Eppler formuliert wird. Mag Eppers Position auch vom marxistischen Standpunkt kritikwürdig sein, so ist sie doch in keiner Weise für die Krise kapitalistischen Wirtschaftswachstums verantwortlich. Genau diesen Eindruck will Löwenthal aber suggerieren, um die rechtssozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften zu verteidigen. Wie wenig glaubwürdig dieser Versuch Löwenthals ist, versuchen Neumann und Scholz auch dadurch zu zeigen, daß sie Löwenthals »Sechs Thesen zur Identität der Sozialdemokratie« aus dem Jahr 1981 mit einem Grundsatzartikel von Löwenthal im Vorfeld des Bundesparteitages 1973 konfrontieren. Es zeigt sich, daß Löwenthals heutige politische Haltung an den Zauberlehrling erinnert, der die »bösen Geister« nicht mehr los wird, die er damals rief.

Der zweite Teil des Schwerpunktes setzt sich mit den zentralen Themen des kommenden Bundesparteitages auseinander. *Claus Schäfer* begründet in seinem Artikel vom gewerkschaftlichen Standpunkt noch einmal ausführlich die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit. In der gegenwärtigen Situation tritt er vorrangig für Arbeitszeitverkürzungen und ein staatliches Beschäftigungsprogramm ein. Maßnahmen, die gemeinsam von den Gewerkschaften und dem Staat zu tragen sind. Gegenüber einem staatlichen Beschäftigungsprogramm erhebt er die Forderung, daß es nicht allein auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein muß, sondern auch an Arbeits- und Produktionsinhalten, die auf die Beseitigung von gesellschaftlichen Mängeln und Defiziten zielt. Obwohl Schäfers Artikel vor der öffentlichen Diskussion um das sogenannte Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung verfaßt wurde, zeigt er, daß gewerkschaftliche Vorstellungen zur Beschäftigungspolitik in der Arbeitspolitik der Bundesregierung nicht ausreicht berücksichtigt werden. Die beiden folgenden Artikel setzen sich kritisch mit der Sicherheitspolitik der SPD-Führung und der Regierungskoalition auseinander. *Klaus Thüsing* vertritt die Auffassung, daß die Grundlage bisheriger sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, die Strategie des Gleichgewichts, angesichts US-amerikanischer Hochrüstungspolitik eine Fiktion geworden ist. Er wendet sich noch einmal gegen den NATO-Doppelbeschluß, der von der gescheiterten Gleichgewichtsdoktrin ausgeht, und tritt für die Annahme des sowjetischen Moratoriumsvorschlags ein. *Wolfgang Biermann* und *Jürgen Egert* setzen sich in ihren »Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr« noch einmal ausführlich mit dem Problem der »Nachrüstung« auseinander. Vom ökonomischen Standpunkt zeigen sie die Gefährlichkeit und Unhaltbarkeit der Behauptung, die NATO-»Nachrüstung« würde einem militärischen Gleichgewicht zwischen den Blöcken dienen und dadurch den Frieden sichern. Das Gegenteil ist der Fall. Die einzige Alternative ist daher für sie, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch eine breite Volksbewegung zu verhindern. — Die Rubrik »Berichte« mußten wir diesmal vernachlässigen, da wir in diesem Heft erstmalig ein *spw*-Register der Jahre 1978-1981, 1. bis 4. Jahrgang veröffentlichen. Wir hoffen, es wird vielfältig genutzt. *Die Redaktion*

Verlagsmitteilungen

1. Wieder lieferbar: spw 1!

Die Startauflage von 2000 Exemplaren im Oktober 1978 war schon nach wenigen Monaten vergriffen. Mit *spw 2* erhöhten wir daher die Auflage, die seither erschienenen Ausgaben sind ohne Ausnahme noch lieferbar. Beständige Nachfrage war für uns Anlaß, die erste *spw* wieder aufzulegen. Die zweite Auflage von 1000 Exemplaren liegt seit Anfang Februar vor, die eingegangenen Vorbestellungen sind inzwischen vom Vertrieb erledigt.

spw 1 kostet einschließlich Versand nur 5,— DM! Für Bestellungen benutzen Sie bitte die beiliegende Postkarte.

2. Neue Preise 1982

In den Verlagsmitteilungen zu Heft 13 begründeten wir die Notwendigkeit der ersten Preiserhöhung nach zwei Jahren. Steigende Kosten in Herstellung und Vertrieb sind der eine Hauptgrund, die Erweiterung des Umfangs — erstmals mit dem vorliegenden Heft — auf 129 Seiten der andere. Ab 1.1.1982 bzw. mit diesem Heft gelten für die Zeitschrift folgende Preise:

Einzelverkauf

a) Buchhandelspreis

Einzelpreis beim Verlag (incl. Versand) 9,80 DM/ÖS 75,—9,— sfr

b) Vorzugspreis über sozialdemokratische Organisationen

7,— DM/ÖS 50,—

Jahresabonnement (4 Hefte à 129 Seiten)

Einzelheft im Abo: 7,— DM

a) Inland (incl. 4,— DM Versand) 32,— DM

b) Ausland (incl. 7,— DM Versand) 35,— DM

Geschenkabo (1 Jahr)

wie Jahresabo


Förderabo (1 Jahr)

50,— DM oder 100,— DM

Gegenüber den Angaben in *spw 13* (Seite 4) haben wir eine Korrektur der Preise in österreichischen Schilling (nach unten) vorgenommen.

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw-1



**Sozialistenverfolgung
und Bürgerrechte**

Redaktion: Alfred Brunnert,
Heinz Albert, Hans-Bernd Vogel,
Manfred Clegg, Othmar Grottel,
Erich Buchner, Herbert
Klaus, Peter Koller, Hans-Joachim
Meyer, L. Ullrich, R. Bartsch,
Walter L. Ullrich, Hans-Joachim
Klaus, Peter Vogl, Bernd Grottel

Inhalt

Editorial: Unsere Zeitschrift 4

Aktueller Kommentar

Dieter Scholz
Einkauf des Menschenrecht — Anforderungen zu einer offeneren
Menschenrechtsdebatte 9

Situationsanalyse: Situationsverfolgung und Bürgerrechte

Arno Köhne
Das Sozialistenrecht und seine Folgen 13

Christoph Büttner
Sozialistenrecht in der SPD? 45

Jürgen Eger
Gegen den Abzug demokratischer Rechte kämpfen 50

Norman Pasch
Grundwerte der demokratischen Bewegung 55

Andreas Wehr
Die Bedeutung des Russel-Tribunals für den demokratischen Kampf 67

Außerhalb des Schwerpunkttes

Klaus Peter Koller und Axel Zerdeck
Sozialistische Wirtschaftspolitik — Die heute notwendige Alternative 74

Berichte

Reinhold Walz
Die Parteiverammlung der SPD am 11. Juni 1978 36

Jürgen L. Ullrich
XI. Weltsozialistische Kuban 1978 — Eine Kritik der
Internationalen Konferenz der Jungsozialisten 87

Dokumentation

G.E.R.E.S. Der Inhalt der Linksunion 91

Ankündigungen

Aus den Protokollen des Deutschen Reichstages
Carl v. Ossietzky
Kommunistengesetz? 41

Autorenverzeichnis 99

Zweimonatlich Politik und Wirtschaft 1

Aktuelle Kommentare

Axel Horstmann

Weimarer Verhältnisse am Arbeitsmarkt

Zwei Millionen registrierte Arbeitslose in der Bundesrepublik gab es zuletzt im Februar 1955. Dies war ein vorübergehender Spitzenwert, der sich damals innerhalb von nur zwei Monaten halbierte. 1982 wird die Arbeitslosenzahl dagegen nach den Schätzungen der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt bei über 1,6 Millionen liegen. Das wiederum gab es zuletzt 1952, zu Beginn der kapitalistischen Rekonstruktionsperiode in der BRD, in deren Verlauf das Arbeitslosenheer kontinuierlich abgebaut wurde. Heute wird jedoch mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet — wissenschaftlichen Prognosen zufolge auf 2,6 bis 3,1 Millionen im Jahre 1985. Zwei Millionen Erwerbslose mit steigender Tendenz aber gab es in Deutschland zuletzt 1929.

Ob die Arbeitsmarktentwicklung der kommenden Jahre in ihrer Schärfe der damaligen zwischen 1929 und 1933 vergleichbar sein wird, ist eine spekulative Frage. Weniger spekulativ ist hingegen die Frage nach einer Ähnlichkeit der wirtschaftspolitischen Reaktionsmuster damals und heute. Der Vergleich zwischen sozialliberaler Sparpolitik und Brüning'scher Deflationspolitik ist bereits gezogen worden. Die qualitativen Parallelen in der Zielrichtung, der Instrumentierung und den Auswirkungen dieser Politik sind in der Tat frappierend. Mit dem erklärten Ziel des Abbaus einer hohen Staatsverschuldung wurden in den vergangenen Monaten genau wie damals Abstriche am System der Arbeitslosenversicherung und an anderen sozialen Leistungsgesetzen, Einkommenskürzungen im öffentlichen Dienst sowie Steuer- und Beitragserhöhungen zu Lasten der Masseneinkommen vorgenommen. Die Folgen dieser Politik, die damals nicht lange auf sich warten ließen, werden auch diesmal nicht ausbleiben und zeichnen sich bereits ab. Eine Verschärfung der Wirtschaftskrise streitet die Bundesregierung im jüngst veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht noch ab, wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen der Arbeitnehmer und zunehmende soziale Unsicherheit sind hingegen bereits offensichtlich. Und natürlich ist es eine Illusion, anzunehmen, die »Haushaltsoperation '82« bleibe ein einmaliger Akt. Da diese Politik staatliche Mehrausgaben — vor allem für die Versicherung einer steigenden Zahl von Arbeitslosen — und Mindereinnahmen — durch krisenbedingte Steuerausfälle — vorprogrammiert, verfehlt sie auch ihr erklärtes haushaltspolitisches Ziel und reißt neue Löcher im Bundeshaushalt auf. Wird dieser sparpolitische »Teufelskreis« nicht durchbrochen, erweist sich die Operation '82 als Auftakt zur Amputation des Sozialstaats auf Raten.

Es wäre zu oberflächlich, der Bundesregierung eine einfache Wiederholung historischer Irrtümer zu unterstellen. Wir haben es nicht mit simplen »Fehlern« der staatlichen Beschäftigungspolitik zu tun. Wir müssen vielmehr konstatieren, daß überhaupt der Anspruch auf staatliche Vollbeschäftigungspolitik fallengelassen wurde. In seiner viel zu wenig beachteten Haushaltsrede aus dem Jahr 1981 forderte der sozialdemokratische Finanzminister, man müsse sich »an den Gedanken gewöhnen, daß es auf absehbare Zeit keine automatische Garantie ... für eine Rückkehr zu dauerhafter Vollbeschäftigung geben kann«; und weiter: »Entscheidend sind nicht staatliche Ausgaben, sondern unternehmerische Entscheidungen, Initiativen, Investitionen und Innovationen.« Diese Worte lassen an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig. Sie proklamieren die faktische Herabstufung

der Arbeitsplatzsicherung vom ersten Ziel jeder sozial orientierten Politik zur Restgröße des kapitalistischen Marktsystems. Gemäß dieser Positionsbestimmung ist der Begriff »Beschäftigungspolitik« kaum mehr als eine falsche Bezeichnung für eine staatlich organisierte Umverteilung des Volkseinkommens, die die Kapitalrentabilität verbessern und die Kosten dafür den Arbeitnehmern aufbürden will.

Dies ist die Logik des Sparprogramms vom Herbst 1981, mit dem einerseits tiefe Einschnitte in das System der sozialen Sicherung und andererseits »Hilfen zur Modernisierung der Wirtschaft« im Gesamtumfang von 20 Mrd. DM bis 1985 beschlossen wurden. Dies ist aber auch die Logik des sog. »Beschäftigungsprogramms« vom Februar 1982, das zwar unter dem politischen Druck einer katastrophalen Entwicklung am Arbeitsmarkt entstand, seine entscheidenden Auswirkungen jedoch ganz woanders haben wird. Die den Kern des Programms ausmachende Profitsubventionierung mittels einer zehnpromzentigen Investitionszulage, die über eine Mehrwertsteuererhöhung aus den Masseneinkommen der Arbeitnehmer finanziert werden soll, bedeutet zu allererst eine neuerliche Einkommensumverteilung. Positive Beschäftigungswirkungen dieses Programms sind dagegen äußerst zweifelhaft, in jedem Fall aber gering, da ein großer Teil der Mittel in »Mitnehmereffekten« oder als Rationalisierungsförderung verloren gehen wird, und da im Jahr 1983 eine Schwächung der nachfragewirksamen Massenkaufkraft eintritt. Es paßt vom Inhalt her zu einem solchen Programm, wenn es auch Maßnahmen wie die Aushöhlung des Mieterschutzes einschließt, die selbst oberflächlich nichts mehr mit Beschäftigungspolitik zu tun haben.

Das jüngste Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung bedeutet einen neuerlichen Rückschritt in der sozialliberalen Wirtschaftspolitik. Es steht in der Tradition jener Investitionsförderungs politik, mit der die Wirtschaftskrise 1974/75 bekämpft werden sollte. Die arbeitsmarktpolitische Untauglichkeit der damaligen Investitionszulage sowie der vielfältigen Steuererleichterungen und Abschreibungsverbesserungen wird inzwischen kaum noch bestritten und fand auch — als Warnung vor »Konjunkturprogrammen klassischen Stils« — u. a. durch den SPD-Vorsitzenden — Eingang in die jüngste Debatte. Man hatte zeitweise annehmen können, daß mit dem »Programm für Zukunftsinvestitionen« aus dem Jahr 1977, das sich auf die — nachgewiesenermaßen beschäftigungswirksame — Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit konzentrierte, erste Lehren aus dem arbeitsmarktpolitischen Scheitern der Profitförderungs politik gezogen worden wären. Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Bundesregierung in einer Situation, in der die Fortentwicklung dieses Konzepts — z. B. durch arbeitsplatzsichernde beschäftigungspolitische Auflagen bei der Vergabe staatlicher Aufträge — erforderlich ist, den genau entgegengesetzten Weg zurück zur unkontrollierten Profitsubventionierung beschritten hat. Fatale Begleiterscheinung dieses Rückfalls: Die neoliberalen Propheten des »freien Marktes« werden demnächst über ein neues Argument für die »Unwirksamkeit« staatlicher Beschäftigungspolitik verfügen.

Die Durchsetzung dieser Politik — und das bedeutete in den letzten Monaten hauptsächlich Durchsetzung der Regierung gegenüber der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften — beginnt im Stil »innerparteilichen Notverordnungen« zu ähneln. Die SPD-Führung setzt die eigene Partei vor die Alternative, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Koalition zu stützen oder den Regierungswechsel hinzunehmen. Natürlich ist dies eine Scheinalternative, da der gegenwärtige sozialliberale Kurs für die SPD zum Verlust der Regierungsfähigkeit führen wird. Schlimmer noch ist, daß eine solche Entwicklung mit einem Vertrauensverlust der Sozialdemokratie verbunden ist, der über den Zeitpunkt

eines Regierungswechsels hinaus Folgen hat. Die Partei scheitert nicht im Kampf für Arbeitnehmerinteressen, sondern durch die Demotivierung und Demobilisierung der eigenen Basis. Dies ist wohl das einst in Sonthofen formulierte Kalkül eines Franz Josef Strauß, der es gern »noch viel tiefer sinken« lassen möchte: eine Rechtsregierung ohne ernstzunehmende sozialdemokratische Opposition.

Einen den Erfolg garantierenden Ausweg gibt es für die Sozialdemokratie wohl nicht; die einzige überhaupt existierende Chance besteht in einem entschlossenen Kurswechsel. Wirtschafts- und beschäftigungspolitisch bedeutet dies die Emanzipation von den konservativ-liberalen Leitbildern der gegenwärtigen Politik. Die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung ist heute ohne eine sozialistische Politik, die in die kapitalistische Verfügungsmacht über die Produktionsmittel eingreift, unmöglich. Unter anderem an dieser Unmöglichkeit ist das sozialdemokratische Programm eines »Modells Deutschland« gescheitert. Man muß es grundlegend verändern, will man nicht in der Realität ein Abgleiten in eine schlechte Kopie des »Modells England« erleben.

Peter Pelinka

Acht Thesen zu Polen

1. Der 13. Dezember 1981 hat wohl bei allen Sozialisten Betroffenheit erzeugt. Muß Betroffenheit erzeugen, moralische, emotionale. Wenn Militärs eine Massengewerkschaft auflösen, wenn danach Soldaten auf Arbeiter schießen, muß sich bei jedem Marxisten Betroffenheit einstellen. Auch wenn wir wissen, daß diese Emotion Analysen nicht ersetzen kann, soll man sie nicht vergessen. Sie muß zum Bestandteil jeder Analyse werden.

2. Der 13. Dezember 1981 war ein einmaliger Akt für die Länder des »realen Sozialismus«. Erstmals hat ein Militäratt die KP als führende gesellschaftliche Kraft abgelöst. Das bedeutet eine völlige Diskreditierung der polnischen KP, insgesamt eine Diskreditierung aller sich als sozialistisch bezeichnenden Gesellschaftssysteme. Solche Maßnahmen sind eine Bankrotterklärung, die durch nichts gerechtfertigt werden können: »Sie können auch damit nicht gerechtfertigt werden, daß eine Rettung der Herrschaftsverhältnisse sozialistischer Prägung notwendig geworden sei; denn, wenn man nicht in der Lage ist, dem Protest der Arbeiterklasse und des Volkes mit politischen Mitteln zu begegnen, sondern auf Militärkräfte zurückgreift, stellt dies einen Schlag gegen das Anliegen des Sozialismus als solcher dar.« (Erklärung der Leitung der KPI, L'Unita, 30.12.1981)

3. Das kann keine völlige Unterstützung der Politik der Solidarnoccs-Führung in den Tagen vor dem Militärputsch und den Wochen davor bedeuten. Die uns zugänglichen Informationsquellen scheinen darauf hinzudeuten, daß sich in diesen letzten Wochen ein Flügel in dieser Gewerkschaft durchgesetzt hat, der auf einen unrealistischen und gefährlichen Konfrontationskurs drängte statt den einzig erfolgversprechenden Weg einer nationalen Einigung mit Teilen der KP und des Staatsapparates zu gehen. Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, daß wesentliche Teile der polnischen Führung ebenfalls an dieser Einigung nicht interessiert waren und das Danziger Abkommen vom August 1980 in der Praxis immer wieder in Frage stellten.

4. Die Kritik an kompromißfeindlichen Kräften auf beiden Seiten liegt auf einer anderen Ebene als eine grundsätzliche Einschätzung der Solidarnoc und der Kirche. Natürlich handelte es sich bei dieser Gewerkschaftsbewegung um eine widersprüchliche Erscheinung, natürlich wurde sie maßgeblich von der reaktionären polnischen Kirche geprägt. Kein Wunder angesichts des Umstands, daß eben diese Kirche als einzige Kraft die Identität der polnischen Nation verkörpern kann, kein Wunder angesichts der verfehlten Agrar- und Industriepolitik nach 1945, kein Wunder angesichts der periodisch wiederkehrenden Korruptionsfälle und Arbeiterunruhen.

5. Der Militärcoup dürfte subjektiv ein letzter Versuch gewesen sein, doch noch die Möglichkeit des nationalen Kompromisses zu retten. Angesichts einer sich abzeichnenden Tendenz zum Bürgerkrieg, angesichts der völligen Unfähigkeit zur Sicherung der elementarsten Lebensinteressen und angesichts des durch nichts zu rechtfertigenden Drucks der anderen Länder des Warschauer Pakts, griffen Jaruzelski und das Militär zu diesem Mittel. Zu einem objektiv völlig untauglichen freilich: Die Ausrufung des Kriegsrechts und der Versuch, eine Massengewerkschaft mit zehn Millionen Mitgliedern politisch und teilweise physisch auszuschalten, erleichtert nicht die Wiederaufnahme des nötigen Dialogs sondern erschwert sie.

6. Diese Analyse muß ergänzt werden um die Analyse der internationalen Zusammenhänge. Die Ereignisse in Polen sind für die Regierung Reagan und die anderen imperialistischen Kräfte ein willkommener Anlaß, die Politik der Aufrüstung und des Kalten Krieges fortzusetzen und vor allem die Friedensbewegung zu schwächen. Sie sind für die konservativen und reaktionären bürgerlichen Kräfte weltweit ein Signal, die Entspannungspolitik anzugreifen. Und sie sind für manche westeuropäischen Sozialdemokraten ein Vorwand, die jeweiligen kommunistischen Parteien und Strömungen innerhalb der Sozialistischen Internationale unter Druck zu setzen.

7. Der Kampf marxistischer Sozialdemokraten gegen solche Versuche wird umso glaubwürdiger und massenwirksamer werden, als es gelingt, die Ereignisse in Polen zum Anlaß für eine umfassende und bisher nur ungenügend geführte Diskussion zu nehmen: Der 13. Dezember hat erneut bewiesen, daß die Länder Osteuropas kein Modell für einen demokratischen und sozialistischen Weg anzubieten haben. — Daß ihre Bürokratisierung im Gegenteil das Funktionieren einer Planwirtschaft in dieser zentralisierten Form in Frage stellt, die nicht nur in Polen die materiellen Rahmenbedingungen für die Bevölkerung nicht sichern kann.

Daß Demokratisierungsbestrebungen in Osteuropa in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kampf der westeuropäischen Arbeiterbewegung stehen und deren Unterstützung bedarf, wollen sie nicht bloß demagogischen Interpretationen der Konservativen und einer entsprechend aggressiven Politik à la Reagan dienen. — Daß Sozialisten in Ost und West zwar die Existenz der Blöcke im Auge behalten müssen, das nötige Kräftegleichgewicht zum Schutz vor dem atomaren Holocaust und die friedensbedrohende Gefahr jeder Entstabilisierung, daß dieses notwendige »Grenzbewußtsein«, das etwa die KPI bei ihrer Politik gegenüber der NATO auszeichnet, aber nicht zu einer Legitimation der Interventionsmöglichkeiten der jeweiligen Führungsmächte führen darf: »Die Blöcke dürfen daher nicht — weder im Osten noch im Westen — von vornherein als unverrückbare und unveränderliche Realitäten oder als ideologisch-militärische Kampfplätze, die von der Logik der Macht regiert werden, gelten. Sie sind eine politische Realität, die im Zuge der Entwicklung zur friedlichen Koexistenz überwunden werden müssen.« (Erklärung der KPI zu Polen, L 'Unita, 30.12.1981)

8. Zusammengefaßt: Die Forderung nach Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, nach Freilassung politischer Gefangener und nach Wiederanerkennung der gewerkschaftlichen Rechte ist also kein Gegensatz zum Kampf gegen die demagogische Politik, die rechte Kräfte innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie damit betreiben. Es sind zwei einander bedingende Seiten der gleichen Medaille, des Bemühen um einen Dritten Weg zum Sozialismus abseits reformistischer und stalinistischer Deformation.

Klaus-Peter Wolf

Manfred Coppik und die Organisationsfrage

Zwei aufrechte Sozialdemokraten gehören seit einigen Wochen nicht mehr der SPD an: Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik. Hansen ist von der Bundesschiedskommission ausgeschlossen worden, weil er konsequent sozialdemokratische Positionen zur Friedenspolitik vertreten hat. Coppik hat von sich aus die Organisationsfrage gestellt und die SPD verlassen.

Im Kern kritisieren beide, was auch marxistische Sozialdemokraten in den letzten Monaten angegriffen haben, daß die SPD in der Regierungsverantwortung sozialdemokratische Programmatik bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Da wäre der friedensgefährdende NATO-Aufrüstungsbeschluß vom Dezember 1979, der von der SPD nicht abgelehnt wird; außerdem die Umverteilungspolitik zu Lasten der Arbeitnehmer, die sich durch die »Operation 82« und das sogenannte Beschäftigungsprogramm ausdrückt. In diesem Zusammenhang kritisiert Coppik zu Recht, daß der innerparteiliche Willensbildungsprozeß verbogen wird, um sozialdemokratisches Krisenmanagement in Bonn abzusichern. Durch theatralische Aktionen im Bundestag und Abkanzel-Reden des Kanzlers vor oberen Parteigremien wird massive Basiskritik an der Regierungspolitik erstickt. Die Willensbildung von unten hat kaum noch eine Chance, sich in der SPD durchzusetzen.

Es ist die real sozialdemokratische Regierungspolitik, die die SPD von ihrer sozialen Basis entfernt. Es sind nicht die linken Kritiker dieser Politik, die einen Keil zwischen die Sozialdemokratie und ihre Stammwählerschaft treiben. Wenn also der Kanzler Schmidt stürzen sollte, dann nicht wegen Coppik, Hansen und den Jusos, sondern vor allem wegen seinen engsten politischen Freunde, Börner und von Dohnani, die in Hessen bzw. Hamburg regieren.

Coppik hat also mit seiner Kritik an der Mehrheitssozialdemokratie weitgehend Recht. Gewiß hat ihn diese Politik dazu getrieben, seine Konsequenzen zu ziehen.

Dieser Schritt ist außerdem befördert worden durch den katastrophalen Zustand der SPD-Linken in der Partei (die Jusos eingeschlossen) und in der Bundestagsfraktion. Was der »Frankfurter Kreis«, die »Parlamentarische Linke« und die Juso-Mehrheit in den vergangenen Jahren wirksam organisiert haben, das ist »groteske Unverbindlichkeit«, aber nicht wirksamer Widerstand. Dem Mangel an organisierter linker Arbeit in der SPD ist es mindestens genauso zu »verdanken«, wie der rechtssozialdemokratischen Politik, daß für eine größer werdende Zahl von Sozialdemokraten die Organisationsperspektive in der SPD immer düstere Konturen annimmt.

Sozialisten müssen sich in der Tat ständig die Frage stellen und beantworten, welche Organisation am ehesten sozialistischen Positionen in der Bevölkerung zur Mehrheit verhelten kann. Und konkret auf Coppik bezogen, muß dann gefragt werden, ob mit einer anderen als der sozialdemokratischen Organisationsperspektive der Friede stärker gesichert und die Massenarbeitslosigkeit schneller überwunden werden kann? Dabei müssen wir uns auch der von Coppik aufgeworfenen Frage stellen, ob eine linke Kraft außerhalb der Sozialdemokratie nicht stärkeren Einfluß auf die Mehrheitsbildung der Partei nehmen kann als der linke Parteiflügel von innen selbst. Es gilt also, den realen Gehalt des Coppik-Satzes in seinem Austrittsschreiben an den Parteivorsitzenden Brandt zu hinterfragen: »Wenn sich links davon (von der SPD, Anm.d.V.) eine relevante Alternative entwickelt, wird die SPD befürchten müssen, Stimmen dorthin zu verlieren. Das kann für den politischen Kurs der SPD nur positiv sein.«

Auch wenn dieser Gedanke durch den wahlarithmetischen Aspekt verkürzt wird, ist bei der Beschaffenheit der bundesdeutschen Linken äußerst zweifelhaft, ob die Gründung einer Demokratischen Sozialistischen Partei bzw. von Arbeitskreisen Demokratischer Sozialisten eine »relevante Alternative« entwickelt werden kann. Es fehlt der Linken weder an Gruppierungen, die sich — oft nur regional — zur Wahl stellen noch an Diskussionszirkeln. Sie alle haben jedoch in den vergangenen Jahren ihre relative gesellschaftliche Wirkungslosigkeit unter Beweis gestellt, die durch ihre Zerstrittenheit untereinander nur noch gefördert wurde. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß nunmehr eine an sozialdemokratischer Programmatik, ausgerichtete Coppik/Hansen-Gruppierung für die bundesdeutsche Linke hegemoniefähig werden könnte. Wahrscheinlicher wird eine zunehmende Zersplitterung.

Der Schritt von Hansen/Coppik zwingt vor allem den gesellschaftlichen Bewegungen und linken Kräften außerhalb der SPD eine Organisationsdebatte auf, die ihre Kraft jedenfalls zum Teil verzehrt.

Am Beispiel der *Grünen* ist deutlich geworden, daß sie nicht für die Ökologie-Bewegung sprechen können und innerhalb dieser Bewegung zunächst erhebliche Orientierungsprobleme ausgelöst haben. Dies gilt erst recht bei der noch wesentlich komplexeren und differenzierteren Zusammensetzung der Friedensbewegung. Wer die »Friedensbewegung« parlamentarisch vertreten will, riskiert heftige Auseinandersetzungen und gefährdet den Grundkonsens.

Während Coppik/Hansen durch ihre Initiative in den außerparlamentarischen Bewegungen — zumindest vorübergehend — destruktive Debatten auslösen, tragen sie gleichermaßen dabei zu, die SPD-Linke — so desolat ihr Zustand auch ist — zu schwächen.

Diese SPD-Linke hat gegenwärtig einen Mangel an Sozialdemokraten, die konsequent, ob als Bundestagsabgeordnete oder Parteitagsdelegierte, für die Wahrung sozialdemokratischer Substanz in der Regierungspolitik eintreten. Und diese Linke in der SPD hat gegenwärtig andere Aufgaben, als sich über die Organisationsfrage zu streiten, zumal sie noch nicht einmal das Scheitern ihrer reformistischen Politik aufgearbeitet hat. Denn es geht darum, massenhaften Widerstand innerhalb und außerhalb der SPD gegen die NATO-Politik sowie Massenarbeitslosigkeit und den Sozialabbau zu organisieren.

Wer die SPD-Linke in dieser Phase schwächt, spielt objektiv und in der Konsequenz den Parteirechten in die Hände, die mit den Löwenthal-Thesen und der Renger-Unterschriftenaktion begonnen haben, linkes Wähler- und Mitglieder-Potential von der SPD abzusprennen. Dahinter verbirgt sich die Absicht, die SPD als prokapitalistische Staatspartei zu verfestigen und für den stärker werdenden Bürgerblock von CDU/CSU und

FDP koalitionsfähig zu machen. Dies soll geschehen, indem das traditionelle sozialdemokratische Bündnis zwischen Arbeiterschaft und kritischer Intelligenz gesprengt werden soll.

Der Coppik-Satz an Brandt, »Die SPD wird ohne konsequent linke Einsprengsel glaubwürdiger sein«, könnte auch von Löwenthal/Renger stammen, die den historischen Auftrag der SPD als kämpferische Arbeiterpartei, die auch auf marxistische Wurzeln zurückblicken kann, vergessen machen wollen. Und jeder ernsthafte Sozialist muß sich auch unter bundesrepublikanischen Bedingungen die Frage stellen, ob er die Sozialdemokratische Partei als gesellschaftsverändernde Kraft für immer abschreiben und Analysen von Wolfgang Abendroth abtun möchte:

»Diese Sozialdemokratische Partei ist in der Bundesrepublik nun einmal die Partei, um die sich die Majorität der abhängig Arbeitenden, soweit sie überhaupt eine Form von politischem Bewußtsein entwickelt hat, sammelt und der von dieser Majorität applaudiert wird in den Wahlen. Diese Sozialdemokratische Partei ist deshalb ohne Zweifel — so, wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen — das wesentlichste Kampffeld wie der wesentlichste Kampffaktor zugunsten der Wiederbelebung von Klassenbewußtsein und der Wiedereinführung dieser abhängig arbeitenden Klasse als Subjekt in die bundesrepublikanische Geschichte, in der sie häufig genug nur Objekt gewesen ist.«

Linke, die diese Überlegungen ignorieren, verbauen sich auf absehbare Zeit eine fundamentale Chance, gesellschaftsverändernd wirken zu können. In einer »Linken Partei« lassen sich vielleicht klare Positionen leichter formulieren und durchsetzen, aber die gesellschaftsrelevante Umsetzung tendiert gegen Null, wenn die SPD als rechtssozialdemokratische Partei eher dem Bürgerblock zuneigt. Ein weiteres Abdriften der SPD nach rechts wird erleichtert, wenn durch Austritte in der Partei Kräfte fehlen, die gesellschaftsverändernden Druck demokratischer und fortschrittlicher Bewegungen aufnehmen können. Ohne Zweifel ist dies gegenwärtig — wie unzureichend und unbefriedigend auch immer — noch gegeben: ohne eine starke Friedensbewegung, die sich auf Teile der SPD stützt, wäre selbst die anvisierte Positionsbestimmung zur Sicherheitspolitik im Leitantrag für München, die eher vorsichtige Haltung der Bundesregierung zur Polen-Frage und zum Erdgasröhrengeschäft anders ausgefallen. Dies erst recht vor dem Hintergrund des starken Drucks der amerikanischen Administration.

Also auch die Durchsetzungsfähigkeit von demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen — vor allem in der Friedens- und Ökologieauseinandersetzung — leidet, wenn in der Sozialdemokratischen Partei das Potential von Ansprechpartner schrumpft. Und der Austritt aus der SPD bedeutet auch, durch den Druck der Bewegungen mögliche Veränderungsprozesse in der SPD aufs Spiel zu setzen.

Tatsächlich stellt sich für von der Parteiarbeit frustrierte Sozialdemokraten die Notwendigkeit eines »Auffangbeckens«. Dieses »Auffangbecken« sollte eine verbindlich arbeitende SPD-Linke darstellen, die das Scheitern sozialdemokratischer Reformpolitik kritisch aufarbeitet, gesellschaftsverändernde Strategien entwickelt, sich auf eine programmatische Plattform einigt und ihre innerparteilichen Aktivitäten mit den außerparlamentarischen Kämpfen verzahnt. Diese Linke muß dafür sorgen, daß sich die Sozialdemokratie gegenüber neuen demokratischen Bewegungen öffnet, z.B. auch koalitionsfähig wird — wie die Hamburger Jungsozialisten dies im Vorfeld der Bürgerschaftswahl beschlossen haben — für Alternative Listen. Die inhaltliche Entleerung weiter Teile der SPD-Linken und die deshalb fehlende kollektive Identität gilt es zu überwinden.

Diskussionsschwerpunkt

Knut Krusewitz

Lohnt der Kampf um die Sozialdemokratie?

1. Krisendiagnose

Wenige Monate nach der letzten Bundestagswahl (1980), die der sozialliberalen Koalition eine stabile Regierungsmehrheit verschafft hatte, erlebte die Sozialdemokratie »eine der schwersten Phasen ihrer Nachkriegsentwicklung« (Hans-Jürgen Wischniewski). Seit Anfang 1981 hat sich diese »Phase« zur SPD-Krise ausgeweitet und vertieft. Der Ausschluß von Karl-Heinz Hansen im Dezember 1981 und der Austritt Manfred Coppiks im Januar 1982, der damit seinem Ausschluß zuvorkam, sind die bekannteren personellen Erscheinungsformen dieser Krise. Über den politischen Krisenhintergrund schrieb Karl-Heinz Berkemeier dieser Tage im »Vorwärts« Einprägsames: »Die SPD ist wieder im 33-Prozent-Turm angelangt. In den traditionellen Kernbereichen sozialdemokratischer Politik — Abrüstung, Arbeitnehmer, Alternativen — formiert sich Protest außerhalb der SPD und gegen sie.« Und warum? Weil die SPD »Politik gegen die Friedensbewegung, gegen die Gewerkschaften, gegen die Umweltschützer« macht. Und weiter: »Zur herkömmlichen Wachstumspolitik werden seit Jahren, auch in der SPD und von der SPD, Alternativen vorgeschlagen und verlangt, ohne daß sich in der praktischen Politik sozialdemokratisch geführter Regierungen etwas Wesentliches ändert.« Dort aber, wo der Autor seine kritische Beschreibung der Parteiverfassung in eine Vision auslaufen läßt, beginnen erst die Fragen nach den Bedingungen um den Kampf der Sozialdemokratie. Berkemeier schließt: »Man stelle sich einmal vor, es gelänge, die drei großen gesellschaftlichen Kräfte Gewerkschaften, Friedensbewegung, Bürgerinitiativen am gleichen Strick ziehen zu lassen — innerhalb und außerhalb der Parlamente aller Ebenen: Welch ein Gespenst für die Rechten! Und Welch eine Chance!«¹

Zunächst: Die politische Chance, nicht gegen, sondern mit den »drei großen gesellschaftlichen Kräften« zu regieren und sie in der eigenen Politik zu repräsentieren, hatte die SPD/FDP-Koalition bereits zwischen 1969 und 1974. Warum wurde sie verspielt, und wer in der SPD zwang die Partei in den »33-Prozent-Turm«? Und weiter: Welche »Alternativen« zur rechtssozialdemokratischen Wachstums- und Stabilitätspolitik wurden von wem in der Partei formuliert und warum konnte sich keine der geforderten Wachstumsalternativen durchsetzen? Wer hat dies verhindert?

Zur Klärung dieser Fragen mag es nützlich sein, an die Ausgangsbedingungen der sozialliberalen Koalition zu erinnern. Die SPD wurde seit ihrem Eintritt in die Große Koalition (1966) mit der Existenz zunehmend tieferer Wachstumskrisen der Produktion konfrontiert. Die politischen Bedingungen in den 60er Jahren, innerhalb derer die Sozialdemokratie ihre Regierungsfähigkeit — lies: Fähigkeit zur Stabilitätspolitik — erweisen mußte, verwiesen bereits unübersehbar auf den Dauerkonflikt von Strukturdilemma des Kapitalismus (Krisenhaftigkeit) und sozialdemokratischer Reformfähigkeit (Krisenbewältigungspolitik). Nicht erst seit 1974 oder 1981 besteht der Dauerkonflikt darin, daß der Kapitalismus zwar aus ökonomischen Gründen vielfältige Staatseingriffe zum Überleben braucht, daß aber die herrschende Klasse ständig die politischen Folgen dahingehend fürchtet, daß die staatlichen Interventionen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel beeinträchtigen könnten. Vor allem dann, wenn eine starke Sozialdemokratie in Zeiten schwerer Wachstumskrisen regiert.

Betrachtet man die Parteigeschichte der letzten fünfzehn Jahre aus dieser Perspektive, dann bietet sie einen differenzierteren, genaueren Erklärungsansatz für die Ursachen der gegenwärtig desolaten Parteiverfassung. Wir wollen versuchen zu klären, ob die »Identitätskrise der SPD«² als Ergebnis eines dialektischen Prozesses begriffen werden kann, der zwischen Wirtschaftskrise, Krise sozialliberaler Stabilitätspolitik und Parteikrise verlief. An dieser Stelle genügt es, die wichtigsten Etappen dieses Prozesses zu benennen.

Zwischen 1966 und 1974 (Ära Brandt) sah sich die Sozialdemokratie mit der Herausforderung konfrontiert, den bundesdeutschen Kapitalismus im Interesse des Kapitals zu *reformieren*. Dazu waren die drei »großen gesellschaftlichen Kräfte« als soziale Massenbasis der staatlich-administrativ geplanten Modernisierungspolitik unerlässlich. Seit 1974 (Ära Schmidt) wurde die staatliche Reformpolitik reduziert auf das Konzept der Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen, also auf die Ebene von Stabilisierung der Unternehmenspolitik (»Modernisierung der Volkswirtschaft«). Dazu war die reformpolitisch orientierte Massenbasis nicht mehr nötig, sie sollte deshalb politisch neutralisiert werden. Diese antagonistische Doppelleistung der Sozialdemokratie hat zwar die Regierungsfähigkeit ihres konservativsten Flügels gerettet, aber diese Regierungsfähigkeit mußte inner- und außerparteilich teuer bezahlt werden. Innerparteilich mußten die SPD-Konservativen erst die nach 1969 neu entstandenen marxistischen, dann auch reformistischen Bestandteile sozialdemokratischer Identität ausgrenzen bzw. neutralisieren. Außerparteilich leisteten die Partei-Rechten durch den unverhüllt kapitalorientierten Wachstumskurs in der Arbeitsmarkt-, Ökologie-, Energie- und Entwicklungspolitik den entscheidenden Beitrag zum rapiden Anwachsen der Bürgerinitiativ-, Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung. Diese Bewegungen sind die legitimen politischen Erben sozialdemokratischer Reformpolitik. Die wahren »Aussteiger« sind die Unterzeichner der »Löwenthal-Thesen«.³

Die Krisendialektik der Sozialdemokratie in den 80er Jahren resultiert folglich aus ihrer klassenpolitischen Doppelfunktion: Krisenbedingte Reformpolitik zur Systemstabilisierung muß die SPD *mit* den wichtigsten gesellschaftlichen Kräften staatsinterventionistisch planen und realisieren, krisenbedingte Kapitalstabilisierung kann die SPD nur *gegen* ihre soziale Basis und politische Anhängerschaft durchsetzen. Diese Variante der Systemstabilisierung wurde mit der Krise der Partei erkaufte. So verstanden, sind die »Löwenthal-Thesen« der politisch-ideologische Versuch der Rechten in der Partei, ihre konservative Praxis offensiv zu verteidigen.⁴ Für die Linke in der Sozialdemokratie ist auf absehbare Zeit die bereits in den »Herforder Thesen« vorgetragene Einschätzung von zunehmender Bedeutung, wonach die »polarisierende Entwicklung in der SPD« zu »zwei sichtbaren Haupttendenzen« führte: »Auf dem rechten Parteiflügel werden teilweise offen prokapitalistische Positionen vertreten«, andererseits »erhalten reformistische Vorstellungen in unterschiedlichem Ausmaß eine antikapitalistische Stoßrichtung«.⁵

Kaum zufällig wurden seit dem letzten Bundesparteitag (Dezember 1979) von den wichtigsten Repräsentanten des konstruktiven Reformismus eine Reihe von Publikationen vorgelegt, die zum Teil scharf mit der konservativen Regierungspolitik der SPD abrechnen.⁶ SPD-Reformer wie Karl Kühne (Ökonomie), Udo E. Simonis (Ökonomie und Ökologie) oder Heinz Bierbaum/Rudolf Kuda (Alternative Wirtschaftspolitik und Gewerkschaftsbewegung) demonstrieren, daß die intellektuellen Potenzen des konstruktiven Reformismus durch die Parteikrise noch nicht zerrüttet wurden. Zu Recht verweist ein Teil der Reformer darauf, daß die Regierungs- und Parteipolitik seit Jahren durch ein Zuwenig an realer Reform des Kapitalismus gekennzeichnet sei. Gleichwohl bleibt die Schlußfolgerung fragwürdig, der programmatisch zum »Öko-Sozialismus« gereifte Reformflügel der So-

zialdemokratie sei die einzige innerparteiliche Kraft, die den Godesberger Konsens innerhalb veränderter Bedingungen der 80er Jahre erneuern könne. Eine Übersicht der sozialdemokratischen Regierungsgeschichte seit 1966/67 soll zeigen, daß die Grundlagen für die politische Niederlage der Reformisten zwischen 1969 und 1974 — also ihrer Boomphase — von ihnen erst noch zum Gegenstand mit bewußtseinskorrigierendem Gehalt gemacht werden muß, bevor solche Schlußfolgerungen glaubwürdig sind.

2. Das Konzept des Reformismus: Qualitatives Wachstum

Das politische Konzept des »Qualitativen Wachstums«, das die sozialliberale Koalition ab 1969 als materiellen Kern des »Programms der inneren Reformen« begriff, hat seine bürgerlich-kapitalistische, zudem US-amerikanisch geprägte, Vorgeschichte. Zur Illustration genügt dieser Verweis. Im Herbst 1966 veranstaltete das National Industrial Conference Board, die einflußreichste wirtschaftspolitische Organisation des US-Finanzkapitals, zu seinem 50. Gründungsjahr eine Konferenz, in deren Verlauf eine »Reihe bedeutender internationaler Persönlichkeiten« mit einer Unbefangenheit über »die Zukunft des Kapitalismus« referierten, die auf SPD-Parteitagern längst unvorstellbar ist. In seinem »Vorwort« zur deutschen Ausgabe der Konferenzmaterialien kommentierte »the great old man« des bundesdeutschen Finanzkapitals, Hermann J. Abs, die Konferenzergebnisse.

Es ging »bei dieser Begegnung um die Fragen des zuviel oder zuwenig Staat in der Wirtschaft, um die Beherrschung der schleichenden Inflation, um die Gefahr der Fehlentwicklung der sozialen Marktwirtschaft (...), um Vollbeschäftigung, Wachstum, Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich und um Fiskal- und Kreditpolitik als konjunkturpolitische Komplementärinstrumente.« Und weiter: »Wo nicht mehr alle Kräfte zur Verteidigung des 'Kapitalistischen Systems' um jeden Preis engagiert sind, in einer solchen entspannteren Atmosphäre bleibt auch Raum und ergibt sich Gelegenheit zu einer freimütigen Selbstkritik und zur Skepsis gegenüber der Bewahrung des Überkommenen in einer gewandelten Umwelt: Wo und wann degeneriert eine wohlgemeinte Globalsteuerung mit marktkonformen Mitteln in einen entwicklungshemmenden Dirigismus? Wie sind die erst durch die technisierte Wohlstandsgesellschaft heraufbeschworenen Probleme der Wasser- und Luftverunreinigung und der Verkehrsverstopfung zu bewältigen?«⁷

Sieht man einmal von der ungebrochenen Aktualität dieser Problemsicht ab, dann interessiert der Kontext mit der Vorgeschichte des SPD-Programms einer »qualitativen« Wirtschaftspolitik. Bereits Mitte der 60er Jahre gab es in den USA eine fortgeschrittene wissenschaftliche und politische Debatte über den Zusammenhang von Krise des Wirtschaftswachstums, technischem Fortschritt und struktureller Arbeitslosigkeit. Diese Diskussion lieferte den methodischen und thematischen Bezugsrahmen für die »qualitative« Wachstumsdebatte auch in der Bundesrepublik.⁸ Der Verweis auf die US-Diskussion über die »Zukunft des Kapitalismus«, die sofort über die wirtschaftspolitische Organisation der wichtigsten kapitalistischen Staaten (OECD) vereinheitlicht und über die NATO ausdrücklich abgesichert wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf die hierzulande verbreitete Vorstellung, bei der qualitativen Wachstumsdiskussion handle es sich um eine sozialdemokratische, öko-sozialistische oder neuerdings grüne Reformschöpfung. Bereits in der Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969 konnte man lesen, daß die Bundesregierung »kurzfristig« eine »Reihe von Entscheidungen treffen« wird, »die ihren Willen zur kontinuierlichen und konsequenten Weiterführung der bisherigen Politik beispielhaft deutlich macht: (...)Drittens. Sie wird sich aktiv an den Arbeiten des vom Rat der Nordatlantikpaktorganisation eingesetzten Ausschusses für die Probleme der modernen Gesellschaft beteiligen.«⁹ Warum sich die NATO seit 1969 in einem viel umfassenderen

Sinn als früher Sorgen um »Die Zukunft des Kapitalismus« machte, kann man in zahlreichen öffentlich zugänglichen NATO-Studien nachlesen. Hier sollte vor allem das *Machtproblem* genannt werden, das die reformistischen Wachstumspolitiker von Anfang an als »unveränderliche« Größe zu berücksichtigen hatten. (Über die wachstumspolitischen Konsequenzen des Machtzusammenhangs sozialdemokratischer Reformpolitik werden wir später zu reden haben.) Welche Ergebnisse hatte die US-Wachstumsdebatte zutage gefördert?

Beschleunigtes (exponentielles) Wachstum der Produktion

- + verursache eine beschleunigte Konzentration und Zentralisation in Industrie, Banken und Handel
- + sei verantwortlich für die steigende Inflation
- + beschleunige die ungleiche Einkommens- und Vermögensbildung und -verteilung
- + verursache ökologische Krisen
- + setze wachsende Verschwendungen von Energie und Rohstoffen auch in Friedenszeiten voraus
- + verschärfe die regionalen und sektoralen Widersprüche
- + verschärfe die Widersprüche zwischen privatem und öffentlichem Konsum
- + verschlechtere die Lebensbedingungen in den Ballungsräumen
- + führe zu einem sozialfeindlichen technischen Fortschritt
- + gefährde die Erreichung der stabilitätspolitischen Ziele des »magischen Vierecks«¹⁰

Zu Beginn der sozialliberalen Reform-Ära konnte man über die Politisierung dieser Wachstumskritik in einem Rechenschaftsbericht des damaligen SPD-Vorstands dann lesen:

»Die soziale Marktwirtschaft, wie sie die CDU/CSU verstand, war auf maximale Steigerungen des Privateinkommens und der Produktion programmiert. Nur der kurzfristige und kurzsichtige Maßstab der jeweiligen Wachstumsrate zählte. Experimente und eine Neuorientierung der Wirtschaft zugunsten der Zukunftssicherung waren verpönt. Heute haben sich die Verantwortlichen mit den Bumerangeffekten dieser Politik herumzuschlagen.«¹¹

Bevor wir die Frage beantworten wollen, welche reformpolitischen Schlußfolgerungen die Vertreter der damaligen SPD/FDP-Koalition und ihre akademisch-linksliberalen Beraterstäbe aus solchen brisanten Wachstumstrends zogen, mag eine Skizze der ökonomischen und sozialen Zwänge nützlich sein, mit denen sich die Reformer konfrontiert wußten. Nach herrschender Lehre und nach herrschender privatkapitalistischer Praxis gibt es einen »industriegesellschaftlich« notwendigen Zwang zum Mengenwachstum der Volkswirtschaft. Trotz der erwähnten unerfreulichen ökonomischen, sozialen und ökologischen »Folgeprobleme« des Mengenwachstums gäbe es dazu keine prinzipielle Alternative. Solange die »Industriegesellschaft« existiere, bleibe Wirtschaftswachstum die dynamische Schlüsselgröße des Gesamtsystems.

- + Nur weiteres Wirtschaftswachstum garantiert Vollbeschäftigung von Kapital und Arbeit, garantiert Einkommenszuwächse.
- + Nur dauerhaftes Wirtschaftswachstum garantiert den Fortbestand des Systems der sozialen Sicherung, erhalte somit den sozialen Frieden.
- + Nur kontinuierliches Wirtschaftswachstum schafft die Finanzierungsmittel, mit denen die Versorgung der fast völlig von mineralischen und energetischen Rohstoffen abhängigen westlichen Volkswirtschaften gesichert werden müsse.

- + Nur stetiges Wirtschaftswachstum verhindert Verteilungskämpfe, denn ein rasch wachsender Kuchen (Bruttosozialprodukt) liefert automatisch größere Stücke (Faktor-Einkommen), wodurch der Kampf um die relativen Anteile seine gewerkschafts-(tarif)politische Brisanz verliere.
- + Nur langfristig gesichertes Wirtschaftswachstum ermöglicht eine zunehmende Entwicklungshilfe, wodurch der »Nord-Süd-Konflikt«, analog zum volkswirtschaftlichen Verteilungsmechanismus, entschärft werden könne.
- + Nur langfristig stabiles Wirtschaftswachstum sichere die Systemüberlegenheit des Westens, weil anders die Kosten für die materielle Befriedung im Innern (Konsumsteigerung) und für die ständig steigenden Rüstungsausgaben (»äußerer Frieden«) nicht finanzierbar seien.

Die »Bumerangeffekte« der CDU/CSU-Nachkriegspolitik stellen sich der ersten reformistisch orientierten Bundesregierung als doppeltes Zwangsverhältnis dar.

Ökonomisch existierte der Zwang, quantitatives Wachstum mit staatlich-administrativen Eingriffen nicht verhindern zu dürfen. Politisch existierte der Zwang, quantitatives Wachstum aus sozialen Gründen (und darüber vermittelt: ökologischen) mit staatlich-administrativen Mitteln verhindern zu müssen.¹²

Gegen die politischen Risiken der zweiten Politikvariante hatte sich das internationale Monopolkapital doppelt abgesichert. Machtpolitisch durch Erweiterung der NATO-Kompetenzen und konfliktpolitisch durch die Schaffung einer internationalen »Stamokap«-Organisation. Nach längeren Vorarbeiten wurde 1972 die »Trilaterale Kommission« (TLK) auf Initiative nordamerikanischer Großbanken und Industrie-Multis gegründet. Über ihre Zusammensetzung notierte einer ihrer ehemaligen Sekretäre: »Etwa 300 der führenden Finanz- und Großindustriemanager und -besitzer, der systemkonformen politischen und akademischen Eliten und Medienfürsten in Japan, Westeuropa und Nordamerika«. Ziel dieser TLK: Entwurf »gemeinsamer, konfliktfreier Lösungen« der beteiligten nationalen Monopolgruppen, ihre ideologische Verdolmetschung sowie die Absicht, Lösungsmuster und Begründungen »im heimatlichen Politikbetrieb dann auch noch praktisch umzusetzen«. ¹³ Fazit: Auch das bundesdeutsche Monopolkapital wußte sich beizeiten gegen mögliche sozialdemokratische und vor allem gewerkschaftliche Planungseingriffe in die heiligste Institution des Abendlandes, die Investitionsfreiheit der Aktionäre, bündnispolitisch solide abzusichern.

Soviel zu den ökonomischen und politischen Zwängen des kapitalistischen Systems, die den konstruktiven Reformisten historisch vorgegeben waren. Welche wachstumspolitischen Konsequenzen zogen sie daraus? Formelhaft zusammengefaßt, diese: Der »Wachstumskonsens« der Marktwirtschaft und der Verfassungsordnung wird nicht angetastet. Die ökonomischen Entscheidungen über Umfang, Struktur und Richtung der Wachstumsinvestitionen bleiben Gegenstände der Unternehmenspolitik. Daraus folgte, daß der *Ursachenzusammenhang* der Wachstumskrisen vom sozialliberalen Staat grundsätzlich nicht aufgehoben werden sollte. Dem Staat konnte folglich nur die Korrektur der *Folgeprobleme* des privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaftswachstums zugewiesen werden. Damit war das wachstumspolitische Dilemma des Kapitalismus auf ein Finanzierungsproblem reduziert worden. *Die Reformisten wiesen in diesem Konzept dem Staat die Bewältigung der »sozialen«, »ökologischen« und »strukturellen« Kosten des privaten Wirtschaftswachstums zu, was zur Folge hatte, daß der Staat gleichzeitig die quantitativen Wachstumsbedingungen verbessern mußte, um die genannten »Zukunftsinvestitionen« finanzieren zu können.* Es ist unschwer zu erkennen, daß die Reformen das vorgefundene

ökonomisch-politische Zwangsgesetz des kapitalistischen Wirtschaftswachstums in ein sozialdemokratisches umgewandelt hatten: Reduziert sich korrigierendes Planungshandeln des Staates auf die Finanzierung der Folgekosten der Produktion, dann muß die Nachfrage umstrukturiert werden zugunsten eines höheren Staatsanteils am Sozialprodukt. Damit war der Spielraum des gesamten Reformkonzepts aber gekoppelt an die Fähigkeit des Kapitals, Wirtschaftswachstum zu garantieren. Sinken die Wachstumsraten der Kapitalinvestitionen und der Nettorenditen unter ein bestimmtes Niveau — in der OECD gelten 3-4% Wachstum als »kritische« Größe — oder tritt gar »Nullwachstum« ein, dann brechen sehr schnell alle Krisenursachen der Marktwirtschaft offen aus, die von den Reformern gerade mit hohen Wachstumsraten der Produktion und des Staatshaushaltes »stabilisiert« werden sollten.

Dieser wachstumspolitischen »Reformfalle« glaubten die Reformisten zwischen 1969 und 1974 durch den Entwurf, die Begründung und die Verwirklichung einer Wachstumsstrategie des »qualitativen« *Wirtschaftswachstums* entgegen zu können. Die Begründungsformeln dieser staatlichen Reformkonzeption hießen »Verbesserung der Lebensqualität« — vor allem die der drei »großen gesellschaftlichen Kräfte« — »Humanisierung der Arbeit« und »langfristige Zukunftsgestaltung« — hier taucht wieder »Die Zukunft des Kapitalismus« als Programm auf. Sie beruhen allesamt auf einem reformistisch-ökonomischen Kalkül, das besagt: Wenn mit steigendem Wirtschaftswachstum die sozialen, ökologischen, technologischen, gesundheitlichen und strukturpolitischen Folgekosten ebenfalls stetig steigen, ihre Finanzierung aber von exponentiellen Wachstumsraten der Produktion und Profite abhängt, dann erscheint es ökonomisch sinnvoll, diesen Kausalzusammenhang zu entkoppeln, um der Stabilitätsfalle sinkender Produktionsraten zu entgehen. Es sei ökonomisch und finanzpolitisch »sinnvoller«, durch »qualitative« Umstrukturierung des industriellen Produktionsapparates einen Teil der Folgekosten erst gar nicht entstehen zu lassen. Gelänge dies, könnte der entsprechend von diesem Teil entlastete Staatshaushalt in Phasen der Wachstumskrise des Kapitals unmittelbar zur Verbesserung der »Ertragslage«, der »Gewinnsituation« verwendet werden.

Die Durchsetzbarkeit dieser reform-ökonomischen Logik einer »halbierten Planungs rationalität« — der Staat beseitigt nicht die Ursachen, sondern bekämpft nur die Folgeprobleme des krisenhaften Wirtschaftswachstums — schien vor dem Erfahrungshintergrund mit der sozialdemokratischen Bewältigung der Wirtschaftskrise von 1966/67 (Karl Schillers Konzept der Globalsteuerung) kein ernsthaftes Problem. Die vor allem in der SPD vorherrschende Ansicht über die wirtschafts-, finanz- und kreditpolitisch grundsätzlich mögliche Wachstumssteuerung mit den Eingriffs- und Planungsinstrumenten des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ließ sich unschwer auf ein Konzept des »qualitativen« Wachstums übertragen. In ihrer reformeuphorischen Phase mochte es den Reformisten leicht fallen, die damals bereits vereinzelt aufgestellten marxistischen Warntafeln vor der Realisierbarkeit einer solchen Wachstumspolitik zu ignorieren. Erinnert sei an die langjährigen theoretischen Auseinandersetzungen um das »Langzeitprogramm« und den späteren »Orientierungsrahmen '85«. ¹⁴ Einer der zentralen Gegeneinwände gegen die Reform-Ökonomen lautete: Sie richteten ihre Reformvorstellungen, im Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung, niemals auf den möglichen Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur, sondern nur auf den vorgeblich reformfähigen Staat, der als korrigierende und gestaltende Institution über den Klassen interpretiert wurde. Der Wirtschaftswissenschaftler Dirk Ipsen faßte die damalige Differenz so zusammen:

»Reform wird bei den Gewerkschaften im Kern als strukturelle Veränderung begriffen, als Kampf um Mitbestimmung, um Kontrolle wirtschaftlicher Macht, als Arbeit an einem Konzept der Investitionskontrolle mit dem Ziel, gesellschaftlichen Aspekten die Priorität vor den privaten Gewinninteressen einzuräumen.« Es könne kein Zweifel »daran bestehen, daß nicht die Lösung des Finanzierungsproblems Basis einer Reformpolitik sein kann, sondern die gesellschaftliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht angesichts ungehindert wachsender Konzentration und Zentralisation des Privatkapitals.«¹⁵

3. Der Rückzug des Reformismus: wohin?

Das Konzept des »qualitativen« Wachstums ist nicht nur an der theoretischen »Halbierung der kapitalistischen Realität« gescheitert, an der »Ölkrise« oder gar an den ökologischen Grenzen des Wachstums. *Es scheiterte an der Zyklizität der kapitalistischen Akkumulation, deren Wirksamkeit die Reformer nicht mehr wahrhaben wollen.* Es gehört zur Tragik des sozialdemokratischen Reformismus, daß er ein Opfer genau der Krisendialektik des Kapitalismus wurde, deren »Naturwüchsigkeit« er durch eine Politik des »gestalteten Wandels« berechenbar machen wollte. Wie urteilen Repräsentanten jener »Reform-Ära« über die seit 1974/75 praktizierte Politik des Krisenmanagements in unseren Tagen? Dazu liest man in der von W. Meißner, J. Kosta und J. Welsch verfaßten »Einleitung« zum Sammelband über eine »Ökonomische Reformpolitik«:

»Trotz des rapide zunehmenden ökonomischen Problemdrucks und trotz der Erfahrungen mit der Krise der letzten 70er Jahre wurden keine wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen gezogen. Im Gegenteil: Während die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme zugenommen haben, sind im Bereich der Wirtschaftspolitik eher rückläufige Entwicklungslinien erkennbar geworden. Die wachsende Überforderung der traditionellen wirtschaftspolitischen Konzeption — im wesentlichen bestehend aus der Kombination von Wettbewerbspolitik und Globalsteuerung — wurde nicht mit innovativen Vorstellungen beantwortet, vielmehr ließ sich ein weitgehender Verzicht auf die konsequente Anwendung des im Jahre 1967 mit großen Erwartungen institutionalisierten keynesianischen Nachfragemanagements sowie eine Rückkehr zu vorkeynesianischen Konzepten ausmachen.«¹⁶

Diese Kritik ist richtig und nützlich. Aber die neuerdings wieder deutlich vorgetragene reformistische Forderung nach einer »innovativen« Wirtschaftspolitik ersetzt nicht die innerparteilich wichtige Kontroverse über die Ursachen des Scheiterns der »qualitativen« Wachstumspolitik. Immerhin, soviel verdeutlicht ihre Kritik: In der Regierungszeit Helmut Schmidts hat die Partei-Rechte die ökonomische Reformlogik der Sozialdemokratie fast auf den Hund eines monetaristischen (vorkeynesianischen) Weltbildes gebracht.

Über die ökonomische Logik, die in dieser Welt herrscht, schrieb John K. Galbraith kürzlich im »Vorwärts«:

»So, wie Geldpolitik funktioniert, über hohe Zinsen nämlich, belohnt sie die, die Geld besitzen, um es auszuleihen — und bestrafte die, die dies Geld für ihre persönlichen Bedürfnisse ausleihen müssen. In der Geschichte waren Gläubiger reicher als Schuldner: Geldpolitik dient den Interessen der reichen Rentiers. (...) Ihr Reichtum, so wird behauptet, ist ein sozial nützlicher Anreiz für Arbeit, Sparen und Investitionen. In den vergangenen Monaten wurde dieser Gedanke in den USA, wie früher in Großbritannien, mit einer eigentümlichen Mischung aus Überzeugung und Empörung immer wieder vorgetragen: Die Armen arbeiten nicht, weil sie ein zu hohes, die Reichen nicht, weil sie ein zu niedriges Einkommen haben. Schlußfolgerung: Steuererleichterungen für die Reichen, Kürzung der Arbeitslosenhilfe für die Armen.«¹⁷

Dafür, daß es in der BRD nicht so weit gekommen ist wie in Chile, England und den USA, kann sich die Bevölkerung bei den Gewerkschaften bedanken. Ihrem Kampf ist es zu verdanken, daß die Finanzpolitik der Rechten in der sozialliberalen Koalition seit 1974/75 (»Haushaltskonsolidierung«) nicht ständig restriktiver und damit krisenverschärfender betrieben werden konnte.¹⁸ Dennoch ist nicht zu übersehen, daß sich die Reformer innerhalb der Sozialdemokratie, aber auch der Gewerkschaftsbewegung, selbst dort nicht zur Revision ihrer wachstumspolitischen Fehleinschätzungen der Vergangenheit durchringen konnten, wo sie, gemessen an der rechtssozialdemokratischen Wirtschafts- und Fiskalpolitik, durchaus gut begründete Forderungen nach einer alternativen Wirtschaftspolitik vortragen. Gerade in der für Reformisten zentralen Frage nach der Modifikation der gesamtwirtschaftlichen Lenkungsbedingungen ist die neuere ökonomische Reformdiskussion nicht über ihren Kenntnisstand aus den Jahren zwischen 1967 und 1974 hinausgekommen. Hier böte sich eine konstruktive Auseinandersetzung mit der jüngeren marxistischen Literatur zur Krisenproblematik an.

4. Kampf für eine linke Sozialdemokratie

Kommen wir zurück zu der Frage, welche politische Kraft in der Sozialdemokratie die Bedingungen dafür schaffen soll, daß die SPD nicht länger gegen, sondern mit den »drei großen gesellschaftlichen Kräften« regiert. Die sozialliberale Entwicklungsgeschichte der SPD bis zur heutigen Krise war in den 70er Jahren durch zwei folgenschwere Brüche gekennzeichnet. Der erste Bruch bestand darin, daß die marxistische Linke, die sich in der Reformphase insbesondere bei den Jungsozialisten formiert hatte, politisch-ideologisch neutralisiert und einige ihrer Repräsentanten administrativ ausgeschlossen wurden (1977: U. Benneter, M. Jansen, G. Kade, G. Stuby). Den zweiten Bruch vollzog die Parteirechte gegen die konstruktiven Reformisten durch deren Ausschluß von der Teilhabe an der Politik der Bundes- und der Länderregierungen sowie einer zunehmenden Zurückdrängung aus verantwortlichen Parteifunktionen. Welche Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie sollen angesichts dieser desolaten Parteiverfassung die »drei großen gesellschaftlichen Kräfte« vereinen? Der Kampf um die Sozialdemokratie: Lohnt der noch?

In einem sehr informativen Aufsatz über den Zustand der SPD und die Chancen einer Linksentwicklung schätzten Manfred Jena und Michael Wendt dies Problem in einer Interpretation der »Göttinger Thesen II« so ein: Der politische Reformismus bekäme durch die Verschärfung der Krise und der Klassenauseinandersetzungen die Chance zur Linkswendung, »die zur Ablösung des sozialliberalen Mehrheitsflügels durch den reformsozialistischen Flügel, der dann innerhalb der Partei die politische Hegemonie innehat, führen kann.«¹⁹ In kurzfristiger Sichtweise erscheint diese Annahme plausibel. Aber gerade wenn diese Prognose zutreffen sollte, muß die marxistische Linke ihren innerparteilichen Einfluß erheblich stärken, wenn sie innerhalb der »Vereinigten Linken« die absehbaren wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen über den Charakter einer zukünftigen alternativen Wachstumspolitik bestehen will. Die »Vereinigte Linke« insgesamt muß erst noch mehrheitsfähige Antworten auf die Fragen nach dem inneren Zusammenhang von Gewerkschafts-, Friedens- und Ökologiebewegungen einerseits und Sozialismus andererseits finden und formulieren. Die bisherigen Beiträge der selbsternannten »Öko-Sozialisten« innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie haben zur Klärung solcher Probleme wenig geleistet.²⁰ Wahrscheinlich wird dieser Klärungsprozess beschleunigt durch koalitions- und bündnispolitische Zwänge, die der SPD bereits jetzt erkennbar aufgeherrscht werden.

Die Antwort auf die Frage, welche innerparteiliche Kraft die Sozialdemokratie für die »drei großen gesellschaftliche Kräfte« wieder akzeptabel erscheinen läßt, hängt vom Verständigungsprozeß innerhalb der »Vereinigten Linken« ab.

Was ist der Beitrag der Linken Sozialdemokratie zum Frieden, zur Reform, zum Sozialismus in diesem Jahrzehnt? Wenn wir uns darüber durch kritische Reflexion des Scheiterns der Strategie des »qualitativen Wachstums« verständigen können, wird sich die Frage, ob der Kampf um die Sozialdemokratie lohnt, beantworten lassen. Gewonnen ist er dann noch nicht!

Anmerkungen

- 1 Vorwärts, Nr. 5, 28.1.1982, S.24
- 2 Vgl. zum Begriff »Identitätskrise«: Richard Löwenthal, Sechs Thesen zur Identität und Zukunft der SPD, in: FAZ, 7.12.1981, Nr. 283, S.2
- 3 Vgl.: Kurt Neumann und Dieter Scholz, Richard Löwenthal und die Klassenfrage oder: Der Zauberlehrling, in diesem Heft, S.31ff.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Herforder Thesen, 2. erw. Auflage, Berlin 1980, S.98
- 6 Verwiesen sei beispielhaft auf Autoren der Materialienbände »Demokratischer Sozialismus«, »Ökonomie und Ökologie« sowie »Ökonomische Reformpolitik«. Thomas Meyer (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus. Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft, München 1980; Udo Ernst Simonis (Hrsg.), Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt, Karlsruhe 1980; Werner Meißner u.a. (Hrsg.), Ökonomische Reformpolitik, Frankfurt/M. 1981
- 7 Ernst W. Mommsen (Hrsg.), Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf 1967, S.5f.
- 8 Vgl. dazu die informative Studie des heutigen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA, Göttingen 1967
- 9 Peter Pulte (Hrsg.), Regierungserklärungen 1949-1973, Berlin/W.-New York 1973, S.258
- 10 Unter dem Begriff des »magischen Vierecks« wird die Zielsetzung der Wirtschafts- und Finanzpolitik nach gleichzeitiger Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht zwischen Ex- und Import sowie »angemessenem« Wirtschaftswachstum verstanden.
- 11 Vorstand der SPD (Hrsg.), Die Analyse. Ein Bericht über zwei Jahre Regierungsarbeit, Bonn 1971, S.21
- 12 Vgl. dazu: Richard Löwenthal, Mit dem Sozialismus überleben, in: Die Zeit, 13.4.73, Nr.16, S.4
- 13 Albrecht Rothacker, Der Trilateralismus als internationales Politikmanagement, in: Das Parlament, B 6/1981, S.27
- 14 Vgl. dazu: Detlev Albers u.a., Orientierungsrahmen — ohne Alternative? Zur Diskussion um Alternativen sozialdemokratischer Politik, Berlin/W. 1976
- 15 Dirk Ipsen, Reformgerede und harte Arbeit. Ökonomische Entwicklung und Qualität des Lebens unter der SPD/FDP-Regierung, in: Mitarbeiter der »Darmstädter Studentenzeitung« (Hrsg.), SPD und Staat: Geschichte, Reformideologie und Friedenspolitik, Berlin/W. 1974, S.108
- 16 W. Meißner, u.a. (Hrsg.), a.a.O., S.8
- 17 Vorwärts, Nr. 5, 28.1.82, S.21f.
- 18 Vgl. dazu: Wolfgang Lerch, »Die Finanzpolitik seit 1974 und einige aktuelle Schlußfolgerungen«, in: WSI-Mitteilung, Jg.35, Heft 1, Jan. 1982, S.7-15
- 19 M. Jena/M. Wendl, Bewegungslos zwischen Korporativismus und Ökosozialismus, in: Klaus Thüsing u.a. (Hrsg.), Zukunft SPD: Aussichten linker Politik in der Sozialdemokratie, Hamburg 1981, S.143
- 20 Zuletzt: Wolfram Elsner, Die Alternative der Alternativbewegung, in: WSI-Mitteilungen, a.a.O., S.49ff.

Eine linke Alternative ohne die Gewerkschaften?

Erhard Eplers Konzept des selektiven Wachstums

Die Gefahren für Frieden und Abrüstung sind mit dem Kriege recht in Polen und der Verschärfung der internationalen Konfrontation durch die USA weiter gewachsen. Umweltzerstörung, Auflösung sozialpolitischer Sicherungen und steigende Massenarbeitslosigkeit bedrohen uns stärker als vor einem Jahr. Der Bedarf an grundlegenden Problemlösungen nimmt zu — aber für sozialistische zeichnen sich gegenwärtig noch keine Mehrheiten ab. Mit der Unfähigkeit sozialliberaler Politik zur Bewältigung dieser Probleme verbunden ist eine Krise eigener Art, die Krise der Sozialdemokratie. Reformsozialistische Mitglieder vermissen die sozialdemokratischen Zwecke des Machterhalts in Bonn, und mit der Ausgrenzung von Kritikern wie Karl-Heinz Hansen wachsen die Aussichten linker Abspaltungen. Auf dem rechten Flügel verlassen Unpolitische und Karrieristen — zumeist Angehörige des öffentlichen Dienstes — in dem Augenblick die Partei, wenn sie ihre Berufsperspektiven durch neue CDU-Vorgesetzte blockiert sehen. Die nach der Motivation nicht unterscheidbaren Mitgliederverluste im Landesverband Berlin seit den verlorenen Wahlen werden auf 10% geschätzt, bundesweit ging die Mitgliederzahl 1981 um ca. 20.000 (ca. 2%) zurück. Die sicheren Niederlagen in den kommenden Landtagswahlen in Hamburg und Hessen werden der CDU/CSU im Bundesrat die 2/3-Mehrheit bringen und in der Partei Resignationsprozesse beschleunigen. Ferner fragt eine wachsende Zahl von Sozialdemokraten an der Basis nach einer neuen Politik, die nicht nur kurzfristig sozialdemokratische Ministersessel stabilisiert, sondern die reformpolitische Initiative wiedergewinnt. Nicht wenige — auch außerhalb der Partei — hoffen bei ihrem Kampf für eine linke Alternative auf Unterstützung von *Erhard Eppler*, ehemals Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, heute Vorsitzender der Grundwerte-Kommission im Parteivorstand und Mitglied des Präsidiums der SPD. Eppler hat seine — teilweise schon älteren — Überlegungen zuletzt in seinem Buch »Wege aus der Gefahr« (Eppler 1981; alle Seitenangaben ohne Autorenhinweis beziehen sich auf dieses Buch) zusammengefaßt, das in zahlreichen Publikationen besprochen wurde. Zentrale Gedanken dieses Buches fanden inzwischen Eingang in ein Anfang Februar '82 veröffentlichtes Papier der Grundwertekommission sowie in Teile des Programmwerfs der USD-Initiative (Kellermann-Gruppe). Ob es den Anspruch erheben kann, gangbare und konsensfähige Lösungen zu den eingangs umrissenen Problemen zu benennen, ist Gegenstand der folgenden Analyse und Kritik.

Neben den Programmen der kleinen marxistischen Strömungen (*Göttinger und Herforder Thesen 1980*) kann in der SPD-Linken allein Eppler beanspruchen, eine zusammenhängende Alternative zur Politik der sozialliberalen Koalition zu formulieren. Sein Entwurf einer reformpolitischen Orientierung für die 80er Jahre sucht den Fehler zu vermeiden, sich in wirkungsloser Detailkritik zu verlieren, die lediglich nach kosmetischen Korrekturen in der Beschäftigungs- und Spannungspolitik verlangt. Im ersten (11-29) der fünf Abschnitte seines Buches gilt Eplers Verdikt dem sozialdemokratischen Bundeskanzler, dessen Regierungserklärung nach der Bundestagswahl 1980 eine beispiellose »Atmosphäre geistiger Öde« (12) verbreitete, sowie der Fortsetzung eines ökonomischen und außenpolitischen Krisenmanagements, das seit der »Ölpreiskrise« (11) von 1973 mit begrenzten Erfolgen praktiziert wurde, heute aber keinesfalls mehr aus, sondern in die Gefahr führt (29).

1. Erhard Epplers Vorschläge zu einer Reformpolitik in den achtziger Jahren

1.1 »Selektives Wachstum« statt keynesianistische Wachstumsförderung

Das ökonomische Krisenmanagement gründet auf der — nach Eppler unzutreffenden — Auffassung der ökonomischen Entwicklung als einer wirtschaftlichen Rezession. Die Konsequenz war die Auflage staatlicher Konjunkturprogramme zur Wachstumsförderung. Die »gute(n) Gründe« (23) für das Scheitern dieser Politik 1980 und für die Streichung öffentlicher Ausgaben seit 1981 sieht Eppler in der wachsenden Staatsschuld, die künftigen Beschäftigungsprogrammen den Boden entzieht. »Der staatlichen Konjunkturpolitik geht genau in dem Augenblick der Atem aus, wo sie am nötigsten gewesen wäre.« (24) Da quantitatives Wachstum nicht machbar ist, fordert Eppler den Bruch mit antizyklischen Wachstumsstrategien. Mit Keynes kann die Front gegen den Monetarismus auch in der BRD nicht mehr gehalten werden (26).

Im Abschnitt II (Zwänge in die Gefahr, 22-95) referiert Eppler die gängigen Pro-Wachstums-Argumente, um sie einer kritischen Analyse zu unterziehen. Wachstum des Brutto-sozialprodukts (BSP) sichert keine Vollbeschäftigung: »Nicht weil das Wachstum den Wettlauf mit der Produktivität immer gewonnen hätte — es hat seit zwanzig Jahren diesen Wettlauf verloren —, blieb uns Massenarbeitslosigkeit erspart, sondern weil die Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzungen erzwungen haben ...« (59) Arbeitslosigkeit ist rationalisierungsbedingt, mit der kapitalistischen Organisationsweise gesellschaftlicher Arbeit für Eppler nicht verknüpfbar. Gewerkschaften und Unternehmern schärft Eppler die Umwertung der tarifpolitischen Ziele ein: Statt Lohnerhöhungen mehr Freizeit, Senkung der durchschnittlichen Arbeitszeit, wobei er die Frage des vollen Lohnausgleichs offen läßt (60). Auch der Behauptung, wonach erst wirtschaftliches Wachstum die Finanzierung von Sozialpolitik ermögliche, bezeichnet Eppler als unzutreffend. Das soziale Netz wird reißen, wenn Sozialpolitik als Beseitigung der Wachstumsopfer praktiziert wird, statt als Beseitigung der Ursachen, »die immer mehr Menschen allzu früh in das soziale Netz werfen« (63). Soziale Leistungen können mindestens teilweise entstaatlicht und von Selbstgruppen und kleinen Netzen übernommen werden. Schließlich: Ist mehr soziale Gerechtigkeit an wirtschaftliches Wachstum gebunden? Zu einer positiven Antwort kann nur eine Wirtschaftsstatistik kommen, die die Gesamtökonomie und die Bedürfnisse des Individuums vom Standpunkt des Marktes (44f.) denkt. »Da aber die meisten heute erstrebten Güter und Dienstleistungen gerade nicht vom isoliert einzelnen konsumiert werden, weil der Verbrauch des einen die Belästigung des anderen ist, führt Wachstum zu einem *Nullsummenspiel*.« (69; Hervorh.d. Verf.) Die Entschärfung des Verteilungskampfes durch BSP-Zuwächse wird so zur Illusion, der umgekehrten Überlegung muß zum Durchbruch verholfen werden, daß »gerechtere Einkommensverteilung ... den Zwang zu undifferenziertem Wachstum mildern (könnte)« (70).

Die Alternative jenseits von Keynes und Milton Friedman heißt »selektives Wachstum« (47, 147). Eppler will »... politische Entscheidungen über das, was wachsen und was nicht wachsen soll« (149). Wer hier Übereinstimmung mit den Beiträgen der Partei-Linken zur Diskussion des Orientierungsrahmens '85 vermutet, irrt gründlich. Der »Streit um Investitionslenkung« (149) fungierte eher als Verhinderung der fälligen Wachstumskritik. Artikulierte Eppler vor kurzem Investitionslenkung noch als »instrumentale Seite einer Politik, die ihrem Gehalt nach selektive Wachstumspolitik ist« (Eppler 1979, 73), vermag er zwei Jahre später der Debatte um Investitionslenkung keine brauchbaren Antworten auf die Frage nach der Durchsetzung der von ihm gewünschten Politik zu entnehmen. Sie be-

darf nämlich keiner neuen Eingriffe in die privaten Investitionsentscheidungen, erst recht keiner Instrumente, die »die Investitionsentscheidungen in die Hand der Bürokratie legen.« (151)

Die Weichen für die grundlegende Umorientierung der Wirtschaftspolitik müssen in der Energiepolitik gestellt werden. In ihr überlagern sich die zentralen Menschheitsprobleme des Wachstums, der Umwelt, der Ressourcen und der Arbeitsplätze (Eppler 1978, 51f.). Alternative Energiepolitik wird nicht für den Ausbau der Angebotsseite, sondern für die Verkürzung der Nachfrageseite (164) und gegen großtechnische Anlagen (z.B. Atomkraftwerke) eintreten.

1.2 Frieden durch Abrüstung statt Rüstungs»gleichgewicht«

»Wie ökonomische Zwänge über den Begriff 'Wachstum' erzeugt ... werden, so die militärischen über den des 'Gleichgewichts'.« (82) Eppler läßt die gängige Rechtfertigung von Rüstungsmaßnahmen (Wiederherstellung des Gleichgewichts durch Nachrüstung; Frieden nur durch Patt der Abschreckung) nicht gelten, da der Begriff des »Gleichgewichts« keinerlei analytische (wissenschaftliche) Qualität besitzt. Gleichgewicht ist nicht definierbar, da die Antworten von regionalen, globalen, quantitativen und qualitativen Standpunkten unterschiedlich ausfallen müssen. Gleichgewicht ist »politisch immer ein Kampfbegriff« (83) in der Perspektive der eigenen Überlegenheit gewesen. Mehr Rüstung bedeutet weniger Sicherheit (90), insbesondere die 'Nachrüstung' der NATO erhöht das Risiko eines auf Europa begrenzten Atomkriegs. Zustimmend referiert Eppler die Kritik von Bastian, der die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles 1980 im »Vorwärts« als »Provokation« der Sowjetunion bezeichnete (94). Die Zurückweisung jeglicher Konzeption des Gleichgewichts zwingt ihn nicht zur Übernahme von Auffassungen der einseitigen Abrüstung, wie sie bei Grünen und Alternativen existieren: »Auch eine Politik der Abrüstung hätte darauf zu achten, daß die gegenseitige Abschreckung so lange erhalten bliebe, bis sie entbehrlich wäre.« (95)

Nur der Verzicht auf *Nachrüstungen* und defensiv orientierte Umrüstung führen auf den Weg der Abrüstung. Eppler hält es für notwendig, in die Richtung alternativer Verteidigungskonzepte zu diskutieren, wie sie *Eckhart Afheldt* entwickelt: Die BRD kann durch ein flächendeckendes Netz kleiner Techno-Kommandos von je 20 Mann mit defensiver Bewaffnung (leichte Infanterie- und Panzerabwehrwaffen, Minen) verteidigt werden (214). Der These von der Bedrohung Westeuropas durch die UdSSR begegnet Eppler mit dem Verweis auf das internationale Kräfteverhältnis — vier von fünf Machtzentren sind antisowjetisch (207) — sowie auf die außenpolitischen Niederlagen (Nahe Osten) und die Schwächen im Innern (Landwirtschaft, Planungsapparat) und im sozialistischen Lager (Polen, Rumänien). Der Handlungsspielraum westeuropäischer Länder gegenüber den beiden Supermächten muß ausgeweitet werden, etwa um einen denkbaren Versuch der USA, die UdSSR totzurüsten, verhindern zu können. Die BRD muß europäischer Politik den Vorrang vor atlantischer geben (211).

Den meisten friedenspolitischen Aussagen Epplers können marxistische Sozialdemokraten und überwiegende Teile der außerparteilichen Friedensbewegung zustimmen, insbesondere den aktuellen Forderungen nach mehr außenpolitischer Souveränität der westeuropäischen NATO-Länder und nach Ablehnung der *Nachrüstung*. Allein falsche und taktische Zugeständnisse gegenüber der Mehrheit der Parteiführung (Parteitagsfrage) und eine Unterstützung von Ausgrenzungsversuchen gegen das »Krefelder Forum«, wie sie in

der Friedensbewegung von Bahro und Steinke begonnen wurden, könnten Eppers Integrationsfähigkeit in der Friedensbewegung zerstören.

1.3 »Alternatives Expertentum« gegen Wissenschaftsgläubigkeit

Nicht allein in konkreten Politikfeldern sucht Eppler nach neuen Perspektiven. Die Stabilität der alten Konzepte hängt für ihn entscheidend mit einer technokratisch verengten Konzeption von Politik überhaupt zusammen, in der die Handelnden — die Politiker — als die Vollstrecker von »Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation« (Schelsky, zit. 33) auftreten. Eine bestimmte und keineswegs selbstverständliche Politik stellt sich in der Form des Sachzwangs dar, um leichter durchsetzbar zu werden. Der Zwanghaftigkeit politischer Optionen wie Rüstung und Wachstum entspricht eine politische Kultur, in der die Kritiker zu »einfältigen Narren« und »unverbesserlichen Verfassungsfeinden« (36) verurteilt sind. Zuständig für die Konstruktion der Alternativlosigkeit ist die »mächtige Zunft der Experten« (ebd.). Eppler erklärt ihre Entstehung als Folge extremer gesellschaftlicher Arbeitsteilung. »Experten pflegen sich — und dies oft zu Recht — auf Wissenschaft zu berufen ...«, ihr Einfluß korreliert mit der verbreiteten Wissenschaftsgläubigkeit (39). Statt den Wissenschaftscharakter von Expertenanalysen (»Atomkraftwerke müssen gebaut werden, weil Experten behaupten, es gäbe sonst Arbeitslosigkeit«; 37) in Zweifel zu ziehen, wirft Eppler ihnen Kompetenzüberschreitung vor, wenn sie nicht nur das »Wie«, sondern auch das »Was« und »Wozu« von Politik behandeln. Die wissenschaftliche Begründbarkeit von Politik ist ein »Irrglaube« (40), da Politik im Unterschied zu Wissenschaft sich vor allem auf nicht wissenschaftsfähige Interessen und Werturteile stützt (ebd.). Diese Anknüpfung an Max Weber dementiert auch den Begründungszusammenhang von Wissenschaft und Politik im Marxismus, der die wissenschaftliche Praxis selbst als ein Instrument der sozialen Emanzipation begreift. Mit der Expertokratie erlebt bei Eppler die Wissenschaft als ganze ihre radikale Abtrennung von der Politik (41).

Die Experten tragen nun allerdings ihre »wissenschaftlichen« Rechtfertigungen technokratischer Politik nicht allein von außen an Staat und Politiker heran, sie sind in der Regel selbst »mit technokratischer Macht ausgestattet« (37). Expertokratie und Bürokratie überlagern einander. Eppler skizziert unter Bezugnahme auf *Gerda Zellentín* (Abschied vom Leviathan, 1979) und auf *Alvin Toffler* (Die Grenzen der Krise, 1975) eine Theorie, nach der die Bürokratie als Voraussetzung *und* als Resultat von Sachzwängen (Wachstum, Rüstungsgleichgewicht) aufzufassen ist, beide sich also wechselseitig bedingen. Die »Fort-schreibung des Bestehenden ... ist ein Grundgesetz jeder Bürokratie« (Eppler 1977, 27). Undifferenziertes Wachstum »erzeugt« Bürokratie (54). Mit *Robert Jungk* (Der Atomstaat, 1977) scheint Eppler einen strukturellen Zusammenhang zwischen technischen Produktivkräften und staatlicher Repression anzunehmen: »Eine dezentrale Energieversorgung erübrigt den riesigen Sicherheitsapparat, der für kerntechnische Großanlagen unent-behrlich ist.« (57) Eppers Überlegungen zu Politik und Bürokratie verfolgen die Perspektive der Wiedergewinnung der *politischen* Initiative von unten, die die SPD als ganze verloren hat. Der Preis für die neue »Anstrengung zur Gestaltung von gesellschaftlicher Wirklichkeit« (34) ist die Absage an das Bündnis mit der Wissenschaft.

1.4 Wer sind die »Gefährten aus der Gefahr«?

In den Abschnitten III (99-144) und V (219-236) behandelt Eppler weltanschauliche Traditionen und soziale Kräfte, um sie auf ihre Nützlichkeit und Bündnisfähigkeit zu prüfen.

Mit Blick auf die Hausfrauen und Winzer in Wyhl und die Gorlebener Bauern trennt er zwei Elemente, die im Begriff des Konservatismus nicht selbständig gedacht werden können: »Es gibt heute eine nicht ganz kleine Zahl von Menschen, die sich selbst als wertkonservativ verstehen, als Menschen, die, um Werte zu bewahren, Reformen durchsetzen wollen oder revolutionär zu handeln bereit sind.« (102) Mit den *Wertkonservativen* im Bund gilt der Angriff denjenigen Strukturen, deren Konservierung die Auflösung von Werten wie gegenseitiges Vertrauen, Hilfsbereitschaft, Solidarität, Anstand etc. (106) bewirkt.

Da sich die Trennung von wert- und *struktur(macht-)konservativ* dem Verdacht aussetzt, den Positionen der konservativen Kulturkritik (etwa Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*) nahezukommen, sucht Eppler eine unmißverständliche Abgrenzung vorzunehmen. »Die heutigen Kritiker der modernen Großtechnologie träumen nicht von der Wiederherstellung der heilen Agrargesellschaft, sie plagt die Entfremdung der Arbeit, die Gefährdung der Freiheit, die Zerstörung menschlicher Kommunikation« (137)

Der Streitwert der Unterscheidung zwischen wert- und strukturkonservativen Haltungen ist durch die strategische Lage der christlichen Kirchen bestimmt. Vom Standpunkt der Linken außerhalb der Kirchen hängt davon die Fähigkeit zur verstärkten Einbeziehung christlicher Potentiale in die Friedens- und Ökologiebewegung ab. In den Kirchen erhofft sich Eppler eine »zweite Reformation« (228), welche die widersprüchliche Vereinbarung von Unvereinbarem, von wert- und strukturkonservativem Denken, aufkündigt.

Die »Revolutionäre« der Linken kommen für Eppler als Bündnispartner solange nicht infrage, wie sie *theoretisch* die Berechtigung der ökologischen Fragestellung und der Wachstumskritik bestreiten. Daß jene sich dabei ganz zu Unrecht auf ihre Klassiker berufen, belegt Eppler mit drei Zitaten von Marx (MEW 23, 529f.; MEW 26.3, 303) und Engels (MEW 20, 453), die sich auf den Zusammenhang zwischen der Ausbeutung des Arbeiters und der Erde im Kapitalismus berufen und im übrigen die einzige explizite Bezugnahme auf die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus bilden. *Politisch* können die Linken nur dann Träger des Eppler'schen Programms werden, wenn sie sich von einem pragmatischen Sozialdemokratismus ebenso trennen wie vom sowjetischen Modell des Sozialismus. Die »sozialistische Utopie« ist in Europa heute »nicht mehr massenwirksam« (108). Unbefriedigend als Analyse der Gesellschaften des Ostens bleibt die These, daß die Oktoberrevolution nicht mehr als eine Kopie der kapitalistischen Industriegesellschaften hervorgebracht hat. Konstatieren wir den Mangel an einer übergreifenden ideologischen Perspektive im Lenin'schen Sinne, so hat Eppler allerdings nicht Unrecht, wenn er die »Aufgabe der sozialistischen Utopie« (109) da sieht, wo die gesellschaftlichen Ziele auf die Befriedigung individueller Konsuminteressen beschränkt scheinen. »Die sozialistische Idee kann überleben, aber nur, wenn sie den Veränderungen des Bewußtseins folgt, die seit der Zäsur der frühen siebziger Jahre im Gange sind.« (111)

Eppler beklagt in den sozialistischen Ländern die Unterdrückung der Artikulation der Basis. Von ihr erwartet er im Westen die Initiative gegen Macht, Bürokratie und Kapital. Die neuen sozialen Bewegungen — Frauen, Ökologie-, Friedens- und Bürgerrechtsbewegung — sind die strategischen Größen der neuen Politik, sie sind »Teil ein und desselben Wert- und Bewußtseinswandels« (221). Gearbeitet werden muß an ihren wechselseitigen »Verflechtungen und Vernetzungen« (222). Die Initiativen »Frauen für den Frieden« etwa verknüpfen die Frauen- mit der Friedensbewegung. »Schon heute läßt sich absehen, wie Ökologiebewegung in radikale Friedensbewegung umschlagen kann, etwa im Fall einer

Stationierung der im »Nachrüstungs«-Beschluss vorgesehenen neuen Mittelstreckenraketten.« (ebd.)

Eppler hält diese vielfältigen Subjekte nur dann zur Umwälzung der Gesellschaft fähig, wenn ihnen die Ausarbeitung einer »neuen Ethik« (132ff.) gelingt. Ihre Aufgabe ist es, einen umfassenden sozialen Sinn zu stiften, der die einzelnen und autonomen Projekte und Bewegungen verbindet und zusammenhält. Die neue Ethik soll radikaldemokratisch und insofern sozialistisch sein, »als sie individuellen Besitz nicht als Maßstab gelten läßt« (133f.). Sie wird auch eine Ethik des Friedens sein und wichtige Impulse aus der Bibel erhalten.

Welche Funktion kommt in diesem Entwurf der SPD zu, deren Präsidiumsmitglied Eppler (noch) ist? — Die Antwort ist traditionell: Die SPD muß die »politische Dimension« des Veränderungsprozesses wahrnehmen und die Impulse der Basisbewegungen in den Staat übersetzen (223f.). Die Initiativen von unten laufen leer, »... wenn sie nicht auch Veränderungen in der Gesamtgesellschaft nach sich ziehen.« (ebd.) Bedingungen für die Übernahme dieser Rückkoppelungsfunktion durch die Partei sind ihre Öffnung für das gewandelte Bewußtsein in den neuen sozialen Bewegungen und die Überwindung ihres »bis aufs Skelett abgemagerten Reformbegriffs« (233). Reformpolitik muß von der ökonomischen Befriedigung sozialer Interessen zur Schaffung von Mehrheitskonsens und Macht für die »Selektion technischer Alternativen« (235) erweitert werden. Eppler hält dieses Problem für die SPD mit dem etwas vagen Hinweis für lösbar, eine Reihe von neuen und richtigen Parteibeschlüssen läge bereits vor und ihre Umsetzung in Regierungshandeln dürfe kaum länger auf sich warten lassen als ihr Zustandekommen.

2. »Kapitalistische Produktionsweise« als theoretische Leerstelle und der »Abschied vom Proletariat« (André Gorz) als politischer Effekt?

Eppler will gegen die Herrschaft des Sachzwangs mit der Repolitisierung der Gestaltung der Gesellschaft, der »Strategie einer permanenten Reform« (234) kämpfen. Doch der Reformbegriff wird sogleich reduziert auf die »Selektion von technischen Alternativen« (ebd., 235). Mit der Aufwertung der Politik einher geht also ihre Beschränkung auf die Ebene qualitativer Wachstumsentscheidungen. Eppler wendet sich gegen den Grundsatz, daß das Handeln jedes Einzelnen für sein Privatinteresse gleichzeitig die beste Befriedigung des Gesamtinteresses mit sich bringen würde. Wenn die Wachstumsentscheidungen der Profitmaximierung bzw. der Kompetenz einzelner Unternehmungen überlassen werden, werden gesamtgesellschaftliche Interessen ständig verletzt. Eppler stellt sich auf den Standpunkt des Gebrauchswerts der Produktion bzw. der Wachstumsprozesse für die Gesellschaft als Ganze. Dieses Kriterium ist auch unser Kriterium, wenn wir uns z.B. gegen den Bau von Atomkraftwerken wenden. Vom Gebrauchswertstandpunkt aus kritisiert Eppler die sozialliberale Regierung, die mit ihrem Globalsteuerungs-Krisenmanagement ein undifferenziertes Wachstum fördert und so die negativen Effekte mitproduziert, die sie in Bedrängnis bringen. Diese Kritik verfehlt jedoch die gegenwärtige Politik der sozialliberalen Koalition grundsätzlich, da diese im Zuge der jetzt schon einige Jahre andauernden wirtschaftlichen Stagnation weitgehend auf eine generell wachstumsfördernde Politik verzichtet hat und Wachstum nur noch da unterstützt, wo es ohnehin stattfindet. Wenn in der Stagnation nichts wächst, kann jedoch in der Politik auch nicht entschieden werden, was wachsen soll.

Dieser Zusammenhang verweist auf den entscheidenden Mangel der Eppler'schen Theorie: Sie kann die wirtschaftliche Krise nicht als Krise der Kapitalverwertung erklären, um

daraus Vorschläge zur Überwindung der Stagnation abzuleiten. Eppler liefert allenfalls eine exogene Krisenerklärung aus der »Ölpreiskrise« (11, 24ff.), die als tiefgreifende Anpassungskrise an neue Preisstrukturen interpretiert wird. Wenn Eppler Wachstum in gesellschaftlich nützlichen statt in gesellschaftlich schädlichen Bereichen fordert, geht er von der prinzipiellen Akkumulationsbereitschaft der Unternehmen aus. Diese neoklassische Annahme hält Eppler davon ab, ein wirtschaftspolitisches Konzept zu entwickeln, was die Überwindung der Stagnation durch Steigerung der Investitionen und damit den Rückgang der Arbeitslosigkeit mit der Perspektive des selektiven Wachstums verbindet. Eppler grenzt damit die abhängig Beschäftigten aus dem Bündnis zur Durchsetzung des selektiven Wachstums aus, da für sie eine Politik unakzeptabel ist, die nicht angeben kann, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen ein radikaler Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann. Epplers Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist zwar vom gesellschaftlichen Standpunkt aus rational, auch schon eine geringe Kürzung der Arbeitszeit hätte positive Beschäftigungseffekte. Jedoch ist jede Arbeitszeitverkürzung mit erheblichen Kostensteigerungen für die Unternehmen verbunden. Arbeitszeitverkürzung muß mit einer Steigerung der privaten Investitionen wirtschaftspolitisch in Einklang gebracht und dann gegen die Unternehmen durchgesetzt werden. Es wird eine zentrale Aufgabe der Linken sein, in den nächsten Jahren ein wirtschaftspolitisches Konzept zu formulieren, daß die Überwindung der Stagnation mit dem Konzept des selektiven Wachstums verbindet und so auf der politischen Ebene ein Bündnis der weitgehend gegeneinandergerichteten Gewerkschafts- und Ökologiebewegung zu ermöglichen. Eppler kann hierzu mit seinem die Stagnationsursachen nicht berücksichtigenden Konzept wenig beitragen.

Indem Eppler Ökonomie als »eine Methode zum zweckmäßigen Einsatz knapper Mittel« (181) faßt, also die bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion nicht denken kann, muß er gegen die Entwicklung bestimmter Produktivkräfte und nicht gegen das Profitmotiv als die diese Entwicklungen vorantreibende Grundlage kämpfen. Zweckgerichteter und sparsamster Einsatz knapper Mittel ist eben nicht das Kennzeichen kapitalistischer Ökonomie, sondern allenfalls irgendeiner sozialistischen. Vom Standpunkt optimaler Kapitalverwertung ist die Vergeudung nützlicher Ressourcen solange kein Widerspruch, wie sie das Einzelkapital nichts kostet. Die Natur ist ebenso Quelle unseres Reichtums an nützlichen Dingen wie die Arbeit (vgl. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, S.15). Aber Reichtum an Gebrauchswerten und Reichtum an Kapital sind sehr verschiedene Dinge. Weil das Kapital nur den Zweck seiner Verwertung verfolgt und weil dies im Gegeneinanderhandeln vieler Einzelkapitale erfolgt, kann die Bereicherung des Kapitals die Zerstörung der Naturgrundlage geradezu zur Bedingung haben. »Das Kapital ... wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfallung der Menschheit ... soviel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne.« (Marx, Das Kapital, Bd.1 [MEW 23], S.285).

Diesen Zusammenhang vernachlässigt Eppler bei der Entwicklung seiner Konzeption des selektiven Wachstums. Wenn letzteres auf die Wahl zwischen technischen Alternativen beschränkt ist, geraten die aus dem Verwertungsinteresse des Kapitals resultierenden Krisenphänomene, die gesellschaftlich schädliche Momente des Wachstumsprozesses darstellen, obwohl sie an sich nützliche Produkte betreffen (EG-Butterberg, Stahlkrise), aus dem Blickfeld. Das von Eppler geforderte neue, nicht-verschwenderische Verhältnis zur Natur müßte auch ein neues Verhältnis zur Regelung der Produktion umfassen. Hiermit sind wir an einem zentralen Widerspruch Epplers angelangt: Einerseits soll die Gesellschaft vermittelt über die Politik qualitative Wachstumsentscheidungen treffen, andererseits bedarf es

nach Eppler »keiner neuen Eingriffe einer staatlichen Bürokratie in die Investitionsentscheidungen des Unternehmers« (150). Nach Eppler besteht das Problem darin, daß die Regierung ausreichende Instrumente zur Durchsetzung qualitativer Wachstumsentscheidungen hat, ihr aber entweder die Macht im Sinne politischer Mehrheitsverhältnisse oder die Konfliktbereitschaft zum Gebrauch ihrer Macht fehlt. Hiermit ist zwar eine berechtigte Kritik an der Bundesregierung ausgesprochen, die dem Druck von CDU und Unternehmerverbänden ausweicht, jedoch nicht das Problem gelöst, daß auch eine links-reformerische Bundesregierung mit dem existierenden wirtschaftspolitischen Instrumentarium nicht auskommen kann. Dessen Reichweite endet spätestens dort, wo die Verabschiedung oder die Ausführung bestimmter gesetzlicher Rahmenbedingungen (z.B. Umweltschutzaufgaben für Industriebetriebe) von Unternehmen mit dem Argument abgewehrt werden, sie würden die ohnehin knappen Profite aufzehren und daher mit Teilstilllegungen und Arbeitslosigkeit verbunden sein. Die Beeinflußbarkeit der technischen Produktionsbedingungen durch generelle Gesetzgebung kann nur bis zu dem Punkt funktionieren, bis zu dem die Gewinnerwartungen der Unternehmen ein weiteres Aufrechterhalten der (vollen) Produktion ermöglichen. Dieser Zusammenhang verweist auf die Notwendigkeit der Übernahme bestimmter Produktionsbereiche und Reproduktionsfunktionen durch den Staat, da hier eine privatwirtschaftlich organisierte Produktion nur noch mit enorm hohen gesellschaftlichen Folgekosten möglich ist. Das gegen die konjunkturelle Globalsteuerung gewandte Konzept des selektiven Wachstums wäre zum Scheitern verurteilt, würde es allein mit dem von der Globalsteuerung geerbten Instrumentarium angestrebt werden.

Eppler verfügt über keine ökonomische Krisentheorie. Sein eigentlicher »Krisenbegriff« liegt auf einer ganz anderen Ebene. Der tragende Begriff ist die »Zäsur« (25, 35), mit dem ein Einschnitt von welthistorischer Dimension gemeint ist: »Lebte die Renaissance — und seit der Renaissance die europäische Geschichte — aus dem Pathos der Überwindung der Grenzen des Raumes, der Zeit, der Geschwindigkeit, des Wissens, der technischen Machbarkeit und der wirtschaftlichen Produktion, so scheint jetzt eine Epoche anzubrechen, in der wir fragen müssen, welche Grenzen der Mensch überschreiten kann, welche er aber auch hinzunehmen und zu respektieren hat, wenn er menschlich überleben will.« (25) Die Zäsur ist in erster Linie eine des *Bewußtseins* (35). Diese weitausgreifende geschichtsphilosophische Deutung aktueller Krisenprozesse verführt Eppler dazu, die Erklärung für die Stabilität der »Sachzwänge« in den Köpfen der Politiker zu suchen. Die nämlich wollen die Zäsur nicht wahrhaben, »weil hier der Kern ihrer Legitimation berührt wird.« (77) Dieser Annahme von Sachzwängen als Selbsttäuschung der Politiker mit manipulativen Effekten können wir nicht folgen. Ein materialistisches Verfahren, daß Sachzwänge aus dem Zusammenhang von antagonistischen Standpunkten in einer Klassengesellschaft mit der politischen Form sozialen Handelns rekonstruiert, verspricht einen größeren Erklärungswert und wirksamere Eingriffe. So bleibt bei Eppler unklar, warum sich etwa die Chancen der Friedensbewegung erhöhen, wenn die »Sachzwänge« der Rüstung im Denken der Politiker lokalisiert sind (95).

Realistisch ist Epplers Hinweis auf die bestehende Vielfalt von Projekten der Gesellschaftsveränderung in den verschiedenen sozialen Bewegungen. Der Transformationsprozeß in den entwickelten kapitalistischen Ländern wird seine Impulse von vielen Zentren erhalten. Der italienische Kommunist Pietro Ingrao formuliert die Aufgabe, einen komplexen »sozialen Block« um die »Hegemonie der Arbeiterklasse und die Perspektive des Sozialismus herum zu organisieren.« (Ingrao, 38) Sozialisten müssen ein die gesellschaftli-

chen Umwälzungen tragendes Netz aus den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Kultur, der Frauen- und der Ökologiebewegung knüpfen (vgl. Haug 1981). Die Wissenschaft ist nicht das einzige Element, das im Eppler'schen Netzplan fehlt: Da er die Probleme der Ökologie-, der Frauen- und der Friedensbewegung nicht in ihrem Wirkungszusammenhang mit der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Organisationsweise der Produktion sieht, bildet die Arbeiterbewegung keinen strategischen Bezugspunkt in seinem Denken. Die Gewerkschaften scheint Eppler mit keinem neuen sozialen Projekt in Verbindung bringen zu können, obgleich beispielsweise Diskussionen zu arbeitsorientierter Umweltpolitik beginnen und obgleich sich zahlreiche aktive Gewerkschafter in die Friedensbewegung einmischen. — Die Ausbürgerung der Arbeiterklasse aus dem sozialistischen Projekt, die bei Eppler der blinde Effekt eines unbegriffenen Kapitalismus ist, findet sich theoretisch »begründet« bei André Gorz (vgl. auch Jäger 1981). Nach Gorz bricht die Arbeit dequalifizierende Automation (Gorz 21, 118) den Einfluß der Arbeiter auf die Produktion. Die Arbeiterklasse entwickelt nur Fähigkeiten, die dem Kapital dienen (ebd., 10), sie bleibt zwangsläufig partikular, unfähig zur Kontrolle des sozialen Gesamtzusammenhangs, Gorz' Automationstheorie und die damit verknüpfte These, Arbeit könne »keine Quelle von Identität, Sinn und Macht sein« (ebd., 66), führen geradewegs zur Konsequenz, die »Nicht-Klasse der Nicht-Produzenten« (ebd., 68) als neues revolutionäres Subjekt auf den Schild zu heben. Die theoretischen Grundannahmen bei Gorz sind in der neueren Automationsforschung (vgl. die Arbeiten des interdisziplinären Projekts Automation und Qualifikation am Psychologischen Institut der FU Berlin) zurückgewiesen worden. — Die achselzuckende Abwendung von den Gewerkschaften wird für die politische Wirksamkeit von Eppers Überlegungen von entscheidender Bedeutung. Vor dem Hintergrund der rechtssozialdemokratischen Variante von »Arbeiterorientierung« à la Löwenthal bildet Eppers Alternative auf dem wirtschaftspolitischen Feld weder vom Standpunkt der Parteispitze (Brandt, Glotz) noch für die zersplitterte Partei-Linke ein Konzept, das die Öko-Sozialisten und die »Gewerkschafter« in der Partei zusammenhalten kann.

Literaturverzeichnis

- Albers, D., u.a. (Hrsg.), 1981: Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt/New York
- Eppler, E., 1977: Rede vor dem Landtag von Baden-Württemberg am 17.3., in: Gönner 1981, S.24ff.
- Eppler, E., 1979: Referat auf dem SPD-Forum Ökonomie-Ökologie-Umweltpolitik am 22./23.3., in: Gönner 1981, S.62ff.
- Eppler, E., 1978: Rede vor dem Parteitag der SP der Schweiz am 20.6. in Basel, in: Gönner 1981, S.51ff.
- Eppler, E., 1981: Wege aus der Gefahr, Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg (240 S., br., 24,- DM)
- Fromm, Erich, 1976: Haben oder Sein, Stuttgart
- Göttinger Thesen II, 1980: Die kapitalistische Krise und ihre sozialistische Überwindung, Göttingen
- Gönner, I. (Hrsg.), 1981: Weichen stellen ... Reden und Vorträge von Erhard Eppler (1973-1980), Tübingen
- Gorz, A., 1980: Abschied vom Proletariat, Frankfurt/Main
- Gremliža, H., und H. Hannover (Hrsg.), 1980: Die Linke — Bilanz und Perspektiven für die 80er, Hamburg
- Haug, W.F., 1980: Werden die Kräfte von Arbeit, Wissenschaft und Kultur diesmal zusammenkommen?, in: Gremliža 1980
- Haug, W.F., 1981: Strukturelle Hegemonie, in *Das Argument* 129, 23.Jg., Berlin/West, S.628ff.
- Heidenreich, F., und A. Westphal, 1980: Sozialliberalismus oder sozialistische Volkspartei?, in: Sozialliberalismus oder Rechter Populismus?, Berlin/West
- Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin (West) 1980 (= spw Sonderheft 2)
- Ingrao, P., 1981: Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken, in: Albers u.a. (Hrsg.) 1981, S.17ff.
- Jäger, M., 1981: Rezension zu André Gorz (Gorz 1980), in: *Das Argument* 130, Berlin/West, S.876ff.
- Jungk, Robert, 1977: Der Atomstaat, München
- Marx, K., und F. Engels: Werke (MEW), Berlin/DDR
- Priester, K., 1981: Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis, in: spw 13, Berlin/West, S.13ff.

Kurt Neumann und Dieter Scholz

Der Zauberlehrling

— oder:

Richard Löwenthal und die Klassenfrage

Rechtzeitig zum Münchner Parteitag der SPD hat sich der »Mentor des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik«¹, Richard Löwenthal, mit »Sechs Thesen zur Identität der Sozialdemokratie«² zu Wort gemeldet. Anlaß für seine Wortmeldung war der gegenwärtige Zustand der SPD und die Politik des Partei-Zentrums um Willy Brandt und Peter Glotz, dem er vorwarf, »daß die Partei in einer brennenden Streitfrage unserer Zeit keine eindeutige und überzeugende Entscheidung getroffen hat — mithin eine Krise ihrer Identität durchmacht«. Ausdruck der »Identitätskrise« sei der mangelnde Rückhalt sozialdemokratischer Politik bei der »kritischen Jugend« einerseits und bei den »Stammwählern« andererseits. »Schwimmen« letztere bei Wahlen »zur CDU ab oder bleiben zu Hause«, votiere die Jugend zunehmend für grüne oder alternative Parteien. Der SPD drohe damit erneut der Rückfall auf die 30-Prozent-Linie der 50er Jahre, dem sie durch das Volksparteikonzept à la Godesberg entronnen zu sein hoffte.

Die »Identitätskrise« der SPD allein an sinkenden Popularitätskurven festzumachen, ist für den Genossen Löwenthal zu vordergründig.³ Die gegenwärtige Krise sozialdemokratischer Politik liegt auch seiner Ansicht nach tiefer:

»Die Streitfrage um die es geht, ist die Frage nach dem Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder einerseits, oder dem Primat nichtindustrieller Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden andererseits.«

Ökonomie — hier als Recht auf Arbeit für die abhängig Beschäftigten — versus Ökologie scheint für Löwenthal die Frage zu sein.

»Auf dem Papier kann man immer Kompromißformeln finden, die beiden Zielen gerecht werden. In der Praxis muß man wieder und wieder ausufernde ökologische Forderungen im Interesse des Rechts auf Arbeit begrenzen.«

Diese eindeutige Antwort hat notwendige Konsequenzen für die Adressaten sozialdemokratischer Politik und weist folglich den Weg zur Überwindung der von Löwenthal beschriebenen »Identitätskrise der SPD«:

»Diejenigen, die der Sozialdemokratie die Aufgabe einer Integration der neuen Welle 'kritischer Jugend' stellen wollen, verweisen auf eine vermeintliche Gemeinschaft der grundlegenden Ziele. Das ist eine Fehleinschätzung. Es gibt in vielen Fällen eine Gemeinschaft humaner Motive und kritischer Anschauungen zwischen Sozialdemokraten und 'Aussteigern', aber keine Gemeinschaft mit ihren politischen und antipolitischen Zielen.«

Und weiter:

»Die Sozialdemokratie kann die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppen der Aussteiger entscheidet.«

Löwenthals Interpretation von der »Identitätskrise der SPD« ist zuzustimmen, wenn sich die Kenntnis über Kapitalismus- und Parteigeschichte auf die tägliche FAZ-Lektüre beschränkt. Für Marxisten in der SPD gilt: daß sie an der strategischen Schlüsselstellung

der abhängig Beschäftigten für eine erfolgreiche Politik der SPD nie gezweifelt haben. Deshalb nehmen wir mit Interesse zur Kenntnis, daß nach langer Zeit ein führender ideologischer Repräsentant der Parteirechten die Konzeption der klassenunspezifischen Volkspartei grundsätzlich, wenn auch möglicherweise ungewollt, aufgegeben und gefordert hat, daß die SPD im Kern wieder die Partei der industriellen Arbeitnehmer sein müsse. Setzt Löwenthal damit die Klassenfrage und die Frage der Klassenpartei auf die Tagesordnung des kommenden Parteitag? Bevor wir uns dieser Frage und der oben angedeuteten Kritik zuwenden wollen, soll Richard Löwenthal selbst noch einmal in einem für ihn und andere überraschenden Zusammenhang ausführlich zu Wort kommen, um seine Thesen angemessen zu würdigen. Dies soll eine Retrospektive leisten.

1. »Löwenthal-Thesen« anno 1973

Zum denkwürdigen SPD-Parteitag des Jahres 1973 hatte Richard Löwenthal sich mit einem Artikel: »Mit dem Sozialismus überleben«⁴ ebenfalls zu Wort gemeldet. Er setzte sich in diesem Aufsatz mit den damals von der außerparlamentarisch agierenden »Neuen Linken« aufgeworfenen gesellschaftlichen Themen auseinander und fragte, welche Konsequenzen sie für die Inhalte sozialdemokratischer Politik hätten. Wir wollen die 1973er-Kernaussagen Löwenthals kurz vorstellen, die für die Auseinandersetzung mit seinen aktuellen Thesen noch von Interesse sind.

Für das Entstehen einer sozialistischen Massenbewegung zu Beginn der 70er Jahre sah Löwenthal insbesondere unter der Jugend in der Bundesrepublik vor allem vier Gründe:

1. Die Empörung über den Vietnamkrieg
2. Die Rebellion der Jugend gegen die Wohlstandsgesellschaft
3. Die Existenz von »Inseln der Armut« sogar in der Bundesrepublik: trotz Wirtschaftswachstums und Vollbeschäftigung
4. Die Grenzen des Wachstums oder die ökologische Krise.

»Entscheidend für das Schicksal des 'Systems' wie jeder sozialistischen Alternative wird jedoch höchstwahrscheinlich das Problem der physischen und biologischen Grenzen wirtschaftlichen Wachstums werden. Dieses Problem hat seit geraumer Zeit in der Gestalt der Sorge vor Umweltvergiftung wachsende Aufmerksamkeit erregt; doch es umfaßt auch die immer schwerer zu bewältigenden Verschandelungen unserer überfüllten Städte und ihr Verkehrschaos — und die mögliche Erschöpfung der natürlichen Rohstoff- und Energiequellen unserer endlichen Erde⁵ ist offenkundig von schlechthin lebenswichtiger Bedeutung.

Auf kurze Sicht stellt der Ruf nach dem Schutz der Umwelt vor Verschmutzung und nach dem Ernstnehmen des Problems städtischen Lebens eine mächtige Bestätigung des alten sozialistischen Arguments dar, daß privatwirtschaftliche Produktion schwere soziale Kosten verursachen kann (...), und daß darum eine gesellschaftliche Kontrolle der Investitionsentscheidungen notwendig ist. (...)

Auf lange Sicht aber stellt die gegenwärtige Debatte über die eventuelle Notwendigkeit, das Wachstum der Produktion und auch der menschlichen Bevölkerung drastisch zu verlangsamen oder überhaupt zum Stehen zu bringen, die Zukunft der Grundformen von industrieller Gesellschaft in Frage, die wir bisher kennen.«

Die auf diesen vier Faktoren beruhende Massenunzufriedenheit der Jugend müsse die Anforderungen an die Inhalte sozialdemokratischer Politik und deren soziale Basis verändern:

»Werden die sozialdemokratischen Parteien fähig sein, die neuen Faktoren der Massen-

unzufriedenheit zugunsten eines populären Programms der Erweiterung gesellschaftlicher Kontrolle durch demokratische Reformen zu mobilisieren? Eine solche Entwicklung ist denkbar, weil diese Parteien aus einer Periode selbstzufriedener ideologischer Stagnation durch die 'Neue Linke' aufgeschreckt, sich zunehmend neuen Ideen offen zeigen, und weil einige der neuen Probleme auch ein viel breiteres Potential der Wähleranziehung haben, als bloße Klassenfragen.«

Im Gegensatz zu seinen politischen Ausgrenzungsvorschlägen des Jahres 1981 tritt Löwenthal 1973 dafür ein, das von der »Neuen Linken« entdeckte ökologische Wachstumsproblem innerhalb der SPD aufzunehmen und in das Konzept des demokratischen Sozialismus einzupassen.

»Nun glaube ich tatsächlich, daß ein gewisses Maß an verringerter Befriedigung der Konsumenten auf Grund verstärkter Eingriffe in die Wirtschaft der Fortsetzung des unkontrollierten Wettlaufs zur Zerstörung der Umwelt und zur Erschöpfung der Naturschätze vorzuziehen ist: es wird als ein unvermeidlicher Bestandteil jedes realistischen 'sozialistischen' Programms für die kommende Periode akzeptiert werden müssen.«

Diese Aussage Löwenthals, die eindeutig als Plädoyer für eine ökologisch-sozialistische Politik zu begreifen ist, enthält allerdings zwei Relativierungen: Eine zeitliche (»kommende Periode«) und eine quantitative (»gewisses Maß«). Wenn sich Löwenthal in seinen Thesen 1981 gegen »wieder und wieder ausufernde ökologische Forderungen im Interesse des Rechts auf Arbeit« wendet, stellt sich die Frage, ob er durch die Existenz von Massenarbeitslosigkeit die »Periode« ökologisch-sozialistischer Politik für beendet hält oder ob die »Ökologen« das Augenmaß für ihre Politik verloren haben, weshalb ihnen die rechte Sozialdemokratie heute die »industriegesellschaftlichen« Dimensionen zurechtrücken muß? Aber auch diese großzügige Interpretation ist gegenüber der »Radikalität« des Löwenthals von 1973 untauglich. Denn wie soll das »Recht auf Arbeit« in einer Gesellschaft gesichert werden, die längst auf dem Weg ist, ihre »eigenen materiellen Grundlagen« durch Raubbau an der menschlichen und außermenschlichen Natur zu zerstören?

»Was wirklich geschehen ist, ist jedoch, daß unter dem Antrieb des Profitstrebens die Destruktivkräfte⁶ parallel mit den Produktivkräften zugenommen haben — nicht nur im bekannten Sinn der zunehmenden Destruktivkraft moderner Waffen, sondern in dem neuen Sinn der zunehmenden destruktiven Auswirkungen der modernen industriellen Technik auf die Umwelt und die Naturschätze — bis zu dem Punkt, wo sie nun drohen, die Produktivkräfte zu überholen. Es scheint, als tendiere die Beschleunigung des technischen Fortschritts unter dem Profitsystem zur Zerstörung der eigenen materiellen Grundlagen. Der Ruf nach »Sozialismus« verwandelt sich so aus einer Forderung, die Produktivkräfte von den Fesseln des kapitalistischen Eigentums zu befreien, in eine Forderung, das vom Profitantrieb hervorgerufene, unkontrollierte Anwachsen dieser Produktivkräfte zu zügeln, um ihre destruktive Wirkung unter Kontrolle zu bringen.«

In der Konsequenz bedeutet dies, »das Verhältnis zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Überleben der Gesellschaft« neu zu überdenken, der Erkenntnis von den Grenzen des kapitalistischen Wachstums Rechnung zu tragen und das Wirtschaftswachstum nach qualitativen, d.h. auch ökologischen Aspekten, im Überlebensinteresse der Gemeinschaft zu Lasten der einzelkapitalistischen Produktions- und Verteilungsinteressen zu steuern.

»Vor allem aber erscheint eine Anpassung von Industriegesellschaften an die Erkenntnis der Grenzen des Wachstums unvorstellbar ohne umfangreiche qualitative Eingriffe in die Richtung der Investitionen — mit dem Ziel, den Primat des Überlebens der Gemeinschaft

gegenüber der Freiheit der einzelnen Unternehmungen zur Jagd nach Gewinn zu sichern.«

Entsprach Löwenthal zufolge »ökologische Politik« 1973 sogar dem Überlebensinteresse der *Gemeinschaft* und kritisierte er, weitergehend als Eppler gegenwärtig, die kapitalistischen Ursachen der Ökologiekrise, gilt sie ihm 1981 nur als Anliegen einer bornierten Minderheit, die dadurch tendenziell systemgefährdend erscheint:

»Die Entgegenstellung solcher (ökologischen) Forderungen gegen bereits rechtsgültige Mehrheitsentscheidungen der gewählten demokratischen Körperschaften aber beruht auf dem Versuch der Abkapselung lokaler Interessen von den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft, der zur Nichtachtung unserer demokratischen Institutionen und häufig auch zur Nichtachtung der Rechtsordnung führt, die unsere Gesellschaft zusammenhält.«

2. Löwenthal und die Wirtschaftskrise oder: die Wirtschaftskrise und Löwenthal

Betrachtet man Löwenthals »Sechs Thesen« in Kenntnis seiner Aussagen des Jahres 1973, dann erscheint er heute als Zauberlehrling, der die »bösen Geister« nicht mehr los wird, die er damals rief. Denn: Sowohl die Diktion als auch die Inhalte (»Grenzen des Wachstums«, »Destruktivkräfte«, »Endlichkeit der Erde«) des Löwenthal-Artikels zum Parteitag 1973 ließen sich mühelos aus programmatischen Aussagen der »Grünen« oder »Alternativen« herauslesen. Warum dann aber Löwenthals heutige scharfe politische Absage an diese sozialen Kräfte? Auch auf diese Frage von 1982 findet man bei Löwenthal 1973 eine Antwort:

»Von der Zeit der Entstehung von Marx' Kapital bis zu den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts bestand der mächtigste Faktor der Unzufriedenheit der Massen in modernen Industriegesellschaften in dem Krisenzyklus der unkontrollierten kapitalistischen Wirtschaft im allgemeinen und der wiederkehrenden Massenarbeitslosigkeit im besonderen. Mit der Instabilität der Wirtschaft waren Massenarmut und Mangel an sozialer Sicherheit eng verbunden, welche die industrielle Arbeiterklasse am schwersten trafen, aber sich auch auf die ständig vom Ruin bedrohten unabhängigen Kleinproduzenten und auf den Handel und seine Angestellten auswirkten.

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 und des Zweiten Weltkrieges sind nun in den führenden westlichen Industriegesellschaften und in Japan viele dieser Probleme gelöst oder doch in ihrer Bedeutung entscheidend verringert worden — ohne revolutionäre Umwälzungen der Eigentumsstruktur und häufig unter demokratischen Regimen. Techniken der Sicherung stabilen Wirtschaftswachstums bei hoher oder annähernd voller Beschäftigung (...), sind in der Nachkriegszeit in den fortgeschrittenen Demokratien allgemein geworden (...).

Karl Marx glaubte, der Sozialismus würde siegen, wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Fesseln für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte geworden wäre. Lenin sah 'parasitäre Stagnationen' als Kennzeichen der imperialistischen Etappe des Kapitalismus und schloß daraus, die Zeit sei reif für die sozialistische Revolution im internationalen Maßstab. Die tatsächliche Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftssysteme hat sie völlig widerlegt, zumindest seit der teilweisen Transformation dieser Systeme durch eine auf Wachstum und hohes Beschäftigungsniveau gerichtete staatliche Politik.«

Trotz der Veränderungen des kapitalistischen Systems, partieller Erfolge der Arbeiterbewegung und den Wertschätzungen, die der Leser den sozialistischen Klassikern und ihren historischen Leistungen zollt⁷, dürfte spätestens seit der zweiten Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts der sozialdemokratische Glaube an kontinuierliches Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, die über staatliche Wirtschaftspolitik dauerhaft gesi-

chert werden könnte, durch die Realität in den OECD-Ländern gründlich widerlegt sein. Genau dieser Zusammenhang liefert den Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen »Identitätskrise« der Sozialdemokratie und zu den Widersprüchen des sozialdemokratischen Theoretikers Löwenthal. Seine vorgestellte Position aus dem Jahre 1973 beruht auf der Prämisse möglicher staatlicher Steuerung kapitalistischer Ökonomien, woraus Löwenthal folgerte, tiefgreifende Verwertungskrisen des Kapitals mit allen negativen sozialen und ökologischen Folgen seien vermeidbar. Da Wirtschaftswachstum und Massenkonsum nach dieser Vorstellung von staatlicher Einkommens-, Wirtschafts- und Sozialpolitik abhängen, ist auch die Umkehrung möglich, die Reduzierung des Wachstums, wenn dies im gesellschaftlichen Interesse notwendig ist. Die Lösung der »ökonomischen Frage« durch staatliche Wirtschaftssteuerung bedeutete für die Sozialdemokratie des Jahres 1973 politisch, daß sie sich den neuen (ökologischen) Problemen zuwenden konnte, um damit auch die soziale Basis ihrer Politik in der Bevölkerung auszudehnen. Die Zustimmung zu sozialdemokratischer Reformpolitik seit 1969 durch die »traditionelle Stammwählerschaft« war ja gesichert.

Von diesem Standpunkt war Löwenthals bereits zitierte Frage berechtigt (1973):

»Werden die sozialdemokratischen Parteien fähig sein, die neuen Faktoren der Massenunzufriedenheit zugunsten eines populären Programms der Erweiterung gesellschaftlicher Kontrolle durch demokratische Reformen zu mobilisieren?«

Mit einem Blick auf sozialdemokratische Regierungspolitik in der Bundesrepublik der letzten Jahre und die Entstehung der »neuen sozialen Bewegungen« — insbesondere der Friedensbewegung — muß die Antwort auf die damalige Frage heute lauten: Nein! Die Krise sozialdemokratischer Wirtschafts-, Gesellschafts- und Friedenspolitik führt heute unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und deren Auswirkungen auf das System der sozialen Sicherung bereits soweit, daß nicht nur in der Reformphase gewonnene »neue soziale Schichten« der Sozialdemokratie ihre Zustimmung verweigern, sondern auch die »Stammwähler« der Arbeitnehmer ihre Unterstützung versagen. Dies muß nicht mechanisch zu einer Linksverschiebung der politischen Kräfteverhältnisse führen. Die jüngste Krise des Kapitalismus ist für die SPD zur »Identitätskrise« geworden.⁸ Auf diesem Hintergrund ist verständlich, daß der Sozialdemokrat Löwenthal die Zustimmung der Arbeitnehmer zu sozialdemokratischer Krisenpolitik erhalten will. Er tritt daher für das Primat des »Rechts auf Arbeit« gegenüber »ökologischer Radikalität« ein. Aber verhindert diese die Durchsetzung des »Rechts auf Arbeit«?

3. Neokapitalistische Offensive

Was Löwenthal mit seinem theoretischen Gegenspieler in der SPD, Erhard Eppler⁹, aber auch mit vielen »Grünen« und »Alternativen« gemeinsam hat, ist, daß er nicht mehr die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Arbeit ins Zentrum seiner Gesellschaftskritik rücken. Die Konsequenz ist, daß ökonomische Wachstumsprozesse nur in ihrer stofflichen Form des Zuwachses materiellen Reichtums und nicht als Verwertung von Kapital begriffen werden. Verwertungskrisen mit Vernichtung von Kapital und damit auch von Arbeitsplätzen werden zu »Strukturkrisen« und Stockungen in der materiellen Reichtumsproduktion, die der Ölpreisentwicklung, mangelnden Vertrauen in die Wirtschaft, oder Investitionsmüdigkeit zugeschrieben werden; die Krisenfolgen und -erscheinungen werden zu ihrer Ursache. Sehen die einen nun in diesen gesellschaftsunspezifischen Wachstumsstörungen die Ursache für die Arbeitslosigkeit, ist sie für die anderen die Chance, die Umwelt zu schonen. Die Bündnispartner von einst sind die Gegner von heute. Sie sind zu An-

tagonisten in einem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß geworden, dessen besondere kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten sie nicht zur Kenntnis nehmen. Ohne Frage: Ohne Aneignung der Natur durch Arbeit wird es weder menschliches noch gesellschaftliches Leben geben. Aber: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Raubbau an der Natur stehen einer gesicherten Zukunft der Gesellschaft entgegen. Beides hat in unserer Gesellschaft seine Ursache in ihrer spezifisch kapitalistischen Form.

Wenden wir uns abschließend wieder der Frage zu: Setzt Löwenthal die Klassenfrage auf die Tagesordnung des kommenden Parteitages? Nach allem was wir von ihm zur Kenntnis genommen haben, besteht diese Gefahr wohl kaum. Die Verschiebung der Arbeitslosigkeitsproblematik zur Auseinandersetzung mit »Wachstumsgegnern« — eine Ideologie, die er selbst mit erzeugt hat —, trägt zur Klärung der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit — und damit zu ihrer Lösung nicht das Geringste bei! Alle Versuche, die Identität der Stammwähler der SPD, der Arbeitnehmer, nicht positiv, sondern allein in der Negation gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten zu definieren, lenkt von einer Politik realer Interessenwahrnehmung ab und hat zumindest objektiv die Funktion kapitalistische Herrschaft zu stabilisieren. Gilbert Zibura nannte dieser Tage im »Vorwärts« Löwenthals Thesen daher zurecht: »Eine neokapitalistische Offensive« in der SPD.

Anmerkungen

- 1 Die Zeit, 13.4.1973, Nr.16, S.3
- 2 FAZ, 7.12.1981, Nr.283, S.2; alle folgenden Zitate der »Sechs Thesen« sind dieser Veröffentlichung entnommen
- 3 Ebda.
- 4 Die Zeit, 13.4.1973, S.3f.; alle folgenden Zitate sind dieser Veröffentlichung entnommen. Hervorhebungen im Text erfolgten durch die Verfasser dieses Artikels. Ausnahmen sind gesondert gekennzeichnet.
- 5 Zur These von der »Endlichkeit der Erde«, vgl.: M. Massarrat, Ist die Erde endlich?, in: *Das Argument* 118, 21.Jg., Nov./Dez. 1979, S.819f.
- 6 Zur These von den »Destruktivkräften« vgl.: H. Arnold, Ökologische Probleme — Umweltprobleme: Notwendige Folgen technischer Entwicklung?, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, 3.Jg., März 1980, Heft 6, S.10ff.; sowie: G. Linke., K. Westermann, A. Westphal; *Mit neuen Werten zum Sozialismus?*, ebda.
- 7 Vgl.: W.F. Haug, Ist das »Kapital« veraltet?, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, 2.Jg., Nov. 1979, Heft 5, S.18ff.
- 8 Vgl.: dazu ausführlich in diesem Heft: Knut Krusewitz, Lohnt der Kampf um die Sozialdemokratie? S. ... ff.
- 9 Vgl.: dazu in diesem Heft: F. Heidenreich, A. Westphal, Eine linke Alternative ohne die Gewerkschaften, S.22ff.

Claus Schäfer

Die innenpolitische Herausforderung der 80er Jahre heißt Wieder- gewinnung der Vollbeschäftigung durch qualitatives Wachstum

Nicht nur der äußere, auch der innere Friede scheint in der Bundesrepublik bedroht. Ursache sind im ersten Fall die aktuellen internationalen Spannungen, im zweiten Fall die zunehmende Arbeitslosigkeit sowie ein steigendes Mißbehagen breiter Kreise über strukturelle Fehlentwicklungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das sich am deutlichsten an der Umwelt- und Energiepolitik entzündet. Obwohl diese innenpolitischen Ursachen auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam haben, soll hier die These aufgestellt werden, daß eine einzige Strategie diese Ursachen gleichzeitig und gleichermaßen erfolgreich bekämpfen und so den inneren Frieden sichern kann. Ich will diese Strategie eine bewußte, auf die ganzen 80er Jahre ausgerichtete Politik des qualitativen Wachstums nennen, die von den Gewerkschaften und vom Staat getragen werden und im wesentlichen Arbeitszeitverkürzung und staatliche Beschäftigungsprogramme zum Inhalt haben soll. Diese Strategie ist weitestgehend vorformuliert — und das auch seit Jahren schon, allerdings weniger von der SPD als bezeichnenderweise von den Gewerkschaften. Der SPD kommt deshalb die Aufgabe zu, diese Strategie zu transportieren und über ihre Regierungsbeteiligungen endlich umzusetzen. Es versteht sich von selbst, daß sie dabei auch die Chance hat, ihre Glaubwürdigkeit als Arbeitnehmer- und Reformpartei entscheidend zu stärken und darüber mittelfristig auch mehr Regierungsbeteiligung zu erringen.

1. Mittelfristige Arbeitsmarktperspektive: 3 Millionen Arbeitslose

In dieser These ist allerdings manches eingeschlossen, was von vielen in der Öffentlichkeit und auch in der SPD nicht so ohne weiteres akzeptiert wird. Der Mangel an Übereinstimmung beginnt häufig bereits bei den Prämissen. Eine dieser Prämissen ist die unakzeptable Höhe der bereits vorhandenen Arbeitslosigkeit. Denjenigen, die das Niveau der Beschäftigungslosigkeit dagegen für erträglich halten und unter anderem auf viel schlechtere ausländische Erfahrungen verweisen, muß deshalb entschieden entgegnet werden: es sind ja nicht nur die 1,9 Millionen registrierten Arbeitslosen Anfang 1982 ohne Beschäftigung, sondern noch ein paar hunderttausend Personen mehr, deren verlorengegangener Arbeitsplatz sowie deren unerfüllter Wunsch nach erneuter Arbeit hinter dem Begriff 'stille Reserve' mehr als kaschiert wird. Aber auch die materielle Lage der registrierten Arbeitslosen ist bei weitem nicht so rosig, wie das oft behauptet wird. Lediglich 66 v.H. von ihnen erhalten überhaupt Geldleistungen von der Bundesanstalt für Arbeit, darunter 3/4 der Männer zwischen 780 und 1.300 DM pro Monat und 2/3 der Frauen zwischen 240 und 960 DM pro Monat. Wer angesichts dieser Lage und auch der damit verbundenen psychischen Konsequenzen, die bis zur gesellschaftlichen Ächtung von Arbeitslosen reichen, einem bedeutenden Teil der Beschäftigungslosen freiwillige Arbeitslosigkeit und bewußten Mißbrauch des sozialen Systems unterstellen will, muß sich weit mehr als Verharmlosung des Arbeitsmarktproblems vorwerfen lassen.

Ein noch wichtigeres Argument für arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen aber ist, daß ohne sie in der Zukunft die Arbeitslosigkeit weiter und dramatisch zunehmen wird. Bis heute ist viel zu wenig begriffen worden, daß die 80er Jahre sich arbeitsmarktpolitisch total von der Vergangenheit unterscheiden. Im Gegensatz dazu haben wir bis 1990 ein steigendes Arbeitskräftepotential, das durch die Bevölkerungsentwicklung in der Vergangen-

heit bedingt und nicht beeinflussbar ist. Aus geburtenstarken Jahrgängen werden in Zukunft jedes Jahr rund 100.000 Jugendliche zusätzlich aus dem Ausbildungsbereich auf den Arbeitsmarkt drängen und Arbeitsplätze suchen. Parallel hierzu wird die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze jährlich zurückgehen, weil durch den immer stärker werdenden Einsatz von Mikro-Elektronik und Industrierobotern ein ungeheurer Rationalisierungsschub in Produktion und Verwaltung wesentlich mehr Arbeitsplätze vernichten als neue schaffen wird.

Es ist deshalb keine Horrorvision, wenn von verschiedenen Seiten bereits für 1984 oder 1985 Zahlen von 3 Millionen registrierten Arbeitslosen und mehr erwartet werden. Wichtig ist also die Erkenntnis, daß Arbeitslosigkeit während der ganzen 80er Jahre ein strukturelles und langfristiges Problem sein wird. Sogenannte konjunkturelle Krisen und international verursachte ökonomische Probleme wie etwa die Ölpreisverteuerung oder Währungsschwankungen können dieses Arbeitsmarktproblem nur verschärfen. Hauptverantwortlich sind sie dafür nicht, und auch das ist zumindest teilweise anders als in der Vergangenheit.

2. Gegenstrategie: Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramm

Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitsmarktproblems müssen deshalb ebenfalls langfristig und strukturell angelegt sein. Das trifft auf jeden Fall auf die Arbeitszeitverkürzung zu, die in den verschiedensten Formen eingesetzt werden kann. Die positiven Beschäftigungswirkungen von Arbeitszeitverkürzung, insbesondere Verminderung der wöchentlichen bzw. täglichen Arbeitszeit, sind unbestritten. Aber Arbeitszeitverkürzung soll nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen und damit für mehr Lebensqualität von Arbeitslosen sorgen, sie soll ebenso sehr auch die Beschäftigungsbedingungen aller Arbeitnehmer entscheidend verbessern. Je größer der Grad der Arbeitszeitflexibilisierung, umso größer die Arbeits- wie die Freizeitqualität.

Nun ist die Arbeitszeitverkürzung, von einigen flankierenden Maßnahmen wie insbesondere der Reform der Arbeitszeitordnung abgesehen, in erster Linie eine Aufgabe der Tarifpartner. Bekanntlich aber haben sich die Gewerkschaften durch langfristige Tarifverträge bis 1983 zum Stillhalten in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit verpflichtet. Selbst wenn sie dann intensiv genutzt wird, wovon man angesichts der Bereitschaft der Gewerkschaften und der Schrittmacherdienste Frankreichs ausgehen kann, so sind doch ab heute schon energische Maßnahmen gegen die weiter steigende Arbeitslosigkeit notwendig. Außerdem kann von Arbeitszeitverkürzung allein ohnehin keine ausreichende Besserung des Arbeitsmarktes ausgehen. Deshalb muß sofort als einzige weitere wirksame Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit ein massives staatliches Beschäftigungsprogramm in Gang gebracht werden, das mehrere Jahre lang spürbar höhere Staatsausgaben vorsieht und damit eine radikale Abkehr von dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs vornimmt.

Gegen diese seit Jahren von den Gewerkschaften vorgetragene Forderung gibt es bis heute den meisten Widerspruch. Er wird abgeleitet aus dem angeblich bewiesenen Versagen solcher staatlichen Beschäftigungsprogramme in der Vergangenheit seit 1973; aus den angeblich besser funktionierenden Selbstheilungskräften der Wirtschaft, die lediglich durch Kostensenkung und Vertrauensbildung gestärkt werden müßten; aus der bereits erreichten hohen Staatsverschuldung, die die Finanzierung weiterer staatlicher Beschäftigungsprogramme unmöglich mache; und schließlich aus dem angeblichen Mangel an kon-

kreten Projekten für staatliche Beschäftigungsprogramme. Aber alle diese Behauptungen sind weitestgehend widerlegbar.

Zwar hat es in den letzten Jahren zahlreiche staatliche Programme gegeben, die die Krise bekämpfen sollten. Und es trifft auch zu, daß trotzdem die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam gestiegen ist. Daraus kann jedoch kein Versagen der grundsätzlich dem Staat im Keynes'schen Sinne gegebenen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit abgeleitet werden. Der Beweis wird von einer quantitativen Analyse erbracht, die die *gesamte* Einnahme- und Ausgabebetätigkeit der öffentlichen Haushalte seit 1973 zum Inhalt hat. Maßstab sind dabei die sogenannten primären staatlichen Nachfrageimpulse, worunter die Differenz der jährlichen Veränderungen der staatlichen Käufe und der Veränderungen bei den Übertragungsströmen zwischen Staat und privatem Sektor verstanden wird. Und diese Impulse sind nur in der Hälfte der Jahre seit 1973 positiv gewesen, und dann auch nur, gemessen an der Unterauslastung des Produktionspotentials, in bescheidenem Ausmaß.

Eine andere negative Erfahrung mit den vergangenen Konjunkturprogrammen war deren falsche Struktur. Sie bestand überwiegend aus Steuererleichterungen und Transfer-Erhöhungen für den privaten Sektor, der diese jedoch bei weitem nicht in dem erhofften Umfang in Form von zusätzlicher Nachfrage an die Produzenten weitergegeben hat. Diese indirekten Anreize sind allzu oft zu reinen Mitnehmereffekten bei sowieso geplanten Investitionen geworden oder sind über die Importquote bei Gütern und Diensten (überwiegend touristische Dienstleistungen) ins Ausland geflossen und haben dort Produktions- und Beschäftigungseffekte ausgelöst. Oder sie sind in der Sparquote versickert, motiviert bei den privaten Haushalten teilweise durch Angstsparen und bei den Unternehmen durch schlechte Absatz- und Amortisationsaussichten, die die Anlage betrieblicher Liquidität statt in Investitionen und Beschäftigung in verschiedenen Formen des Geldvermögens mit höherer Rendite nahelegte. Und dort, wo indirekte Anreize doch einmal zu einer zusätzlichen Nachfrage geführt haben, hat es relativ lange gedauert, bis der staatliche Einkommensimpuls über individuelle Entscheidungsprozesse in zusätzliche Produktions- und Beschäftigungswirkungen umgesetzt wurde.

Das Mittel der direkten Nachfragerhöhung durch den Staat ist in der Vergangenheit wesentlich seltener eingesetzt worden. Doch gerade hier hat sich deren große Wirksamkeit und damit auch deren beschäftigungspolitische Überlegenheit gegenüber indirekten Anreizen gezeigt. Das beste positive Beispiel ist das von den Gewerkschaften initiierte und von der Bundesregierung realisierte Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP), das durch öffentliche Bauaufträge und staatliche Zuschüsse zu privaten zusätzlichen Investitionsvorhaben nachweislich mehr Nachfrage geschaffen und Arbeitsplätze gesichert hat.

Diese Erfahrungen über die größere Effizienz direkter staatlicher Nachfrageimpulse werden im übrigen durch empirische Untersuchungen und aufwendige Modellrechnungen von wissenschaftlicher Seite bestätigt. Danach bergen sie nicht nur grundsätzlich weniger Risiken durch Mitnahme- und Sickerffekte ins Ausland bzw. in die Sparquote, sie wirken auch wesentlich schneller auf Produktion und Beschäftigung. Und vor allem sind die damit erzielbaren gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte wesentlich höher. So können mit 1 Milliarde DM Staatsausgaben für höhere Subventionen oder niedrigere Steuern für private Haushalte gesamtwirtschaftlich 17.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden, bei denselben Vergünstigungen für die Unternehmen immerhin 21.000 Arbeitsplätze. Aber mit derselben Summe lassen sich bei Verausgabung für staatliche Investitionen 24.000 Arbeitsplätze schaffen und bei Finanzierung neuer Stellen im öffentlichen Dienst sogar 41.000 Arbeitsplätze (darunter rund 23.000 unmittelbar im öffentlichen

Dienst und rund 18.000 durch Multiplikatoreffekte in den übrigen Wirtschaftsbereichen).

Diese Erfahrungen und Erkenntnisse muß ein neues Beschäftigungsprogramm des Staates auf jeden Fall berücksichtigen, zumal sie nicht nur eine bisher angesprochene erfolgversprechende Struktur, sondern auch die im folgenden anzusprechende durchsetzbare Finanzierung bestimmen. Positive Produktions-, Umsatz- und Arbeitsplatzimpulse durch staatliche Beschäftigungsprogramme sind gleichzeitig Beiträge zur Verbesserung der öffentlichen Haushaltslage, weil zusätzliche Steuern vereinnahmt und bisherige Ausgaben für die Unterhaltung von Arbeitslosen, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Wohngeld, eingespart werden. Jeder zusätzlich Beschäftigte, der vorher arbeitslos war, trägt mit durchschnittlich 25.000 DM zur Haushaltsverbesserung bei, weil für ihn allein an Arbeitslosenunterstützung 10.000 DM entfallen und weil er an Steuern und Sozialabgaben 15.000 DM zahlt.

3. Finanzierung des Beschäftigungsprogramms

Je besser nun die Struktur eines staatlichen Beschäftigungsprogrammes durch Konzentration auf direkte staatliche Nachfrageimpulse, je höher das Programmniveau und je langfristiger die Programmabwicklung, um so größer sind auch die Beschäftigungseffekte und damit die einhergehenden Haushaltsentlastungen. Sie veranlassen den DGB zu Recht zu der Aussage, daß sich staatliche Beschäftigungsprogramme mittelfristig selbst finanzieren. Bevor diese Selbstfinanzierungseffekte greifen, wäre für die Anlauf- und Anfangsphase eines solchen Programms zwar eine Vorfinanzierung aus anderen Finanzquellen notwendig, auf die aber auch bald wieder verzichtet werden könnte. Das würde zunächst in der Tat eine, wenn auch vorübergehende, weitere Steigerung der Nettoneuverschuldung bedeuten.

Die Aussicht, daß diese vorübergehende Steigerung mittelfristig durch die Selbstfinanzierungseffekte unter das heutige Niveau reduziert werden kann, soll jedoch nicht als Trost für die angeblichen grundsätzlichen Gefahren der Staatsverschuldung verstanden werden. Denn auch unabhängig von den Selbstfinanzierungseffekten bieten weder die gegebene Höhe der Staatsverschuldung noch ein weiterer Anstieg aus ökonomischer, verfassungsrechtlicher oder auch generationspolitischer Sicht Anlaß zur ernsthaften Besorgnis. Es stellt sich allein die mehr oder weniger technische Frage, ob die vorübergehend steigende Nettoneuverschuldung auch mit der aktuell hohen Zinsbelastung oder überhaupt mit einer Zinsbelastung versehen sein muß. Bei der Abführung des Notenbankgewinns an den Bund, die einem Kredit gleichkommt, ist sogar noch nicht einmal eine Tilgung erforderlich; leider aber ist diese Finanzierungsmöglichkeit überwiegend von außenwirtschaftspolitischen und auch spekulativen Zufälligkeiten abhängig und nicht ein sinnvoll in das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz integriertes und speziell die Konjunkturrücklage ergänzendes Instrument.

Allein aus praktisch-politischen Gründen kann und sollte ein Teil der Vorfinanzierung durch höhere Steuern und Abgaben bereitgestellt werden. Die bekanntesten Vorschläge der Gewerkschaften in dieser Hinsicht sind die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Beschäftigten, die in erster Linie die Beamten und Selbständigen zusätzlich belasten würde, sowie die Wiedereinführung der Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen. Auf weitere eher mittelfristig realisierbare Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung (durch Haushaltsumstrukturierung zu Lasten von Subventionen und Maßnahmen zur Verbesserung des Steuereinzugs) sei hier nur hingewiesen. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Finanzierung eines staatlichen Beschäftigungsprogramms also kein Problem; im Gegenteil vertreten sie gerade wegen der Selbstfinanzierungseffekte eines solchen Pro-

gramms die Auffassung, daß die beste Haushaltskonsolidierung die Realisierung eines Beschäftigungsprogramms ist.

4. Beschäftigungsprogramm und qualitatives Wachstum

Ist die Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms eine mehr technische Frage und sind die verschiedenen Finanzierungsquellen auch mehr oder weniger untereinander austauschbar, so gilt dies für die Inhalte eines Beschäftigungsprogramms, d.h. die konkreten Projekte, für die zusätzliche Staatsausgaben verwandt werden sollen, auf keinen Fall. Sie dürfen keine globalen sein und vor allem keine unsinnigen, bei denen nur der zusätzliche Arbeitsplatz und nicht auch der damit verbundene Arbeits- und Produktionsinhalt zählt. Sie müssen vielmehr an gesellschaftlichen Notwendigkeiten und konkreten Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Bürgern orientiert sein. Dabei heißt Orientierung an Bedürfnissen in den meisten Fällen auch Beseitigung von gesellschaftlichen Mängeln und Defiziten. Solche Defizite werden heute in breiten Kreisen bestritten, und auch in der SPD sehen viele gerade bei öffentlichen Leistungen, für die öffentliche Investitionen und öffentliches Personal eingesetzt werden müssen, eher eine bereits erreichte Sättigungsgrenze. Doch diese Position ist falsch. Verschiedene Bedarfsanalysen gerade bei öffentlichen Leistungen in der letzten Zeit haben im Gegenteil ergeben, daß zur Realisierung von Neu-, Nachhol- und Ersatzbedarf noch zusätzlich öffentliche Investitionen und öffentliches Personal (einschließlich bei privaten Trägern sozialer Dienstleistungen) in erheblichem Ausmaß eingesetzt werden müßten. Der DGB-Vorsitzende spricht deshalb sogar von einem »Reformstau«.

Diese Bedarfsorientierung haben die Gewerkschaften vor einem Jahr befolgt, als sie unter Anknüpfung an ihre Forderungen von 1977 ein mittelfristiges staatliches Investitionsprogramm zur Förderung öffentlicher und privater Investitionen in Höhe von 50 Milliarden DM bis 1985 vorgeschlagen haben. Mit diesem Volumen wird zwar der vorhandene Bedarf bei weitem nicht ausgeschöpft. Aber im Rahmen dieses Ausgabevolumens sind 26 konkrete, bedarfsorientierte Projektbereiche benannt worden, in die die Gebietskörperschaften die zusätzlichen Staatsausgaben im Verlauf von mehreren Jahren lenken sollen. Diese 26 Bereiche spiegeln damit die gesellschaftspolitischen Prioritäten wider, die die Gewerkschaften für vordringlich halten.

Der überwiegende Teil der Projekte ist Maßnahmen der Energieeinsparung, des Wohnungsbaus und der Wohnqualität, dem öffentlichen Verkehr und dem Umweltschutz zuzurechnen (insgesamt 15 von 26 Projekten). Aber auch die unter den Rubriken Wohnen und Verkehr genannten Projekte berücksichtigen ebenfalls energiesparende und umwelt-schonende Nebenbedingungen. Damit sind die gewerkschaftlichen Programmvorschläge in jedem Fall keine globalen, sondern spezifische, auf die Verbesserung der Lebensqualität zielende Vorschläge, deren weitere umsetzungsorientierte Detaillierung und auch Regionalisierung den Gebietskörperschaften, Bund, Ländern und Gemeinden überlassen bleibt.

Mit den 26 Projektbereichen sind zugleich auch mehr oder weniger die Branchen und Produktionsbereiche benannt, die den Bedarf durch zusätzliche Güter und Dienste realisieren und damit auch zusätzliche Arbeitsplätze und Berufsaussichten langfristig schaffen sollen. Die von diesen Branchen ausgehenden Multiplikatoreffekte, ausgelöst durch die Lieferbeziehungen zu anderen Sektoren und die Verausgabung der zusätzlichen Einkommen dort Neubeschäftigter, werden auch in allen anderen Wirtschafts- und Beschäftigungsbereichen für positive Produktions- und Beschäftigungseffekte sorgen. Dasselbe gilt selbstverständlich nicht nur für Investitionsimpulse, sondern auch für die bedarfsnotwendige Einstellung zusätzlichen Personals im öffentlichen Dienst und bei privaten Trägern sozialer Leistungen.

5. Schwierigkeiten für die Programmdurchsetzung

Einige nicht unwichtige, aber auch nicht entscheidende, politisch-institutionell vorgegebene Schwierigkeiten für die Programmdurchsetzung sollen nicht unerwähnt bleiben. Sie liegen in erster Linie bei dem autonomen Status von Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen unseres föderalistischen Systems sowie bei der unabhängigen Notenbank. In der Tat sind die Beschäftigungsprogramme optimal, die so eng wie möglich zwischen allen Gebietskörperschaften abgestimmt und gleichermaßen von ihnen realisiert werden. Bekannt ist aber auch, daß die Kooperationsbereitschaft der Gebietskörperschaften in den letzten Jahren gelitten hat. Doch daraus kann kein a priori-Scheitern für Beschäftigungsprogramme des Staates abgeleitet werden. Auch der Bund und SPD-geführte Bundesländer allein können viel bewirken. Selbst der Bund kann nur auf sich gestellt wesentlich mehr tun, als ihm die Öffentlichkeit zutraut bzw. er die Öffentlichkeit glauben macht. Faßt man nämlich mit dem Bundeshaushalt auch die unmittelbar vom Bund gesteuerten bzw. steuerbaren öffentlichen Unternehmen Bundesbahn und Bundespost sowie weitere Bundesunternehmen und solche mit wesentlicher Bundesbeteiligung zusammen, so wird offensichtlich, daß der Bund auch ohne die Personalhaushalte der Länder und die Investitionshaushalte der Gemeinden gesamtwirtschaftlich nicht ohnmächtig ist. Insbesondere im Hinblick auf Energieeinsparung und Umweltschutz müssen gerade die Versorgungs- und Versorgungsunternehmen in der Bundesrepublik, die fast ausschließlich in öffentlichem Besitz sind, sehr viel stärker als in der Vergangenheit in die politische Pflicht genommen und in ein bedarfsorientiertes Produktionskonzept eingebunden werden.

Auch die Bundesbank kann nicht immer leichthin als diejenige Institution hingestellt werden, die den gutwilligen Politikern einen dicken Strich durch die Rechnung macht. Zweifellos wird die Bundesbank als eine Art Nebenregierung ohne demokratische Kontrolle und Legitimation viel zu wenig hinterfragt, obwohl doch gerade jetzt wieder offensichtlich ist, daß die Leitzinsen trotz nicht mehr vorhandener außenwirtschaftlicher Restriktionen nur wegen der bevorstehenden Lohnrunde nicht gesenkt werden. Änderungen beim Status der Bundesbank sind mittelfristig angesichts ihrer ungerechtfertigten Tabuisierung sicherlich kaum vorstellbar. Aber auch ohne solche Änderungen ist ihre Politik korrigierbar. Dazu gehören öffentlicher Druck und Politikercourage. Dazu gehört auch Einfallsreichtum, wie er bereits mit dem Zinsverbilligungsprogramm von 6,5 Mrd. DM durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau für private Investoren bewiesen worden ist. Mit spezifizierten, auf bestimmte Teile von Beschäftigungsprogrammen bezogene Zinsverbilligungen von Bund und/oder einzelnen Ländern kann die Hochzinspolitik der Bundesbank noch besser unterlaufen werden.

6. Gesellschaftspolitische Bedeutung des Beschäftigungsprogramms

Viel mehr als vor diesen Schwierigkeiten muß vor der Gefahr gewarnt werden, das aus der Sicht der Gewerkschaften vorgestellte mittelfristige Beschäftigungsprogramm nicht nur arbeitsmarktpolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch zu überschätzen und sozusagen zum ausreichenden Schlüssel für die Bewältigung der Zukunft zu machen. Diesen Anspruch haben die Vorschläge nicht, sie könnten ihn auch nicht einlösen. Aber ein solches Programm ist sehr wohl ein wirksamer Einstieg in weiterführende und stärker strukturverändernde politische Maßnahmen, die als Anschluß- und Erweiterungsmaßnahmen sowie flankierende Maßnahmen langfristig möglich und notwendig sind. Dazu gehört nicht nur eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft, sondern auch eine sehr viel stärkere

Umorientierung des Wirtschaftens, d.h. der Ausrichtung des Investierens, der Arbeitsplätze und des Produzierens nach menschlichen Sinnhaftigkeiten und nicht nach den herkömmlichen Kriterien der betrieblichen Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. An anderer Stelle ist dazu innerhalb und außerhalb von Gewerkschaften und SPD sehr viel Sinnvolles geschrieben worden. Hier bleibt nur zu betonen, daß dies wahrscheinlich nur mit einer vorausgegangenen erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelingen kann. Um diese These zu belegen, soll hier geschildert werden, was gesellschaftspolitisch passiert, wenn beschäftigungspolitisch nichts passiert, wenn insbesondere der eingeschlagene Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte fortgeführt wird.

Dann wird die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam weiter steigen, und zwar nicht nur aus demographischen und technischen Gründen sowie der schon vorhandenen Nachfrageschwäche der privaten Sektoren. Ein wesentlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen wird ursächlich und unmittelbar auf den staatlichen Nachfrageentzug zurückzuführen sein, der mit der Operation '82 der Bundesregierung und ähnlichen Maßnahmen der anderen Gebietskörperschaften zusätzlich herbeigeführt wird. Die Kürzungen bei den Sozialleistungen einschließlich der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit sowie die Steuererhöhungen, die insgesamt das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer mit rund 10 Mrd. DM jährlich belasten, werden über Konsumverzicht und nachfolgende negative Multiplikatoreffekte rund 35.000 zusätzliche Arbeitslose erzeugen. Die Zurücknahme der staatlichen Investitionen in 1982 um rund 5 Mrd. DM wird rund 65.000 Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft um ihren Arbeitsplatz bringen, in der insgesamt für das nächste Jahr 100.000 neue Arbeitslose erwartet werden. Und der geplante Stellenabbau im öffentlichen Dienst sowie der völlige Verzicht auf Neueinstellungen, die in den letzten Jahren jährlich 60.000 bis 80.000 neue Arbeitsplätze brachten, werden den Arbeitsmarkt noch einmal mit 100.000 Arbeitslosen belasten.

Zusammen 200.000 zusätzliche Arbeitslose durch eine prozyklische Haushaltspolitik des Staates belegen die Absurdität dieser überzogenen Konsolidierungspolitik. Denn sie erzeugt nur steigende Belastungen der Bundesanstalt für Arbeit und steigende Verluste bei den Steuereinnahmen, die — wenn die Staatsverschuldung nicht doch erhöht werden soll — nur zu neuen Ausgabenkürzungen und/oder pauschalen Abgabenerhöhungen bei den Arbeitnehmern und damit zu einer weiteren Krisenverschärfung führen. Dies ist der Brüning-Effekt.

Die Folgewirkungen werden sein

- ein weitgehender Abbau sozialer Leistungen, insbesondere für einkommensschwache und diskriminierte Bevölkerungsgruppen, die von der Krise ohnehin schon besonders betroffen werden. Damit verbunden eine ökonomische und soziale Ausgrenzung der Arbeitslosen aus der übrigen Gesellschaft, Entsolidarisierung von Beschäftigten und Beschäftigungslosen, Radikalisierung der arbeitslosen Jugend, Zurückwerfen der Frauenemanzipation usw.
- Verzicht auf mögliche Wohlstandszuwächse, Verschieben der Lösung elementarer gesellschaftlicher Probleme wie Wohnungsnot und Umweltverschmutzung mit gleichzeitiger Anhäufung sozialen Sprengstoffs. Insbesondere Verlängerung unserer Abhängigkeit vom Öl und damit von der Leistungsbilanz; gleichzeitig Verstärkung des Drucks zur Realisierung von mehr Kernenergie.

Es mag schließlich trotzdem noch den Glauben geben, daß die Probleme erträglich sind und ihre Lösung auch auf die Zeit nach 1990 vertagt werden kann, in der zumindest der

demographische Druck auf den Arbeitsmarkt nachläßt. Dem aber steht ein anderer langsam wachsender Druck gegenüber, der durch den dann steigenden Anteil der Rentner und die damit zunehmende Belastung der Arbeitsbevölkerung zur Finanzierung dieser Rentenlast bedingt ist. Deshalb müssen wir, wenn wir den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Gesellschaft übergeben wollen, die notwendigen Reformen jetzt durchführen und damit gleichzeitig die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Siehe zu Details und weiteren Erläuterungen:

Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Düsseldorf 1977

DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, in: DGB-Informationdienst Nr. 2/1981 (30.3.1981)

Brief von Heinz Oskar Vetter an den Bundeskanzler vom Juli 1981 (»Die Arbeitnehmer nicht zusätzlich belasten«), in: Die Quelle, Funktionszeitschrift des DGB, Nr. 9/1981, S.458ff.

Claus Schäfer und Hartmut Tofaute, Beschäftigungssichernde Finanzpolitik — Eine Chance für Vollbeschäftigung, Frankfurt/M.-New York 1980.



frontal

Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB



Ob man die auch abonnieren kann?

Nichts leichter als das! Ein frontal-Abo kostet 12 Mark im Jahr — für 6 Hefte einschließlich Versandkosten. Bestellzettel ausfüllen, auszeichnen und einsenden an frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1.

Ja — Ich möchte frontal zu den angegebenen Bedingungen abonnieren.

Ich bin an frontal interessiert, bitte aber zunächst um ein kostenloses Probeheft

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Klaus Thüsing

Das Ende der Strategie des Gleichgewichts — Helmut Schmidt und der Doppelbeschluß

In der politischen Auseinandersetzung um den Beschluß der NATO-Außen- und Verteidigungsminister vom 12. Dezember 1979 in Brüssel, den sogenannten NATO-Doppelbeschluß, spielt bei den Befürwortern des NATO-Beschlusses der Begriff des »Gleichgewichts« eine zentrale Rolle. Für das außenpolitische Denken Helmut Schmidts ist er der Schlüsselbegriff gerade im Zusammenhang mit der Verteidigung des NATO-Beschlusses.

Schon in seiner vielzitierten Rede vor dem Londoner Internationalen Institut für strategische Studien vom Oktober 1977 hatte er ausgeführt: »Sie gehen wohl alle mit mir darin einig, daß das politisch-militärische Gleichgewicht Voraussetzung unserer Sicherheit ist, und ich warne vor der Illusion, daß es irgend etwas geben könnte, das uns erlauben würde, die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts zu vernachlässigen.« Noch eindeutiger waren seine Ausführungen vor der 10. Sondergeneralversammlung der UNO für Abrüstung in New York am 25. Mai 1978: »Gleichgewicht ist das wichtigste Prinzip, von dem alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen hat. So lange eine Weltregierung mit Weltpolizei und Waffenmonopol utopisch erscheint, bleibt die Stabilisierung des Gleichgewichts unsere zentrale Aufgabe. Gleichgewicht ist heute für eine Strategie zur Sicherung des Friedens unerlässlich. Versuche, Rüstungsbegrenzungen zu vereinbaren, die nicht auf die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts abzielen, bieten wenig Aussicht auf dauerhaften Erfolg.«

Gleichwohl ist auch Helmut Schmidt klar, daß das Prinzip des Gleichgewichts allein nicht ausreicht zur Begründung einer außenpolitischen Strategie. So hatte er am 26. Mai 1981 vor dem Bundestag nach seinen Gesprächen mit der amerikanischen Regierung als Übereinstimmung mit der amerikanischen Seite bekräftigt, »daß Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik des Bündnisses sind.« In der Bundestagsdebatte am 3. Dezember zitierte der Kanzler zustimmend kritische Anmerkungen der beiden großen Kirchen zur Abschreckungsstrategie: »Ein Sicherheitssystem, das auf Abschreckung beruht, stellt in christlicher Sicht ein erhebliches moralisches oder ethisches Problem dar. Ethisch zu rechtfertigen oder überhaupt erträglich ist es nur dann, wenn mit aller Kraft auf wirkliche Abrüstungsschritte hingearbeitet wird; dazu ist der Wille zu Verhandlungen unerlässlich. (...) Die existierende Sicherheitskonstellation der Welt von Abschreckung und Gegenabschreckung macht aus moralischem Grund politisches Handeln und Verhandeln notwendig.« Nun hat Helmut Schmidt oft festgestellt, der sogenannte NATO-Doppelbeschluß stimme mit seinen Grundauffassungen vollkommen überein, ja er sei geradezu idealtypisch für eine verantwortliche Politik der Friedenssicherung, weil er die Elemente Gleichgewicht und Rüstungskontrolle sowie Abrüstung gleichgewichtig enthalte.

Nun kann zunächst einmal mit guten Gründen gefragt werden, ob der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 tatsächlich ein Doppelbeschluß ist. Karl-Heinz Hansen hat darauf hingewiesen, daß der sogenannte Doppelbeschluß ein als Nachrüstung getarnter Aufrüstungsbeschluß mit einer Verhandlungsfußnote sei. Tatsächlich steht der Beschluß nicht in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Parteitag der SPD von Berlin im Dezember 1979, in dem sich die SPD gegen Automatismen im nuklearen Rüstungswettlauf gewandt hatte und ihre Zustimmung zur Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa nur

»unter der auflösenden Bedingung« gegeben hatte, »daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen.« Dagegen beschloß die NATO die Aufstellung von 572 Mittelstreckenraketen (108 Pershing II-Abschußvorrichtungen und 464 bodengestützte Marschflugkörper). Die Rüstungskontrolle wird im Beschluß keineswegs als gleichwertiger Bestandteil der NATO-Politik genannt, sondern sehr allgemein heißt es lediglich in Punkt 8 des Beschlusses: »Die Minister messen der Rüstungskontrolle als Beitrag zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses eine große Bedeutung bei.« Allenfalls aus dem letzten Satz des Beschlusses: »Der TNF-Bedarf der NATO wird im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden«, könnte abgeleitet werden, daß eine gewisse Bereitschaft, auch über die 572 zur Stationierung vorgesehenen Waffen zu verhandeln, besteht. Das aber war wohl kaum als realistisches Verhandlungsziel gedacht.

Daß der NATO-Beschluß den Verzicht auf Nachrüstung, also die sogenannte Null-Lösung, als realistische Perspektive nicht vorsah, wurde dadurch bewiesen, daß die im Herbst 1981 erstmalig als Verhandlungsziel genannte Null-Lösung als neues Element gilt. Noch zu Beginn seines Deutschland-Besuches hatte der amerikanische Außenminister Alexander Haig die Null-Lösung als lächerlich bezeichnet. Bei der Abschlußpressekonferenz wurde nach eindringlichen Vorhaltungen der Bundesregierung die Null-Lösung als Verhandlungsziel erstmalig erwähnt. Der Bundeskanzler hatte am Vortag der Bonner Friedensdemonstration am 9. Oktober vor dem Bundestag die Null-Lösung erstmalig als ideales Verhandlungsergebnis angesprochen, wenn »die Sowjetunion bereit wäre, im Wege einer beiderseitigen Null-Lösung den Zustand ihrer Hochrüstung bei den nuklearen Mittelstreckenraketen zu beseitigen, den Zustand, der die Nachrüstung herausfordert«. Schließlich hatte der amerikanische Präsident in seiner Rede vom 19. November 1981 gesagt: »Die USA sind bereit, auf die Stationierung der Pershing II und der landgestützten Marschflugkörper zu verzichten, wenn die Sowjets ihre SS-20, SS-4 und SS-5-Raketen abbauen.« Damit hatte der amerikanische Präsident freilich noch vor den in Genf am 30. November beginnenden Verhandlungen der beiden Großmächten von sich aus festgelegt, was er unter Gleichgewicht in Europa versteht, während der Kanzler vor dem Bundestag am 9. Oktober noch gesagt hatte: »Es kann nicht an einer Seite sein, zu bestimmen, was nun Gleichgewicht ist, sondern darüber muß man sich mühsam einigen.«

Die Schwierigkeit besteht darin, daß der Begriff des Gleichgewichts nahezu beliebig für politische Ziele verwendet werden kann — in aller Regel als Begründung für neue Rüstungsschritte, wobei diejenigen der eigenen Seite als »Nachrüstung«, die der anderen Seite als »Vorrüstung« bezeichnet werden, während gleichzeitig die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle und Abrüstung verbal betont wird: Die Logik des Wettrüstens! Angesichts von auf beiden Seiten angehäuften gewaltigen Overkill-Kapazitäten ist der Begriff des Gleichgewichts — insbesondere noch der des Gleichgewichts auf den einzelnen Stufen, wie die NATO-Politiker in der letzten Zeit immer häufiger betonen — in sich sinnlos geworden.

Warum eigentlich sollten wir beim Scheitern der Verhandlungen »gezwungen sein, neue Raketen auf deutschem Boden zu installieren«, wie Helmut Schmidt am 14. Januar 1981 vor dem Deutschen Bundestag behauptete? Unsere Sicherheit wird gerade durch die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem Boden unseres Landes dramatisch destabilisiert, auch wenn die Stationierung innerhalb der Doktrin des Gleichgewichts erklärt und gerechtfertigt werden kann. Daß die Destabilisierung unserer Sicherheit nicht Speku-

lation ist, haben hohe Berater des amerikanischen Präsidenten wie Colin S. Gray und Keith Payne belegt, die die Stationierung der neuen Raketen offen in eine neue Kriegsführungsstrategie der Vereinigten Staaten einordnen.

Es ist daher falsch und irreführend, wenn die SPD in einer Ende '81 erschienenen Argumentationsbroschüre von einem »Methodenkonflikt« spricht, in dem nach Überzeugung der SPD im Gegensatz zur Friedensbewegung nur der Doppelbeschluß der NATO zur Null-Lösung führen könne. Denn gleichzeitig ist in allen Kommunikés der nuklearen Planungsgruppe der NATO seit dem sogenannten Doppelbeschluß die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen als notwendig für die Aufrechterhaltung der Strategie der Abschreckung »vor dem Hintergrund umfangreicher Dislozierungen neuer, mobiler weitreichender und zielgenauerer sowjetischer TNF« festgeschrieben und in der Logik der Nuklearstrategie gefolgert: »In NATO-Europa stationierte TNF bilden die entscheidende Verbindung zwischen der konventionellen Verteidigung NATO-Europas und den zentralstrategischen Nuklearwaffen der USA, der äußersten Garantie der Sicherheit des Westens.« (Oktober 81)

Es kann daher nicht wundern, daß auf der militärischen Ebene die Vorbereitungen zur Stationierung der Mittelstreckenraketen im vollen Gange sind, wobei die amerikanische Regierung der Bundesrepublik zugestanden hat, daß die Stationierung der Pershing II auf ihrem Gebiet zeitlich zuletzt erfolgt. Im Widerspruch dazu erklärte der Bundeskanzler am 14. Januar 1982 vor dem Deutschen Bundestag, daß derjenige, der in Europa Entspannungspolitik festigen und fortsetzen wolle, den Brüsseler Doppelbeschluß brauche, »der erst dazu geführt hat, die Europa bedrohenden Raketenwaffen mittlerer Reichweite verhandlungsfähig zu machen«.

Vergleicht man diese Aussage des Kanzlers mit der Regierungserklärung für die Legislaturperiode 1980 bis 1984 vom 24. November 1980, in der die Notwendigkeit der Modernisierung und Stationierung der eurostrategischen Waffen klar ausgesprochen und andererseits lediglich von einer »Begrenzung auf diesem Felde« die Rede war, wird klar, daß einerseits Zugeständnisse gemacht werden angesichts der starken Beunruhigung der Bevölkerung, die in der Friedensbewegung ihren Ausdruck findet und des sich damit verschärfenden Legitimitätskonfliktes (wobei graduelle reale Veränderungen der Position der Regierung nicht ausgeschlossen werden sollen), andererseits die im Doppelbeschluß festgeschriebene Absicht, ab Ende 1983 die TNF-Waffen zu stationieren, unverändert fortbesteht.

Dazu paßt, daß die US-Regierung nicht nur einen selbst von der Bundesregierung nicht für realistisch gehaltenen und von der UdSSR nicht akzeptablen, starren Verhandlungsvorschlag gemacht hat im Verlangen der Verschrottung aller sowjetischen SS-4, SS-5 und SS-20-Waffen und damit das mögliche Scheitern der Verhandlung vorprogrammiert, sondern sie benutzt darüber hinaus jede sich bietende Gelegenheit, um jetzt schon die Schuld zuzuweisen für das Scheitern der Verhandlungen durch Nutzung politischer Konflikte, die mit den Genfer Verhandlungen in der Sache nichts zu tun haben. So wurde in die »Erklärung zu den Ereignissen in Polen« der Außenminister der 15 NATO-Staaten vom 12. Januar 1982 auf amerikanischen Druck folgende Passage aufgenommen: »Die Sowjetunion wird die volle Verantwortung tragen, wenn der Rüstungskontrollprozeß durch ihr Vorgehen in Bezug auf Polen und durch ihre Nichterfüllung bestehender internationaler Verpflichtungen beeinträchtigt wird.«

Selbst in Bezug auf die europäischen NATO-Partner wird von diesem Erpressungsinstrumentarium Gebrauch gemacht. So sagte ein Berater des amerikanischen Außenmini-

sters vor dem Hintergrund der Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion: »Die Europäer müssen sich entscheiden: Entweder sie ziehen mit uns an einem Strang oder sie haben die auch von uns Amerikanern als zweitschlechteste Lösung eingestufte NATO-Nachrüstung schneller als sie manche möchten.«

Im Interesse unseres eigenen Überlebens und angesichts der Tatsache, daß die bisherigen Doktrinen der Verteidigung sich selbst ad absurdum geführt haben und zum Sicherheitsrisiko werden, müssen politisch aktuell die »Nachrüstung« mit Mittelstreckenraketen verhindert und der sowjetische Moratoriumsvorschlag akzeptiert werden. Der NATO-Doppelbeschluß selbst ist zu einem Element des Rüstungswettlaufs geworden, Verhandlungen mit der Sowjetunion müssen ohne Erpressungsinstrumentarien geführt und können auch von einseitigen verantwortbaren Abrüstungsschritten begleitet werden.

Wolfgang Biermann und Jürgen Egert

Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr, Stellenwert der »Nachrüstung« und Aufgaben der Friedensbewegung*

Militärtechnische Entwicklungen, die die Gefahr einer atomaren Konfrontation erhöhen

1. Bisher hat ein sogenanntes »Gleichgewicht des Schreckens« eine globale Konfrontation zwischen USA und UdSSR verhindert. Dieses ist niemals ein *quantitatives* »Gleichgewicht« gewesen, sondern stets ein *qualitatives*: Die »gesicherte Zweitschlagskapazität«, also das absolut tödliche Risiko für einen atomaren Angreifer, hat einen atomaren Angriff selbst bei einem Rest rationaler Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Dieses mag das ideologische Ruhepolster insbesondere für die Linke der BRD und Westeuropas gewesen sein, seit dem Zusammenbruch der Anti-Atomtod-Bewegung (der befürchtete Atomkrieg war seit der Bewaffnung Westeuropas mit Tausenden von Kernwaffen bis Anfang der 60er Jahre nicht eingetreten) die permanente nukleare Aufrüstung in Ost und West stillschweigend hingenommen zu haben.

2. Seit der Einführung der »flexible response« als offizieller NATO-Doktrin 1967 machten sich Militärstrategen daran, über die »Begrenzbarkeit« des Atomkrieges nachzudenken. In den siebziger Jahren machten technologische Änderungen die Änderung der Atomkriegsstrategie möglich. Die USA haben offiziell seit 1974 ihre Atomkriegszielplanung auf primär sogenannte militärische Ziele umgestellt (Schlesinger-Doktrin), die mit Carters »Direktive 59« besiegelt wurde. Die technologischen Voraussetzungen: Einführung von einzeln steuerbaren Mehrfachsprengköpfen mit wachsender Treffgenauigkeit bei den Interkontinentalraketen, Entwicklung der für die Massenproduktion vorgesehenen »Cruise Missiles« seit 1974 (extrem treffgenau und nicht abzufangen bzw. rechtzeitig zu orten), noch in der letzten Flugphase nachsteuerbare ballistische Raketen (Pershing II), die ebenfalls extrem treffgenau sind. Ebenso in diese Reihe der neuentwickelten Nuklearwaffen zählt die Neutronenbombe.

Hintergrund dieser Entwicklungen: Den Atomkrieg *fürbar* zu machen — einerseits durch »Begrenzung« und gleichzeitige »Effektivierung« der Wirkung dieser »Waffen« (Stichwort: extreme Treffgenauigkeit), andererseits »Begrenzung« des Einsatzgebietes (Verlagerung des Risikos auf Europa, das eigentliche Schlachtfeld).

3. Die langfristigen Planungen gehen in die Richtung, eine absolute *Erstschlagskapazität* zu entwickeln, die also die »gesicherte Zweitschlagskapazität« des Gegners durch Ausschaltung der Satelliten und der Raketen-U-Boote vernichten kann. Technologisch werden die USA dazu in den 90er Jahren in der Lage sein, die UdSSR wird ihrerseits versuchen, in diesem Wettlauf des militärtechnologischen Wahnsinns mitzuhalten.

Spätestens in diesem Stadium der Technologie bei den strategischen Waffen wird die theoretische Kalkulation möglich, daß derjenige, der mit Atomwaffen den Erstschlag wagt, daraus doch einen Vorteil ziehen könnte, den zu ziehen das bisherige Gleichgewicht des Schreckens nicht erlaubt hätte. Kein geringerer Zeuge als der scheidende US-Präsident Jimmy Carter hat vor den neuen Nuklearkriegsoptionen in seiner Abschiedsrede im Januar 1981 gewarnt: »Die Gefahr eines nuklearen Weltbrandes ist nicht kleiner, sondern

* Dieser Artikel wurde erstmals veröffentlicht in: Rolf Seeliger (Hrsg.), »Nachrüstung«: Sicherheitspolitik wird zum Sicherheitsrisiko, München 1981, S.75ff.

größer geworden. Vielleicht ist es nur noch eine Frage der Zeit, bevor Wahnsinn, Verzweiflung, Neid oder Fehlurteile diese schreckliche Gewalt entfesseln.«

Mögliche ökonomische Ursachen eines 3. Weltkrieges

1. »Krisenregulierung« durch massive Aufrüstung ist das derzeitige USA-Konzept. Daß dies eine Illusion ist, dürfte bekannt sein. Aber dennoch betreiben die USA erstmals seit dem Vietnamkrieg wieder eine Art Kriegswirtschaft. Das heißt: Die gesamte USA-Volkswirtschaft, die Verteilung der Staatsfinanzen wird vom Aufrüstungskurs bestimmt, profitabel für die Rüstungsindustrie, ruinös für das Land.

Umgekehrt bedeutet der Versuch der UdSSR, im Wetttrüsten mitzuhalten, für sie einen noch höheren volkswirtschaftlichen Verlust aufgrund ihrer im Vergleich zu den USA wesentlich geringeren Gesamtkapazitäten. Sicher gibt es in der sogenannten »Freien Welt« auch Kräfte, die auf ein Tottrüsten der UdSSR setzen, um so (ohne Krieg nach Möglichkeit) »dem Kommunismus den Todesstoß zu versetzen«.

Auf der anderen Seite wird eine destabilisierte UdSSR kaum in der Lage sein, eine kontinuierliche und friedensfördernde Außenpolitik zu betreiben. In einer als extrem bedrohlich angesehenen Situation wird die UdSSR zwangsläufig eine aggressivere Politik betreiben, die sie selbst als defensiv begreift, die in der Auswirkung zweifelsohne bedrohlich für den Weltfrieden sein kann. Beispielhafter Vorläufer für ein solches Verhalten ist das Eingreifen der UdSSR in Afghanistan, das sie selbst als »defensiven« Akt begreift angesichts einer generell verschärften internationalen Lage, aber dennoch von der großen Mehrheit der UNO-Staaten als flagrante Völkerrechtsverletzung angesehen wurde.

2. Ressourcenknappheit wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in der gesamten Welt zuspitzen — bei gleichzeitiger Verschwendung der knapper werdenden Ressourcen durch den Rüstungswahnsinn. Zugleich wird die Dritte Welt in im Vergleich zur Vergangenheit unvorstellbaren Ausmaß militarisiert, aufgerüstet und in den Ost-West-Konflikt einbezogen.

Da die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt ein erhöhtes Maß an Selbständigkeit und Selbstbewußtsein erreicht haben, lassen sie sich weder wie in kolonialen Zeiten ausplündern noch die Rohstoffpreise diktieren. Kollektive wirtschaftliche, politische und sogar militärische Abwehrmaßnahmen gegen imperialistische Bedrohung einerseits, die zunehmende »Imperialisierung« der NATO andererseits (Ausweitung ihrer Aufgaben auf »Rohstoffsicherung« etc.; multinationale Eingreiftruppen usw.) sind nur Stichworte für eine Entwicklung.

3. Der Trend zur Kriegsbereitschaft, um in alter imperialistischer Manier Rohstoffe zu »sichern«, wird sich voraussichtlich in dem Maße verstärken, wie weltweite wirtschaftliche Rezession und Rohstoffverknappung mit der innergesellschaftlichen Zuspitzung von Klassenauseinandersetzungen einhergehen und damit die objektiven und ideologischen Hemmschwellen für eine aggressive Politik senken. Mit anderen Worten: Einerseits verringern die Befreiungsbewegungen und nationale Unabhängigkeitsbestrebungen in der Dritten Welt die ökonomische und politische Basis des Imperialismus. Andererseits entsteht in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine latente Massenbasis für aggressiv-konservative oder gar faschistische Strömungen, die zu kriegerischen Aktionen bereit sind. Das zum Teil militant antisowjetische Weltbild in der neuen US-Administration bringt zusätzliche ideologisch bedingte Gefahren für eine Ost-West-Konfrontation, die ihren Ausgang in der Dritten Welt nehmen kann: Wenn die Mißerfolge der USA in der Dritten Welt oder Befreiungsbewegungen grundsätzlich nicht als Ausdruck sozialer Widersprüche, sondern als

Werk des »terroristischen Sowjetimperialismus« angesehen werden, läßt dies einen gefährlichen Umkehrschluß zu: Die UdSSR muß für Aktivität von Befreiungsbewegungen bestraft werden...

Was bedeutet die »Nachrüstung« für Europa?

1. »Nachrüstung« mit neuartigen Präzisionsraketen (Pershing II und Cruise Missiles) hat in militärischer Hinsicht so gut wie nichts mit der Herstellung von »Gleichgewicht« zu tun. Sie bedeutet eine neuartige *Kriegsführungsoption*, wie sie CDU-Wehrexperte Manfred Wörner noch im Dezember 1977 — ohne ein einziges Wort über ein sowjetisches Raketenübergewicht zu verlieren — unverblümt ausdrückte:

»Das Territorium der UdSSR darf auch in der taktisch-nuklearen Phase weder theoretisch noch faktisch zum Saktuarium werden. (...) Die taktischen Nuklearwaffen der NATO müssen so ausgelegt sein, daß sie einsetzbar sind ... Das aber kann bei der bekannten Auslegung taktischer Nuklearwaffen in Europa nur bedeuten, daß das gegenwärtig vorhandene Potential dringend der Modernisierung bedarf. Außerdem sollten mittelfristig die bemannten Trägermittel, soweit sie für nukleare Interdiktions- und Strike-Einsätze (im Hinterland des Gegners) vorgesehen sind, von geeigneten unbemannten Systemen — z.B. *Cruise Missiles* — abgelöst werden.«

Dies ist der *militärische Grundgedanke der »Nachrüstung«*.

2. *Der politische Hintergedanke* (insbesondere deutscher Politiker, die USA um eine Stationierung auf dem Territorium Westeuropas zu »bitten«) war der Wunsch, die amerikanische strategische Abschreckung an die Verteidigung Westeuropas *anzukoppeln*. Der *eigentliche Grund für diesen »Wunsch«* ist weniger das *Mißtrauen gegenüber den sowjetischen Mittelstreckenraketen, sondern vielmehr die Zweifel gegenüber den USA* (und den anderen europäischen Nuklearmächten Frankreich und Großbritannien), *ob sie wirklich bereit seien, ihre Nuklearstreitkräfte, insbesondere ihre eurostrategischen U-Boot-Raketen, für die Verteidigung Mitteleuropas einzusetzen*. Das Risiko, ihren eigenen Untergang dabei einzuleiten, könnte die Verbündeten der Bundesrepublik davon abschrecken, ihre eurostrategische Abschreckungsstreitmacht zum Schutz der angegriffenen Bundesrepublik einzusetzen.

Durch die Stationierung der unter amerikanischen Befehl stehenden Mittelstreckenraketen wären die USA sozusagen gezwungen, im Falle eines Angriffs die Pershing II und Cruise Missiles gegen die UdSSR abzuschießen, bevor sie in die Hände angreifender Warschauer-Pakt-Truppen fielen. Die ausschließliche amerikanische Befehlshoheit hätte dabei eine Doppelfunktion: erstens die »Ankoppelung« der USA, und zweitens die größere Gewißheit, daß eine amerikanische Regierung weniger Hemmungen hätte, die Raketen abzuschließen als eine deutsche Bundesregierung, welche unter dem psychologischen Druck stünde, mit der Abschußentscheidung den garantierten atomaren Gegenschlag zu riskieren.

Dieses ist die *eigentliche immanente Logik der neuen »Verbesserung der Abschreckung«*, wie sie Wörner fordert. Denn nun hätte die UdSSR damit zu rechnen, im Falle eines Angriffs auf Westeuropa »garantiert angriffsunfähig« geschlagen zu werden. Die neue Doktrin, die von Verteidigungsminister Schlesinger seit 1974 propagiert wurde, der »defensive Ersteinsatz von Atomwaffen gegen die UdSSR«, wäre in Europa anwendbar, die Abschreckungslücke wäre geschlossen. Soweit die — in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt — Überlegungen, die zur Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Territorium Westeuropas geradezu »zwingen«, um die nukleare Abschreckung »glaubwürdiger« zu machen.

3. Die Perversion dieser Konzeption liegt eigentlich darin, daß sie einerseits unterstellt, die amerikanische Nukleargarantie sei nun glaubwürdiger als bisher. Wer aber den USA unterstellt, sie seien zum Einsatz ihrer seegestützten Raketen wegen des damit verbundenen Risikos für die USA als Empfänger des sowjetischen Gegenschlages nicht bereit, muß diese Befürchtung spätestens von dem Zeitpunkt an haben, an dem die UdSSR erklärt, sie würde *jeden* Atomangriff auf ihr Territorium mit dem Gegenschlag nicht nur auf das Stationierungsland, sondern auch auf das Urheberland beantworten, egal wie selbstmörderisch dies für alle Beteiligten sei. Ein US-Präsident, der sein Land heraushalten will, müßte nach dieser Logik weder Lust zum Einsatz der eurostrategischen Raketen auf U-Booten noch eine Bereitschaft zum Einsatz der landgestützten US-Raketen in Westeuropa haben.

4. Andererseits vergißt diese Konzeption scheinbar, welche existentiellen Interessen sowohl der UdSSR als auch Westeuropas durch die Stationierung der neuartigen atomaren Präzisionswaffen Pershing II und Cruise Missile berührt werden — das Interesse an der Verhinderung eines auf Europa begrenzten Atomkrieges. Denn diese Waffen eröffnen den USA eine neue, für sie äußerst günstige Nuklearkriegsoption:

Von Westeuropa aus könnten die USA jedenfalls »strategische Schäden« in den politischen und *militärischen Führungszentren* der europäischen UdSSR anrichten. Durch *Schnelligkeit* (Flugzeit der bis über Moskau reichenden Pershing II: 4-7 Minuten), *Unverwundbarkeit* (Cruise Missiles können wegen ihres Tieffluges und ihrer geringen Größe kaum durch Radar erfaßt und abgeschossen werden), äußerste *Treffsicherheit* (maximale Zielabweichung [CEP] 18 bis 35 Meter, wodurch auch jede verbunkerte Stellung z.B. vernichtet werden kann) und *andere technische Eigenschaften* (der Atomsprenkopf der Pershing II z.B. soll als sogenannter »earthpenetrator« unterirdische Leitzentralen ohne große Kollateralschäden im Zielgebiet vernichten können) könnten die USA die UdSSR theoretisch von Europa aus innerhalb Europas »entwaffnen« — mit zivilen Schäden, die zumindest eine Überlebenschance der Sowjetunion offen lassen. In diesem Falle stünde die UdSSR bzw. ihre Führung (sollte sie noch existieren) vor der Entscheidung, sich zu ergeben oder durch einen strategischen Gegenschlag gegen die USA für sich selbst und die übrige Welt das nukleare Inferno zu inszenieren.

Einen vergleichbaren strategischen Vorteil hat die UdSSR gegenüber den USA nicht, weder bei der bisherigen Präzision ihrer Waffen noch in der geographischen Lage, es sei denn, sie würde solche Waffen entwickeln und auf Kuba stationieren.

5. Aus der Sicht der Sowjetunion bedeutet die neue Option der NATO, sie »angriffsunfähig« zu schießen und dadurch vor einem Angriff abzuschrecken, genau das Gegenteil: Die USA könnten mit der Stationierung der neuen Waffen die UdSSR *zumindest auf Europa begrenzt verteidigungsunfähig machen*. Dabei könnten die USA sogar noch kalkulieren, sie würden von einem Gegenschlag verschont.

Eine solche Befürchtung muß die UdSSR prinzipiell herausfordern, im Krisenfall möglichst *präventiv* die in Westeuropa stationierten US-Mittelstreckenraketen auszuschalten. Dem wiederum müßten dann die USA in einem geradezu irrsinnigen Wettlauf mit der Zeit zuvorzukommen versuchen.

Konkret bedeutet das für West- und Osteuropa in Krisenzeiten eine bisher nie gekannte Gefahr, nicht nur aus aggressiver Absicht, sondern aufgrund von Fehleinschätzungen der jeweils gegnerischen Absichten, vernichtet zu werden. Bereits mehrfach haben amerikanische Überwachungscomputer bis zu 6 Minuten lang sowjetische Raketenangriffe gemeldet. Zeit zur Korrektur war wegen der langen Flugzeit der Interkontinentalraketen (rund 25-30 Minuten) jedesmal vorhanden. Was aber passiert in Europa, wenn aus sowjetischen

Überwachungscomputern versehentlich der Anflug von Pershing II Raketen interpretiert würde, die ganze vier bis sieben Minuten Flugzeit haben und die politischen und militärischen Führungszentren sozusagen im Präzisionsschuß ausschalten können?

6. Die UdSSR wird die theoretische Fähigkeit der USA, im Überraschungsschlag die gesamte sowjetische Führungsstruktur außer Gefecht zu setzen, mit einer erneuten »Nachrüstung« kontern. Beispielsweise mit in die DDR oder CSSR vorgelagerten Raketen, die im Notfall noch schneller zum Präventivschlag gegen Pershing II und Cruise Missile ausholen können. Es wäre naiv, zu glauben, die Tausende von Kilometern entfernten SS 20 würden diesem Ziel dienen — mit ihrer längeren Flugzeit würden sie nur auf leere Abschußgestelle treffen. Genauso naiv ist die Vorstellung, die Pershing II und die Cruise Missile verbesserten die Abschreckung vor einem Atomangriff: »Nachrüstung« verbessert nicht die Abschreckung vor einem Atomangriff, sondern provoziert ihn in Zeiten internationaler Spannungen!

7. Auch die USA sind sich der provozierenden Rolle der neuartigen Präzisionsraketen bewußt. Aus diesem Grunde haben sie die Bereitschaft Helmut Schmidts im Sommer 1980 bei seinen Moskauer Gesprächen abgelehnt, die westlichen eurostrategischen Raketen auf U-Booten (Polaris/Poseidon/Trident) in Verhandlungen einzubeziehen.

Aus dem gleichen Grunde haben die USA auch den Wunsch Schmidts, die neuen Präzisionsraketen auf See zu stationieren, abgelehnt: Nur die Stationierung auf dem europäischen Festland gewährleistet die scheinbare Verlagerung des Risikos, von sowjetischen Präventiv- oder Vergeltungsschlägen getroffen zu werden, auf Westeuropa. Zwangsläufig würden seestationierte Raketen Reaktionen gegen das Urheberland USA provozieren.

Es ist verständlich, daß die USA das atomare Risiko verlagern wollen. (»Wenn schon Atomkrieg, dann nicht gleich bei uns.«) Es ist aber legitim und existentiell notwendig, wenn Westeuropa sich einer solchen Strategie widersetzt. Dies ist keine Zumutung gegenüber einem US-Verbündeten: Denn Mitteleuropa trägt an der Nahtstelle zwischen Ost und West bereits heute das größte Vernichtungsrisiko im Falle einer Ost-West-Konfrontation. Eine Stationierung der neuartigen Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa vervielfacht dieses Risiko.

»Die europäischen NATO-Staaten sind sich einig, daß ihre Sicherheit von der Garantie der USA abhängt, Europa mit Nuklearwaffen zu verteidigen. Diese Bereitschaft bedeutet ein großes Risiko für die Existenz der amerikanischen Nation. Bündnissolidarität verlangt deshalb die Bereitschaft aller Bündnispartner, dieses nukleare Risiko sichtbar gemeinsam zu tragen. Das bedeutet Stationierung von Nuklearwaffen auf europäischem Gebiet.« (Aspekte der Friedenspolitik, Der NATO-Doppelbeschluß, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 11. Mai 1981). Auf amerikanisch heißt das einfach »burden sharing«.

Wen wundert es eigentlich, daß sich gegen eine solche Art von »Perversion des Denkens« Widerstand in unserem Lande organisiert? Wer ist eigentlich naiv oder gutgläubig, derjenige, der sich der Friedensbewegung gegen diese Art von »Sicherheitspolitik« anschließt oder derjenige, der immer noch glaubt, diese Art von »Sicherheitspolitik« würde den Frieden sichern?

8. Bekanntlich (obgleich in der Öffentlichkeit kaum bekannt) ist die SS 20 Rakete der UdSSR militärisch gesehen weder Ursache der »Nachrüstung« noch macht sie sie notwendig. Die seegestützten Raketen der NATO, die für eurostrategische Aufgaben vorgesehen sind, sind zur Abschreckung bzw. als eurostrategisches Gleichgewicht völlig ausreichend. Dies war noch 1977 offizielle Position der US-Regierung — trotz begonnener SS-20-Stationierung.

nierung. Allein die — unabhängig vom »Nachrüstungsbeschuß« — beschlossenen Modernisierungsmaßnahmen bei den seegestützten Raketen verachtfachen das französische und verzehnfachen das britische Raketenpotential an Atomsprengeköpfen!

Dennoch hat die UdSSR durch die eigene Raketenmodernisierung *politisch* den NATO-Beschluß begünstigt. Wohl war die Installation der SS 20 aus ihrer Sicht rein militärisch eine Modernisierung, die bei den westlichen eurostrategischen seegestützten Raketen vom Typ Polaris und Poseidon längst erfolgt war. Die Sowjetunion wußte aber spätestens seit 1978, welchen »Nachrüstungsbeschuß« die NATO vorbereitete. Sie hätte durch eigenes Verhalten — etwa durch ein Moratoriumsangebot unter Einschluß der SS 20 — auf diesen Beschluß noch Einfluß nehmen können.

Auf der anderen Seite gibt es heutzutage *keine ernstzunehmenden Zweifel am Willen der UdSSR, über die Reduzierung der eurostrategischen Rüstung zu verhandeln*: War das Angebot Breschnews vom 6. Oktober 1979 noch zu ungenau (er bot eine quantitative Reduzierung von sowjetischen Raketen an), so ist das Angebot eines »quantitativen und qualitativen Moratoriums« mit dem Ziel, über Reduzierungen zu verhandeln, im existentiellen Interesse Westeuropas. *Die Ablehnung des Moratoriums durch den Westen ist fadenscheinig und gefährlich zugleich*. Es gibt keinen plausiblen Grund, warum ein Moratorium, das in der ersten Phase ohnehin nur den sowjetischen Raketenbestand betreffen würde, 1981 schlechter sein soll als 1980, als es noch von Helmut Schmidt vorgeschlagen wurde.

9. »Doppelbeschuß« ist für viele Politiker in unserem Lande eine Zauberformel geworden: Für die einen, um den Bürgern die Raketenstationierung schmackhaft zu machen, für die anderen, um die Supermächte zu ernsthaften Verhandlungen zu zwingen. Letztere Politiker hoffen, die UdSSR sei unter dem Druck der geplanten »Nachrüstung« zur Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen bereit, andererseits seien die USA nur mit der Aussicht auf Stationierung zu Verhandlungen mit der UdSSR bereit.

Aber nur wenige Politiker glaubten noch im Sommer 1981 an die sogenannte »Null-Lösung«, also den Verzicht auf Stationierung. Herr Reagan erklärt ungehemmt, daß ihm Rüstung wichtiger als Rüstungskontrolle sei, das Bundesministerium für Verteidigung erklärte offiziell, eine Nulllösung sei »unwahrscheinlich«. Erst die Friedensdemonstrationen von hunderttausenden Menschen in Westeuropa machten Präsident Reagan zu einem Freund der »Nulllösung«; falls die UdSSR alle eurostrategischen Raketen abbaue, brauche der Westen nicht »nachzurüsten«. Um dieses propagandistisch zu untermauern, veröffentlichte das BMVg Zahlenangaben, die eine achtfache Raketenüberlegenheit der UdSSR nachweisen sollen, die sich auf das Zehnfache in den nächsten Jahren ausweiten soll. Bereits ein belesener Laie kann diese Daten widerlegen: Es fehlen die 400 Europa zugeordneten US-Raketensprengköpfe, die auf U-Booten stationiert sind, ebenso wie die nach NATO-Angaben geplante Vervielfachung der eurostrategischen Raketensprengköpfe auf britischen und französischen U-Booten von derzeit zusammen 144 auf insgesamt 1.280 (!) (Quelle: NATO's Fifteen Nations, 2/1980, S.48ff.).

Aber das Verschweigen dieser — unabhängig vom NATO-Doppelbeschuß anwachsenden — eurostrategischen Potentiale des Westens hat Methode: Es erweckt Bedrohtheitsgefühle und damit die Bereitschaft, sich durch »Nachrüstung« zu wehren. Und es würde, sollte der Westen bei diesen »Daten« bleiben, Verhandlungen zum Scheitern bringen. Politisch gesehen fällt diese Art von Öffentlichkeitsarbeit auch dem Versuch Helmut Schmidts in den Rücken, bei seinem Moskauer Besuch im Sommer 1980 den NATO-Beschluß auf eine seriöse Grundlage zu stellen: Während das Verhandlungsangebot der

NATO lediglich vorsieht, über »landgestützte Mittelstreckenraketen« zu verhandeln, stimmte Helmut Schmidt im Sommer 1980 im Prinzip dem Verlangen der Sowjets zu, auch die sogenannten forward based systems einzubeziehen. Im April 1981 jedoch konnte Außenminister Genscher ungerügt die These vertreten, die NATO wolle nur über *landgestützte Raketen* verhandeln — alles andere würde Verhandlungen nur »komplizieren«.

Die Nicht-Einbeziehung der vorhandenen und geplanten seegestützten Raketen der NATO ist der springende Punkt des »Doppelbeschlusses«: *Eine Weigerung, in Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR auch die seegestützten Raketen einzubeziehen*, würde formal dem Text des NATO-Beschlusses entsprechen, inhaltlich aber dem bisher in der Öffentlichkeit vorgetragenen Gleichgewichtsargument jede Glaubwürdigkeit entziehen und *das Scheitern von Verhandlungen vorprogrammieren*.

10. Es gibt keine Alternative zu der Forderung, die Stationierung der neuartigen Präzisionsraketen Pershing II und Cruise Missile zu verhindern. Auch ihre Stationierung auf Schiffen, wie sie verschiedentlich vorgeschlagen wurde, ist keine Alternative: Dies würde wohl den psychologischen Druck dämpfen, den die für die Zivilbevölkerung lebensgefährliche Stationierung auf dem Lande bringen würde; auf der anderen Seite ändert die Seestationierung nichts an der neuen Kriegsführungsoption der begrenzt kalkulierbaren Atomwaffeneinsätze. Und — dies darf nicht vergessen werden — die Vervielfachung der bisherigen eurostrategischen Waffen auf See läuft ja bereits auf vollen Touren.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Forderung nach Rücknahme des Doppelbeschlusses irreführend: Einerseits könnte die NATO auch ohne Doppelbeschluss »nahrüsten«, andererseits ist das Festhalten am Doppelbeschluss zur Prestigefrage in der innenpolitischen und NATO-internen Auseinandersetzung geworden. Dies könnte z.B. eine ganze SPD-Parteitagmehrheit wieder in die ungewollte Loyalitätserklärung zum »Doppelbeschluss« und damit zur »Nachrüstung« zwingen. Von der Sache her ist es gleichgültig, auf welche Weise eine Bundesregierung aus der Nachrüstungsschlinge herauskommt: *Ob mit oder ohne »Doppelbeschluss« — eine Volksbewegung muß es unmöglich machen, die Selbstmordofferte Pershing II und Cruise Missile anzunehmen*.

Die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung muß darüber hinaus den Kampf gegen die »Nachrüstung« als einen Anfang begreifen, die bisher hinter verschlossenen Türen praktizierte Sicherheitspolitik gründlich zu hinterfragen und nach alternativen Verteidigungs- und Friedenssicherungsstrategien zu suchen. Die Debatte darüber geht vom gesamten linken und kirchlichen bis hin zum konservativen Lager. So schrieb kürzlich ein britischer Konservativer in der Springerzeitung »Die Welt« (!) am 5. Mai 1981 über Nachrüstung und flexible response:

»Tatsache ist: die abgestufte Erwiderung ist zwar für Washington abgestuft, aber kaum für London und bestimmt nicht für Frankfurt. Sie wurde als eine Pufferzone für die Amerikaner in Westeuropa kalkuliert, als die sowjetische Entwicklung einer effektiven interkontinentalen strategischen Streitmacht das Gebiet der USA zum ersten Male in die Feuerlinie eines eventuellen Weltkonflikts einbezog. (...) Europa derart als Schlachtfeld preiszugeben, auf dem alle Schrecken der gesamten modernen Militärtechnologie als Teil der globalen Konfrontation zwischen zwei nichteuropäischen Staaten entfesselt werden könnten, und dann *von der Sicherung unserer wichtigsten Interessen* zu reden — das übersteigt den Menschenverstand. Unser passives Hinnehmen dieser kläglichen Einstufung ist der beste Beweis für den totalen Zusammenbruch unserer Selbstachtung ...«

Dieser Beschreibung unserer Lage ist wohl kaum etwas hinzuzufügen. Auch aus den USA kommen Stimmen der Vernunft, die uns vor den neuen Atomkriegsstrategien warnen. So erklärte kürzlich der ehemalige US-Admiral Gene La Roque auf der Groniger Konferenz: »Die Amerikaner gehen davon aus, daß der 3. Weltkrieg ebenso wie der erste und der zweite in Europa ausgefochten wird. Die militärischen Planer der USA sind davon überzeugt, daß es früher oder später zum Krieg zwischen USA und UdSSR kommen wird... Eine Kurskorrektur ist möglich. Die Initiative für eine Kurskorrektur muß von jenen Staaten ausgehen, die im Ernstfall das nukleare Schlachtfeld darstellen würden.«

Wir alle sollten in diesem Sinne auf die Politik der Bundesrepublik Einfluß nehmen und damit ausnahmsweise der Empfehlung eines amerikanischen Generals Folge leisten.

SCHLAGLICHTER
zu Problemen der arbeitenden und lernenden Jugend

Jahresabo... 4 Ausgaben DM 10,-

MODELL DEUTSCHLAND AM ENDE?

Bestellungen Hoherstautenthal 1-5, 4650 Gelsenkirchen. an: SJD - Die Falken, Landesverband NRW.

Zeitschrift der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken

4 '81

Interviews

Interview mit Hans-Ulrich Klose

»Die Linke braucht Organisation und theoretische Begründung ...«

Vorbemerkung

1978 gewann Hans-Ulrich Klose für die Hamburger SPD die absolute Mehrheit zurück. 1981 trat er von seinem Amt als Erster Bürgermeister zurück. Für seine Politik gab es keine Mehrheit mehr. Erfolgreich hatte die sozialdemokratische Rechte in Hamburg gegen ihn mobil gemacht. Einst war er als einer von ihnen angetreten, hatte sich dann aber u.a. zu einem energischen Verfechter des Kampfes gegen die Berufsverbote und gegen das Kernkraftwerkprojekt in Brokdorf entwickelt. Was Klose heute über Probleme wie Frieden und Abrüstung, Wirtschaftspolitik und die Chancen der Parteilinken im Vorfeld des SPD-Parteitag denkt, und wie er sich selbst im Spektrum der Partei einordnet, versuchten *Dorothee Stapelfeldt* und *Christiane Rix-Mackenthun* in einem Gespräch mit ihm herauszufinden.

spw: Der erste Punkt, über den wir mit Dir sprechen wollen, ist die Frage der Friedens- und Entspannungspolitik angesichts des bevorstehenden Bundesparteitages der SPD im April. Wie stehst Du zu der Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, und wie schätzt Du die Chancen der Genfer Verhandlungen ein, bei denen die USA zunächst die sogenannten Forward Based Systems ausgrenzen wollen?

Klose: Also zum ersten Punkt: ich kann mir keine denkbare Situation vorstellen, in der ich persönlich der Stationierung von Pershing II-Raketen und Cruise Missiles auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zustimmen könnte. Ich halte die Nachrüstung, die ursprünglich der einzige Bestandteil des NATO-Doppelbeschlusses war — der Verhandlungsteil ist später zugefügt worden —, für militärisch und politisch falsch. — Zum zweiten Punkt: Ich glaube, daß in Genf auch verhandelt würde, wenn die Deutschen nicht mitmachen; weil beide Großmächte nach meiner Einschätzung, die Sowjetunion noch stärker — ein Interesse daran haben, vor einer explosionsartigen Ausweitung der nuklearen Bewaffnung darüber zu reden, ob sie das wirklich wollen. Aus der Sicht der Sowjetunion scheint mir das geradezu zwingend zu sein, denn sie gerät mit Pershing II und Cruise Missiles, ob sie nun auf dem Bundesgebiet stationiert sind oder nicht, in eine ganz neue Erstschlagsbedrohung hinein, und sie hat den Cruise Missiles aus Mangel an Computertechnologie nichts annähernd Vergleichbares entgegensetzen.

spw: Was ist denn dann der Sinn der Stationierung, wenn man sagt, dies sind Erstschlagswaffen?

Klose: Aus amerikanischer Sicht geht es darum, Überlegenheit herzustellen; es geht nach meinem Eindruck darum, zu zeigen, wer »number one in the world« ist.

spw: Willy Brandt sagt ja, solange die Verhandlungen geführt werden, brauchen wir auf dem diesjährigen Parteitag keine Diskussion über die Stationierung zu führen bzw. keine neuen Beschlüsse zu fassen, sondern wir vertagen das auf einen Sonderparteitag 1983 und machen die Entscheidung dann abhängig davon, was die Verhandlungen bis dahin gebracht haben. Die Frage wäre einmal, wie soll die innerparteiliche Diskussion geführt werden — insbesondere von der Parteilinken? Soll sie auf dem diesjährigen Parteitag geführt werden, oder bist Du auch der Meinung, sie sollte vertagt werden? Und welche Stoßrichtung sollte die Linke dabei verfechten?

Klose: Ich muß unterscheiden zwischen meiner Einschätzung, wie die Diskussion und Beschlußfassung aussehen wird, und der anderen Frage, wie sie aussehen sollte. Die Entschließung wird so sein, wie in der Frage angedeutet, wobei ich über Mehrheitsverhältnisse nicht streiten will, aber ich schätze das auf 80 zu 20 für die Vertagung.

Nachdem ich kürzlich in Loccum Gelegenheit hatte, prominente Vertreter der Linken zu diesem Thema zu hören, neige ich dazu, gute 80 Prozent vorausszusagen. Eine solche Beschlußfassung schließt nicht aus, daß in der Sache hart debattiert wird, zumal dem Parteitag sehr weitreichende Entschließungsanträge vorliegen. Die Linke wird sich vor und während des Parteitages in München zu entscheiden haben, was politisch den Vorrang hat: daß auf dem Parteitag die Minderheit ein Signal setzt und gegen den Doppelbeschluß votiert, oder ob sie versucht, eine Entschließung durchzusetzen, die nicht einfach die Entscheidung vertagt. Darüber habe ich schon mit vielen Genossen diskutiert, aber wir sind noch nicht klar. Was nicht gehen kann, ist, daß die Linken ihre Meinung zur Frage der Nachrüstung zurückhalten oder gar ändern. Ob sie aber auch sagen werden, dann braucht gar nicht verhandelt zu werden, das weiß ich nicht. Wenn sie aber Verhandlungen bejahen, werden sie nicht umhinkommen, der Vertagung auf den Herbst 83 zuzustimmen. Das hat dann eine gewisse Logik. Die Linken befinden sich also in einer seltsamen parteitaktischen Zwickmühle. Wahrscheinlich werden sie so argumentieren, wie ich es eingangs getan habe: es gibt keinen denkbaren Fall, der die Stationierung neuer Raketen auf dem Bundesgebiet rechtfertigen könnte. Wir sagen deshalb heute schon, daß wir auf keinen Fall zustimmen werden. Wenn ihr aber das von uns gewünschte Ergebnis der Nichtstationierung auf dem Wege der Verhandlung glaubt erreichen zu können, na bitte schön. Die Chance sollt ihr haben.

spw: Nun gibt es ja inzwischen in der Bundesrepublik und nicht nur hier, in Westeuropa überhaupt, eine sehr starke Friedensbewegung, die sich gebildet hat unter anderem aus der Auseinandersetzung um die Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen, aber inzwischen auch darüber hinausweist. Zu dieser Friedensbewegung müssen wir uns als Sozialdemokraten, insbesondere als linke Sozialdemokraten, die die Stationierung ablehnen, irgendwie verhalten. D.h. würde es nicht auch notwendig sein, um die Verbindung zur Friedensbewegung nicht zu verlieren, im Gegenteil, um in der Friedensbewegung mitarbeiten und diese Friedensbewegung auch mitgestalten zu können, schon auf dem diesjährigen Parteitag eindeutige Positionen zu vertreten, die man dann auch versucht, in Form von Beschlüssen durchzusetzen. Beispielsweise zu sagen, für uns kommt auf keinen Fall, kein denkbare Fall der Stationierung in Frage! Verhandeln sollen die über Abrüstung.

Klose: Das ist die andere Möglichkeit, die ich vorher beschrieben habe: ein Signal zu setzen ...

spw: Und das jetzt eben als Signal für die Friedensbewegung, um da die Verbindung herzustellen bzw. zu stabilisieren und zu erweitern?

Klose: Ich sehe das Problem, daß die Verbindungen zur Friedensbewegung abreißen könnten, jedenfalls sehr erschwert werden. Auf der anderen Seite ist das letztendlich auch nur ein taktisches Argument. Ob es die Friedensbewegung gibt oder nicht — ich will die Raketen hier nicht haben. Das ist das primäre Ziel. Persönliche und taktische Ziele sind demgegenüber zweitrangig.

spw: Aber die Friedensbewegung bietet ja zumindest eine nicht unerhebliche Möglichkeit, auch innerparteilich Druck auszuüben auf die Parteiführung und auf die Bundesregierung.

Klose: Das tut sie auch, sie hat ja auch einiges bewirkt, aber sie verändert keine Mehrheiten.

spw: Wann würde sie denn Mehrheiten verändern können? Ich wollte mal zurückkommen auf Dein »verändern können«. Kann sie nicht nur dann Mehrheit werden, wenn sich die Friedensbewegung umsetzt in die innerparteiliche Auseinandersetzung? Das würde natürlich bedeuten, daß sich eine Parteilinke organisiert, die das, was die Friedensbewegung an außerparlamentarischem Druck ausübt, innerparteilich umsetzt.

Klose: Die Parteilinke — unterstellen wir, es gäbe *die* Linke innerhalb der Partei, die es ja gar nicht gibt — müßte sich natürlich organisieren. Sie reicht aber auch organisiert nicht aus, um Mehrheiten zu verändern. Ich glaube, es ist realistisch davon auszugehen, daß über einen längeren Zeitraum die Linke allenfalls geschlossener und etwas stärker werden kann. Daß sie aber in abschbarer Zeit die Mehrheit in der SPD sein könnte, daran glaube ich nicht. Jedenfalls nicht, wenn nicht auch die Bewegungen außerhalb der SPD sich auf die SPD zubewegen. Dann gäbe es eine realistische Chance. Wenn viele zu uns kämen, statt uns davonzulaufen, wie es im Augenblick geschieht, dann würde das die Chancen zur Veränderung erhöhen. Aber das ist im Augenblick nicht die Tendenz.

spw: Die Frage ist, war zuerst das Huhn oder war zuerst das Ei da? Ich meine, warum laufen uns die Leute weg und organisieren sich nicht in der SPD?

Klose: Darüber kann man lange streiten. Mich interessiert das Ergebnis. Und das Ergebnis sieht so aus: Die Linke in der SPD ist schwach, die Friedensbewegung ist stark in sich und hat Erfolgserlebnisse. Aber was kommt in der Sache dabei heraus?

spw: Ja aber wenn man sich jetzt den Bundesparteitag vornimmt, und dieses Ziel vor Augen hat, daß die Friedensbewegung sich auch eventuell innerhalb der Sozialdemokratischen Partei organisiert, wäre es doch umso notwendiger, daß gerade von solch einem Parteitag auch, wie Du gesagt hast, Signale ausgehen.

Klose: Wenn es Anhaltspunkte gäbe, daß wesentliche Teile der Friedensbewegung das machen würden, müßte man die Priorität überdenken. Nur glaube ich im Augenblick daran noch nicht. Das ist das Problem.

spw: Aber liegt das nicht auch an der Parteilinken? Du sagst, die gibt es nicht. Wie meinst Du das?

Klose: Na ja, es gibt Linke innerhalb der SPD, aber *die* Linke im Sinne von handlungsfähiger Einheit gibt es nicht. Die Linke braucht Organisation und theoretische Begründung; sie ist darauf angewiesen. Anders die Rechte: Die Rechte hat keine Theorien; die braucht keine. Sie hat auch nie eine gehabt.

spw: Es gab ab und zu mal Anleihen bei anderen ...

Klose: Gut, es gibt Anleihen, die als Kampfmittel eingesetzt und unterschrieben werden. Aber das kannst Du nicht ernsthaft ins Verhältnis setzen zu dem, was an Theoriebedürfnis auf der linken Seite vorhanden ist. Darin liegt aber auch ein Teil der linken Schwäche. Weil alle linken Gruppierungen sich mit Theorie beschäftigen, sehr ernsthaft, gelegentlich bier-ernst, geraten sie schnell aneinander. Nur die eigene Theorie ist die richtige;

die der anderen ist falsch. Solche Theorie-Gebundenheit hat Konsequenzen auch in die Strategie und Taktik hinein; wobei mir ein Punkt nie eingeleuchtet hat: Viele Linke gehen offenbar von der irrationalen Vorstellung aus, sie werden irgendwann die Mehrheit stellen und dann sei das Problem gelöst. So ist es aber gar nicht. Selbst wenn sie irgendwann die Mehrheit haben sollten — in Hamburg haben wir das erlebt —, operieren sie nicht auf einer Insel der Seligen ohne Widerstandspotentiale in und außerhalb der Partei. Die gibt es immer. Und das wird sie immer zwingen, strategische und taktische Konzepte zu entwickeln, Kompromisse einzugehen. Immer, auch wenn die Linke die Mehrheit stellt. Also ist sie von vornherein immer in der Situation, auch taktisch denken zu müssen. Zugegeben: Viele taktieren übermäßig, das räume ich ein und das erregt dann Widerwillen, aber daß man alle taktischen und strategischen Überlegungen von vornherein abqualifiziert, das geht auch nicht. Das muß sich schon mitteln, sonst ist man handlungsunfähig, und die Rechte lacht sich ins Fäustchen.

spw: Du sagst, daß die Parteilinke sich organisieren muß, um Schlagkraft entwickeln zu können, die sich dann auch in der Friedensbewegung umsetzen läßt. Setzt das voraus, daß auf der anderen Seite die Parteirechte bereits organisiert ist in dem Sinne, daß ihre politischen Ziele und Inhalte homogener sind als bei der Linken?

Klose: Die Rechte innerhalb der SPD und in der politischen Szene insgesamt hat ein anderes, nämlich ungebrochenes Verhältnis zur Macht. Die theoretische Grundlage, die die Rechte braucht, ist eigentlich nur eine Regierung. Solange sie die haben, brauchen sie keine Theorie. Ihre Politik besteht darin, zu machen, was die Regierung will. Das genügt.

spw: Aber es gibt ja offensichtlich auch da Differenzen um Strategie und Taktik, wenn man sich anguckt, was Glotz für Strategien verfißt, unter dem Stichwort Dialogstrategie. Er sagt, es muß geredet werden mit den verschiedenen sozialen Bewegungen, die es in unserer Gesellschaft inzwischen gibt. Andere sind der Meinung, es geht lediglich um die Erhaltung der Regierungsmacht um jeden Preis. Ich würde mal Wehner als Stichwort dazu nennen: da gibt es ja offensichtlich durchaus Auseinandersetzungen, wie man diese Macht, wenn man es darauf reduzieren will, in der gegenwärtigen Situation erhalten kann.

Klose: Der Machterhalt ist das primäre Ziel. Bei der Frage, wie man dieses Ziel erreicht, mag es unterschiedliche Auffassungen geben. Bei Peter Glotz, den ich nicht so einfach rechts einordnen würde, unterstelle ich, daß er guten Willens ist, wenn er von Dialog redet. Ob aber diese Art der Dialogstrategie wirklich tragen kann, solange sie nicht inhaltlich begründet ist, sondern nur gutwillig, das weiß ich nicht. Ich habe da Bedenken. Dialoge finden ja nicht statt, weil man es will, sie finden statt zu bestimmten Programmen, zu Inhalten. Wenn man zur Jugend sagt, ich will mit Euch reden, dann bewirkt das allein gar nichts. Wenn über etwas geredet wird, was sie angeht, dann — nur dann — findet der Dialog auch statt, sonst nicht.

spw: Und wenn man auf sie eingeht und nicht die Position vertritt, wir müssen jetzt mal begreifen, daß wir für sie doch das Richtige tun?

Klose: Das, glaube ich, ist auch das Anliegen und die Betrachtungsweise von Glotz. Aber es gibt viele Dialogtechniker, denen es nicht um Inhalte, sondern um Stimmenfang geht.

spw: Die mangelnde Homogenität in der Rechten, müßte die nicht dazu führen, daß in der Linken, wo, wie Du sagst, Theoriebedürfnis da ist, unterstellt, das stimmt, die Möglichkeit besteht, zu bestimmten Punkten Alternativen zu formulieren, mit denen man ganz konkret dann auf dem Parteitag in die Offensive gehen sollte?

Klose: Das geschieht ja auch in bescheidenem Ausmaß — bescheiden, weil die Linke gegenwärtig zersplittert, uneinig ist.

spw: Wieso zersplittert?

Klose: Also, ich unterscheide unter dem Eindruck von Hamburg und dem, was ich so außerhalb mitkriege, drei Gruppen — das ist jetzt sehr polemisch, weil verkürzt: es gibt die Machtlinken, die erst Posten und dann inhaltliche Position beziehen; dann gibt es die Systemlinken, bei denen muß erst das System geändert werden, ehe man sich auf einzelne konkrete Punkte einläßt, und dann gibt es die Morallinken.

spw: Wirklich sehr verkürzt.

Klose: Gebe ich zu, verkürzt und polemisch — polemisch, weil ich mich darüber ärgere. Aber daraus ergeben sich Spannungen, die in Hamburg im Kreis der Landeslinken deutlich spürbar sind. Die eine Gruppierung betrachtet die andere immer mit einem gewissen Mißtrauen. Haben die, um ihr Ziel zu erreichen, nicht doch mit den Rechten Gespräche geführt? Ist doch so! Und das ist nicht gut. Die Kraft der Linken muß darin liegen, daß sie offener über Motive, Ziele und Methoden reden. Wenn es da keine Offenheit gibt, ist im Prinzip genau das gleiche Politikschema vorherrschend wie bei den Rechten auch.

spw: Ein wesentlicher Punkt für den Zusammenhalt der Hamburger Linken war in der Zeit als Du Bürgermeister warst, die Integrationspolitik. Inzwischen fehlt der Linken sowas wie eine allgemeine Zielsetzung, strategische Überlegungen und Einschätzungen der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Meinst Du, daß man heute den Begriff der Integrationspolitik weiterhin gebrauchen und ihn zum Ausgangspunkt aller unserer praktischen Politik innerhalb der Partei machen kann?

Klose: Ich komme viel in der Partei herum — manchmal frage ich mich, warum ich das eigentlich mache — fast jeden Abend unterwegs ... Wo immer es möglich ist, rede ich über Integrationspolitik. Die hatte und hat zwei Richtungen: sie zielt in die Partei hinein, und sie zielt nach außen. In die Partei hinein, ausgehend von der Überlegung, daß keine Partei auf Dauer erfolgreich arbeiten kann, wenn sie eine Richtung oder Gruppierung ständig in die Niederlageposition, in die Minderheit drückt und an der Gestaltung der Politik, personell und sachlich nicht beteiligt. Integrationspolitik hat nicht zum Ziel, eine rechte Mehrheit durch eine linke Mehrheit zu ersetzen, die dann genau das gleiche macht, was die Rechte vorher gemacht hat. Das ist nicht das Ziel. Beide Seiten müssen beteiligt sein, was für Hamburg schon sehr viel, beinahe revolutionär war; denn hier gab es nie Linke im Fraktionsvorstand — doch, Reinhard Hoffmann als Alibilinken —, im Senat schon gar nicht. Das kam gar nicht in Frage! Dies zu ändern, bedeutete für Hamburg eine gewichtige Zäsur. Da liegt auch ein entscheidender Grund für unsere späteren Schwierigkeiten: wenn Positionen mit neuen Leuten besetzt werden sollen, müssen andere räumen. Und die, die räumen, sind natürlich nicht begeistert, sondern reagieren unfreundlich bis feindlich. Trotz solcher Schwierigkeiten halte ich den Ansatz unverändert für richtig. Integration nach außen besagt nichts anderes als dies: daß die Weisheit nicht allein bei der SPD ist, sondern vielleicht auch bei der Bevölkerung. Eine Partei muß ein Programm haben, aber sie muß auch zuhören, was die Leute wirklich wollen. So zu tun, als bräuchten wir den Menschen immer nur zu sagen, was sie eigentlich wollen sollten, das kann auf die Dauer nicht gutgehen. Die Partei muß sich nach außen öffnen. Soweit, verkürzt zur Integrationspolitik. Wäre nun die Linke insgesamt der Auffassung, daß dieser integrationspolitische Ansatz nach innen und außen unverändert richtig ist, dann müßte dies den inner-

linken Streit um Strategie und Taktik relativieren. Müßte! Denn dann muß sie davon ausgehen, daß sie auch mit einer linken Mehrheit nie so tun könnte, als gäbe es andere nicht. Und wenn das für die Partei insgesamt gilt, müßte es auch für die Linke allein gelten. Und daraus ergeben sich Schlußfolgerungen.

spw: Es sieht aber in Hamburg eigentlich nicht danach aus ...

Klose: Im Augenblick nicht. Im Augenblick befinden wir uns in einem Zustand höchster Verbiesterung und Verbitterung. Verbiesterung eher im rechten Spektrum. Die Rechten — mindestens Teile — wollen jetzt, nach meiner Einschätzung, aufräumen. Und bei den Linken ist das Maß voll von Enttäuschung, Verbitterung, Frust, Trotz. Es braucht wohl eine gewisse Zeit, um das zu überwinden. Die jetzige Situation vor der Wahl läßt uns zudem nicht viel Zeit für die Strategiediskussionen. Aber sie muß irgendwann stattfinden. Am besten, man würde sich drei oder vier Tage zusammensetzen und reden, bis alles auf dem Tisch liegt. Alles raus, was drin ist, ohne Rücksicht auf persönliche Bedenken. Anders ist das nicht mehr zu machen.

spw: Es gibt, insbesondere außerhalb der SPD, aber auch von Seiten einiger Genosseninnen und Genossen, die These, die besagt, der Klose ist gestürzt worden, d.h. in der SPD ist eine fortschrittliche Politik auf die Dauer nicht durchsetzbar. Und in der Tat ist es für Außenstehende schwer verständlich, daß Landesparteitage Mehrheiten z.B. für die Ablehnung des Brokdorfprojektes hervorgebracht haben und jetzt plötzlich ganz andere Mehrheiten zustandebringen. Da fragt man sich, wo die eigentlich herkommen.

Klose: Das ist einfach zu erklären: weil es immer Delegierte gibt, die, so oder so, mit dem Bürgermeister stimmen — mal so, mal so. Deswegen zu resignieren, wäre falsch und unpolitisch. Warum? Weil es ein Ausweichen vor Schwierigkeiten ist, wenn man sich zurückzieht und sich in einer neuen Gruppierung versammelt, wo wieder alle einer Meinung sind. Richtiger ist es, die Schwierigkeiten innerhalb der Organisation, die etwas bewegen könnte, wenn sie sich bewegt, der SPD also, auszuräumen. Zähigkeit, um Herbert Wehner zu zitieren, ist eine Tugend.

spw: Und jetzt mal nur auf die Wirtschaftspolitik abgestellt. Da gibt es ja im Moment die Diskussion darum, nicht nur in Hamburg, sondern vor allem auf Bundesebene auch zwischen SPD und Gewerkschaften und SPD und FDP, daß man zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allen Dingen ein Beschäftigungsprogramm machen sollte. Wie stehst Du dazu, und gibt es über dieses Beschäftigungsprogramm hinaus Möglichkeiten konkreter Art, in der Wirtschaftspolitik zu Veränderungen zu kommen?

Klose: Kurzfristig halte ich ein Beschäftigungsprogramm für die einzige Möglichkeit, überhaupt etwas zu tun. Wie wirksam das ist, darüber kann man streiten; die Praxis wird es zeigen. Beschäftigungspolitik darf nicht mit Konjunkturpolitik, ein Beschäftigungsprogramm nicht mit einem Konjunkturprogramm verwechselt werden. Es geht darum, private Investitionen auszulösen, soweit sie beschäftigungspolitisch sinnvoll sind, nicht einfach so. Es geht um öffentliche Investitionen in wichtigen Bereichen: Einsparung von Energie, Nahverkehr, Wohnungsbau, Umweltsanierung — es gibt unzählige Projekte; dann soziale Maßnahmen mit dem Ziel, die Arbeit neu zu verteilen; Stichwort Arbeitszeitverkürzung. Und schließlich stellt sich die Frage, wie wir die Rolle des Staates als Arbeitgeber sehen. Ist es noch richtig, wie bisher, zwischen investiven und konsumtiven Aufgaben zu unterscheiden? Wäre es nicht sinnvoll, vorübergehend auch konsumtive Aufgaben mit Krediten zu finanzieren? Nach den Haushaltsordnungen und der Verfassung ist das schwierig, wirt-

schaftlich und vor allem beschäftigungspolitisch kann es sinnvoll sein; zumal es sich um ein vorübergehendes Problem handelt. Aufgrund der demographischen Gegebenheiten werden wir gegen Ende der achtziger Jahre einen Mangel an Arbeitskräften haben; dann kommen die schwachen Geburtengenerationen. Das Problem wird sich also innerhalb eines Jahrzehnts umkehren. In solchen Situationen kann man, meine ich, auf die kreditäre Finanzierung von Beschäftigung nicht verzichten. Längerfristig, glaube ich, werden wir die Wirtschaftspolitik, aber auch andere Politikbereiche wie z.B. Umweltpolitik, nur in den Griff bekommen — mit dem Ziel höherer Rationalität —, wenn wir die Handlungsinstrumente des Staates und der Gesellschaft erweitern.

spw: Hieße das, daß Beispiele, wie sie in Frankreich gegeben werden, durchaus auch in der Bundesrepublik von der Linken aufgegriffen werden sollten?

Klose: Ja, wobei hier ein spezifisches Problem von links ist: mit einem überzeugten Stamokapvertreter wirst Du darüber nicht reden können.

spw: Wieso nicht?

Klose: Weil der andere, grundsätzlichere Vorstellungen von systematischen Umwälzungen hat. Für mich geht es um eine schrittweise Erweiterung der staatlichen und gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten: um einen volkswirtschaftlichen Gesamtplan, einen Rahmenplan, der hochrechnet, was wird sein, wenn politisch nichts passiert, und der festlegt, wohin die Reise politisch gehen soll, und zwar mit dem Willen, die staatlichen Mittel, die auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene eingesetzt werden, zu konzentrieren auf die Ziele, die wir politisch erreichen wollen. Man hätte dann eine nicht umfassende, aber doch spürbare Chance, wirtschaftlich zu steuern. An positive Investitionsauflagen glaube ich nicht. Das läßt sich qua Staat kaum machen — wie denn eigentlich? Negative Investitionsentscheidungen sollten wir dagegen ins Auge fassen. Das bringt mich dann zum nächsten Punkt: Ich bin überzeugt, daß es einige Branchen gibt, wo wir mit dem Instrument der Verstaatlichung arbeiten müßten — Verstaatlichung, nicht Vergesellschaftung. Dazu gehört z.B. der Energiebereich. Das ist mit privatwirtschaftlichen Mitteln nicht zu steuern, auch nicht, wenn der Staat, die Kommune Eigentümer ist; das funktioniert nicht. Es müssen Regiebetriebe sein, davon hängt verdammt viel ab. In anderen Bereichen sollte mit dem Mittel der Vergesellschaftung gearbeitet werden. Ich plädiere jedenfalls für ein schrittweises Vorgehen: Rahmenplanung, Verstaatlichung von existentiell wichtigen, Vergesellschaftung von strukturbestimmenden Unternehmen; im übrigen Markt mit staatlichen Eingriffsrechten, nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus anderen gesellschaftlichen und politischen Gründen.

spw: Wie ist es denn mit den Banken?

Klose: Die Banken sind ja zu einem erheblichen Teil verstaatlicht. Das langt so, wie es ist, offenbar nicht aus, um wirksam zu steuern.

spw: Ich habe jetzt noch einmal eine Frage, die ein bißchen auf dieses grundsätzliche Problem zurückgeht. Nämlich einmal, daß zunächst bestimmte Instrumente greifen müssen oder bestimmte Maßnahmen vorgenommen werden müssen, um überhaupt die wirtschaftliche Krise auszuräumen. Und als grundsätzliche Möglichkeit oder langfristiges Ziel werden, darüber kann man dann diskutieren, Verstaatlichung, Vergesellschaftung angesehen und auch demokratische Planung, d.h. also: man müßte doch im Grunde von zwei Wegen...

Klose: ... darf ich da gleich Einspruch einlegen? Das sind keine Ziele, sondern das sind Methoden. Alles, was Du nennst, sind wirklich nur Methoden, das Ziel ist etwas ganz anderes. Ich sehe das so: Die Wirtschaft ist dazu da, die materiellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Wobei die materiellen Bedürfnisse zu einem Teil individuell bestimmt werden — man darf sie auch gar nicht vorschreiben, zum Teil werden sie demokratisch definiert. Dazu mußt Du Dich entschließen. Das ist das Ziel und jetzt suchst Du Organisationsformen, die das am besten ermöglichen.

spw: Ja, aber dann bleibt trotzdem doch für mich noch die Frage offen, wie man sozusagen den zweiten Weg beschreitet. Weil ein wesentliches Moment doch sein muß, möglichst viele derjenigen, die arbeiten und die den Reichtum produzieren, auch mit einzubinden in die Diskussion, in den Plan. Also sozusagen den Weg von der anderen Seite her auch zu gehen. Und das würde im Grunde jetzt, um das konkreter zu machen, auch darauf hinausführen zu fragen, wie sieht das eigentlich mit den Gewerkschaften aus? Was ist von den Gewerkschaften aus möglich und zu erwarten?

Klose: Ich bin da nicht so pessimistisch, wie es manchmal so bei Links anklingt. In den Gewerkschaften gibt es ja auch eine Diskussion über ihre Funktion in veränderten Zeiten. Vielleicht ist es doch sinnvoll, die gewerkschaftliche Forderung auf Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten als Angebot ernstzunehmen. Dann wären die Gewerkschaften gefordert und man hätte Steuerungsinstrumente, die legislativübergreifend sind, ein gesellschaftliches, nicht ausschließlich staatliches Instrument für Planung.

spw: Denn, das ist ja klar, das steht sich ja gegenüber, Regiebetriebe sozusagen ohne Mitbestimmung und dann auf der anderen Seite auch die Mitbestimmung durch die großen Organisationen, die es gibt. Kannst Du noch einmal kurz erklären, was das mit den Wirtschafts- und Sozialräten auf sich hat?

Klose: Es gibt dazu zwei Modelle: Ein paritätisches Rätemodell: vertreten sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer; und es gibt ein drittelparitätisches, vertreten sind Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat. Ich bin für das drittelparitätische.

spw: Was ist denn angesichts der Sparpolitik, die ja — dies will ich als Konsens voraussetzen — die Umverteilung zu Ungunsten der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft zur Konsequenz hat. Was ist angesichts dieser Sparpolitik von den Gewerkschaften zu erwarten an Widerstand? Hier rührt sich ja in der Tat etwas. Auf der anderen Seite ist das, was zumindest von der DGB-Spitze verlautet, sehr sanft und zurückhaltend, möchte ich mal sagen. Wenn man davon ausgeht, daß diese Sparpolitik weitergehen wird, bei diesem Haushalt nicht beendet sein wird, was ist da von Gewerkschaften an Widerstand zu erwarten — gegen eine sozialdemokratisch geführte Regierung?

Klose: Ich glaube, daß die Gewerkschaften im Augenblick noch überfordert wären, wenn sie hier Widerstand leisten sollten. Denn sie könnten ja nur Widerstand leisten, wenn sie auch eine Perspektive hätten, was stattdessen geschehen sollte. Da sie dies konkret noch nicht diskutiert haben, sie waren ja noch nie in einer vergleichbaren Situation, noch nicht ernsthaft, glaube ich, eine allgemeine Befürchtung, man könne durch bestimmte Verhaltensweisen den Prozeß des Abschwungs noch beschleunigen. Da alle auf Wachstum fixiert sind, können sie das nicht ohne Alternative. Sozialdemokraten haben hier besondere Probleme: das Thema Wirtschaftsordnung ist bei uns ein Tabu-Thema aus zwei Gründen: einmal weil, wer immer innerhalb der SPD über ein Mehr an Planung oder gar Verstaatlichung redet, in die Gefahr gerät, Planwirtschaftler, also doch verkappter

Kommunist zu sein. Das ist ein Grund. Der andere Grund ist, daß wir uns auf das Postulat 'Recht auf Arbeit' eingelassen haben, und zwar ziemlich unreflektiert. Wir wollen dieses Recht verwirklichen — aber wie? Das ist noch nicht genügend reflektiert worden. Deshalb zwingt uns diese Forderung, in schwierigen Situationen immer alles, aber auch wirklich alles zu tun, damit die Konjunktur läuft. Von daher sind Sozialdemokraten natürlich die viel besseren Wachstumsgaranten als die anderen. Bei den anderen kann ein Einbruch sehr gut ins Programm passen. Sozialdemokraten können das nicht aushalten, folglich müssen sie für Wachstum sein. Hinzu kommt, daß wir soziale Gerechtigkeit, das soziale Netz, immer nur finanziert haben mit den wirtschaftlichen Zuwächsen. Umverteilung hat ja nicht stattgefunden. Wenn diese Geschäftsgrundlage von sozialer Gerechtigkeit wegfällt, dann kommen wir in große Verdrückung. Dann muß man das Problem der Umverteilung anpacken, und das geht nicht von heute auf morgen. Auch aus diesem Grunde müssen Sozialdemokraten in der Regierung dafür sorgen, daß Wachstum stattfindet. Von dieser Politik Abschied zu nehmen, das dauert lange und ist nur schrittweise zu erreichen. Das kriegst Du nicht auf Knopfdruck.

spw: Hinzu kommt natürlich noch, daß die Diskussion in der Partei sogar schon vor dem Godesberger Programm ziemlich verschüttet war zu diesen Fragen.

Klose: Und das Godesberger Programm ist besonders in diesem Teil ein Kompromißprogramm. Nur würde ich sagen: selbst wenn dieser Kompromiß verwirklicht würde, das wäre schon eine ganze Menge, das wäre eine ganz tolle Sache.



Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus

AS 74:
ISBN 3-88619-018-8
16,80 DM
(f. Stud. 13,80)

Die anhaltende Debatte um das Ende der Weimarer Republik beweist, daß kaum eine Phase in der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung derart umstritten ist. Allzuoft werden unausgewiesene Interessen wissenschaftspolitisch unmittelbar wirksam. Der vorliegende Band versteht sich als Weiterarbeit an wichtigen, aber bisher vernachlässigten Teilbereichen der Analyse und stellt diese zur offenen Diskussion.



ENTSTEHUNG DER ARBEITERBEWEGUNG

Zur Entstehung der Arbeiterbewegung

Mit Beiträgen von
F. Deppe, H.-J. Ruckhäberle, H. Zwahr u.a.
Redaktion:
Lars Lambrecht
(AS 63:
ISBN 3-88619-019-6)
208 S.: 16,80 DM
(f. Stud. 13,80)

Im wissenschaftlichen Rückgriff auf die »Entstehung der Arbeiterbewegung« trägt dieser Band dazu bei, soziale Prozesse und Bewegungen der Gegenwart zu analysieren. Gleichzeitig möchten die Autoren zu weiteren kontroversen Diskussionen und materialbezogenen Forschungen anregen, die gerade im Hinblick auf unsere heutigen Fragestellungen noch lange nicht abgeschlossen sind.

**ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6,
D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061**

Sozialist

Zeitung für sozialistische Politik in der SPD

**Die kapitalistische Krise
und ihre sozialistische Überwindung**

Göttinger Thesen II

Programmatische Positionen marxistischer Sozialdemokraten

Krisenanalyse

Klassenstruktur der BRD

Staatstheorie

Bündnispolitik / Neuer Sozialer Block

Der Dritte Weg zum Sozialismus

Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik

Bestellungen bei Gunter Haedke, Heckerstraße 38, 3500 Kassel
Unter Voreinzahlung von 7 DM plus 1 DM Porto
auf das Konto Nr. 3060 66-204 beim Postscheckamt Hamburg

Interview mit Ernest Borneman

Ernest Borneman, Sexualpsychologe aus Österreich, hat 1975 ein Werk mit dem Titel »Das Patriarchat« herausgebracht, das er selbst in einem Vorspann als »das Kapital für die Frauenbewegung« bezeichnete, ein Anspruch, der ihm viel Beachtung aber auch Widerspruch einbrachte. Im nachstehenden Interview, das *Katharina Gröning* anlässlich einer Tagung zu den »Perspektiven der neuen Frauenbewegung« in Bielefeld führte, erläutert Borneman seine Auffassungen zum Verhältnis von Sexualität und Herrschaft. Seine Thesen sind jedoch so umstritten, daß wir es für sinnvoll erachten, in diesem Heft *Beate Wagner*, eine vehementé Kritikerin Bornemans und ähnlicher Ansätze in der Frauenforschung, zu Wort kommen zu lassen. Die Redaktion

spw: In Deinen Büchern siehst Du Zusammenhänge zwischen Frauenunterdrückung, repressiver Sexualpolitik und kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen. Welche Abhängigkeiten bestehen hier, wo gibt es Änderungsmöglichkeiten?

Borneman: Reich vertrat die Theorie, daß man die Gesellschaft verändern könne, wenn man nur die Sexualität der Menschen verändert. Obgleich ich mit ihm in meiner Jugend gearbeitet habe und er einen großen Einfluß auf mich gehabt hat, glaube ich heute genau das Gegenteil. Sexuelle Verhältnisse spiegeln vor allem gesellschaftliche Verhältnisse wider. Meiner Ansicht nach sind Änderungen der Beziehungen der Geschlechter zueinander nur auf dem Umweg über eine veränderte Gesellschaft möglich. Ich habe keinen Respekt vor Sexualtherapie oder anderen Therapieformen. Die einzige Möglichkeit, die ich sehe, ist die der Veränderung der Gesellschaft, und dies wirkt dann erst bei der nächsten Generation. Wenn die veränderten Eltern unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Kinder haben, so besteht eine Chance, daß diese Kinder anders sozialisiert werden und sich aus ihnen eine bessere Gesellschaftsordnung und ein besseres Verhältnis der Geschlechter aufbauen kann.

spw: Bürgerliche Psychologen und auch weite Teile der Frauen und Alternativbewegung behaupten, daß eine Veränderung der Gesellschaft, quasi eine Humanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Aufarbeitung ungelöster Konflikte möglich sei. Dazu stehen Deine Auffassungen dann in direktem Widerspruch.

Borneman: Ja, ich habe wenig Hoffnung in diese Psychotherapien, in den ganzen Psychoboom, der uns gegenwärtig beherrscht. Lediglich als Erkenntnistheorie halte ich eine Form, nämlich die Psychoanalyse, für unerläßlich.

spw: Selbst in Anbetracht der massiven Zunahme psychischer und psychosomatischer Krankheiten? Ist es nicht notwendig, hier therapeutische Hilfe zu leisten?

Borneman: Du kannst meiner Meinung nach niemandem helfen. Es ist eine schreckliche Illusion, die aus Amerika importiert worden ist, daß jedes Leiden in dieser Welt therapierbar sei, wenn Du nur den richtigen Arzt findest und genügend Geld hast, ihn zu bezahlen. Das ist ein völliges Mißverständnis. Das klappt überhaupt nicht. Wenn Du versuchst, an irgendeinem Teil des Körpers oder der Psyche eine Reparatur vorzunehmen, wirst Du feststellen, daß an einem anderen Teil, nämlich da, wo Deine Reparatur nicht funktioniert hat, ein neuer Schaden auftritt. Die einzige Hoffnung, die wir haben, besteht darin, eine Gesellschaft so zu organisieren, daß sich ein besserer Humus für die darin aufwachsenden Kinder ergibt.

spw: In den letzten 2 Jahren wird von seiten der Konservativen gegen Liberalisierungen im Bereich der Sexualität z.B. Reform des §218, Sexuaufklärung an den Schulen u.ä., heftig protestiert. Welchen Zusammenhang siehst Du zwischen Sexualpolitik und gesellschaftlichen Entwicklungen? Ist unterdrückende Sexualpolitik ein Anzeichen für gesellschaftliche Trends?

Borneman: Ja, in begrenztem Maße schon. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß gegenwärtig mit zwei völlig unterschiedlichen Systemen der Kontrolle der Sexualität durch die herrschende Klasse gearbeitet wird. Für denjenigen, der zum ersten Male mit diesen Dingen konfrontiert wird, ist es schwer, einen Unterschied festzustellen. Das erste System ist ja das allseits bekannte. Man zwingt einen Menschen zu gewissen Gehorsamkeitshandlungen, indem man seine sexuellen Bedürfnisse beschneidet und unterdrückt. Doch seit etwa 15 Jahren findet unter den liberalen Teilen der herrschenden Klasse etwas völlig anderes statt, nämlich die Entdeckung, daß die Sexualität ein erfolgreiches Mittel zur Lenkung und Herrschaftssicherung ist. Ich glaube, daß unsere Gesellschaft heute mit Hilfe von sexuellen Techniken weitgehend gelenkt wird. Es ist kein Zufall, daß in den Annoncen der Zeitungen in immer höherem Maße sadistische und masochistische Angebote auftauchen und ich denke, daß es möglich ist, auf diese Art eine große Anzahl von Menschen süchtig zu machen, wodurch ihr Denken und Handeln planbar und lenkbar wird.

spw: Bezieht Du damit das ein, was allgemein unter »Sexwelle« läuft, also Pornoliteratur, Pornographie in Zeitungen, Filmen u.a.?

Borneman: Die Pornowelle ist ein rein kommerzielles Unternehmen und alles andere als die sexuelle Befreiung, die Wilhelm Reich und viele andere sich von diesem Zeitraum erhofft haben. Unsere Ideen sind vereinnahmt und kommerzialisiert worden. Von dem Augenblick an, wo sie verkauft werden, sind sexuelle Beziehungen verdinglicht, entmenschlicht und entfremdet, was am deutlichsten beim Gruppensex zu Tage tritt. Die Spielregeln des Gruppensex erzwingen die absolute Fremdheit vom Partner, was mir das non plus ultra der Entfremdung zu sein scheint.

spw: Du hast in dem Buch »Roter Anstoß« (Roter Anstoß. Der »Österreichische Weg«, hrsg. v. J. Hindels und P. Pelinka, Verlag Jugend + Volk, Wien/München 1980) einen Beitrag zur Sexualpolitik geschrieben und damit ein für die Linken heißes Thema aus dem Abseits geholt. Warum hast Du Dich bereiterklärt, diesen Beitrag zu schreiben? Welche Bedeutung hat Sexualpolitik für Dich?

Borneman: Für mich ist sie lebenswichtig, weil ich ein politisch denkender und arbeitender Mensch bin. Meines Erachtens wird ein großer Teil der Politik auf dem Umweg über die Sexualität entschieden. Mir ist vor langer Zeit schon aufgefallen, daß autoritär erzogene, sexual- und körperfeindliche Menschen in ihrer Mehrheit konservativ wählen und leibfreundliche Menschen dazu tendieren, links zu wählen. Möglicherweise wird auf dem Umweg über das Sexualverhalten der Eltern das Wahlergebnis der Kinder entschieden. Ich habe diese Ideen schon vor geraumer Zeit, als ich noch in Deutschland lebte, vorgetragen, doch niemand wollte sie hören. Danach ist versucht worden, die Mitglieder der SPÖ zur Diskussion dieser Thesen zu bewegen, doch ich muß gestehen, daß das auch bei uns nur ein ganz minimaler Erfolg geworden ist. Breite Teile der Mitglieder der SPÖ sind in ihren Ansichten über Sexualpolitik sehr festgefroren. Selbst in breiten Schichten der Gewerkschaften und des Proletariats ist eine manifeste Sexualfeindlichkeit zu finden. Das ist übrigens in der KPÖ besser als in der SPÖ.

spw: Haben Eure Forderungen zur Aufweichung bzw. zur Diskussion Eurer Thesen geführt?

Borneman: Nein. Überhaupt keine Reaktion. Kein einziges Mitglied der SPÖ-Hierarchie hat auch nur mit einem einzigen Wort darauf reagiert. Sehr interessant, wenn auch sehr betrüblich, war für mich die Reaktion der österreichischen Frauenbewegung. Es gab in der Zeitung »Profil«, eine von einer Frauenrechtlerin geschriebene Rezension des Buches, in der sie meinen Beitrag als den einzigen herausgreift und behauptet, er dürfe überhaupt nicht drinstehen, da es zwischen Politik und Sexualität keine Zusammenhänge gäbe.

spw: Das ist schade, denn hier in der BRD haben sich die autonomen Frauengruppen vielfach bemüht, die Abhängigkeiten zwischen Verkehrsformen, Sexualität und Politik aufzuzeigen. »Das Private ist politisch« war die Losung vieler Frauengruppen. Teile der Frauenbewegung haben so versucht, nämlich über das Private, in Gesprächsgruppen, Selbsterfahrungsgruppen u.ä. ihre Probleme zu lösen und gesellschaftliche Veränderungsstrategien zu suchen.

Borneman: Ich weiß, das ist nicht nur unter Frauen so. Ich kann mir zwar nicht erlauben, allzuviel über die autonome Frauenbewegung zu sagen, aber meine Erfahrungen mit Männergruppen sind in Bezug auf diese Versuche vernichtend negativ.

spw: Welchen Zusammenhang siehst Du zwischen der Funktion der Familie, Sexualität bzw. Sexualfeindlichkeit und Familienpolitik?

Borneman: Die ganze Kleinfamilie ist die Institution der bürgerlichen Gesellschaft, mit deren Hilfe die gesamten bürgerlichen Pflichten an die nächste Generation gegeben werden. Es dürfte schwierig sein, mit einer anderen Institution die Ziele der herrschenden Klasse so effektiv durchzudrücken, wie das mit der Kleinfamilie möglich ist. Alles, was sich gegen die Kleinfamilie richtet, wie alternative Bemühungen des Zusammenlebens, Wohngemeinschaften, Kommunen etc. werden deshalb von der herrschenden Klasse mit solcher Wut zurückgewiesen, weil dort ein anderes Bewußtsein in den aufwachsenden Kindern gesät werden kann.

spw: Wenn Du die Kleinfamilie primär als Erfüllungsgehilfen des Kapitals ansiehst, ist es ein besonderes Phänomen, daß sozialistische Länder sie nicht angetastet haben. Würdest Du eine politische Perspektive darin sehen, die Kleinfamilie grundlegend zu verändern, d.h. andere Formen des Zusammenlebens zu entwickeln?

Borneman: Ich muß hier zwei Aspekte meines Lebens voneinander trennen. Als Wissenschaftler kann ich keine Rezepte liefern. Ich kann nur untersuchen, was ergibt sich aus welchen Gründen. Ein anderer Teil meines Lebens ist meine politische Arbeit und hier bin ich tatsächlich zu der Überzeugung gekommen, daß in der Kleinfamilie die konservativsten, ja reaktionärsten Aspekte bewahrt und auf die nächste Generation übertragen werden. Ich bin aber nicht in der Lage zu sagen, welche andere Form der sexuellen Organisation an die Stelle der Familie treten sollte. Ich kann nicht sagen, wie die Sexualität der Zukunft aussieht. Was ich lediglich versucht habe zu tun, ist, die Abhängigkeit zwischen einzelnen Aspekten und gesamtgesellschaftlichen Perspektiven und Trends aufzuzeigen.

spw: In Bezug auf die Frauenbewegung hieße das, wenn wir bedingt durch die Sozialisation alle reaktionären Teile des bürgerlichen Normen- und Wertesystems in uns tragen, so könnte eine heute fortschrittliche Frauenbewegung morgen genau in die andere Richtung gehen. Dies ist zum Teil mit der bürgerlichen Frauenbewegung in der Weimarer Republik geschehen, die von den Faschisten für ihre Zwecke mißbraucht worden ist.

Borneman: Wir haben heute in Amerika bereits den Anfang einer Antifrauenbewegung, die z.T. von Frauen geführt wird. Wir haben auch erlebt, daß Gesetze, die als mehr oder weniger sichergestellt betrachtet wurden, wieder zurückgenommen worden sind. In Amerika werden heute Gleichberechtigungsgesetze, die als sicher galten, vom Kongreß nicht mehr verabschiedet. Unter Reagan wird das noch schlimmer werden, und ich befürchte, daß dies katastrophale Folgen für die nächste Generation haben wird.

spw: In der Frauenbewegung der Bundesrepublik gibt es Strömungen, die durch »Aussteigen« versuchen, ihre persönliche Problematik zu lösen und durch sich Verweigern Veränderungen einzuleiten. Welche Chancen gibst Du dieser Bewegung?

Borneman: Die Studentenbewegung der 60er Jahre hat zu den Grünen geführt, und wir haben unter Männern ein ganz ähnliches Verhalten. Ich bin stets dafür gewesen, daß man versucht, die Möglichkeiten der Zukunft in der Gegenwart auszuprobieren, auch wenn dies mit sehr hohen Opfern verbunden ist und von den Kindern dieser Avantgarde vielleicht einmal teuer bezahlt werden muß. Allerdings sind diese Formen für die breite Masse keine Möglichkeit. Eine wirkliche Veränderung der sexuellen Organisation wird erst möglich sein in der von Marx und Engels beschriebenen klassenlosen Gesellschaft.

Außerhalb des Schwerpunktes

Werner Holtfort

Der Fall Hansen

Im Dezember 1981 wurden zwei profilierte Politiker aus ihrer Partei ausgeschlossen, weil sie dem jahrtausende alten Irrtum der Menschheit, wer den Frieden wolle, müsse den Krieg vorbereiten, nicht folgen mochten: Alfred Mechttersheimer aus der CSU und Karl-Heinz Hansen aus der SPD. Für die CSU wird das folgenlos bleiben, für die SPD nicht. Denn sie lebt im Gegensatz zur CSU »wesensgemäß in der Dialektik von Konsens und Konflikt«, sie »ist gradezu definitorisch das, was die Konservativen in ihrer Denkart schauernd und verständnislos eine mit sich selber streitende und oft gar zerstrittene Partei nennen ... Die Sozialdemokratie setzt sich bewußt dem Wagnis aus, die zum friedlichen Zusammenleben der Menschen unerläßliche Integration weltanschaulich unterschiedlich geprägter Menschen in sich selber — durch sich selber für die Gesellschaft — zu leisten und zu erbringen.« (Heinz Rapp)

Deshalb äußere ich mich hier nur zu dem Fall Hansen. Allerdings nicht so sehr zu den verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Grundsätzen, die von den Schiedskommissionen der SPD mißachtet worden sind (mein Plädoyer darüber vor der Bezirksschiedskommission Niederrhein ist auszugsweise im *Spiegel* 30/1981 S.32, vollständig in der Broschüre Gatzmaga/Piecyk [Hrsg.] Karl-Heinz Hansen — Dokumente eines Konfliktes, abgedruckt worden). Vielmehr sollen jetzt die politischen Folgerungen und Folgen daraus behandelt werden.

Der SPD-Parteivorstand hatte der Bundesschiedskommission öffentlich seinen Wunsch erklärt, Hansen aus der Partei auszuschließen. Ein solcher Wunsch hätte in einer wirklich demokratischen Gesellschaft, in der die Judicative auf völliger Unabhängigkeit von der Exekutive besteht, ohne weiteres zur Einstellung des Verfahrens geführt. Die Bundesschiedskommission indessen ist der Weisung des Parteivorstandes gefolgt.

Schon die Bezirksschiedskommission hatte behauptet, der Ausschluß beruhe allein auf der Wortwahl Hansens, die Informationspolitik der Regierung über die Stationierung neuer, allein der Verfügung des USA-Präsidenten unterstehender Nuklearraketen auf dem Gebiet unserer Republik sei »Geheimdiplomatie gegenüber dem eigenen Volk«. Doch kann diese Begründung nicht richtig sein. Es stimmt nicht, daß eine solche Kritik in einer aus der Arbeiterbewegung stammenden Partei nur in Ausdrucksformen geäußert werden darf, die in akademischen Zirkeln als angemessen gelten. Zum Beispiel darf man ohne Ahndung durch ein Parteiordnungsverfahren über andersdenkende Genossen sagen:

»Fauls Fleisch am Rande der SPD« (Hans Otto Bäumer), »Wer mir dreimal ans Hosenbein pinkelt, kriegt was hinter die Löffel, daß ihm der Kopf von den Schultern fällt« (Hans Otto Bäumer). Man darf sagen »Wirrkopf« (Helmut Schmidt über Karl-Heinz Hansen), »ein Lump, der raus muß« (Friedhelm Fahrtmann über Karl-Heinz Hansen), »ein Clown« (Helmut Schmidt über Hans Otto Bäumer), »ein Dolchstoß in den Rücken der Bundesregierung« (Peter Corterier über die Teilnahme von ASJ, ASF und Jungsozialisten an der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn), »ein vollendeter Trottel« (Hans Koschnik über Peter Corterier) — um nur wenige Beispiele zu bringen.

Erhard Eppler hält dem Bundeskanzler vor, mit seiner Regierungserklärung eine »Atmosphäre geistiger Öde« verbreitet zu haben, die selbst unter dem schwachen Kanzler Ludwig Ehrhard nicht geherrscht habe; die SPD sei »in Routine erstarrt, vertrocknet und

faul, und sie drohe, in gehorsamer Langeweile zu verrotten«. Alles dieses ist gesagt worden und wird so oder ähnlich gesagt werden, ohne Schiedskommissionen der Partei zu bemühen. Dazu Helmut Schmidt: »Natürlich gibt es da auch immer einmal scharfe Worte, es gibt auch Entgleisungen. Aber am Ende und im Letzten können sich Sozialdemokraten aufeinander verlassen.« — Verstehen könnte man es, wenn Hansen die Partei verlassen müßte, weil seine Kritik an dieser Informationspolitik der Regierung unwahr wäre. Aber das ist im Parteiordnungsverfahren überhaupt nicht untersucht worden. Die Schiedskommissionen beider Instanzen haben es also für gleichgültig gehalten. In der Tat steht ja Hansen mit seiner Kritik nicht allein.

Zum Abschluß der 25. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Ingolstadt haben mehrere Wissenschaftler gefordert, die Öffentlichkeit über die Sicherheitspolitik besser und umfangreicher zu informieren. Wiliam Borm beklagt die »unseriöse Informationspolitik der Bundesregierung, indem vermeintliche Überlegenheiten des Ostens betont, die eigenen aber bagatellisiert werden«. Gerd Bastian und Willi Piecyk werfen der Bundesregierung vor, mit ihrer Broschüre »Aspekte der Friedenspolitik« zum Doppelbeschluß »Desinformation« betrieben zu haben: die Argumente grenzten an »Roßtäuscherei«.

Leonhard Mahlein, Alfred Horne, Bernt Engelmann und Dieter Brumm fügten hinzu, die Argumente in der Broschüre beruhten auf leicht nachweisbaren »grob verfälschten Fakten«, sie folgern daraus, daß »mit dieser Broschüre eine Irreführung der Bevölkerung betrieben werden soll«.

Zwölf Münchener Sozialdemokraten kritisierten in einer Zeitungsanzeige die Sicherheitspolitik des Kanzlers unter anderem mit den Worten: »Ihre Politik macht uns Angst ..., wer Haig für einen Mann des Friedens hält, kann für uns kein Mann des Friedens sein ...« Auf Parteiordnungsverfahren wurde verzichtet.

Egon Bahr bezeichnete im Ersten Fernsehprogramm am 23. August die Information der Bevölkerung in der Sicherheitsfrage als »absolut ungenügend«. Dieter Lattmann: »Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird verdummt und über die tatsächlichen Probleme mißinformiert.« Oskar Lafontaine: »Hier werden Massen verdummt.« Erhard Eppler spricht von »systematischer Fehlinformation«. Eine große Zahl von Funktionären und Mandatsträgern aus dem Kreisverband Stuttgart hat in einem offenen Aufruf mit dem Titel »Keine Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk« der Bundesregierung eine immer häufigere Argumentation mit »Halb- oder Unwahrheiten« vorgeworfen und die Bundesregierung aufgefordert: »Hört endlich auf damit, in diesen Fragen auf Leben und Tod, in der Sicherheitspolitik, in der Verteidigungspolitik eine Art Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk zu betreiben.«

Das sind beinahe die gleichen Worte, wie sie Karl-Heinz Hansen verwendet hat — niemand denkt an ein Parteiordnungsverfahren.

Professor Edward P. Thompson, Mitglied der Königlich-Historischen Gesellschaft und der Amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften, hat ganz richtig über den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 gesagt: »Weder Parteien noch Parlamente und auch nicht die über wesentliche Fakten getäuschte Öffentlichkeit« hätten auf die Entscheidung irgendeinen Einfluß ausgeübt.

Andererseits hat Egon Bahr wenigstens einen Teil dieser kritisierten Informationspolitik der Regierung plausibel gemacht: »Im Vorfeld der Rüstungsverhandlungen sind viele Äußerungen taktisch bedingt. Der Bundeskanzler ist in einer Situation, in der er nicht alles sagen kann, was er denkt. Aber er denkt.« Und in welcher Richtung diese Gedanken gehen, das kann jeder nachvollziehen, der Helmut Schmidts Buch »Verteidigung oder Ver-

geltung?« aus dem Jahre 1965 gelesen hat. In der Tat ist die Situation Helmut Schmidts prekär. Die Politik der USA ist darauf gerichtet, die eigene Überlegenheit beizubehalten, die der Sowjetunion darauf, nicht unterlegen zu bleiben. Der Bundeskanzler hingegen strebt eine wirksame Rüstungskontrollpolitik an. In dieser schwierigen Lage mag man es für gerechtfertigt halten, das eigene Volk nicht vollständig zu informieren. Man darf aber ebenso die Überzeugung hegen, daß diese Desinformation falsch sei und also diese Politik kritisieren. Und wer — um nur ein Beispiel zu nennen — hätte je von der Regierung erfahren, daß entgegen dem SPD-Parteitagbeschuß zwar die Marschflugkörper in mehreren mitteleuropäischen Staaten stationiert werden sollen, die wegen ihrer selektiven Zielbekämpfung für den Gegner weit gefährlicheren Entwaffnungsschlagwaffen Pershing II aber nur und ausschließlich auf dem Gebiete der Bundesrepublik? — Wer auch nur aufmerksam die Zeitungen liest, wird daher nicht eine Sekunde glauben, daß Karl-Heinz Hansen wegen der Formulierung oder wegen des Stils seiner Kritik ausgeschlossen wurde.

Die Ursache dürfte vielmehr darin zu suchen sein, daß Hansen ein unbequemer Parlamentarier ist, der mit seiner Kritik zu oft und zu früh Recht gehabt hat. Dafür gibt es viele Beispiele (nachzulesen in: Engelmann [Hrsg.], Was lange gärt, wird endlich Wut — der Fall Hansen, 1981). Ich begnüge mich hier mit einem Beispiel: Hätte man auf Hansen gehört, als er vor Jahren das voraussehbare finanzielle Fiasco der Aufrüstung mit dem Waffensystem »Tornado« vorrechnete, wäre Volk und Partei ein schwerer Schaden erspart geblieben. Weil man seine gründlichen Untersuchungen damals in das Reich der Fabel verwies, sind jetzt Löcher im Haushalt entstanden, die kaum gestopft werden können. Hansen ist ein entschiedener Gegner des »autoritären Besitzverteidigungsstaates« (Kurt Schumacher) und stets auf der Suche nach Wegen in eine freiheitlichere, sozial/gerechtere Gesellschaft. — Aber gerade das ist seine Aufgabe als Bundestagsabgeordneter, der nach der Verfassung ausdrücklich dem Wohle des ganzen Volkes, nicht nur einer Partei, verpflichtet ist. In diesem Verfassungsgebot liegt der Grund für die Vorschrift, daß ein Parlamentarier bei seinen politischen Entscheidungen seinem Gewissen zu folgen hat. Die Schiedskommissionen haben also nicht nur gegen den Gleichheitsgrundsatz, sondern auch gegen dieses Prinzip unseres Grundgesetzes, einen Abgeordneten nicht derart unter Meinungsdruck zu stellen, verstoßen. — Und auch gegen den für die Demokratie wichtigsten Grundsatz der Freiheit der Meinungsäußerung. Denn in unserer Gesellschaft und in ihren Parteien darf nicht eine selbst vielleicht als schlimm empfundene Äußerung als Gefahr empfunden werden. Als Gefahr gilt vielmehr die Unterdrückung notwendiger Kritik, welche es allein sicherstellt, daß die objektiv für das Gemeinwohl wichtigen Positionen geäußert und mitgeteilt werden können.

Für die SPD muß das in hohem Maße gelten. Es ist offenkundig sinnlos, über die Notwendigkeit des Dialogs zu reden, ihn jedoch durch Androhung von Parteiordnungsmaßnahmen zu begrenzen. Zwar wird die innerparteiliche Diskussion entlastet, wenn — um mit Hans-Jochen Vogel (am 25. Oktober 1981 in Nürnberg) zu sprechen — »wir den schwierigen Prozeß hin zu einer neuen Gemeinsamkeit abbrechen, wenn wir ganz auf die eine oder andere Seite treten, wenn wir die jeweils andere Seite völlig räumen und entweder einen wesentlichen Teil unserer Stammwähler der Union oder einen wesentlichen Teil der protestierenden Jugend den Alternativen überließe. Und natürlich wäre dann auch unsere Selbstdarstellung leichter — nicht nur in Wahlkämpfen!«

Aber aus der Parteigeschichte hätte man lernen können, daß solche Disziplinierungen stets zur Spaltung der SPD geführt haben. 1916 wurden die Sozialdemokraten ausgeschlossen, die gegen die Kriegskredite gestimmt hatten. Die Folge war die Abspaltung der

USPD bzw. des Spartacus-Bundes 1917. 1931 stimmten linke SPD-Reichstagsabgeordnete gegen die Mehrheitsentscheidung der Fraktion, der Regierung die Panzerkreuzer A und B zu bewilligen. Ihr Ausschluß führte zur Abspaltung der Sozialistischen Arbeiterpartei am 4.10.1931, welche der SPD einen großen Teil der Parteijugend (darunter Willy Brandt) nahm. Eine solche Gefahr besteht heute in höherem Maße. Die nukleare Rüstung, die auf dem Spiel steht, kann eine Katastrophe für unser Land mit sich bringen. Parteitagsbeschlüsse und Bedürfnisse starker Minderheiten finden sich nicht mehr in der Regierungspolitik wieder. Stammwähler und Mitglieder, die weder Zeit noch Vorbildung für das Studium politischer Feinheiten haben, können die Unterschiede von Regierungs- und Oppositionsparteien in Fragen der Ökologie, Energieversorgung, Militärrüstung, Wirtschafts- und Haushaltspolitik kaum ausmachen. Jungwähler, die einen anderen Maßstab an die Lebensqualität legen, als das Wachstum des Bruttosozialproduktes, ziehen alternative Gruppen vor. Der November-Parteitag des überwiegend rechten SPD-Bezirks Hannover hat aus Angst vor einer solchen Spaltung die Partei dringend gebeten, Karl-Heinz Hansen nicht auszuschließen. Andere rechte Sozialdemokraten betreiben geradezu diese Spaltung. Hans Otto Bäumer hat deutlich ausgesprochen, daß seiner Meinung nach »ahnungslose Typen und bartverkleidete Spaßvögel« in der SPD keinen Platz mehr hätten. Annemarie Renger sammelte Unterschriften unter ein Thesenpapier Richard Löwenthals, gezielt gegen die Integrationsbemühungen des Parteivorsitzenden Willy Brandt. — Vor diesem Hintergrund wird der Ausschluß Hansens erklärlich. Wie es scheint, sind die Folgen von einigen durchaus gewollt. Denn ein großer Teil von Jungsozialisten und Jungwählern ist zweifellos durch Sozialdemokraten wie Karl-Heinz Hansen an die SPD gebunden worden. Er ist, wie viele öffentliche Erklärungen und über 50.000 privatschriftliche Briefe beweisen, durch dieses parteischädliche Ausschlußverfahren für sie zu einer Symbolfigur geworden. Zu einer Symbolfigur nämlich für eine Volkspartei, die notwendige Diskussionen tolerant und solidarisch innerparteilich austrägt, die Kritik bedenkt, die Gedanken- und Meinungsfreiheit administrativen Ordnungsverfahren vorzieht. Kein Sozialdemokrat dürfte es in Kauf nehmen, daß unser Volk in die Hand einer starken Großpartei CDU/CSU gerät, neben welcher nur noch einflußlose und untereinander zerstrittene kleinere Gruppierungen wie Grüne, Freidemokraten und eine auf viele Jahre bedeutungslose Rest-SPD gerät. Aber auch um des inneren Friedens in unserer Volke willen, darf niemand darauf ausgehen, die SPD zu zerbrechen. Es gibt — um noch einmal Hans-Jochen Vogel zu zitieren — »nicht mehr so viele begehbbare Brücken zwischen den auseinanderdriftenden Gruppen und es gibt erst recht nicht mehr so viel Institutionen, in denen das Gespräch noch geführt wird. Neben den Kirchen sind wir eine dieser wenigen Institutionen. Sollen denn die Sprachlosigkeit und die Polarisierung noch weiter wachsen? Soll denn schließlich in der Konsequenz die Auseinandersetzung der Polizei aufgebürdet werden?« — Wenn über 50.000 Sozialdemokraten dem Parteivorstand schreiben, um Hansen in der Partei zu behalten, so muß diese Zahl multipliziert werden, weil nicht viele imstande oder gewillt sind, sich schriftlich zu artikulieren. Hält man daneben die Handvoll Briefe, die den Ausschluß Hansens forderten, so wird klar, daß eine überaus eindrucksvolle Mehrheit in der SPD gegen den Ausschluß war. Daß mögliche SPD-Wähler künftig anders stimmen werden, vor allem die Jungwähler, ohne welche die SPD keine Zukunft hat, ist gewiß. Denn die Partei hat mit Karl-Heinz Hansen — wie Ulrich Lohmar schrieb — »einen der wenigen Abgeordneten der SPD (verloren), die eine Brücke etwa zur Friedensbewegung schlagen können, die noch 'Dolmetscher' sein mögen zwischen der SPD und der neuen Außerparlamentarischen Opposition vieler, vor allem junger Leute«!

Rainer Frank und Wolfgang Storz

Gewerkschaften und Kommunalpolitik

In *spw 12* wurde der Versuch unternommen, das »Paradepferd« jungsozialistischer Betätigung, die Kommunalpolitik, einer auch u.E. notwendigen Kritik zu unterziehen.¹ Hauptmangel der gegenwärtigen Juso-Kommunalpolitik ist danach die nicht vorhandene Verknüpfung »bisheriger linker kommunalpolitischer Doppelstrategie mit der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung im jeweiligen kommunalen Bereich.«² Dieses Postulat soll in den folgenden Ausführungen mit Vorstellungen über eine mögliche gewerkschaftliche Kommunalpolitik ergänzt werden.

1. Zur Notwendigkeit gewerkschaftlicher Kommunalpolitik

Gewerkschaftliche Interessenvertretung kann sich nicht mehr allein auf die Arbeitsbedingungen, die Frage von Lohn- und Gehaltspolitik und damit auf das traditionelle Feld der Tarifpolitik beschränken, wie die Auseinandersetzungen um qualitative Aspekte wie Humanisierung des Arbeitslebens, Rationalisierungsschutzabkommen, die gewerkschaftliche Debatte um die »Qualität des Lebens« usw. beweisen. Zunehmende Interdependenzen³ zwischen ökonomischen, politischen und raumordnerischen Problemstellungen sowie immer mehr Lebensbereiche umfassende staatliche Planung lassen eine rein tarifpolitische Sichtweise von Arbeitnehmerinteressen nicht mehr zu. Er kämpfte finanzielle und arbeitsplatzspezifische Verbesserungen werden oft genug durch Verschlechterungen im Reproduktionsbereich (Mieterhöhungen, höhere Fahrpreise, lange Anfahrtswege) wieder neutralisiert. Die Gewerkschaften müssen sich daher kommunalen Politikfeldern zuwenden.

Von Ausnahmen abgesehen, gibt es keine gewerkschaftlich beeinflusste arbeitnehmerorientierte Kommunalpolitik. Allerdings wurde die inhaltliche Abstinenz seitens der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Publikationen und Untersuchungen zu diesem Thema aufgegeben: Verkehrspolitische Konzeption der ÖTV, kommunalpolitisches Programm des Frankfurter DGB von 1974, Thesen für eine arbeitnehmerorientierte Kommunalpolitik des DGB-Landesbezirks NRW von 1979, Konferenz über Großstadtprobleme des Europäischen Gewerkschaftsbundes von 1979. Doch diese kommunalpolitischen Vorstellungen finden keinen Niederschlag im neuen Grundsatzprogramm des DGB, sieht man von der Wohnungspolitik ab.

Von der Entwicklung einer geeigneten Strategie ist man auf allen gewerkschaftlichen Organisationsebenen noch weit entfernt. Man kann feststellen:

- Die kommunalpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften beruhen auf Einzelinitiativen, auf dem Interesse und dem Engagement einzelner Gewerkschafter und fallen somit von Ort zu Ort unterschiedlich aus.
- Allenfalls werden Forderungskataloge an die Kommunen erarbeitet. Kommunale und regionale Aktivitäten werden zunehmend im direkten Zusammenhang mit dem Abbau bzw. der Sicherung von Arbeitsplätzen entwickelt (z.B. Hoesch-Konflikt in Dortmund). Sie bleiben aber meist Ein-Punkt-Aktionen, die ausschließlich der Sicherung von Arbeitsplätzen verhaftet sind.
- Die Möglichkeiten, auf kommunal- und regionalpolitischer Ebene bewußt als Gewerkschaften aktiv zu werden, wird innergewerkschaftlich zu wenig diskutiert.

Dabei ist unter Gewerkschaftsmitgliedern die Bereitschaft für eine solche gewerkschaftliche Arbeit offensichtlich vorhanden: Drei Viertel der von Hochgürtel/Stiegler⁴ befragten

Mitglieder halten eine gewerkschaftliche Interessenvertretung im kommunalpolitischen Bereich für unbedingt notwendig. Diese Aussage wird durch eine Befragung von Mitgliedern der IG Metall Baden-Württemberg über ihren Arbeitsalltag bestätigt. Danach wird nicht nur die Situation am Arbeitsplatz zunehmend als Belastung empfunden, sondern auch die Situation im Wohnbereich.⁵

Für die bisherige gewerkschaftliche Zurückhaltung in der Kommunalpolitik gibt es im wesentlichen zwei Gründe:

- Gewerkschaftliche Arbeit und Zielsetzung waren und sind stark auf den Produktionsbereich fixiert. Dabei spielten qualitative Aspekte, z.B. Humanisierung des Arbeitsplatzes, lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend fand sich bisher auch kein Platz für Humanisierungsforderungen im Reproduktionsbereich.
- Die stark zentralisierte Organisation läßt den unteren Organisationsgliederungen bislang wenig kommunalspezifischen Gestaltungsspielraum, obwohl für die Verwirklichung einer gewerkschaftlichen Kommunalpolitik die Orts- und Kreisorgane des DGB die zuständigen Organisationsgliederungen wären.

In Bezug auf diesen zweiten Grund ist auch das problematische Verhältnis zwischen den Ortskartellen und der Kreisebene zu nennen. Weder sind Mitglieder der Ortskartellvorstände kraft Amtes im Kreisvorstand vertreten noch ist gewährleistet, daß die Ortskartelle als Untergliederung in den Kreiskonferenzen ihre Vorstellung direkt einbringen und vertreten können. Die Ortskartelle haben zu geringe Möglichkeiten, eigene Vorstellungen und Initiativen in den Kreisorganen zu thematisieren. Dies wiederum wäre jedoch Voraussetzung, da eigene Aktivitäten der Zustimmung des Kreisvorstandes bedürfen.

2. Bedingungen gewerkschaftlicher Kommunalpolitik

Um die Voraussetzungen, Konzepte und Strategien gewerkschaftlicher Kommunalpolitik zu bestimmen, bedarf es einer sorgfältigen Bestandsanalyse kommunaler (regionaler) Probleme. Im hier bestehenden Rahmen müssen wir uns auf die knappe Darstellung der wesentlichen Determinanten im Bereich städtischer Entwicklungsprozesse beschränken.

2.1. Das kapitalistische Dilemma der Stadtentwicklung

Der Prozeß der Stadtentwicklung ist eng mit der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung verknüpft. In den Ballungsräumen akzentuieren und vervielfältigen sich die negativen Folgen einer verzerrten kapitalistischen Entwicklung (z.B. das Aussterben der Innenstädte).

Bei der Diskussion über die Stadtentwicklung wird vielfach vergessen, daß der Prozeß der Planung und die Kontrolle über Grund und Boden durch die grundlegenden ökonomischen und politischen Kräfte wesentlich bestimmt werden. Folglich sind die Phänomene, mit denen sich die Stadtplanung beschäftigt, nur die letzte Phase eines längeren Prozesses, also die Wirkung einer anderswo gereiften Entscheidung.

»Das Dilemma der Städte besteht darin, sowohl die materielle Infrastruktur für die Kapitalbewertung als auch die soziale Infrastruktur für die Reproduktion der Arbeitskraft bereitstellen zu müssen. Letzteres wird dadurch erschwert, daß der Ausbau der Infrastruktur für die Kapitalverwertung... zu zunehmender Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen... führte.«⁶

Stadtplanung besteht vor allem in einer Begünstigung der (örtlichen) Wirtschaft durch Verbesserung der Standortbedingungen und damit ihrer Produktivität und erst als Folgewirkung in der 'harmonischen Gestaltung' des Verhältnisses aller öffentlichen Gemeinde-

aufgaben zu den an ihnen bestehenden Interessen der Wirtschaft. Die Nutzung des städtischen Bodens verdeutlicht dies: Wohnen geschieht dort, wo keine andere städtische Funktion eine bessere ökonomische Nutzung verspricht. Entsprechend richtet sich die soziale und kulturelle Infrastruktur nicht nach den Bedürfnissen der städtischen Bewohner, sondern nach der profitableren ökonomischen Nutzung des Bodens. Dem privaten Konsum weniger am städtischen Territorium wird der Vorzug gegeben vor dem sozialen Konsum einer Mehrheit.

2.2. Konsequenzen kapitalorientierter Stadtplanung.

Das ökonomische Primat in der Stadtplanung provoziert vor allen Bemühungen, auch aufgrund unseres öffentlichen Finanzsystems (Gewerbesteuer, Einkommensteuer), einer quantitativen Erweiterung von Arbeitsplätzen. Hauptsächlich daher fallen qualitative Aspekte sowohl im Hinblick auf humane, sichere und zukunftsträchtigere Arbeitsplätze als auch in der kommunalen Infrastruktur selbst (z.B. ökologisch orientierte Verkehrsplanung) in der Stadtplanung unter den Tisch. Mit Auflagen verbundene öffentliche Dotationen⁷ zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind in der Regional- und Kommunalpolitik eine Seltenheit. Aus der Angst vor interkommunaler Konkurrenz verzichten die Kommunen auf solche Auflagen bei ihren öffentlichen Dotationen für Arbeitsplätze. Dabei ist diese Angst unbegründet, denn in den letzten Jahren bewegte sich im Bereich von betrieblicher Neuansiedlung sehr wenig. So zeigt die langjährige Statistik der Bundesanstalt für Arbeit über neuerrichtete und stillgelegte Industriebetriebe, daß im Jahresmittel kaum mehr als 0,1% der Betriebe neu errichtet bzw. verlagert werden. Die Zahl der mobilen Industriebetriebe nimmt in den letzten Jahren auch angesichts der Wirtschaftskrise ab.

Strukturelle Veränderungsprozesse in einzelnen Branchen (z.B. Stahlindustrie) werden ebenfalls nicht berücksichtigt, sondern auch mit kommunalen Finanzen zu konservieren versucht. Soziale Kosten der Produktion (z.B. Umweltschutz, Entsorgung) tragen nicht diejenigen die sie verursachen, sondern die Kommunen und damit die Gesellschaft. So sind die Folgekosten privater Investitionsentscheidungen die Hauptursache für die Finanznot unserer Städte.

Verstärkt werden die negativen Auswirkungen des Verstädterungsprozesses durch die Wirtschaftskrise. Der dadurch hervorgerufene Marginalisierungsprozeß von bestimmten Bevölkerungsgruppen, z.B. Frauen, Jugendliche, Rentner und Ausländer, erfordert nicht nur eine veränderte (kommunale) Wirtschaftspolitik, sondern stellt auch bestimmte Ansprüche an die soziale und kulturelle Infrastruktur der Kommunen, die bisher nicht erfüllt werden.

Gewerkschaftliche Gegenpositionen fehlen zu den genannten Problemen völlig. Vielfach sind gerade örtliche Gewerkschaftsvertreter die Protagonisten dieser kapitalistischen Stadtentwicklungspolitik.

2.3. Entpolitisierung der Kommunalpolitik

Der Erkenntnisprozeß zur Lösung dieser Probleme wird erschwert durch die Dominanz eines 'klassenneutralen', unpolitischen Verständnisses von Kommunalpolitik. Kommunalpolitik wird nicht verstanden als die

»Austragung kollektiver Interessenkonflikte, die Entscheidung zwischen divergierenden Interessen und die bewußte Veränderung (oder Erhaltung) gesellschaftlicher Strukturen, insbesondere dominierenden Prinzipien, nach welchen Produktion und Verteilung von Gü-

tern erfolgen«, sondern als »Sachvollzugsentscheidung, d.h. Entscheidung, die überwiegend nicht Zwecke, sondern nur Mittel betreffen, die Wahrnehmung« diffuser »allgemeiner Interessen« d.h. »die Bewältigung von Problemen vor denen ein Gemeinwesen als Ganzes steht«. ⁸

Kommunale Selbstverwaltung wird auch heute noch begriffen als vermeintliche Abkoppelung der Kommunalpolitik von gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsprozessen. Die Abstinenz der Gewerkschaften von der Kommunalpolitik, die Übernahme dieses bürgerlichen Verständnisses von Kommunalpolitik durch weite Teile der SPD, insbesondere ihrer kommunalpolitischen Mandatsträger, verhindert, daß auch die Kommunalpolitik Austragungsort klassenspezifischer Interessen ist bzw. so gesehen werden muß. Geschichtliche Erfahrungen wie etwa der 'Gemeindesozialismus' des 'Roten Wiens' in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts sind in weiten Teilen der Gewerkschaften und der SPD verschüttet. Während etwa in Italien schon jahrzehntelang der 'Kampf in den Städten' als Teil der Klassenauseinandersetzung zur Umwälzung der bestehenden Gesellschaft von allen fortschrittlichen Kräften inklusive den Gewerkschaften als notwendig erachtet wird, waren in der BRD die Jusos Anfang der 70er Jahre die ersten, die auch die notwendige Einbeziehung der Kommunalpolitik in eine sozialistische Strategie zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft sahen. Allerdings fehlt bis heute eine tatsächliche Verknüpfung des Produktions- und Reproduktionsbereichs bei der Juso-Kommunalpolitik. Den Gewerkschaften fehlt bis heute diese notwendige Einsicht, den Reproduktionsbereich in ihren Kampf einzubeziehen. Dies führt auch dazu, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer ihr (kommunal-)politisches Engagement auf den alle vier Jahre stattfindenden Urnengang beschränken.

3. Konzept und Strategie einer gewerkschaftlichen Kommunalpolitik:

Die dargestellten kommunalpolitischen Probleme zeigen deutlich die Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Engagements. Betrachtet als Teil einer gewerkschaftlichen sozialistischen Gesamtstrategie ist eine arbeitnehmerorientierte Kommunalpolitik als politische Strategie zur Bekämpfung von Auswirkungen kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten, zur Veränderung des herrschenden Bewußtseins und zur Durchsetzung von Zwischenzielen zu verstehen. Aus strategischen Gründen ist die kommunalpolitische Ebene schon deshalb wichtig, da sich dort die materiellen Interessengegensätze manifestieren und die Widersprüche für jeden erkennbar aufbrechen. Zur Illustration einer arbeitnehmerorientierten Politik auf kommunaler Ebene sei ein Kernziel der Kommunalpolitik in Bologna wiedergegeben. Ziel der dort von Kommunisten und Sozialisten praktizierten Stadtplanung ist es,

»die Bewohner der Stadt aus der entfremdeten Rolle ihrer Instrumentalisierung in den Bereichen der Produktion und des Konsums zu befreien, sie zu Protagonisten des Produktionsprozesses zu machen und den Entscheidungen, die ihnen in der Entwicklung der Gesellschaft zustehen. (...) In der Urbanistik betrifft dies insbesondere die Entscheidung über die Nutzung des Territoriums.« ⁹

Den Gewerkschaften selbst fällt die Hauptrolle bei der Gestaltung einer arbeitnehmerorientierten Kommunalpolitik zu. Es kann sicherlich festgestellt werden, daß die gewerkschaftliche Arbeit sich nicht nur auf politische, sondern — entsprechend dem heutigen Grad der Verflechtung von Arbeits- und Lebensbedingungen — auch auf politische und kulturelle Fragen erstreckt. Was jedoch auf allen Ebenen fehlt, ist die notwendige Abstim-

mung und die Entwicklung einer einheitlichen Strategie zur Umsetzung erhobener Forderungen in anderen als den ökonomischen Bereichen. Dies setzt grundsätzlich eine Weiterentwicklung der Gewerkschaftspolitik insgesamt voraus. Sie muß sich den politischen Bereich als Arbeitsfeld erschließen und ein Konzept erarbeiten, das einen in sich abgestimmten Kampf im Produktions- und Reproduktionsbereich ermöglicht. Erst diese Verbindung bietet die Grundlage für eine umfassende Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Die kommunalpolitische Ebene kann Prüffeld für eine solche neue Gewerkschaftspolitik auf Bundesebene sein.

Bei der Erarbeitung des Konzepts für ein gewerkschaftliches Engagement im kommunalpolitischen Bereich müssen unter Beachtung und Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung folgende »Eckpfeiler« berücksichtigt werden:

1. Die Gewerkschaften müssen sich insofern von den im kommunalpolitischen Feld agierenden Parteien abkoppeln und selbständig machen, als sie als eigenständiger Faktor mit einer eigenen inhaltlichen und strategischen Konzeption im Reproduktionsbereich agieren müssen.

Dieser Bruch mit der in den letzten Jahrzehnten praktizierten traditionellen Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den Gewerkschaften und den Parteien (vor allem SPD) ist Voraussetzung für die Schaffung einer arbeitnehmerorientierten Kommunalpolitik. Mit ihm sollen die Parteien nicht überflüssig werden, es soll auf sie allerdings ein Druck entfaltet werden, damit auch die SPD die Kommunalpolitik als Politik versteht, die »zur Austragung kollektiver Interessenskonflikte« führt und die als Ansatzpunkt für eine bewußte Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen verstanden wird.¹⁰

Dies bedeutet konkret die Diskussion von kommunalpolitischen Themen in gewerkschaftlich Gremien (Ortskartell, Vertrauensleutekörper) mit der Vorgabe der Aufhebung der Trennung von betrieblichem und außerbetrieblichem Kampf. Standortentscheidungen eines Unternehmens müssen auch unter der Interessenlage der kommunalen Stadtplanung gesehen werden. Gleiches gilt für die Frage des Nahverkehrs, der Umweltbelastung etc. Längerfristig muß es das Ziel sein, über solche Diskussionen und Aktionen konkret vor Ort zu einer Aufhebung der Trennung des Kampfes im Produktions- und Reproduktionsbereich und zu einer Verschmelzung der tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Strategie zu kommen.

Dies schließt in letzter Konsequenz auch

»Formen der Arbeiterselbstverwaltung, Diskussion im Betrieb über Ökologie, Stadtentwicklung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Verkehrswesen« und »betriebsübergreifende Diskussionen über die qualitativen Aspekte der Produktion, Diskussion über die Ausbeutung und die Fremdbestimmung im Reproduktionsbereich« ein.¹¹

Das immer noch vorhandene, wenn nicht sogar noch vorherrschende Verständnis einer »klassenneutralen« Kommunalpolitik, das in weiten Teilen auch von der »Arbeiterpartei« SPD gehegt und gepflegt wird und das wesentlichen Anteil an der problemlosen Durchsetzung von kapitalorientierten Interessen hat, könnte man durch eine solche Politik wirksam und rasch aufbrechen.

2. Die lokalen Gewerkschaftsorganisationen müßten bereit sein, eine für bundesdeutsche Gewerkschaften völlig ungewöhnliche Bündnispolitik zu betreiben. Als faktisch größte »Bürgerinitiative« in der Kommune müßten sich die Gewerkschaften nicht nur mit Parteien, Arbeiterwohlfahrt, Mieterorganisationen und Verbraucherorganisationen zusammensetzen. Außer mit diesen eher traditionellen Organisationen muß es auch zu einem

Zusammengehen mit den 'neuen sozialen' Bewegungen (Frauen, Umweltschützer, Hausbesetzer, Selbsthilfegruppen) kommen. Diese Zusammenarbeit muß und kann nicht prinzipieller Art sein, sie muß allerdings bei den Themen und Projekten praktiziert werden, wo es sich anbietet, bzw. wo es erforderlich ist. Noch wichtiger als diese Bündnisarbeit mit anderen Organisationen am Ort ist es, Gruppen zu erreichen und in die Arbeit einzubeziehen, die noch nicht, nicht mehr oder zeitweilig nicht im Produktionsprozeß stehen: Jugendliche, Hausfrauen, Rentner und Arbeitslose.¹²

Diese Ziele erfordern neben einer neuen, unkonventionellen Bündnispolitik auch neue Formen von Teilweisungsstrukturen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

3. Walter Breum tritt für eine »Verlängerung der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen von der Fabrik in die Gesellschaft«¹³ ein. Konkret denkt Breum an den Aufbau von horizontalen Mechanismen, wie den Aufbau von Kommunal- und Gebietsräten. Diese gewerkschaftlichen Organe entsprächen noch zu schaffenden kommunalen und regionalen Mitbestimmungsorganen, wie den von der Bevölkerung gewählten Stadtteil- und Quartierräten. Dies kann man als mittel- und langfristiges Ziel betrachten. Zuerst geht es darum, in bereits bestehenden Gremien wie Ortskartelle (unter Einbeziehung aller Einzelgewerkschaften am Ort), Vertrauensleutkörper und auch in den Betriebsräten verstärkt Fragen des außerbetrieblichen Kampfes zu behandeln, Forderungen zu entwickeln und diese auch im außerparlamentarischen Raum zu vertreten. Erst wenn es zu einer Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft und zur Entwicklung eines Grundrisses gewerkschaftlicher Kommunalpolitik gekommen ist, ist an die Schaffung weiterer Organe der Willens- und Mitbestimmung zu denken.

4. In Leitsätzen müßten sich die Gewerkschaften eine inhaltliche Position für eine solche Politik erarbeiten. Bei dieser Programmdiskussion ist grundsätzlich von einer umfassenden Interessenvertretung im Reproduktions- und im Produktionsbereich auszugehen. Folgende Stichpunkte könnten für die Programmatik im kommunalen und regionalen Bereich eine Anregung bedeuten: Entwicklung polyzentrischer Stadtstrukturen; weitgehende Funktionsmischung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit; Bodenreform mit der Kommunalisierung von Grund und Boden; genereller Vorrang von sozialorientierter Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Freizeit-, Kultur- und Sozialeinrichtungen) gegenüber kapitalorientierter Infrastruktur (Hotels, Kongreßgebäude, Flughäfen, Stadtautobahnen); Rückgewinnung der politischen Autonomie der Kommunen; Erweiterung von kommunalen Versorgungsunternehmen mit einer politisch festgelegten Unternehmenspolitik. — Als Beispiel sei noch die Forderung nach Einrichtung von Genossenschaften genannt, die durch die Kommune eingerichtet und geschaffen werden könnten. Über eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Genossenschaften und verbunden mit einer Mitbestimmung der Konsumenten könnte man hier beispielhaft für andere Bereiche durch Initiativen der Kommunen »starke Bande« zwischen Konsumenten und Produzenten schaffen. Ohne über die Reichweite solcher Initiativen spekulieren zu wollen, kann doch gesagt werden, daß solche Initiativen in Verbindung mit einer generellen Erweiterung kommunaler Versorgungsunternehmen, deren Stärkung und die Festlegung einer politischen Unternehmenspolitik unter Beteiligung der dort beschäftigten Arbeitnehmer ein wesentlicher Beitrag zur Orientierung hin auf eine Wirtschaftspolitik darstellen kann, die sich grundsätzlich von den bisherigen Mechanismen abhebt.

Bei dieser inhaltlichen Diskussion sollten allerdings einige Grundsätze beachtet werden: Die Interessenlage aller Beschäftigten und der Konsum- und Wohnbevölkerung muß berücksichtigt werden. Dies erfordert unter anderem die Beteiligung aller Einzelgewerk-

schaften an diesem Diskussionsprozeß. — Die Diskussion sollte von Anfang an in den Gremien stattfinden, von denen die Politik auch umgesetzt werden soll: in den Orts- und Kreisorganen des DGB. Es ist notwendig, bestimmte grundsätzliche Fragen auf Bundeskongressen zu klären. Diese Aussagen sollten als inhaltlicher Rahmen und als Orientierung für die konkrete lokale Arbeit verstanden werden. Innerhalb dieses Rahmens sollten die Ortskartelle die Möglichkeit haben, entsprechend den lokalen Verhältnissen und den Diskussionsergebnissen im Kartell, eigene Schwerpunkte und Akzente zu setzen.

5. Dies alles bedarf bei den Gewerkschaften eines wesentlichen Kurswechsels bei innerorganisatorischen Fragen und grundlegender Organisationsreformen: Aufwertung von unteren Organisationsgliederungen (mehr Finanzzuweisungen, Antragsrecht von Ortskartellen zu Kreiskonferenzen, an die Landesbezirkskonferenz und zum Bundeskongreß, Einrichtung von Wohngebiets- und Stadtteilgruppen mit Antragsrecht an die lokalen Gewerkschaftsorgane). — Stärkung der Stellung des DGB gegenüber den Einzelgewerkschaften. Die Ortskartelle und Kreisdelegiertenkonferenzen des DGB müssen zu Institutionen gemacht werden, in denen die kontinuierliche Zusammenarbeit aller Einzelgewerkschaften in Fragen der Kommunalpolitik stattfindet.

Zusammenfassung

Die vorgeschlagene Kommunalpolitik der Gewerkschaften bietet Ansätze zur Realisierung einer grundsätzlich anderen, sozialistischen Kommunalpolitik. Nur im Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, anderen traditionellen Organisationen und der 'neuen sozialen Bewegungen' kann der notwendige außerparlamentarische Druck für eine antikapitalistische Politik entstehen. Gegenwärtig geht es allerdings 'nur' darum, daß die Gewerkschaften den urbanistischen Kampf ebenfalls aufnehmen und sich mit den wirksamen Mitteln, die den Arbeitnehmern zur Verfügung stehen, unter anderem die Verweigerung von Arbeit, für mehr Wohnungen, einen billigeren öffentlichen Nahverkehr etc. einsetzen und kämpfen.

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Robert Brögeler, Joachim Günther, Linke Kommunalpolitik und sozialistische Strategie, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (*spw*), Heft 12, 1981, S.12ff.
- 2 Ebd., S.17f.
- 3 Gegenseitige Abhängigkeit.
- 4 G. Hochgürtel, B. Stiegler, Die Aufgabe des DGB an der Basis, Bonn, 1978, S.63.
- 5 Vgl.: Bezirksleitung der IGM Stuttgart, Werktage müssen menschlicher werden, Stuttgart 1979.
- 6 Irene Hübner, Kulturzentren, Weinheim und Basel 1981, S.45.
- 7 Finanzielle Zuwendungen der öffentlichen Hand an Dritte, z.B. Unternehmen.
- 8 Wolfgang Rudzion, Eine Erneuerung gesellschaftsverändernder Kommunalpolitik? Zum Impuls der Jungsozialisten, in: Karl-Heinz Naßmacher, Kommunalpolitik und Sozialdemokratie, Bonn 1977, S.79; vgl. auch: Klaus-Jörg Siegfried, Kommunale Realität, Bürokratie und Herrschaft, in: *spw* 12, S.42ff.
- 9 Aus dem Italienischen nach P. und A. Debold, Die Planungspolitik in Bologna, in: *Bauwelt* 33/1974, S.1113f.
- 10 Wolfgang Rudzion, Erneuerung, a.a.O., S.79.
- 11 Walter Breum, u.a., Die Gewerkschaften der BRD, Mitglieder, Theorie, Politik, Hamburg 1981, S.265.
- 12 Mit der bestehenden Gewerkschaftspolitik- und organisation wird dies weitgehend nicht erreicht. Bei einer sich verschärfenden Krise und einer sich verstärkenden Arbeitslosigkeit wird vor allem die Einbindung von Arbeitslosen zu einer dringenden Notwendigkeit. Droht doch heute schon die Gefahr — von interessierter Seite geschürt — daß es zu einer Frontstellung von Besitzern von Arbeit und von Arbeitslosen kommt, was zu einem Auseinanderbrechen der Arbeitnehmerfront und zu einer verschärften Konkurrenz innerhalb der Arbeitnehmer führen kann. Aktuell kann auch das Ableiten von Arbeitslosen und von Jugendlichen in ideologisch gefährliche Richtungen nicht wirksam bekämpft werden. Die Einbeziehung dieser Gruppen in die Arbeit und in die Willensbildung führt auch zu einer Eindämmung von zur Zeit relevanten Tendenzen, die Krise mit berufsgeostischen Strategien zu lösen.
- 13 Walter Breum, u.a., Gewerkschaft, a.a.O., S.267.

Beate Wagner

Am Anfang war die Gebärmutter...

Zum Bild der Frau in der Matriarchatsforschung

Hausarbeit und Mutterpflichten, im wissenschaftlichen Sprachgebrauch Reproduktionsleistungen genannt, sind Tätigkeiten besonderer Art. Sie, die erst die »produktive« Arbeit ermöglichen, werden nicht nur in tagespolitischen Auseinandersetzungen um die teilweise Rückführung der Frauen vom Arbeitsmarkt ins »private« Hausfrauendasein thematisiert. Lohn für Hausarbeit ist einer dieser Konfliktpunkte. Die derzeitige Konjunktur von Matriarchatsmythen* und ihren Entmystifizierungen** bilden die ideologische Ergänzung dieses Vorgangs. Die Ohnmacht der häuslichen »Schattenarbeit« als Macht zu suggerieren, ist eines ihrer Ziele. Im historischen Gewand gekleidet erscheint sie als biologisches Merkmal der Frauen, um sie somit vor jedem verändernden Zugriff sicherzustellen. Die Anfänge gingen von dem Baseler Juristen Johann Jakob Bachofen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus. Er, der die Epoche der Herrschaft des Weibes aus der gebärenden Natur der Frau begründete und sie als Vorstufe zum Patriarchat bestimmte, verlegte die Höherbewertung der Gebärfunktion nicht völlig zu Unrecht in die vorindustrielle Welt. Die schon zu seiner Zeit neue herrschende Arbeitsteilung zwischen Lohnarbeit und unentlohnter Hausarbeit benötigte ihre Mythen.

Seit Bachofen besitzt das Matriarchat als Herrschaft des Allmuttertums eine nicht nachlassende Anziehungskraft bei schreibenden Frauen wie bei schreibenden Männern. Um Zustimmung und Ablehnung einer solchen Herrschaft wird bis heute gestritten. Feministinnen neigen dazu, die Frauenherrschaft zu bestätigen (zuletzt: Heide Göttner-Abendroth, *Die Göttin und ihr Heros*, Verlag Frauenoffensive 1980). Bei männlichen Wissenschaftskollegen überwiegt der Widerspruch. Entmystifizierung ist das erklärte Ziel sowohl für den Rechtshistoriker Uwe Wesel (*Der Mythos vom Matriarchat*, Suhrkamp Verlag 1980) als auch für den Religionssoziologen Hartmut Zinser (*Der Mythos des Mutterrechts*, Ullstein Verlag 1981), die beide das Matriarchat als unreal nachweisen wollen. Eines aber ist den älteren und neueren Produkten zur Frauenherrschaft gemeinsam: ihr mehr oder weniger offengelegtes Verständnis von der Natur der Frau. Ich möchte dieses Bild von der Frau an einigen Beispielen darstellen und seine Funktion in unserer Gesellschaft diskutieren.

Wie immer eine »Frauenherrschaft« seit Bachofen begründet wurde, die Idee beflügelte die Phantasie, die heutigen als »patriarchalisch« empfundenen Verhältnisse auch »anders« zu denken. Der Heilslehrencharakter, der solchen Arbeiten naheliegt, verspricht heute immer noch den größten Marktwert. So sind es nicht die nüchternen Analysen zur Rolle der Frau in sogenannten matriarchalen Gesellschaften, die die größten Auflagenstärken erreichen¹, sondern die mythenbildenden »Aufklärungsbücher« über ein ursprüngliches Matriarchat in den Anfängen der Menschheitsgeschichte. Die beachtlichste Phantasie, die einem ebenso hohen Anspruch gerecht werden muß, hat zweifellos Ernest Borneman mit seinem Werk über die Anfänge des »Patriarchats« entwickelt, das 1975 erstmals im Fischer Verlag erschien: »Das *Patriarchat* ist den Frauen gewidmet. Es soll der Frauenbewegung dienen, wie *Das Kapital* der Arbeiterbewegung gedient hat, als Analyse der Vergangenheit, als Schlüssel für die Zukunft, als Waffe im täglichen Kampf der Gegenwart«. Die Frauenbewegung hat das Geschenk schlicht ignoriert und stattdessen ihre eigenen Waffen geschärft. Wenn auch diese von gelegentlich zweifelhafter Durchschlags-

* Matriarchatsmythen: Legenden von der Mutterschaft

** mystisch: verdunkelnd, geheimnisvoll

kraft sind — die Matriarchatsbücher der Frauenbewegung überschreiten ihr Ghetto nicht² — kein Zweifel kann an dem Selbstbewußtsein der Frauen bestehen, sich ihre Geschichte ohne männlichen Beistand selbst anzueignen. Sie schreiben und veröffentlichen ihre eigenen Matriarchatsmythen.

Dort, wo Wissenschaft noch immer als männliche Domäne akzeptiert wird, sei es wegen angeblich mangelnder Alternativen, sei es aus einer unbedachten Orientierung hin auf den Mann, wird Bornemans Arbeit trotz seines wahnhaften Anspruchs gelesen — der Nachdruck als Taschenbuch (Fischer Verlag³1981) belegt es. Mit seiner allgemein-emanzipatorischen Absicht findet das Buch vor allem bei einer linksorientierten Leserschaft in der SPD Resonanz. Die Kenntnis von Marx' Kapital ist für die Lektüre jedoch nicht Voraussetzung, sonst würde dem Leser bzw. der angesprochenen Leserin nicht entgehen, daß sich Bornemans »Patriarchat« trotz Berufung auf die historisch-materialistische Methode (S.9) grundsätzlich von seinem Vorbild unterscheidet. Zunächst: Die Arbeit zielt nicht auf die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen Frauen stehen, sondern auf die »Kritik der Entwicklung menschlicher Liebesverhältnisse« (S.9). Nach einem ersten Kapitel über die Epoche des Matriarchats, das sich trotz umfangreicher Literaturverweise neueren Datums in der »Steinzeit« der ethnologischen* und archäologischen** Forschung befindet, wie dies Klaus Ottomeyer 1976 in einer Besprechung der Bornemanschen Arbeit im *Argument* 97 nachwies, präsentiert Borneman seinen Lesern und Leserinnen über Hunderte von Seiten umfangreiches Material über die Sexualpraktiken der Griechen und Römer. Wer seine Darstellung mit Quellenbelegen lesen möchte, empfehle ich Julius Rosenbaums »Geschichte der Lustseuche« aus dem Jahre 1839, gegenüber dessen distinguierten*** Schreibweise Borneman sich mit seiner Darstellung als hemdsärmeliger Sexualprophet ausnimmt. Die Ausrichtung auf den sexuellen Bereich schließt a priori eine gesellschaftliche Analyse nicht aus. In seinem Gespräch mit Katharina Gröning stellt denn Borneman einen Bezug zur Gesellschaft insofern her, als er das Verhältnis von sexueller Praxis und gesellschaftlicher Realität als Widerspiegelung darstellt. Der materialistisch geschulte Leser möchte meinen, daß damit dem Anspruch an gesellschaftlicher Analyse Genüge getan, mit der Frage nach den menschlichen Liebesverhältnissen eine historisch-materialistische Deutung nicht verfehlt sei. Dennoch: Die Widerspiegelungstheorie Bornemans erinnert mehr an eine statische Abbildtheorie als an Marxsche Dialektik. Denn so Borneman: Die gesellschaftlichen Verhältnisse (hier die Herrschaftsverhältnisse) bestimmen die sexuelle Praxis, und erst die veränderte Gesellschaft (d.h. herrschaftsfreie) ermöglicht eine den Bedürfnissen der Menschen angemessene Befreiung von sexuellen Zwängen (vgl. in diesem Heft S.67ff.). Über den Weg kann er trotz seiner begeisterten Vorgabe im »Patriarchat«, den Frauen die Schlüssel für die Zukunft in die Hand zu geben, keine Aussage machen. Borneman verweist stattdessen auf seine Rolle als Wissenschaftler, die ihm nur erlaube, Zusammenhänge darzustellen, jedoch keine Rezepte zu entwickeln (in diesem Heft S.67ff.). Täte er eben dies gleich seinem Vorbild Marx, gewänne der Leser bzw. die Leserin wohl kein komplettes Bild der Zukunft, aber immerhin Aufschluß über den einschlagenden Weg. Weil er genau diese Zusammenhänge nicht offenlegt, kann er keine Perspektiven aufzeigen.

* Ethnologie: vergleichende Völkerkunde

** Archäologie: Wissenschaft von nicht schriftlich überlieferten Kulturzeugnissen, insbes. Bodenfunde des Altertums

*** distinguiert: ausgezeichnet, vornehm, hier: gewählt

Und die Zusammenhänge entgehen ihm, weil er nicht in Widersprüchen denken kann. Karl Marx entwickelte aus der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft die Perspektive einer sozialistischen Veränderung. Er konnte dies, weil er die Widersprüche, aus denen heraus die bürgerliche Gesellschaft entstand, als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklungen erkannte. Die Beziehung zwischen Sexualität und Herrschaft ist bei Borneman widerspruchsfrei. Stattdessen postuliert er eine einseitige Abhängigkeit der sexuellen Praxis von den Herrschaftsverhältnissen, ohne die Rückwirkungen auf die Herrschaftspraxis aufzudecken. Einseitig und mechanisch, wie die bei ihm gedachten Zusammenhänge sich darstellen, bleibt die Dynamik, die in solchen Beziehungen ruht, unberücksichtigt, so daß ihm die Antriebskräfte historischer Entwicklungen, ebenso das Prozeßhafte selbst in gesellschaftlichen Verhältnissen einschließlich der geschlechtlichen verborgen bleiben müssen. Es ist nur konsequent, daß sich damit für Borneman im Gegensatz zu seinen Ansprüchen kein Weg in die Zukunft öffnet.

Der Mangel an Verständnis für gesellschaftliche Widersprüche als Antriebskräfte geschichtlicher Entwicklungen wird in seiner historischen Analyse des Übergangs vom Patriarchat zum Patriarchat durch den Bezug auf materialistische Autoren überdeckt. Dort, wo Wandel belegt und begründet werden mußte, fehlen jedoch die historisch-materialistischen Kategorien. Für den in die Vorgeschichte verlegten Übergang von der Herrschaft der Mütter, in der es noch keine Sexualunterdrückung gab, in die Zeit der patriarchalen Sexualausbeutung der Frauen, entwickelt Borneman kein theoretisches Konzept, das diesen Übergang als gesellschaftlichen Prozeß deutlich macht. Er übernimmt für diesen sich bei ihm in mehreren Schüben vollziehenden Vorgang stattdessen vorgefundene Interpretationsmuster, die einmal den Wechsel von Völkern, ein anderes Mal Veränderungen in den Arbeitsmitteln vermuten. Die matriarchalen Kulturen des Mittelmeerraumes, zuvor aus den geheimnisvollen Weiten der Steppen Asiens »importiert«, werden von wandernden Hirtenvölkern wieder dorthin verjagt, wo sie hergekommen waren (S.95, 99ff.). Das Patriarchat entpuppt sich ebenso wie das Matriarchat als Eigenart eines Volkscharakters. Das griechische Matriarchat belegt er, seinem Vorbild, dem englischen marxistischen Alt-historiker George Thomson folgend, mit einer umfassenden Aufzählung nicht-griechisch sprechender Völker, die in der griechischen Mythologie und Geschichtsschreibung als Vorfahren benannt werden (S.96ff.). Das marxistische Etikett, das sich Thomson selber anheftet, ist nicht in allen Fragen eine sichere Garantie für eine konsequent materialistische Methode. Als weniger gut erkennbar erweisen sich offensichtlich die materialistischen Denkansätze derer, die sich selbst nicht so nennen. So stehen die Forscher, die sich in jüngster Zeit gegen die nicht frei von rassistischen Denkweisen erscheinenden Wanderungs- und Überlagerungstheorien gewandt und auf innere gesellschaftliche Prozesse aufmerksam gemacht haben, allein in seinem Literaturverzeichnis (z.B. Renfrew). Ins eigene Denkschema fanden sie keinerlei Eingang.

Die Abhängigkeit von einer oberflächlich rezipierten* Forschungslage, die ein eigenes Nachdenken über die Triebkräfte geschichtlicher Prozesse nicht erkennen läßt, zieht gelegentlich den Wechsel der Periodisierungsschemata nach sich, wenn die Vorlage es gebietet. Das Kommen und Gehen der Volksscharen, das die Phase der Selbsthaftigkeit der Mittelmeervölker (ab ca. 10000 v.Chr.) kennzeichnet, wird in der Zeit der Jäger und Sammler durch das technologische Periodisierungsschema der Archäologen ersetzt, die die Vorgeschichte (d.h. die Phasen der menschlichen Geschichte, die keine schriftlichen Zeugnisse

* rezipieren: aufnehmen, übernehmen

hinterlassen) nach ihren materiellen Überresten unterteilt haben. Die Arbeitsmittel, die die Unterwerfung der Frau hervorrufen, sind hier laut Borneman der Speer und der Pflug. Mit der fast 40.000 Jahre zurückreichenden Erfindung des Speeres erfolgte die »erste Herabsetzung der Frau« (S.48). Daß sich damit die Unterdrückung der Frau als ebenso alt wie die ersten menschlichen Homo-sapiens-Kulturen erweist, die, entwicklungsgeschichtlich gesehen, unsere unmittelbaren Vorfahren sind, hat schon Klaus Ottomeyer bemerkt (S.470) und als nicht gerade ermutigende Perspektive bewertet.

In der Frühgeschichte der Menschheit gönnt die Mutterschaft trotz der Überlegenheit der speerwerfenden Männer laut Borneman den Frauen eine kurze Ruhepause im Geschlechterkampf. Durch ihre Sorge für die pflanzliche und menschliche Fruchtbarkeit entsteht eine auf die Mutter hin zentrierte Gesellschaftsordnung. Der Pflug, im 3. Jahrtausend v.Chr. in Kleinasien und Griechenland erfunden, »bezeugt« den zweiten »Triumph des Mannes« (S.83) über die Frau. Die Technologie, die ihre Unterdrückung in grauer Vorzeit einleitete, ist es dann ebenfalls, die die Befreiung ermöglichen soll. Allerdings unter Aufgabe der Mutterschaft. Denn erst wenn der Embryo außerhalb des weiblichen Körpers aufgezogen werden kann, ist die Frau, so Borneman, zur Emanzipation in der Lage. Der Brutkasten als Zukunftsperspektive! Die Frau muß in dem Bornemanschen Konzept der Befreiung erst ihre »Natur«, die ihr in der Frühgeschichte der Menschheit zur Überlegenheit gegenüber den Männern verhalf, ablegen, ehe sie zum Menschen werden kann. Der Mann darf seine »Natur«, seine Samenproduktion im Körper behalten. Der selbsternannte Prophet der Frauenbewegung hat als Alternative nicht die Kastration und die Entwicklung maschineller Samenproduktion vorgeschlagen. Wer möchte sich auch selbst seiner Körperlichkeit entledigen! Amputation als Schlüssel für die Zukunft? Im nostalgischen Gewand der Lobpreisung einer mütterzentrierten und herrschaftsfreien Vergangenheit, erweist sich Borneman als der ideale Ideologe einer entfremdeten Gesellschaft, in der die Sozialisation des Menschen nicht mehr durch den Menschen erfolgt. Die gegenwärtige Organisation der menschlichen Sozialisation, die einer optimalen Verwertung der weiblichen Arbeitskraft Frau in der Arbeitsorganisation der Industrie entgegensteht, die der männlichen jedoch bedingt, steht bei Borneman nicht zur Disposition*.

Da es nicht die von Menschen geschaffenen menschlichen Verhältnisse sind, die Über- und Unterordnungen in den Beziehungen der Geschlechter zueinander bedingen, erscheinen bei Borneman nicht die Menschen als Träger von Prozessen, sondern diese Rolle übernehmen die Produkte menschlicher Tätigkeiten — die neuen Technologien. Der Mensch ist damit das Opfer dessen, was er produziert. Das Handeln des Menschen wird ausgeblendet, die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen menschliches Handeln steht, sind angestrahlt wie Gefängnismauern, aus denen es kein Entkommen gibt. Resonanz findet ein solches Menschenbild, das den Menschen nicht zum Träger, sondern zum Opfer gesellschaftlicher Entwicklungen macht, indem die Opfer-Täter-Beziehung auf das Verhältnis von Mann und Frau bezogen wird. Hier bewegt sich Borneman auf der Konsensebene, die sowohl »bürgerliche« als auch »marxistische«, »frauenbewegte« als auch »patriarchale« Interpreten dieses Verhältnisses eint. Daß sich dieses Täter-Opferverhalten im Einzelindividuum jedoch zu einem konflikträchtigen Widerspruch formiert, wie dies Frigga Haug erkennt (vgl. *Argument 122*), setzt die Verantwortlichkeiten nicht mehr außerhalb eigenen, männlichen wie weiblichen Verhaltens an. Ein Verständnis von der Frau als Handelnde und Erleidende der von ihr mitgeschaffenen gesellschaftlichen Bedingungen kann nur

* zur Disposition stellen: zur Verfügung stellen

dann entstehen, wenn das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als ein gegenseitiges gesehen wird. Für das Feindbild »Mann« läßt eine solche Vorgehensweise keinen Raum, im Gegenteil, sie zerstört es. Die moralische Verurteilung der »Unterdrücker«, die die Welt in Schuldige und Schuldlose unterteilt, ist nichts als die entweder selbstgerechte oder schuld Bewußte bzw. mitleidsvolle Nabelschau weiblichen Opferverhaltens, mit der die eigenen Ängste und Probleme sicher umschiff werden. Zum Hinterfragen eigenen Verhaltens bleibt kein Raum.

Wie aber, fragt es sich dann, kann es dazu kommen, im historischen Material immer wieder die Belege für die Opferrolle der Frau zu finden, wenn davon ausgegangen werden muß, daß sie auch handelt? Die Antwort ist leicht, obwohl ich sie selbst lange nicht fand. Ich fand sie deshalb nicht, weil ich zunächst von meinen eigenen Erfahrungen ausging, daß mir Tätigkeiten verschlossen bleiben sollten, weil sie mit dem Attribut »männlich« belegt waren. Das, was Männer durften, wurde mir zum Orientierungspunkt der Bewertung von Frauenstatus. Daß sich diese Perspektive aus den heutigen Bedingungen ergibt, aber als universalhistorische Konstante zu keinerlei Erkenntnis führt, bemerkte ich erst, als ich selbst gezwungen war, den Status der Frau in einer Gesellschaft zu bestimmen, die ich mir zum Untersuchungsgegenstand ausgesucht hatte: das antike Griechenland, in dem sich einst angeblich der Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat vollzogen haben sollte. Die zu Rate gezogenen Interpreten der Frauenrolle in der Antike benutzten Begriffe wie »hoch«, »niedrig«, »sklavisch«, »angesehen«, »wohl geachtet«. Auf der Suche nach den Kriterien, die diesen Urteilen zugrundelagen, stieß ich auf ihn, den Mann: sklavische Abhängigkeit vom Mann, wohl geachtet vom Mann ... Sollte der Mann wirklich der Maßstab des Frauenstatus sein? War es doch die Rippe des Mannes, aus der die Frau entstand?

Bei der Überprüfung der einzelnen Forschungspositionen stellte ich eine strenge Abstinenz* von gesellschaftlichen Zusammenhängen fest. Zu Beginn dieses Jahrhunderts entstand in der Altertumswissenschaft eine Diskussion über die Position der Frau in der Gesellschaft Athens im fünften vorchristlichen Jahrhundert, die wie selbstverständlich voraussetzte, daß es bei dieser Frage keineswegs um politische, rechtliche oder ökonomische Positionen gehen könne, sondern allein um die Stellung gegenüber dem Mann.³ Wer meint, diese Fragestellung sei die Eigenart einer nicht ganz ernstzunehmenden Historikerkunft, die sich mit verstaubten Überresten vergangener Gesellschaften beschäftigt, die ohnehin keine politische Relevanz besitzt, wird durch den Blick auf die neuere, zum Teil mit marxistischem Anspruch versehene sozialwissenschaftliche Forschung zur Frage des Matriarchats eines Besseren belehrt. Frauen und Gesellschaft, das sind Begriffe, die einander so auszuschließen scheinen wie Feuer und Wasser.

Uwe Wesel, dessen »Mythos vom Matriarchat« gerade das Gegenteil von Borneman beabsichtigt, nämlich die Idee des Matriarchats als Variante männlichen Überlegenheitsdenkens zu entlarven (vgl. S.65), findet für die Beschreibung des Status der Frau in frühen Gesellschaften keine anderen Begriffe als sie ihm seine historischen und ethnologischen Vorgaben boten, in denen der Mann als Orientierungspunkt für die Statusbestimmung der Frau erscheint: »Schlechterstellung« (S.121), »Benachteiligung« (S.120), »Abhängigkeit« (S.113), »Einfluß« (S.106). Es sind die Kategorien der eigenen Erfahrung geschlechtlicher Beziehungen, die jede Untersuchung über den sozialen Status von Frauen zu einem Problem der Beziehung zwischen Männern und Frauen macht.

Als Ausdruck eines zeitgenössischen Geschlechterkampfes hat Hartmut Zinser in seiner

* Abstinenz: Entsagung, hier: Nichtbeachtung

ideologiekritischen Analyse die drei prominentesten Matriarchatstheorien beschrieben. »Verhandlungen von drei aktuellen Theorien des Geschlechterkampfes« lautet der in der zeitlichen Einordnung etwas irreführende Untertitel, da die aktuellen Theorien fast hundert Jahre Wirkungsgeschichte für sich verbuchen können. Vor dem Hintergrund der Emanzipationsbestrebungen der Frauen, so die These Zinsers, entstanden die Theorien Bachofens, Engels' und Freuds (S.20), in denen die Beziehung zwischen Mann und Frau aus historischer und psychoanalytischer Sicht als Kampf offengelegt werden (S.8, 40)

Ihre bewußte oder unbewußte Strategie: Geist, Arbeit und Trieb erscheinen als männliche Domänen. Wenn Frauen »herrschten«, so taten sie dies kraft ihrer »Natur«, weil der Geist noch nicht entwickelt, menschliche Kooperation, die den Menschen zum gesellschaftlichen Wesen macht, noch nicht notwendig, bzw. der Streit der Söhne mit dem Vater um das Objekt ihrer Triebbefriedigung, die Mutter, zugunsten des Vaters gelöst wurde, was zur Folge hatte, daß die Männer immer die mütterliche Horde verließen, um sich der Ehefrau anzuschließen.

Die Frau als das »andere«, die weder Geist noch sexuelle Bedürfnisse besitzt, die keine gesellschaftlichen Werte schafft, sondern nur gebiert, wird von Männern als naturhaft stofflich gedacht. Die Gesellschaft repräsentieren sie. »Homme culture, femme nature« nannte eine französische Anthropologin* ihre kritische Bilanz der ethnologischen Forschung über die Rolle der Frau.⁴ In der Fragestellung ganz auf die Beziehung der Geschlechter ausgerichtet, wird das Gewicht in der Forschung auf biologische Geschlechtsmerkmale gelegt, die sich dem Betrachter als unabhängige, von gesellschaftlichem Wandel unbeeinflusste Konstanten menschlicher Beziehungen darstellen. Daß dabei die Frau als biologisches Wesen günstigenfalls die Wertschätzung als »Urproduzentin menschlichen Lebens« (so Borneman, S.61) erhalten kann, ergibt sich als Konsequenz ihrer vom Mann abweichenden »Natur«. Ideologiekritische Ansätze wie die Hartmut Zinsers garantieren nicht, daß an die Stelle des kritisch beleuchteten Frauenbildes, das sich als Objekt oder Medium männlichen Handelns darstellt, ein anderes tritt. Die auf die Geschlechterbeziehung ausgerichtete Perspektive ergibt auch bei den von ihm beschriebenen Nayar, einem südindischen Volk, das einst als matriarchalisch eingestuft wurde, das Bild der von Männern abhängigen Frau. Bemerkenswert erscheinen ihm allein die sexuellen Freiheiten der Frauen (S.60). Die Tatsache, daß bei den Nayar die Abkunft eines Kindes nur über die mütterliche Linie gerechnet wird (Matrilinearität) und die Frauen bei der Heirat nicht ihren mütterlichen Haushalt verlassen, ist eine Entdeckung, die bei den europäischen Besuchern den Eindruck einer auf den Kopf gestellten Sozialordnung erweckte, die zum Mittelpunkt nicht den Mann, sondern die Frau wählte. Sie hat bei Zinser keinerlei Konsequenzen für den gesellschaftlichen Status der Frau. Die Frau ist nur das Medium, über das sich der gesellschaftliche Zusammenhang (der Männer) herstellt. Verwandtschaftliche Zuordnungen treten dort anstelle von Marktbeziehungen auf, um die Gesellschaft zusammenzuhalten (S.60). Die matrilineare Form der Verwandtschaftsrechnung ist für Zinser demzufolge eine der Möglichkeiten, Bindungen herzustellen (S.61). Nun würde kein Marxist behaupten, der Markt sei die letzte Deduktion** des modernen Wirtschaftssystems. Die Form des Austauschs setzt bestimmte Formen der Produktion voraus. Daß auch die verwandtschaftlichen Formen in der marktfreien Gesellschaft von der Produktionsweise geprägt werden, steht bei Zinser nicht zur Debatte. Gerade hier liegt der Ansatzpunkt für

* Anthropologie: Wissenschaft von der Entwicklung des Menschen; in Frankreich gleich Ethnologie

** Deduktion: Ableitung des Besonderen aus dem Allgemeinen

eine gesellschaftliche Definition der Frau. Verwandtschaftliche Bindungen entstehen aus Kooperationsbeziehungen. Ihre spezifisch matrilineare Form entwickelt sich aus der Kooperation der Frauen, die jedoch — und hier liegen die Schwierigkeiten der empirischen Forschung — in ein höchst ungleichzeitiges Verhältnis zueinander treten können. Die kriegerische Tätigkeit der Männer der Nayar, mit der sie aus umliegenden Stämmen das bäuerliche Mehrprodukt abpressen, macht eine Kooperation der Frauen zur Nebensache. Da die Männer jedoch zeitweise zusammenleben, bleiben die alten matrilinearen Haushaltsstrukturen bestehen.⁵

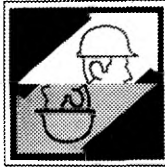
Der französische Anthropologe Maurice Godelier setzt in seiner Abhandlung über die Entstehung der männlichen Überlegenheit (*The Origins of Male Domination*)⁶ diese als allgemeingültige Konstante menschlicher Beziehungen voraus (S.11). Der Ort des Sündenfalls liegt, wie sollte man es anders vermuten, in grauer Vorzeit, als sich die Menschen von der Jagd und Sammeltätigkeit ernährten. Es ist die postulierte geringere Beweglichkeit der Mütter, die zur angeblichen Überlegenheit der Männer bei der Jagd führt. Infolge ihrer »produktiven« Rolle erhalten sie nach Godelier auch ein Übergewicht in der Organisation der »Reproduktion«. Das bedeutet, die von Männern dominierten Horden treten zueinander in Beziehung und tauschen ihre Frauen aus. Dieses Gebot der Außenheirat (Exogamie) begründet Godelier aus der Gefahr der Selbstausrottung, wenn sich die Horde nur auf die Gebärfähigkeit der zu ihr gehörenden Frauen stützt (S.13). Der Glaube an die Potenz des Mannes, mehrere Frauen gleichzeitig schwängern zu können, während die Frauen nur jeweils ein Kind austragen können, scheint bei der Überlegung Pate gestanden zu haben. Die Zahl der Kinder wächst durch eine solche Umverteilung sicher nicht. Aber es wächst etwas anderes — die Gesellschaft. Über Heiratsbeziehungen entstehen größere gesellschaftliche Einheiten — die Gesellschaft kann sich weiterentwickeln. Da dieser Prozeß bei Godelier von den jagenden Männern in Gang gesetzt und kontrolliert wird, nimmt der Status der Frauen in dem Maße ab, wie es zu einer Entwicklung gesellschaftlicher Beziehungen kommt (S.15). Das Fazit der Godelierschen Untersuchung: Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist zwangsläufig mit einer Unterdrückung der Frauen verbunden. Die Kultur der Menschen basiert auf der Herrschaft über die Natur der Frau. Was soll man daraus folgern? Zurück zum Tier, um die Frauen zu befreien?

Ich möchte es mir sparen, all die Beispiele aufzuzählen, die einen Austausch der Männer belegen. Es geht mir hier um das Frauenbild. Die Frau, »behindert durch die Schwangerschaft«, wird zum »verhandelten Wesen« miteinander im Austausch stehender Männerhorden. Der Grund für diese beklagenswerte Rolle ist ein einziges Organ: die Gebärmutter. Die Tatsache, daß die Menschen sich zu allen Zeiten, in der Steinzeit wie im Industriezeitalter, ernähren mußten, hat noch keinen Marxisten bewegt, den Menschen über den Magen zu definieren. Stattdessen ist es gerade die *Form* der Nahrungsmittelproduktion und ihre Veränderungen, die das Menschenbild prägen. Allein die Gebärmutter hat als einziges Körperteil eine seltene Berühmtheit erlangt. Daß sich die Bedingungen der Reproduktion ebenso wandeln wie die der Produktion, verliert sich nur allzu leicht aus dem Blickfeld. Die Mobilität der Ware Arbeitskraft, wie sie in unserer Gesellschaft erforderlich ist, wird zum allgemeinen Maßstab der Bewertung produktiver Tätigkeit auch in der Vergangenheit. Es liegt nahe, daß die Reproduktionsbedingungen unserer Gesellschaft Markierungen im Bewußtsein gesetzt haben, die nicht nur die Fragestellung, sondern auch die Herangehensweise und damit das Ergebnis bestimmen. Die Reproduktionsarbeit, die keinen Marktpreis erzielt, erscheint nicht als gesellschaftlicher Wert, ihre Trägerinnen nicht als gesellschaftlich Handelnde, sondern als Opfer ihrer Natur, die sie außerhalb der Gesell-

schaft verortet. Eine Matriarchatsforschung, ob im populären oder fachwissenschaftlichem Gewand, die diese Opfersituation begründet, schafft die moralische Erleichterung für die »Leidenden«, nimmt ihnen aber jeden Schlüssel aus der Hand, die Gegenwart selbst zu gestalten. Übrig bleibt die Rückbesinnung auf das »ewig Weibliche«, auf die gebärende Natur der Frau, während die Gegenwart der Kultur von den Männern dominiert wird.

Anmerkungen

- 1 So z.B. die soziologische Dissertation von I. Schumacher über die Rolle der Frau bei den nordamerikanischen Irokesen (Berlin 1972).
- 2 Bertha Eckstein-Dieners (Pseudonym: Sir Galahad) »Mütter und Amazonen«, die vielleicht älteste feministische Arbeit über das Matriarchat, hat wohl seit ihrem Erscheinen in den 20er Jahren mehrere Nachdrucke erfahren, in der ethnologischen sowie historischen Forschung wird sie jedoch nicht rezipiert. Das gleiche gilt für die Arbeit der Amerikanerin Elizabeth Gould Davis (Am Anfang war die Frau. Die neue Zivilisationsgeschichte aus weiblicher Sicht), die 1977 vom Münchner Verlag Frauenoffensive herausgebracht wurde. Vom gleichen Verlag kommt Josefine Schreiers »Göttinnen, ihr Einfluß von der Urzeit bis zur Gegenwart« (1978). Einer Quellenkritik halten diese von einem stark mythisch-religiösen Matriarchatsbegriff geprägten Arbeiten kaum Stand. Eine fundierte Auseinandersetzung wie sie für die amerikanische, feministische Literatur von der Althistorikerin Mary R. Lefkowitz in der Literarischen Beilage der *Times* vom 27. November 1981 vorgenommen wurde, steht für die deutschsprachigen Erscheinungen noch aus.
- 3 Vgl. etwa D.C. Richter, The Position of Women in Classical Athens, in: *Classical Journal* 67, 1971, S.1-8.
- 4 Nicole Claude Mathieu, in: *L'Homme* XIII, 3, 1973, S.101-113.
- 5 Meine Überlegungen über den Zusammenhang von Ökonomie und Verwandtschaft basieren auf den Untersuchungen des französischen Anthropologen E. Terray, Zur politischen Ökonomie der »primitiven« Gesellschaften, Frankfurt a.M. 1974.
- 6 *New Left Review* 127, 1981, S.3-17.



**MONETÄRE
RESTRIKTIONEN:
DIE INFLATIONS-
BEKÄMPFUNG**

**Alternative Wirtschaftspolitik 3:
Monetäre Restriktionen —
Die Inflationbekämpfung**

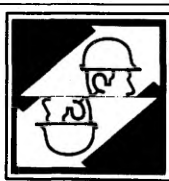
AS 68: ISBN 3-88619-013-7
180 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Mit erstaunlicher Schnelligkeit wechselte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von keynesianischer Vollbeschäftigungs- zu konservativer Stabilitätspolitik, und selbst die Gewerkschaften setzen einer Wirtschaftspolitik, die eine »natürliche« Arbeitslosigkeit von 1 Mio. akzeptiert, keinen entschiedenen Widerstand entgegen.

Der vorliegende Band kritisiert scharf diesen wirtschaftspolitischen Zielwechsel, da die wesentliche Inflationsursache nicht beseitigt, das Beschäftigungsproblem aber verschärft wird.

Im 2. Teil werden die politischen Grundlagen dieses Zielwandels beschrieben und die Auswirkungen dieses Schwenks auf das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften.

Teil 1 u. 2 erschienen als



**ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTS-
POLITIK
AS 35**

**Alternative Wirtschaftspolitik
Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussion**

(AS 35: ISBN 3-920037-71-5)
217 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Alternative Wirtschaftspolitik 2

Probleme der politischen und ökonomischen Durchsetzung

(AS 52: ISBN 3-920037-57-x)
182 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

**ARGUMENT-Verlag
Vertrieb: Tegeler Str. 6, D 1000 Berlin 65**

Ausschneiden und senden an
ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65
Bitte schicken Sie mir das ausführliche ARGUMENT-Verzeichnis
Abs. _____
spezielle Interessen _____

Dokumentation

Diskussionsbeitrag des SHB zu den »Herforder Thesen«. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

Beschluß der 22. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) — Auszug* —

Der sozialistische Hochschulbund (SHB) legt hiermit seinen Beitrag zur Diskussion um die *Herforder Thesen* vor. Dabei soll die Diskussion dazu dienen, die inhaltliche Auseinandersetzung um eine Programmatik der sozialdemokratischen Linken voranzutreiben und die marxistischen Kräfte in der SPD zu stärken, wie es der Aufgabe und Zielsetzung des SHB als Teil der fortschrittlichen Sozialdemokratie seiner aktiven Mitarbeit bei den Jusos, entspricht.

Der SHB begrüßt, daß mit den *Herforder Thesen* eine umfangreiche Grundlage zur Diskussion über die Arbeit von Marxisten geschaffen wurde. Die *Herforder Thesen* sind u.E. grundsätzlich positiv einzuschätzen, da mit ihnen der erste umfassende Versuch unternommen wurde, auf Grundlage der Theorien von Marx und Engels eine umfassende Plattform für die Arbeit von linken Sozialdemokraten zu entwickeln.

Weiterhin begrüßen wir es, daß die *Herforder Thesen* in ihrer wesentlich überarbeiteten, erweiterten zweiten Ausgabe einige der Schwachpunkte nicht mehr aufweisen, die der SHB in seinem Beschluß zu den *Herforder Thesen* auf seiner 19. o.BDV kritisiert hat. Dies gilt z.B. für die Neuaufnahme des Abschnitts zur Bildungspolitik. Ebenso hat die Analyse der Gewerkschaftsbewegung ihre Aufgabe und Rolle in den Klassenauseinandersetzungen in der BRD sowie ihr Verhältnis zur SPD ein stärkeres Gewicht erhalten; neuere Diskussionen und Ergebnisse der marxistischen Krisen- und Staatstheorie sind ebenso stärker berücksichtigt worden.

Dem gegenüber sehen wir jedoch noch deutliche Mängel, die es in der weiteren gemeinsamen Diskussion zu überwinden gilt. So kommt die Analyse des Klassegegners und seiner potentiellen Reaktion auf eine sozialistische Transformation der Gesellschaft in den *Herforder Thesen* noch wesentlich zu kurz, der Frage nach Macht in einer antimonopolistischen Demokratie sollte eine größere Bedeutung beigemessen werden. Auch die Analyse der SPD und der Möglichkeiten zu ihrer Veränderung weist noch Mängel auf. Ein weiterer Aspekt, der bei einer erneuten Überarbeitung stärker gewichtet werden sollte, ist die zunehmende Bedeutung der außerparlamentarischen Massenkämpfe und der damit zusammenhängenden Bündnispolitik. Der Kampf für Frieden und Abrüstung sollte ebenfalls noch deutlicher und ausführlicher Berücksichtigung finden.

Eine weiterhin wünschenswerte Verbesserung sehen wir in der Wahl einer eindeutigen Terminologie in den *Herforder Thesen* und in einer Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten. Wir sehen die Gefahr, daß die in einzelnen Abschnitten verwendeten Begriffe (z.B. des »demokratischen Weges«, des »Pluralismus« oder auch der »Hegemonie«) mehrere Interpretationen erlauben und somit die Thesen an Schärfe verlieren. Dadurch wird die Diskussion der Thesen erschwert.

Die Bedeutung der *Herforder Thesen* und ihre Perspektive hängen jedoch nicht nur von einer umfassend zu führenden Diskussion innerhalb der Linken ab. Ebenso wichtig für den theoretischen und strategischen Wert der *Herforder Thesen* ist die Frage, inwieweit die Thesen in der praktischen politischen Arbeit der Juso-Linken und überhaupt aller Genossen, die sich der sozialdemokratischen Linken zurechnen, wirklich Anwendung finden. Der Beitrag des SHB soll deshalb nicht nur die Diskussion bereichern, sondern über die weitere Diskussion in den einzelnen SHB-Gruppen auch in der alltäglichen politischen Praxis unserer Genossinnen und Genossen Folgen haben.

* Der ungekürzte Beschluß ist erhältlich bei: Sozialistischer Hochschulbund, Bundesvorstand, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn 1

In unserer Kritik an den *Herforder Thesen* in der Form dieses Beitrages müssen wir uns Schwerpunkte setzen und uns auf die uns wesentlich erscheinenden Aspekte beschränken. Als wesentlich haben sich nach längerer Diskussion auf verschiedenen SHB-Seminaren die folgenden Problembereiche herauskristallisiert:

1. Die allgemeine Charakterisierung der augenblicklichen Situation des Kapitalismus
2. Der »demokratische Weg« zum Sozialismus und die Problematik der Transformation
3. Der Begriff »Reformismus« und die Einschätzung der Sozialdemokratie
4. Das sozialdemokratische Programm der gesellschaftlichen Alternative

Die allgemeine Charakterisierung der augenblicklichen Situation des Kapitalismus

Bei der Darstellung der Triebkräfte der Krise, der »nationalen Monopole und der multinationalen Monopolunternehmen« (These 6) werden wichtige Grundlagen des marxistischen Monopolbegriffs im Unterschied zum bürgerlichen Monopolbegriff genannt.

»Diese monopolistischen Unternehmen sind in der Lage, sich den Verwertungsbedingungen der 'freien Konkurrenz' aufgrund ihrer strukturell größeren wirtschaftlichen und außerökonomischen Macht in bestimmten Bereichen dauerhaft zu entziehen.« (S.19) »Ständige Extraprofite« sichern langfristig und kontinuierlich Akkumulationsvorteile des Monopols gegenüber dem nichtmonopolistischen Kapital. Hieraus wird deutlich, daß charakteristisch für das Monopol seine Fähigkeit der kontinuierlichen Produktion von Extraprofiten ist, und nicht etwa seine Stellung als alleiniger Anbieter am Markt, wie dies die bürgerliche Ökonomie zu konstruieren sucht. Es wird deutlich, daß die Hauptauseinandersetzungslinie in allen gesellschaftlichen Bereichen immer schärfer zwischen den Monopolunternehmen auf der einen und allen gesellschaftlichen Kräften auf der anderen Seite verläuft.

Das Verhältnis zwischen Monopolen und Staat wird in den *Herforder Thesen* zutreffend beschrieben als »einer intensiven, gleichwohl aber nicht widerspruchsfreien Verflechtung von Staat und privaten Monopolen, wobei sich die ökonomischen Grenzen des Kapitalismus jetzt unter ständiger, direkter und indirekter Einflußnahme des Staates verwirklichen« (S.23). Es wird hervorgehoben, daß die grundlegenden Bewegungsgesetze des Kapitalismus — wenn auch stark modifiziert — weiterbestehen, und daß die steigende Staatsintervention an der grundlegenden Krisentendenz des Kapitalismus nichts ändern kann. Dem bürgerlichen Argument, die SMK-Theorie propagiere eine simple »Verschmelzungstheorie« aus Staat und Monopolen, wird durch den Hinweis auf die Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der Beziehungen zwischen Staat und Monopolen entgegengearbeitet. Es wird jedoch nicht genügend nach den unterschiedlichen Interessen von verschiedenen Monopolen/Monopolgruppierungen gefragt, die zu Widersprüchen zwischen dem Staat und einzelnen Monopolen/Monopolgruppierungen führen können. Diese Widersprüche sind keine Systemwidersprüche, sondern Ausdruck der unterschiedlichen Interessen einzelner Monopole/Monopolgruppierungen.

Es wird zwar in These 11 (S.28) gesagt, daß »ein Teil des Kapitals (...) zunehmend auf eine uningeschränkte ökonomische und politische Aggression (setzt)«, während »die liberalen, bürgerlichen Kräfte und insbesondere die sozialdemokratischen Regierungen stattdessen versuchen, die Zustimmung der arbeitenden Bevölkerung zum bestehenden System durch Reformen zu erhalten, wobei die tiefgreifende Krise ihren Spielraum aber immer mehr einengt«. Welche unterschiedlichen Profitstrategien diesen unterschiedlichen politischen Interessen unterschiedlicher Monopole/Monopolgruppierungen aber zugrundeliegen, wie deren Herausbildung verknüpft ist mit der Konkurrenz verschiedener Monopole/Monopolgruppierungen und wie sich diese widersprüchlichen Interessen im staatlichen Handeln niederschlagen, bleibt weitgehend unklar. Hier ist eine Ergänzung um so notwendiger, als von der genauen Beantwortung dieser Frage unsere Einschätzung unterschiedlicher Kapitalgruppen bezüglich ihrer Haltung z.B. zur Entspannungspolitik, zum Antikommunismus, zu den sozialistischen Staaten oder zur Stationierung von US-Atomraketen in der BRD abhängt. Hier brauchen Marxisten in der SPD noch genauere Analysen.

Unter dieser Perspektive erhält die in These 7 angesprochene Frage der Sicherung des kapitalistischen Systems durch den Staat noch höheren Stellenwert. Die zentrale Aussage lautet: »Während

sich der Staat früher weitgehend auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse stützte, sind es heute vor allem ideologische Mechanismen, die die Vorherrschaft des Kapitals sichern, ohne daß auf die verschiedensten verdeckten bzw. strukturellen Unterdrückungsmaßnahmen allerdings verzichtet würde.« Bei dieser Formulierung vermissen wir eine differenzierte Aufarbeitung der Repressions-/Integrationsproblematik bei der Herrschaftssicherung. Es entsteht der Eindruck, daß der heutige Staat auf Repressionsmaßnahmen weitgehend verzichtet bzw. diese nur verdeckt einsetzt. Zwar ist es richtig, daß ideologische Integrationsmechanismen eine gewachsene Rolle spielen, sozialstaatliche Mechanismen haben sich aber gerade in Phasen relativer wirtschaftlicher Prosperität als ebenso wichtig erwiesen.

Repressive Maßnahmen spielen nicht nur »strukturell« oder verdeckt eine Rolle, sondern werden gerade in Krisenzeiten, in Zeiten verschärfter Klassenkämpfe auch eingesetzt.

Umfangreiche Verstärkungen des Repressionsapparates in der BRD deuten in diese Richtung; man denke nur an die bürgerkriegsmäßige Aufrüstung der Polizei, an die Bereitstellung der inneren Polizeitruppe Bundesgrenzschutz und die Bundeswehrmanöver mit dem Gegner »streikende Arbeiter«, an umfangreiche ausgelagerte Sonderbereiche wie BKA, Verfassungsschutz. Das Kapital setzt zur Herrschaftssicherung, zur Sicherung der Bedingungen der Ausbeutung, prinzipiell jedes Mittel ein. Welche Mittel konkret eingesetzt werden, ist eine Frage der Schärfe der Klassenkämpfe, der Stärke der demokratischen Bewegung und der ökonomischen Spielräume des Kapitals. Gerade unter Bedingungen verschärfter Krise sind dieser Zusammenhang und die daraus zu ziehenden strategischen Schlußfolgerungen von hoher Bedeutung für die Arbeiter- und die gesamte demokratische Bewegung.

Bis auf die zuletzt genannten Aspekte der Herrschaftssicherung erscheint uns der Analyseteil der *Herforder Thesen* überwiegend als eine gute Basis für die weitere Diskussion. Wir müssen jedoch auch kritisch feststellen, daß zwischen Analyse und Strategie, auf die wir im folgenden eingehen werden, Brüche vorhanden sind.

Der »demokratische Weg« zum Sozialismus und die Problematik der Transformation

Das »Neue« der Strategie des »demokratischen Weges« zum Sozialismus

In unserer Einleitung haben wir hervorgehoben, daß es wünschenswert sei, die Terminologie in den *Herforder Thesen* vereinheitlicht und eindeutiger zu wählen. Dies ist auch der Fall — um ein Beispiel zu nennen — bei dem Begriff des »demokratischen Weges«. Wir können verstehen und halten es auch für wichtig, daß die Linke in der BRD für sich Begriffe positiv besetzt. Bei der gewählten Formulierung sehen wir jedoch die Gefahr, daß die Frage gestellt wird, was denn ein »undemokratischer Weg« sein könnte. Diese Gegenfrage würde ihre Substanz verlieren, wenn man in den *Herforder Thesen* deutlicher geschrieben hätte, warum man den Begriff des demokratischen Weges gewählt hat und nicht den traditionellen Begriff der »Revolution« verwendet. Um eine mißbräuchliche Interpretation in die eine wie in die andere Richtung zu verhindern, sollten ergänzende Erläuterungen das Problem beseitigen.

Die *Herforder Thesen* bemühen sich um die Beschreibung eines gangbaren Weges der sozialistischen Transformation der BRD, dies ist angesichts der aktuellen Politik und der Situation der SPD nicht hoch genug einzuschätzen. Die von Friedrich Engels formulierten (Zitat S.29) Möglichkeiten der sozialistischen Transformation unter den Bedingungen fortgeschrittener kapitalistischer Länder und eines noch gering entwickelten staatlichen Repressionsapparates (damals Holland, USA) werden entsprechend den gegenwärtigen Rahmenbedingungen analysiert. Es ist zutreffend, daß durch die Verallgemeinerung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, die Existenz der sozialistischen Staaten und den erfolgreichen antiimperialistischen Befreiungskampfes der Völker der »Dritten Welt« sich auch in der BRD die Chancen für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus erhöhen. Allerdings wird in den *Herforder Thesen* dem gleichzeitig im Ausbau begriffenen Staatsapparat und dessen Gewaltmitteln nur unzureichend Rechnung getragen. Eine genaue Analyse des Problems ist aber unbedingt notwendig, um die Frage des Übergangs zum Sozialismus adäquat diskutieren zu können. Für die weitere Diskussion über die *Herforder Thesen* geben wir

die Ausführungen von Wolfgang Abendroth zu diesem Problem zu bedenken: »Es liegt nicht in der Willkür der Arbeiterklasse, der Marxisten und der Sozialisten, ob der Weg zum Sozialismus friedlich beschritten werden kann oder nicht. Darüber, ob er friedlich beschritten werden kann, entscheidet die Gegenklasse und ihre Möglichkeit des Handelns, die wir höchstens durch unsere Stärke und Strategie zwingen können, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu respektieren.« (Wolfgang Abendroth, in: Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke, spw-Sonderheft SH 3, Westberlin 1981, S.41f.)

Auf die Möglichkeiten des Einsatzes der repressiven Instrumentarien des Staates gegen demokratische Bewegungen beim Übergang zum Sozialismus wird in den *Herforder Thesen* kaum eingegangen. Die Reaktion der Bourgeoisie bei realen Transformationsschritten und während der Phase des Aufbaus des Sozialismus wird kaum problematisiert, da die Verfasser — so scheint es — davon ausgehen, daß eine Gewaltanwendung der herrschenden Klasse durch den auf Friedlichkeit angelegten Weg verhindert wird. Auch hier sollte nochmals diskutiert werden, was Wolfgang Abendroth in der Diskussion über die *Herforder Thesen* formulierte: »Das Problem der Gewalt existiert, solange es den Staat gibt. Es bleibt auch bestehen, wenn wir eine parlamentarische Demokratie mit rechtsstaatlicher Basis unter die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Interessen stellen.« (S.2)

Grundlegende demokratische Transformation des Staates

In den *Herforder Thesen* wird der Staat als Instrument der dominierenden Kapitalinteressen gesehen, also sein Klassencharakter herausgearbeitet. Auch die Erlangung der politischen Macht durch die Arbeiterbewegung erfährt die entsprechende Gewichtung innerhalb der sozialistischen Strategie: »Bildet die Demokratisierung der Wirtschaft die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung, so liefert ihr die Erringung der politischen Macht dazu das entscheidende Instrument.« (S.39) In diesem Zusammenhang ist die Feststellung in den *Herforder Thesen* wichtig, daß die Arbeiterbewegung nicht erwarten kann, »den kapitalistischen Staat so, wie sie ihn vorfindet, als Instrument der sozialen Emanzipation einsetzen (zu) können.« Eine bruchlose Übernahme des Staates ist also nicht möglich und sollte deshalb auch dementsprechend deutlich bei der konkreten Darlegung der Transformationsschritte — mehr als bisher — berücksichtigt werden. Zu begrüßen ist aber auf jeden Fall die gemachte Aussage, da mit ihr eine deutliche Absage an illusionäre reformistische Vorstellungen vom Staat verbunden ist.

Ebenso richtig und begrüßenswert sind die Feststellungen zu den demokratischen Grundrechten in den *Herforder Thesen* und die damit verbundene Anerkennung der Pluralität beim Übergang zum Sozialismus. In der weiteren Diskussion sollte u.E. intensiver auf das Verhältnis von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie eingegangen werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob für die Kennzeichnung des Übergangs zum Sozialismus nicht der Begriff der »antimonopolistischen Demokratie« besser geeignet ist. Für ungeeignet halten wir in diesem Zusammenhang den Begriff »Pluralismus«, weil er in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit von Seiten der Herrschenden eindeutig bürgerlich und antimarxistisch geprägt ist. Der Begriff sollte somit zur Charakterisierung der notwendigen Pluralität und Bündnispolitik im Übergang zum Sozialismus nicht benutzt werden.

Der Begriff »Reformismus« und die Einschätzung der Sozialdemokratie

Eine zentrale Frage in der Analyse der heutigen Sozialdemokratie ist die richtige Bestimmung dessen, was allgemein von Marxisten als »Reformismus« bezeichnet wird. Nicht zuletzt hiervon hängt ab, welche Strategie die marxistischen Kräfte im »Kampf um konsequent sozialistische Positionen in der Bundesrepublik« (S.101) und in der SPD einzuschlagen haben.

Unklar bleibt so in den *Herforder Thesen* die Abrenzung des Begriffs »Reformismus« gegenüber einer bürgerlich-sozialintegrativen Politik sowie die Bestimmung vor allem der Klasseninteressen, die hinter einer bürgerlich-sozialintegrativen Politik einerseits und dem Reformismus andererseits stehen. Unbestimmt bleibt somit auch die Analyse der Strömungen innerhalb der SPD und ihrer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie. Eine Analyse des Reformismus muß ausgehen vom ambivalenten Charakter jeder Reform im Kapitalismus. Auf der einen Seite

werden Reformen von den bürgerlichen Kräften selbst angestrebt, um das kapitalistische System den Bedingungen des Fortschritts der Produktivkräfte anzupassen. Sie dienen aber gleichzeitig der Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische System, sie soll von einem konsequenten Interessenkampf abgehalten werden. Andererseits wird die bürgerliche Klasse durch den Kampf der Arbeiter um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu Zugeständnissen gezwungen. Somit sind die Reformen immer Ausdruck des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft.

Die reformistische Position begreift die angestrebten Reformen als Mittel der Interessenvertretung zum Zweck der allmählichen Überwindung des Kapitalismus, beschränkt sich dabei allerdings auf bürgerlich-parlamentarische Instrumentarien. Sie negiert das Ziel der politischen Machtergreifung der Arbeiterklasse. Der Reformismus zerreißt damit das dialektische Verhältnis von Reform und Revolution, oder, wie es in den *Herforder Thesen* heißt: »Reformistische Politik zielt auf die Vertretung elementarer Interessen der Arbeiterklasse (...) beschränkt diese Interessenvertretung jedoch objektiv auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.« (S.47) An diesem Punkt fehlt in den *Herforder Thesen* jedoch die Differenzierung zwischen Reformismus und Integrationismus, weil sich für die integrationistische Position die Aufgabe genau andersherum stellt: Ziel dieser Politik ist die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, nicht seine Überwindung. Der Integrationismus ordnet Arbeiterinteressen diesem Ziel unter, das reibungslose Funktionieren der kapitalistischen Profitproduktion gilt dieser Position als Voraussetzung zur vermeintlichen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung.

Die beiden Richtungen, denen objektive Interessen zugrundeliegen, spiegeln den Klassenantagonismus der Gesellschaft somit in der SPD wider. Dies wird in den *Herforder Thesen* auch angedeutet: »Für die bundesdeutsche Sozialdemokratie lag bislang die Scheidelinie für die Parteiflügel bei der Alternative 'Verbesserung' des Kapitalismus und Integration der Arbeitnehmer in dieses System oder Veränderung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen, die weitgehend in Auseinandersetzungen um Größe und Schnelligkeit von Reformschritten zum Ausdruck kam.« (S.49) Die Vermittlung der Analyse dieser beiden Haupttendenzen mit einer Analyse der diesen zugrundeliegenden Klasseninteressen gelingt den *Herforder Thesen* jedoch nicht. Der undifferenzierte Gebrauch des Begriffs »Reformismus« für beide Flügel gleichermaßen erschwert eine solche Vermittlung zusätzlich. Die objektiven Ursachen für die Breite reformistischer und integrationistischer Strömungen in der SPD werden demgegenüber in den *Herforder Thesen* richtig benannt: die zeitweise vorhandene Möglichkeit, »unmittelbare Interessen der Lohnabhängigen in nennenswertem Umfang innerhalb des Kapitalismus, im Rahmen des bürgerlichen Staates zu entwickeln und durchsetzen zu können« (S.47) Hier fehlt allerdings der Hinweis auf die Wandlung des Kapitalismus zum Imperialismus und die damit gegebenen neuen Möglichkeiten), die »Bedingungen des parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Staates, die zu Illusionen über den Klassencharakter des Staates führen bzw. diese bestärken können« (ebd., hinzuzufügen wäre hier der Funktionswandel des Staates, der ja im SMK tatsächlich zunehmend in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß aktiv eingreift und dadurch auch neue Möglichkeiten erhält, die »Sozialstaatsillusionen« aufrechtzuerhalten). In Verbindung mit der »ideologischen Dominanz« der Herrschenden tragen diese Faktoren dazu bei, die Entwicklung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterschaft zu behindern (S.45f.) Vernachlässigt wird in den *Herforder Thesen* jedoch die aktive Rolle, die Teile der SPD selbst in diesem Prozeß der Desorientierung der Arbeiterklasse spielen. Dies zeigt sich besonders in der Darstellung der historischen Entwicklung seit 1945. »Die Interessen der Siegermächte bestimmten den engen politischen Handlungsspielraum der Arbeiterparteien, den sie — geschwächt durch den Faschismus — auch nicht wesentlich erweitern konnten« lautet das Erklärungsmuster der *Herforder Thesen* für die Niederlage der Arbeiterbewegung in Westdeutschland nach dem Krieg (S.78) Dies reicht aber keineswegs aus, um zu verstehen, daß große Teile der SPD die Restauration des Kapitalismus in der BRD hinnahmen, die wiederhergestellten kapitalistischen Verhältnisse mit verwalteten und sich ihnen schließlich fast völlig anpaßten. Es fehlt in den *Herforder Thesen* die Analyse der ideologischen und praktisch-politischen Tätigkeit der SPD, insbesondere ihres vorherrschenden rechten Flügels in der Zeit nach 1945, der auf dem Boden des Kalten Krieges und des damit einhergehenden Antikommunismus sich in der Partei durchsetzen konnte. Der glei-

che Mangel taucht wieder auf bei der Analyse der aktuellen innerparteilichen Situation (47./48. These). Zwar ist es richtig, daß von den in der Sozialdemokratie und den von ihr dominierten Gewerkschaften organisierten Teilen der Arbeiterschaft »in der weiteren Perspektive ... eher die Entwicklung klassenbewußter Positionen zu erwarten (ist), als von den nicht organisierten Teilen« (S.97); Voraussetzung dazu ist aber, daß sie sich vom Einfluß der rechten Sozialdemokratie lösen können und daß es den fortschrittlichen Kräften gelingt, eine klare ideologische Abgrenzung zu prokapitalistischen Positionen zu vollziehen. Zwar ist es richtig, daß die sozialintegrative Politik ihre objektiven Grenzen da hat, wo keine materiellen Zugeständnisse mehr möglich sind (S.98), die desorientierende Wirkung dieser Politik ist aber auch dann nicht zu unterschätzen. Die von der Rechtssozialdemokratie betriebene Entpolitisierung ihrer Anhängerschaft hat dazu geführt, daß viele Lohnabhängige der Krise hilflos gegenüberstehen.

Die Aufgabe von Marxisten in der SPD

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der SPD ist jedoch die Verankerung der fortschrittlichen Kräfte in den außerparlamentarischen Bewegungen und v.a. in den Gewerkschaften. Die Einschätzung der Rolle des außerparlamentarischen Kampfes kommt in den *Herforder Thesen* zu kurz. Der Zusammenhang zwischen außerparlamentarischem und innerparteilichem Kampf wird in seiner Dialektik nicht richtig erfaßt. So heißt es zwar: »Die Veränderungsprozesse in der SPD sind nicht unabhängig von der Entwicklung in den Gewerkschaften und der Stärke von demokratischen Basisbewegungen. Andererseits wird sich die SPD durch Druck von außen allein nicht in eine antikapitalistische Richtung entwickeln« (S.100), doch bleibt die Gewichtung von innerparteilichem zu außerparlamentarischem Kampf unklar. Das Ausmaß der Verankerung in der eigenen sozialen Basis, die aktive Teilnahme an den Kämpfen der außerparlamentarischen Bewegung und der Gewerkschaften ist letztlich entscheidend für die Veränderung innerparteilicher und gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. »Jeder wirklich große Klassenkampf muß auf der Unterstützung und Mitwirkung der breitesten Massen beruhen, und seine Strategie des Klassenkampfes, die nicht mit dieser Mitwirkung rechnete, die bloß auf die hübsch ausgeführten Märsche des kasernierten Teils des Proletariats zugeschnitten wäre, ist im Voraus zum kläglichen Fiasko verurteilt.« (Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Werke 2, S.143). Der Schwerpunkt der Arbeit klassenbewußter Kräfte innerhalb der SPD muß daher in den außerparlamentarischen Kämpfen liegen. Nur, wenn sie mit diesen Kämpfen verbunden werden, können auch programmatische Alternativen, wie sie in Teil VI der *Herforder Thesen* entwickelt werden, ihre Bedeutung erlangen. Diese Verbindung nicht oder nur unzureichend aufgezeigt zu haben, ist eine Schwäche der *Herforder Thesen*.

Ein weiterer Schwachpunkt in der Aufgabenbestimmung von Marxisten in der SPD ist die nur mangelhafte Behandlung der Fragen der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten und der Bekämpfung des Antikommunismus. In den *Herforder Thesen* werden die Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und die Bedeutung der Spaltung der Arbeiterbewegung für ihre Schwäche im Kampf für grundlegende Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse nach 1945 dargestellt. Die nach dem Sieg über den Faschismus in der Arbeiterbewegung breit verankerte Überzeugung, daß der Bruderkampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten beendet werden müsse, wird erwähnt. Die Konsequenz aus diesen historischen Erfahrungen, die Lehre aus den Fehlern der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus, wie sie im Prager Manifest von 1934 und im Buchenwalder Manifest von 1945 zum Ausdruck kommt, wird in den *Herforder Thesen* jedoch nicht explizit gezogen. Zwar betonen die *Herforder Thesen* in ihrer historischen Analyse mehrfach die notwendige Einheit der Arbeiterklasse, bleiben aber in ihren Aussagen für die gegenwärtige Situation in der BRD unkonkret. Hier sollte u.E. mehr auf die gegenwärtigen Bedingungen und Möglichkeiten der marxistischen Kräfte eingegangen werden. Zudem wird die Bedeutung des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung in den *Herforder Thesen* unzureichend analysiert. Die Darstellung reduziert sich allein auf den Aspekt der Wahlprozente. Demgegenüber wäre die Frage der realen politischen Bedeutung der Kommunisten in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu untersuchen und in die Entwicklung einer Strategie

von Marxisten in der SPD einzubeziehen. Die in der DKP organisierten marxistischen Kräfte sind ein wichtiger Bestandteil der gesamten fortschrittlichen Bewegung in der BRD. Das gemeinsame Vorgehen, die Stärkung aller Abteilungen der Linkskräfte ist eine entscheidende Voraussetzung für fortschrittliche Veränderungen in der BRD. Die Stärke der außerparlamentarischen Bewegung ist deshalb auch für die Veränderungen innerhalb der SPD von großer Bedeutung.

Die organisatorische Perspektive der SPD-Linken

Die *Herforder Thesen* gehen fälschlicherweise davon aus, daß der SPD im Kampf für Demokratie und Sozialismus eine entscheidende Rolle zukommt. Nicht der SPD kommt eine entscheidende Bedeutung zu, sondern der sozialdemokratischen Bewegung, die mehr umfaßt als die Partei. Die Mehrheit der Arbeiterklasse in der BRD ist auf die Sozialdemokratie orientiert, deren parteilicher Ausdruck die SPD ist. Neben der unabdingbaren außerparlamentarischen Arbeit ist daher die Arbeit von Marxisten in der SPD von großer Bedeutung. Marxisten in der SPD stellen sich »bewußt in die Tradition klassenbewußter Kräfte in der Sozialdemokratie, in die Tradition des Kampfes um die Klassenorientierung sozialdemokratischer Politik.« (S.91) Die *Herforder Thesen* betonen dabei, daß »eine ebenso selbstkritische wie selbstbewußte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ... eine wesentliche Voraussetzung dafür (ist), auch unter schwierigen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen die konkreten Kampfaufgaben richtig zu bestimmen.« (ebd.) Leider wird genau dieser Anspruch in den *Herforder Thesen* nicht erfüllt. In der historischen Analyse der Entwicklung der SPD nach 1945 wird die Rolle der klassenbewußten Kräfte kaum erwähnt. Hier mußte eine kritische Aufarbeitung, insbesondere der Fehler von Marxisten geleistet und für die Zukunft nutzbar gemacht werden. Die *Herforder Thesen* stellen eine polarisierende Entwicklung in der SPD fest, in deren Verlauf reformistische Vorstellungen anfangen, gegenüber den prokapitalistischen Positionen des rechten Parteiflügels eine antikapitalistische Stoßrichtung zu entwickeln. Die bisherige lockere Zusammenfassung derjenigen Kräfte, die sich selbst als links verstanden, im sog. »Frankfurter Kreis«, ist faktisch auseinandergebrochen. Seine Konzeption, auf stärkere Berücksichtigung von »Arbeitnehmerinteressen« gegenüber der Parteiführung zu drängen, mußte scheitern an der Politik des staatsmonopolistischen Krisenmanagements zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Während ein Teil dieser Kräfte sich anpaßte, zu integrationalistischen Positionen übergang, ein anderer Teil resignierte, entwickelte aber auch ein Teil eine antikapitalistische Ausrichtung. Diese reformistische Strömung existiert z.Zt. jedoch noch ohne wirksame organisatorische Form. Hier bestimmen die *Herforder Thesen* einen zentralen Ansatzpunkt für Marxisten in der SPD: »Die Herausbildung eines breiten linken Parteiflügels, in dem reformistische und marxistische Vorstellungen gleichermaßen ihren Platz haben.« (S.100) Die Schaffung einer »Vereinigten Linken«, in der Marxisten gemeinsam mit Reformisten, ungeachtet einer nicht in allen Grundsatzfragen bestehenden Übereinstimmung, den Kampf um konkrete Forderungen und Projekte entwickeln, ist zweifellos von großer Bedeutung für die Durchsetzung fortschrittlicher Positionen in der SPD. Ungeklärt bleiben in den *Herforder Thesen* jedoch die spezifische Rolle und die konkreten Aufgaben der Marxisten in einem derartigen breiten linken Parteiflügel. Wenn heute die marxistische Linke in der SPD auch noch sehr schwach ist, so muß doch mittelfristig die Perspektive darin liegen, einen Kristallisationspunkt konsequenter innerparteilicher Opposition zu bilden. In diesem Sinne muß eine Strategie zur Stärkung marxistischer Positionen entwickelt werden.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Stärkung der marxistischen Strömung ist ihre über die Herstellung eines politischen Diskussionszusammenhangs ... Marxisten in der SPD müssen, um überzeugen zu können, und damit stärker zu werden, nicht nur die »bessere« Theorie anbieten können, sondern vor allem die »bessere« Praxis entwickeln, d.h. es müssen konkrete Konzeptionen aktionsorientierter marxistischer Politik erarbeitet werden. Nur durch die stärkere Vereinheitlichung der Arbeit klassenbewußter Kräfte in der Sozialdemokratie kann Handlungsfähigkeit erreicht werden, was eine Voraussetzung für unsere Erfolge ist. Marxisten müssen eine Scharnierfunktion erfüllen und die linksoppositionellen Strömungen in der Partei verbinden mit den außerparlamentarischen Kämpfen der demokratischen Bewegung. Innerparteiliche Differenzierungen sind stets abhängig vom Stand der gesamtgesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen. Aufgabe von Mar-

xisten ist es, an den Widersprüchen zwischen der prokapitalistischen Politik der Parteirechten und den objektiven Interessen der Massenbasis der SPD anzusetzen und klassenbewußte Orientierungen zu entwickeln. Die reformistischen Kräfte müssen hiermit konfrontiert werden, damit sie ihren eigenen politischen Anspruch mit der Praxis vergleichen und so ihre Widerstandskraft gegenüber Einbindung und Repression von Rechts gestärkt wird und ihnen zugleich die Unzulänglichkeit reformistisch-sozialistischer Strategien deutlich wird.

Als Perspektive für Marxisten in der SPD wird in den *Herforder Thesen* die »schwierige und möglicherweise langwierige, aber richtig bestimmte und aufgrund der zu erwartenden Entwicklung prinzipiell lösbare Kampfaufgabe« bestimmt, »die SPD zu einer Kraft zu machen, die mehrheitlich die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische verändern will!« (S.101) Die dieser Formulierung zugrundeliegende Annahme bezüglich der prinzipiellen Veränderbarkeit der SPD wird von uns so nicht gesehen. Wie die *Herforder Thesen* richtig feststellen, ist es zur Zeit nicht zu beantworten, ob es bei einer solchen Entwicklung z.B. zu einer Spaltung der Partei kommen wird, die bisher immer vom rechten Parteiflügel verursacht worden ist. Sicher ist, daß die fest mit dem staatsmonopolistischen System verbundene Parteirechte auf jedes Vordringen mit den schärfsten Mitteln reagieren wird. Hierüber dürfen wir uns als Marxisten keine Illusionen machen!

Für ein sozialdemokratisches Programm der gesellschaftlichen Alternativen

Die Aufgliederung dieser Bereiche zeigt, daß es den Verfassern um eine umfassende Darlegung möglicher Alternativen für alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche ging. Diese ist durchweg als positiv einzuschätzen, erfuhr die 2. Fassung damit doch eine wesentliche Erweiterung sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur, macht es doch deutlich, welche inhaltlichen Vorstellungen schon heute in der sozialdemokratischen Linken vorhanden sind. Dieses ist gerade angesichts der rechtssozialdemokratischen Regierungspolitik, ihrer verheerenden Auswirkungen auf den un- und mittelbaren Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung und übriger Kreise, von besonderer Aktualität und politischer Relevanz, um zur Mobilisierung und Vertretung ureigenster Interessen zu gelangen. Unter dem Deckmantel von »Sachzwängen« predigt die Bundesregierung und SPD Parteiführung letztlich Denk- und Handlungsverbote für fortschrittliche, dem monopol-orientierten Kurs der Regierung entgegenstehende Alternativen. Es gab und gibt inner- und außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung derartige Alternativen, die für die sozialdemokratische Linke mit diesem Teil der *Herforder Thesen* in ein geschlossenes Programm gegossen wurden.

Für die derzeitigen Auseinandersetzungen in der Partei SPD ist dieses Programm ein guter Ansatz, um der Programmlosigkeit der Partei zu begegnen.

Dieses Programm stellt zugleich eine Konkretisierung für die in den ersten Teilen 'allgemeiner' formulierten (theoretischen) Grundlagen, sie bilden den Ausgangspunkt für eine fortschrittliche Praxis.

Eine logische Schlußfolgerung dieses Programmes wäre es, wenn es Niederschlag in ein verbindliches und fortzuschreibendes Arbeits-, Aktionsprogramm marxistischer Sozialdemokraten fände (vgl. hierzu das Karl-Marx-Zitat) und mit einer entsprechenden Schwerpunktsetzung verbunden würde. Dieses hätte einen guten Ansatz für die Formierung und Zusammenfassung, Förderung des Zusammenhaltes von fortschrittlichen Kräften in der Sozialdemokratie.

Den Untertitel der *Herforder Thesen* »zur Arbeit von Marxisten ...« würde so mehr Gewicht erhalten, um zu einer Verbesserung innerparteilicher Vorstellungen und Positionen und zu einem integralen Bestandteil in den Auseinandersetzungen der außerparlamentarischen Bewegung zu werden. Hier vorhandene Defizite durch eine entsprechende Praxis abzubauen, ist dabei der Hebel wo sich die *Eigenständigkeit* marxistischer sozialdemokratischer Politik beweisen würde. Zahlreichen Kräften inner- und außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung würden die *Herforder Thesen* -'Anreiz' und konkrete Aufgabe für die verstärkte Herstellung und Festigung gemeinsamen Handelns zum Wohle und auf den Grundlagen der Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung sein.

Besprechungen

J. Bischoff/K. Maldaner (Hrsg.), Kulturindustrie und Ideologie. Teil I: Arbeiterkultur. Theorie des Überbaus. Freizeit. Sport. VSA-Verlag, Hamburg 1980 (302 S., br. 14,80 DM)

Die Herausgeber gehören zu einem größeren Autorenkollektiv aus den Sozialistischen Studiengruppen (SOST), das vor dem Hintergrund hegemonietheoretisch orientierter Strategiedebatten in der westdeutschen Linken eine Positionsbestimmung zur Kultur-, Ideologie- und Bewußtseinsproblematik vornehmen will. Im Unterschied zur aktuellen Diskussion um einen weiten Kulturbegriff, der Arbeits- und Lebensweise vom Aspekt der Selbstverwirklichung, Sinnbestimmung und Genußentfaltung faßt, konzentrieren sich die Autoren auf das spezifische Verhältnis von Arbeits- und Nichtarbeitsphäre. Es kommt ihnen vor allem darauf an, das übergreifende Alltagsbewußtsein und seine ideologischen Ausprägungen systematisch aus den Bedingungen des materiellen Lebensprozesses zu entwickeln. Deshalb soll eine historische Skizze belegen, daß »nur die Kenntnisnahme der faktischen sozialen Entwicklung der Klassen es ermöglicht, den Zusammenhang von Kultur und Ideologie in der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen«. Die Kapitel »Arbeiterkultur in Deutschland bis 1933« und die »Überbauten in der Bundesrepublik« werden jedoch eher illustrierend auf nur 21 Seiten abgehandelt.

Die vorliegende Arbeit liefert keine empirische Fundierung der theoretischen »Annäherung« an die Überbauproblematik, die vielmehr in der Auseinandersetzung mit anderen Theoretikern gewonnen wird. Kursorisch werden kritisiert:

- die als elitär abgestempelten Manipulationsthesen der Frankfurter Schule um Adorno und Horkheimer, die von der allseitigen kulturindustriellen Konditionierung der Individuen ausgehen;
- die bei Gramsci nicht geleistete Erklärung der widersprüchlichen Momente des Alltagsverständnisses aus den ökonomischen Formbestimmungen;
- die von Althusser vernachlässigten sozialen Vermittlungsebenen zwischen dem Reproduktionsprozeß und den Herrschaftsmechanismen der »ideologischen Staatsapparate«.

Gegenüber solchen mehr oder weniger willkürlichen begrifflichen Setzungen betonen die Autoren, daß die Überbauten nur durch eine Analyse der spezifischen Form ihrer materiellen Basis ausreichend bestimmt werden können. Sie weisen überzeugend nach:

- daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse von der Waren- und Geldform bis zur Lohn- und Kapitalform zunehmend mystifizieren;
- daß die aus den ökonomischen Formbestimmungen hervorwachsende ideologische Form des Alltagsbewußtseins in einem Netz gesellschaftlicher Institutionen eine materielle Existenz gewinnt;
- daß sich Sphären geistiger Produktion herausbilden, die ihren ideologischen Fixpunkt in dem philosophischen Primat des Denkens vor dem Sein finden.

In der Wechselwirkung der verschiedenen ideologischen Stufen — etwa vom Glauben über die Kirche als Institution bis zur Lehre — kann nach den Autoren der falsche Schein einer »Vergesellschaftung von oben« entstehen, die eine herrschaftssoziologische Verkürzung der Ideologieproblematik darstellt. Vielmehr entsteht das ideologische Bewußtsein aus jener Form der produktiven Arbeit, die sie zu einem bloßen »Mittel zum Leben« in der Freizeit macht. Insofern wächst die reelle Wirksamkeit von Ideologie in dem Maße, wie sich auf der Grundlage entfalteter Produktivkräfte und gewerkschaftlicher Kampfkraft langfristig die Bereiche persönlicher Lebensgestaltung und individueller Bedürfnisse erweitern, also der Spielraum für das »persönliche Individuum« wächst. Mit dieser aus der »Deutschen Ideologie« abgeleiteten Kategorie scheint der theoretische Schlüssel für die ideologische Integrationskraft der entfalteten bürgerlichen Gesellschaft gefunden, die eine zunehmende individuelle Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter hervorbringt. Dies läßt sich an verschiedenen Indikatoren wie Arbeitszeit, Einkommen, individueller und sozialer Konsum belegen. Sie bieten wiederum den Rahmen für vielfältige Betätigungsweisen, die exemplarisch am Bereich Sport als Vorfeld der politischen Sphäre dargestellt werden. Dieser gilt als Muster für eine

weitgehend freie Entfaltung im Nichtarbeitsbereich, ohne daß jedoch zentrale Bestimmungsgründe hinreichend berücksichtigt werden — wie die zunehmende Bedeutung als Rekreationsmittel und Leistungsstimulans. Die Unkenntnis längst nachgewiesener klassen- und schichtspezifisch unterschiedlicher Funktionen des Sports verführt die Autoren im Banne ihrer Prämisse von dem wachsenden Gestaltungsspielraum des persönlichen Individuums zu fragwürdigen Schlußfolgerungen.

Die Kritik verweist auf das theoretische Problem einer noch nicht befriedigend gelösten Vermittlung von Klassen- und persönlichem Individuum, die in ihrer Verschränkung gerade hinsichtlich der widersprüchlichen Bestimmungsmomente des Bewußtseins noch genauer untersucht werden müssen. Dies schließt auch die nahezu ausgeblendete Berücksichtigung der sozialen Bewegung in ihren verschiedenen Organisations- und Aktionsformen ein, deren Entwicklungsstand selbst wiederum ein bewußtseinsbestimmendes Moment darstellt, wie es schon der bloße Vergleich mit Frankreich und Italien zeigt. Hiermit ist der weitgehend vernachlässigte Aspekt der jeweils regional und national besonderen historischen Entwicklung angesprochen. Die Kultur- und Ideologiegeschichte läßt wiederum gesellschaftsformationsübergreifende Elemente erkennen, die in das herrschende System strategisch integriert, aber auch zum Teil in einer alternativen Kulturpraxis aufgehoben werden können. Der historische und systemspezifische Praxisaspekt der miteinander in versteckten und offenen Formen ringenden Klassen fällt jedoch aus der eher »strukturalistisch« angelegten Systemanalyse heraus. Sie läuft in der kategoriellen Überbetonung des »persönlichen Individuums« Gefahr, einer historisch, weltpolitisch und ökonomisch bedingten relativen sozialen Ruhelage in der Bundesrepublik aufzusitzen. Hier bedarf es weiterer theoretischer, mehr noch, empirischer Arbeiten, auf deren Notwendigkeit die Autoren selbst einleitend hinweisen.

Paul Oehlke (Bonn)

Bernhard Koolen: Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1979, (173 S., 27,— DM)

Wenn von Marx inspirierte Sozialdemokraten jemals zu stärkerer politischer Bedeutung in der Bundesrepublik kommen wollen, müssen sie nicht nur Entwicklungstendenzen besser analysieren lernen, sondern auch beginnen, ihr eigenes theoretisch-politisches Erbe fruchtbar zu machen. Dazu gehört ganz wesentlich die Erarbeitung der Impulse, die heute noch vom Austromarxismus empfangen werden können. Aber auch die Beschäftigung mit dem Werk von Viktor Agartz ist in diesem Zusammenhang unabdingbar. Denn Agartz — der von der offiziösen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung entweder totgeschwiegen oder sträflich vernachlässigt wird — war, wie Wolfgang Abendroth es einmal ausdrückte, der beste ökonomische Kopf, über den die westdeutschen Arbeiter verfügten. Er entwickelte nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Hannoveraner Parteitag ein Konzept sozialistischer Wirtschaftspolitik, das in manchem an die Überlegungen der CERES-Gruppe erinnert und eine Kombination von Verstaatlichungen, Wirtschaftsplanung, Marktwirtschaft, Vergenossenschaftlichungen und Wirtschaftsräten von beachtlicher Komplexität anstrebt. Zwar konnte er seine Gedanken nicht realisieren, da die amerikanischen Besatzungsbehörden seine Tätigkeit als Leiter des Mindener Wirtschaftsamtes (quasi Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen) torpedierten, gleichwohl prägte er die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der SPD bis zum Anfang der fünfziger Jahre. Zu dieser Zeit sah er allerdings bereits seinen Schwerpunkt im gewerkschaftlichen Bereich; zu Recht wurde er als »Chef-Ideologe« des DGB bezeichnet. Er war Mitautor des Münchner DGB-Programms von 1949. Wichtiger war indes sein Beitrag zur Formulierung einer gewerkschaftlichen Politik für die Restaurationsphase. Nach der Verabschiedung des gewerkschaftsfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 stellte er fest, daß man entweder den »Bundestag in den Rhein jagen« oder aber eine neue Konzeption entwickeln müsse. Diese Konzeption war die »expansive Lohnpolitik«, nach Meinung von Herbert Ehrenberg, die einzige geschlossene gewerkschaftliche Lohntheorie, die es je in der Bundesrepublik gab. Expansive Lohnpolitik ist Agartz zufolge »aktiv«, »dynamisch« und »expansiv«, sie ist vor

allein an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert, unabhängig von Lohnleitlinien und Rentabilitätskriterien, strukturgestaltend und offensiv. Diese Politik würde freilich die Bildung von Monopolpreisen fördern — ein Faktor, den Agartz wohl unterschätzt hat. Agartz' gewerkschaftlicher Radikalismus wurde freilich Gewerkschaften und SPD Mitte der fünfziger Jahre bald un bequem, Agartz aus der Leitung des von ihm gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften verdrängt (heute: WSI), später mit einem Landesverratsverfahren überzogen (wegen Ostkontakten), schließlich auch von den Kommunisten boykottiert (wegen Kritik an der DDR und Ablehnung der DFU-Gründung). Einsam und verbittert ist er 1964 gestorben.

Dieser kurze Lebenslauf mag erklären, warum das vorliegende Buch nützlich ist. Es liefert einen biographisch-zeitgeschichtlichen Abriss, einen Einblick in Agartz' Vorschläge zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und einen etwas eklektizistischen Überblick über »Wege zur Neuordnung«. Daß der Stil recht umständlich ist, kann einer Staatsexamenarbeit sowenig angelastet werden wie die Tatsache, daß erreichbare Quellen nicht ausgewertet wurden, etwa die im Koblenzer Bundesarchiv befindlichen Manuskripte »Soziologie der Gewerkschaften« und »Die Mitbestimmung«. Kritik verdient jedoch meines Erachtens der zugrunde liegende Begriff von »Neuordnung«, da unter dieser Überschrift gänzlich verschiedene Ansätze vereinigt werden, die allerdings in sich durchaus differenziert präsentiert werden. Ich glaube, daß nur die Überlegungen der Nachkriegszeit diese Überschrift verdienen, da es bei der »expansiven Lohnpolitik« zentral um eine *Reaktion* auf die Restauration und bei Agartz' Texten nach 1956 vor allem um *Kritik* an einem neuen autoritären System ging, in den beiden letzten Phasen also die »Neuordnung« in den Hintergrund trat. Anzumerken ist ebenfalls, daß der Verfasser sich auf den verengten Reformismusbegriff von Fülberth/Harrer stützt. Dieser zensurierende Reformismusbegriff (der Systemstabilisierung unterstellt) unterdrückt die faktisch wichtigen Ambivalenzen reformorientierter Politik. So etwas führt dann empirisch zur Unterschätzung beispielsweise der genannten Hannoveraner Parteitagrede. Gleichwohl fördert der Verfasser eine Fülle von Material zutage, wofür ihm Dank gebührt. Dank auch für die Feststellung von Defiziten. So fehlt Koolen zufolge eine Darstellung der Agartzschen Gewerkschaftskonzeption, eine Analyse seiner Einstellung zur SPD und zur Rüstungsproblematik. Vor allem fehlt meines Erachtens übrigens eine Edition von Agartz' Schriften, die zum Teil seit 35 Jahren in Archiven und Bibliotheken vermodern, und deren Veröffentlichung (mit minimalen Ausnahmen) bisher einträchtig in Ost und West verhindert worden ist.

Volker Gransow (Berlin/West-Bielefeld)

Stadt Recklinghausen (Hrsg.): Hochlarmarker Lesebuch. Kohle war nicht alles. 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte. ASSO-Verlag, Oberhausen 1981 (348 Seiten Großformat, 39,80 DM)

Die traditionelle Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung war meist reine Organisations-, bestenfalls Ideologie und Ideengeschichte. Auch die marxistische beschränkte sich gerne auf die »Staatsaktionen« der Parteien und Gewerkschaften und auf revolutionäre Massenaktionen. Wie das Volk tatsächlich lebte, die Wünsche, Hoffnungen und Träume, der Arbeits- und Freizeitalltag, das Nacktbaden in den Arbeiterfreibädern oder die Reformkleidung der Arbeiterjugendbewegung blieben außerhalb des Interesses. Dabei ist es gerade das Alltagsleben, wo sich die politischen und ideellen Überbauten herausbilden und vermitteln. In der Alltagskultur finden sowohl die Herausbildung von Klassenidentität und die subjektive Aneignung der Realität statt, als auch die politischen und ideologischen Vereinnahmungsversuche der Arbeiter- oder Volkskultur durch die kapitalistische Kulturindustrie und die bürgerliche Massenkultur.

Wenn wir heute politische, kulturpolitische, Strategien entwickeln, die die in die bürgerliche Hegemonie vereinnahmte populäre Kultur, Volkslied und Volkstanz, Rock oder unsere Heimatdialekte für uns zurückzuerobern, dann brauchen wir dazu sowohl die Kenntnis der Geschichte der realen proletarischen Lebensweise und deren Subkulturen, als auch die Kenntnis der Regeln, Formen und Strukturen, nach denen sich kulturelle und subkulturelle Moden und Stile, soziale Praxen und ideologische Formen entwickeln. Was ist das für ein Heimatgefühl, das die Fan-Clubs mit den Bundesligavereinen verbindet? Wieso sind die Fans fast alle junge Matchos? Woher kommt der

Spaß am Widerstand? Das Hochlarmarker Lesebuch gibt individuelle und klassenmäßige historische Antworten (und stellt gleichzeitig neue Fragen) zum proletarischen Alltagsleben und Alltagsbewußtsein.

Unter einem weiteren praktischen Aspekt ist das Lesebuch ebenso wichtig. Fortschrittliche kommunale Kulturpolitik, zentrale und dezentrale Soziokulturarbeit, die den Unterprivilegierten und Ausgebeuteten Freiräume und Chancen für den Ausdruck und die Entwicklung eigener Interessen, Bedürfnisse oder Glückserfahrungen geben will, hat bisher vom grünen Tisch her ihre philanthropischen Rezepte und Planungen ohne vorhergegangenen Kooperationsprozeß den Betroffenen vorgesetzt. Oft wurde darüber hinaus von den Kommunikationsbedürfnissen und -formen alternativer Subkulturen und intellektueller Szenen ausgegangen. Eine demokratische Legitimation der Soziokulturmacher und ihrer Vorgaben etwa in Form von gemeinsamer Kulturentwicklungsdiskussion und -planung mit den von Sanierung bedrohten Bewohnern eines Quartiers oder den Mitgliedern der ortsansässigen Vereine fehlte. In Recklinghausen stellt die Einrichtung und die Praxis des seit 1979 bestehenden Referats für Stadtteilkulturarbeit den Versuch dar, ein kollektives soziales Gedächtnis in den gewachsenen Quartieren herzustellen und darüber eine bewußtere und selbstbewußtere Gestaltung der kulturellen und politischen Umwelt durch die Mehrheit der von Politik und Kulturplanung bisher nur »Betroffenen« zu verarbeiten.

Das Lesebuch ist Protokoll und Ergebnissammlung dieser Arbeit, gleichzeitig Anleitung für ähnliche regionale Geschichtsforschung von unten, für Stadtteilinitiativen und für die kritische Auswertung des Hochlarmarkprojekts in der politischen Bildungsarbeit. Das Kapitel »Kohle war nicht alles« ist der chronologische und systematische *Projektbericht*: Beginn 1978 als stadtteilhistorische Arbeitsgruppe (Kurs) der Volkshochschule; 1979 Einrichtung des Referats für Stadtteilkulturarbeit; Aufbau der Arbeitsgruppe; Herstellung von kritischer und betroffener Öffentlichkeit im Stadtteil; Handzetteldruck und Pressearbeit; Dia-Abende; die Ausstellung der Hochlarmarker Bergarbeiterküche als Beitrag zum 90-Jahres-Familienfest der IG-Bergbau und Energie 1979 in Dortmund; die Entstehung des Lesebuchs; die Entwicklung der Arbeitsmethoden der Gruppenarbeit; das kulinarische Programm während der Dia-Abende und Feste; die Fotosammlung; die »Erzählkiste«, eine Flugblattzeitung. Der *Dokumentationsteil* des Lesebuchs zeichnet die Hochlarmarker Geschichte im klassenmäßigen und individuell-biographischen Lebenszusammenhang nach. Staatsaktionen, Weltgeschichte und Arbeiterbewegung werden vom Standpunkt des »wirklichen eigenen Erlebens« beschrieben und bieten eine unmittelbare Anknüpfung an die Alltagserfahrungen der Leser. Fotos und Dokumente intensivieren die Eindringlichkeit. Die chronologisch geordneten Kapitel sind: Ein Bergarbeiterort entsteht, Die Zeche, Der erste Weltkrieg, Novemberrevolution — Rote Ruhrarmee — Passiver Widerstand, Alltag in den zwanziger Jahren, Die Erwerbslosenzeit, Nationalsozialismus und Widerstand, Der zweite Weltkrieg, Nachkriegszeit 1945-1950, Das »Wirtschaftswunder«, Hochlarmark heute. Über 200 Abbildungen illustrieren den Band und erklären den stollen Preis.

Das Hochlarmarker Geschichtsprjekt hat den Beteiligten ihr Leben und ihren Stadtteil als historisch geworden und deshalb auch als nach den eigenen Bedürfnissen veränderbar gezeigt; es hat geholfen, die je individuelle Realität als von den politischen und sozialen Verhältnissen abhängig zu begreifen; es hat die Stadtteilbewohner kritischer und selbstbewußter gemacht. Die Soziokulturmacher haben sich als Bündnispartner der Arbeitenden eingebracht und die »Adressaten« von Kulturarbeit als Subjekte der sozialen Emanzipation erlebt und ernstgenommen. Das Lesebuch vermittelt diesen Prozeß, es stiftet an.

Jochen Zimmer (Duisburg)

Über die Autoren

Biermann, Wolfgang, geb. 1948; Referent für Sicherheitspolitik beim Parteivorstand der SPD, Mitglied der SPD, ÖTV und AWO.

Borneman, Ernest, Professor für Sexualpsychologie an der Universität Marburg und Libidotheorie an der Universität Salzburg. Forschungen auf dem Gebiet der Sexualpädagogie. Veröffentlichung: *Das Patriarchat* (1975). Vorsitzender der österreichischen Gesellschaft für Sexualforschung, Mitglied der SPÖ.

Egert, Jürgen, geb. 1941; Beamter i.R., MdB und Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß Arbeit- und Sozialordnung, Mitglied im Landesvorstand der Berliner SPD und verschiedener Ausschüsse beim Partei- und Landesvorstand der SPD, Mitglied der ÖTV, AWO und SJD - Die Falken.

Frank, Rainer, geb. 1951; Diplom-Verwaltungswissenschaftler, Doktorand an der Universität Konstanz, Mitglied der SPD, ÖTV, SJD - Die Falken. Mitglied des Landesvorstandes der Jungsozialisten in Baden-Württemberg.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Studium der Geschichte und Politik an der Freien Universität Berlin. Mitglied der GEW, der SJD - die Falken und der SPD, Landesdelegierter der Berliner Jungsozialisten, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Holtfort, Werner, geb. 1920; Rechtsanwalt und Notar, Mitglied der SPD, Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltvereins, stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Mitglied des Bundesvorstandes der Humanistischen Union, Landtagskandidat der SPD in Hannover.

Horstmann, Axel, geb. 1954; Dipl.-Volkswirt an der Universität Bielefeld, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Ostwestfalen-Lippe und Bundesparteitagsdelegierter, Mitglied der GEW, SJD - die Falken und der DFG-VK.

Klose, Hans-Ulrich, geb. 1937; Jurist, von 1974-1981 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, jetzt Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft. Mitglied in der SPD, ÖTV, AWO.

Krusewitz, Knut, geb. 1941; wiss. Assistent am Institut für Landschaftsplanung der TU-Berlin. Veröffentlichungen zum Verhältnis Ökologie und Ökonomie, Mitglied der SPD, ÖTV, BdWi, Öko-Institut Freiburg. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt, Mitglied der SPD und ÖTV, 1974-1976 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, seit 1978 Ortsvereinsvorsitzender in Berlin-Steglitz, seit 1981 Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin für die SPD-Fraktion.

Pelinka, Peter, geb. 1951; Redakteur der »Arbeiter-Zeitung«, Wien, Funktionär der Sozialistischen Jugend Österreichs und Mitglied der SPÖ, Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der sozialistischen Jugend.

Schäfer, Claus, geb. 1948; Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, Mitglied der SPD und HBV.

Scholz, Dieter, geb. 1947; Dipl.-Pol., Doktorand an der Universität Dortmund, Mitglied der SPD, HBV, AWO, BdWi, 1978-1980 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Storz, Wolfgang, geb. 1954; Dipl.-Verwaltungswissenschaftler, Volontär bei einer Tageszeitung, Mitglied der IG Druck und Papier.

Thüsing, Klaus, geb. 1940; seit 1977 MdB, Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Ostwestfalen-Lippe und Bundesparteitagsdelegierter, der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik des SPD-LV in NRW, GEW und AWO.

Wagner, Beate, geb. 1950; wiss. Assistentin für Alte Geschichte an der TU Berlin. Dissertation über »Zwischen Mythos und Realität: Die Frau in der frühgriechischen Gesellschaft«, demnächst veröffentlicht im Konstanzer Universitätsverlag. Mitglied der SPD, GEW und des BdWi.

Westphal, Andreas, geb. 1958; Studium der Volkswirtschaft an der Freien Universität Berlin, Mitglied der SPD, ÖTV und der *spw*-Redaktion.

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied im Landesjugendausschuß des DGB-Berlin, SPD, AWO, SJD - die Falken, RFFU/DGB. Mitherausgeber der *spw*.

Sozialismus

1-82

Marxistische Zeitschrift

ADLEN

**Pietro Ingrao
Luciano Lama**

Arno Klönne

»In der Konsequenz der Löwenthal'schen Thesen liegt es, keine Klassen und keine Parteien mehr zu kennen, sondern nurmehr Freunde und Feinde der Industriegesellschaft. Das Opfer erscheint als Täter. Der jugendliche Arbeitslose ist es, der die Vollbeschäftigung gefährdet? So paradox es klingen mag, Löwenthal macht's möglich.«

»Es ist nötig, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Epoche in der Entwicklung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, ihre treibende Kraft verbraucht hat. Heute hängt der Fortschritt des Sozialismus in immer stärkerem Maße von den sozialistischen Bewegungen in Westeuropa und der Dritten Welt ab. Das in der Sowjetunion angenommene und in die Länder des Ostens transferierte Modell ist unwiederholbar und zukünftige Trennung zwischen Sozialismus und Demokratie, zwischen Formen des Eigentums und der Kontrolle der Produktionsmittel und den Formen der demokratischen Organisation der Macht ist inakzeptabel.«

**Chevènement
Peter v. Oertzen
Horst Peter
Peter Glotz**



**P.C.I.-
Dokument**

Einzelpreis: DM 8,-; Abo: 42,- (+Porto)

**Im Buchhandel oder direkt bei
VSA, Postfach 501571, 2000 Hamburg 50**



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Register 1978 — 1981

1. — 4. Jahrgang

spw 1 — 13

Sonderhefte (SH) 1 und 3

Inhalt

A. Über Nutzen und Gebrauch des Registers.....	II
B. Alphabetisches Register	
1. Aufsätze.....	IV
2. Aktuelle Kommentare und Berichte.....	VIII
3. Interview und Diskussionen.....	IX
4. Besprechungen.....	XI
C. Systematisches Register	
1. Alphabetisches Verzeichnis der Stichworte.....	XII
2. Stichwort-Register der spw-Beiträge (ohne Besprechungen).....	XIII
D. Autorenverzeichnis.....	XXIII

* * *

A. Über Nutzen und Gebrauch des Registers

Wozu dieses Register, welche Beiträge enthält es?

Im Editorial von Heft 12 kündigten wir dieses Register an. Es soll alle Beiträge, die seit Bestehen unserer Zeitschrift in *spw* erschienen sind, erfassen und systematisch zusammenstellen. Der Überblick über die Veröffentlichungen im einzelnen muß nach nunmehr dreizehn Ausgaben der laufenden Zeitschrift und zwei Sammelbänden schwer fallen: Wer hat bisher in *spw* geschrieben, zu welchen Themen brachte die Zeitschrift Analysen, Berichte, Kommentare? Dieser »Wegweiser« durch mehr als drei *spw*-Jahre hat die Aufgabe, den Zugriff auf die Zeitschrift und die Arbeit mit ihr zu erleichtern. Diese Orientierung zu ermöglichen, heißt auch, die Entwicklung von *spw* seit ihrer Gründung im Herbst 1978 durchsichtiger und kritisierbar zu machen sowie thematische Lücken zu erkennen.

Dieses Register erschließt die ersten vier Jahrgänge (1978 bis 1981) der *spw* einschließlich der Sonderhefte (SH) 1 und 3. Der/die Leser/in erhält damit einen leichteren Zugang zu mehr als 120 Aufsätzen, 40 Berichten und Kommentaren, 50 Diskussionsbeiträgen und Interviews sowie zu den ungefähr 25 Besprechungen. Nicht aufgeführt sind die *Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD* (*spw* Sonderheft 2, Berlin/West 1980) und die 1981 erschienene Monographie von *Gudrun Schmidt* (Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich überhaupt nichts. Der Kampf gegen die Schließung des Kesselbaus im M.A.N.-Werk Hamburg).

Wie ist das Register aufgebaut?

Es enthält nachstehend im einzelnen:

- ein alphabetisches Register aller *spw*-Beiträge, getrennt nach Aufsätzen (B.1), Berichten und Kommentaren (B.2), Interviews und Diskussionen (B.3) und Besprechungen (B.4). Das Alphabet erfaßt die Aufsätze, Berichte, Interviews, Kommentare und Diskussionen nach dem Verfasseramen, die Besprechungen dagegen nach den Autoren der rezensierten Bücher. Veröffentlichungen der Rubriken »Dokumentation« und »Archiv« sind nur aufgenommen, wenn sie einen Verfassernamen ausweisen.
- ein Systematisches Register. Es verzeichnet die *spw*-Beiträge ohne Besprechungen (C.2) nach 17 Sachgebieten. (Historische) Dokumente werden zu jedem Sachgebiet getrennt und in der Reihenfolge ihres Erscheinens ausgewiesen. Die Sachgebiete selbst sind alphabetisch geordnet. Vorangestellt ist ein alphabetisches Verzeichnis der Stichworte (C.1), das neben den Sachgebieten des anschließenden Registers auch wichtige Begriffe umfaßt, die von uns nicht als Stichworte verwandt wurden und auf ein angrenzendes Stichwort des systematischen Verzeichnisses verweisen.

— ein Autoren-Verzeichnis, das die Namen aller *spw*-Autoren alphabetisch erfaßt. Die römischen Zahlen verweisen auf die Seiten der Register (B. und C.).

Für das alphabetische und Systematische Register gilt: Die fettgedruckte arabische Zahl nennt die Heft- oder Bandnummer; die nach dem ersten Schrägstrich folgende normal gedruckte Zahl ist die Seitenangabe; die zusätzliche römische Zahl gibt bei den in der laufenden Zeitschrift erschienen Beiträgen die Jahrgangsnummer an (für Bibliotheksbenutzer), z.B.:

9/83/III bedeutet: *spw* 9, Seite 83, 3. Jahrgang

Sonderhefte der *spw* sind durch ein vorgestelltes SH gekennzeichnet, z.B.:

SH 3/121 bedeutet: *spw*-Sonderheft 3, Seite 121

Wie kann man das Register handhaben?

a) Man sucht Beiträge zu einem bestimmten *Thema*, etwa zu »Entspannungspolitik«. Unter diesem Begriff wird man in der alphabetischen Stichwort-Liste auf das Stichwort »Internationale Beziehungen« verwiesen und findet dort sämtliche zu diesem Thema in *spw* abgedruckten Beiträge.

b) Man möchte einen Überblick gewinnen über die Themen, zu denen ein bestimmter Autor in *spw* geschrieben hat. Mit Hilfe des Autorenverzeichnisses — welches dann auf die anderen Register verweist — sucht man alle seine Beiträge heraus.

c) Möchte man wissen, ob ein bestimmtes *Buch* in *spw* besprochen worden ist, so braucht man nur den Verfassernamen im alphabetischen Register der Besprechungen (B.4) zu suchen.

Nach welchen Kriterien wurde das Systematische Register angelegt?

Die Auswahl der Stichworte im Systematischen Register lehnt sich teilweise an die Schwerpunktthemen der Zeitschrift an. Die Abgrenzung der Stichworte voneinander war im einzelnen und in gewissen Grenzen durchaus willkürlich, wurde aber so vorgenommen, daß nicht mehr als 25 Beiträge unter einem Stichwort zusammengefaßt wurden. Natürlich fügen sich die Stichworte nicht zu einer geschlossenen Systematik. So gibt es kein Stichwort »Sozialistische Internationale« im systematischen Register. Im alphabetischen Verzeichnis der Stichworte findet sich nur der Verweis auf »Arbeiterbewegung in Westeuropa« und »Sozialdemokratie«. Der Grund: In *spw* erschienen bislang keine Analysen über die Politik außereuropäischer Mitgliedsorganisationen der SI. In einigen Fällen sind Beiträge zweimal unter verschiedenen Stichworten aufgeführt (etwa »Gewerkschaften« und »Ökonomie und Wirtschaftspolitik«).

In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, unter mehreren thematisch einschlägigen Stichworten nachzuschlagen, die man mit Hilfe der alphabetischen Stichwort-Liste und der Querverweise im Stichwort-Register der *spw*-Beiträge leicht findet. Wer beispielsweise alle Veröffentlichungen zur aktuellen Entwicklung in der SPD sichten will, mußte außer unter »Sozialdemokratie« auch bei »Jungsozialisten« und »Emanzipation« nachschlagen. Unter dem letztgenannten Stichwort sind die Beiträge zur Politik der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) aufgeführt.

An den Umgang mit dem Register kann man sich gewöhnen. Die Redaktion hofft, daß *spw* auf diese Weise noch besser genutzt werden kann.

B. Alphabetisches Register

1. Aufsätze

<i>Wolfgang Abendroth</i> : Sechzig Jahre Novemberrevolution.....	2/46/II
<i>Wolfgang Abendroth</i> : Renaissance des »klassischen« Austromarxismus.....	8/97/III
<i>Wolfgang Abendroth</i> : Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«.....	SH 3/40
<i>Abdul-Rahman Alawi</i> : Nahost — Kein Frieden ohne die Beteiligung des palästina-sischen Volkes.....	2/63/II
<i>Detlev Albers</i> : Linke Sozialdemokraten und Gewerkschaften.....	2/30/II
<i>Detlev Albers</i> : Sechs Thesen zum Verhältnis von Linkssozialisten und Eurokom-munisten.....	4/40/II
<i>Detlev Albers/Heinrich Lienker/Kurt Neumann/Andreas Wehr</i> : Antwort an die Kritiker.....	SH 1/5
<i>Detlev Albers</i> : Die »Herforder Thesen« verstehen sich als Angebot und Anstoß.....	SH 1/57
<i>Detlev Albers und Hans Alexy</i> : Zur Einschätzung der Entwicklung in Afghanistan.....	8/65/III
<i>Detlev Albers</i> : Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«. Einleitung.....	SH 3/15
<i>Detlev Albers</i> : Polnische Lektion und westliche Linke.....	11/65/IV
<i>Heinz Albrecht</i> : Das Nahost-Problem anders gesehen. Eine Entgegnung auf A.R. Alawi (in: spw 2).....	3/83/II
<i>Hans Alexy und Günter Bouwer</i> : Anmerkungen zum Programm der DKP.....	5/61/II
<i>Hans Alexy</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i>	
<i>Arbeitsgruppe Gewerkschaften</i> : Berufspolitik und alternatives Beschäftigungskon-zept — Die Deutsche Postgewerkschaft.....	12/80/IV
<i>Helmut Arnold</i> : Ökologische Probleme — Umweltprobleme: Notwendige Folgen technischer Entwicklung?.....	6/10/III
<i>Gerhard Bäcker</i> : Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und die gewerkschaftlichen Forderungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäfti-gung.....	2/24/II
<i>Rudolf Bahro</i> : Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie.....	SH 3/169
<i>Hans-Dieter Bamberg</i> : Die bundesdeutsche Reaktion — Positionen und Zielset-zungen von CDU und CSU.....	4/31/II
<i>Hans-Dieter Bamberg</i> : Angriffe der CSU auf die Einheitsgewerkschaft.....	5/86/II
<i>Hans Barschkies/Heinz-Gerd Hofschien/Arnim Meier</i> : Anmerkungen zur Diskus-sion um die Afghanistan-Krise.....	8/51/III
<i>Frank Beckenbach</i> : Sozialistische Steuerpolitik.....	9/9/III
<i>Georg Benz</i> : IG Metall gegen NATO-Nachrüstung!.....	10/16/IV
<i>Wolfgang Biermann</i> : Der »Nachrüstungsbeschluß« der NATO, die SPD und die »Sicherheit der 80er Jahre«.....	6/78/III
<i>Joachim Bischoff</i> : Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik.....	SH 3/99
<i>Günter Bouwer</i> : s.u. <i>Hans Alexy</i>	
<i>Brauns/Jaeggi/Kisker/Zerdick/Zimmermann</i> : Von Godesberg nach Bonn? — Bilanz sozialdemokratischer Politik seit Godesberg.....	5/10/II
<i>Ulrich Briefs</i> : »Neue Technologien«, Rationalisierung, gewerkschaftliche Gegen-wehr.....	10/25/IV
<i>Adolf Brock/Edgar Einemann/Horst Werner Franke/Reinhard Hoffmann/Konrad Kunick/Dieter Müller/Henning Scherf/Thomas von der Vring</i> : Wider das Rechthabenwollen eines marxistischen Pfaffentums — Kritische Anmerkungen Bremer Linker in der SPD zur Stamokap-Position am Beispiel der »Herforder Thesen«.....	SH 1/51
<i>Robert Brögeler/Frank Heidenreich/Michael Karnatz/Christiane Rix-Macken-thun/Michael Zens</i> : Schmidt gleich Strauß?.....	7/10/III

<i>Robert Brögeler und Joachim Günther: Linke Kommunalpolitik und sozialistische Strategie</i>	12/12/IV
<i>Peter Brosche: Rüstung und Arbeitsplätze</i>	6/67/III
<i>Christoph Butterwege: Sozialistengesetz in der SPD</i>	1/45/I
<i>Christoph Butterwege: Marxismus und/oder Austromarxismus?</i>	8/87/III
<i>Monika Buttgerit: Sozialismus als Männersache. 100 Jahre Bebels Buch »Die Frau und der Sozialismus«</i>	3/77/II
<i>C.E.R.E.S.: Der Inhalt der Linksunion</i>	1/93/I
<i>Stefan Collignon: Nach dem Scheitern der Linksunion: Fraktions- und Klassenkämpfe in Frankreich</i>	3/24/II
<i>Ottwald Demele: Arbeitszeitverkürzung zur Humanisierung der Arbeit und als Instrument der Arbeitsmarktpolitik</i>	10/43/IV
<i>Lottemi Doormann: Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie</i>	SH 3/190
<i>Jürgen Egert: Gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpfen</i>	1/50/I
<i>Edgar Einemann: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Wieland Elfferding: Transformation des Staates</i>	SH 3/135
<i>Michael Ernst-Pörksen: Staatsverschuldung und Sozialabbau</i>	12/62/IV
<i>Horst Werner Franke: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Alfred G. Frei: Kulturpolitik im Austromarxismus</i>	13/21/IV
<i>Katrin Fuchs und Ursula Pausch-Gruber: Zur Frauenarbeit in der Sozialdemokratie</i>	11/13/IV
<i>Ditmar Gatzmaga/Volker Lakemeinen/Klaus Rave: Hier stehe ich — ich kann auch anders. Anmerkungen zu einem ostwestfälischen Manifest</i>	SH 1/29
<i>Katharina Gröning: Gedanken zur Funktion der Familie</i>	11/40/IV
<i>Joachim Günther: Zur aktuellen Entwicklung in der westeuropäischen Sozialdemokratie</i>	3/9/II
<i>Joachim Günther: Beispiel Polen: Unabhängige Gewerkschaften und die »führende Rolle der Partei«</i>	10/85/IV
<i>Joachim Günther: s.u. Robert Brögeler</i>	
<i>Michael Häupl: Von Otto Bauer zu Franz Bauer. Zur Situation der österreichischen Sozialdemokratie</i>	9/61/III
<i>Michael Häupl und Manfred Matzka: Mit uns zieht die neue Zeit? Zum Wandel der politischen Kultur in der österreichischen Sozialdemokratie</i>	13/27/IV
<i>Wolfgang Hamer: Entwicklung der Rechtsprechung und gewerkschaftliche Handlungsstrategien</i>	2/36/II
<i>Frigga Haug: »Frauen — Opfer oder Täter?«</i>	11/99/IV
<i>Wolfgang Fritz Haug: Ist das »Kapital« veraltet?</i>	5/18/II
<i>Heinz Hawreljuk: Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie</i>	9/83/III
<i>Frank Heidenreich: s.u. Robert Brögeler u.a.</i>	
<i>Horst Heimann: Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«</i>	SH 3/28
<i>Rainer Heinrich: Geschichte des Jugendarbeitsschutzes (I)</i>	2/82/II
<i>Rainer Heinrich: Geschichte des Jugendarbeitsschutzes (II)</i>	3/95/II
<i>Detlef Hensche: Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik</i>	SH 3/72
<i>Josef Hindels: Bemerkungen zu den »Herforder Thesen«</i>	3/71/II
<i>Josef Hindels: Bruno Frei und der Austromarxismus</i>	7/67/III
<i>Reinhard Hoffmann: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Hans-Gerd Hofschien: s.u. Hans Barschkies u.a.</i>	
<i>Stuart Holland: Die Linke und Europa heute</i>	3/43/II
<i>Axel Horstmann und Heinrich Lienker: Herforder Thesen in der Diskussion</i>	2/57/II
<i>Axel Horstmann: Die Aufgaben der Jungsozialisten im Bundestagswahlkampf ...</i>	7/103/III
<i>Axel Horstmann und Kurt Wand: Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik. Einführung</i>	SH 3/61

<i>Urs Jaeggi: s.u. Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	
<i>Mechtild Jansen: 1. September Antikriegstag 1979 — Zur Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung.....</i>	4/47/II
<i>Mechtild Jansen: Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie.....</i>	SH 3/185
<i>Hans Janßen: Tarifiergebnisse für die metallverarbeitende Industrie.....</i>	3/67/II
<i>Monty Johnstone: Macht und Demokratie im Sozialismus.....</i>	10/70/IV
<i>Monty Johnstone und Andreas B. Westphal: Polen — zwischen historischem Kompromiß und Autoritarismus.....</i>	13/84/IV
<i>Michael Karnatz: s.u. Robert Brögeler u.a.</i>	
<i>Hermann Keppinger: Verstaatlichte Industrie als Instrument des Staatsinterventionismus.....</i>	9/39/III
<i>Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick: Sozialistische Wirtschaftspolitik.....</i>	1/74/I
<i>Klaus Peter Kisker: Gewerkschaften und multinationale Konzerne.....</i>	3/60/II
<i>Klaus Peter Kisker: s.u. Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	
<i>Klaus Peter Kisker: Gewerkschaftliche Solidarität in der Krise.....</i>	10/57/IV
<i>Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick: Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung — eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.....</i>	13/95/IV
<i>Arno Klönne: Das Sozialistengesetz und seine Folgen.....</i>	1/13/I
<i>Jiri Kosta: Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik.....</i>	SH 3/92
<i>Michael Krätke: Die Vernichtung des Austromarxismus. Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels.....</i>	7/73/III
<i>Stefan Krätke: Alternative Wohnungspolitik am Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus.....</i>	12/19/IV
<i>Dieter Kramer: Die Provokation Heimat.....</i>	13/32/IV
<i>Uwe Kremer: Das Konzept des »Dritten Weges zum Sozialismus« am Beispiel der Göttinger Thesen.....</i>	11/79/IV
<i>Hans Jürgen Kröger: Diskussionsbeiträge, Anregungen und Kritik zum DGB-Grundsatzprogramm.....</i>	10/19/IV
<i>Angela Kroll und Christa Randzio-Plath: Frieden — Brot — Rosen.....</i>	11/33/IV
<i>Wolfgang Krumbein und Gerhard Schröder: Zwei Schritte vorwärts — ein Schritt zurück. Die »Herforder Thesen« und die Stamokap-Theorie bei den Jusos.....</i>	SH 1/21
<i>Wolfgang Krumbein: Transformation des Staates.....</i>	SH 3/139
<i>Knut Krusewitz: Gewerkschaften und Nuklearproblematik.....</i>	6/39/III
<i>Knut Krusewitz: »Zehn gute Gründe für die SPD«. Zur Umwelt- und Friedensprogrammatische der SPD-Wahlplattform.....</i>	7/32/III
<i>Reinhard Kühnl: Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung.....</i>	4/20/II
<i>Konrad Kunick: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Volker Lakemeinen: s.u. Ditmar Gatzmaga u.a.</i>	
<i>Phillipe Henri Ledru: Die Verbindung von Sozialismus und Islam in Algerien.....</i>	8/43/III
<i>Heinrich Lienker: s.u. Axel Horstmann</i>	
<i>Heinrich Lienker: s.u. Detlev Albers u.a.</i>	
<i>Heinrich Lienker und Peter Strieder: Transformation des Staates als Richtpunkt sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik. Einführung.....</i>	SH 3/121
<i>Gudrun Linke/Karin Westermann/Andreas Westphal: Mit neuen Werten zum Sozialismus?.....</i>	6/28/III
<i>Gerald Mackenthun: Nach der ökologischen Verschmutzung jetzt die geistige?.....</i>	7/48/III
<i>Manfred Matzka: s.u. Michael Häupl</i>	
<i>Hannelore May: Persönlichkeitsentwicklung durch Arbeit — eine empirische Arbeit für Gewerkschafter!.....</i>	10/35/IV
<i>Arnim Meier: s.u. Hans Barschkies u.a.</i>	
<i>Hans Moll: Rationalisierung. Unternehmerinteresse und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen.....</i>	2/11/II

<i>Dieter Müller: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Kurt Neumann und Andreas Wehr: Die Göttinger Thesen — Ein Beitrag zur Diskussion von Marxisten in der SPD?</i>	5/26/II
<i>Kurt Neumann: s.u. Detlev Albers u.a.</i>	
<i>Kurt Neumann: Reformisten und Marxisten in der SPD — Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie. Einführung</i>	SH 3/157
<i>Paul Oehlke: Immer wieder »Stamokap« — Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den »Herforder Thesen«</i>	4/60/II
<i>Paul Oehlke: Lehren aus der Gewerkschaftsgeschichte</i>	5/46/II
<i>Peter von Oertzen: Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«</i>	SH 3/33
<i>Karl A. Otto: Ist die »Ostermarsch-Bewegung« wieder aktuell?</i>	12/52/IV
<i>Norman Paech: Grundwerte der demokratischen Bewegung</i>	1/54/I
<i>Norman Paech: Die neokoloniale Stoßrichtung der westeuropäischen Integration</i> ...	3/34/II
<i>Norman Paech: Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates (I)</i>	4/9/II
<i>Norman Paech: Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates (II)</i>	5/99/II
<i>Norman Paech/Harri Rusch/Hajo Sassenscheidt: Einige Anmerkungen zu den Ereignissen in Polen</i>	11/70/IV
<i>Ursula Pausch-Gruber: s.u. Katrin Fuchs</i>	
<i>Lothar Peter: Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie</i>	SH 3/196
<i>Karin Priester: Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis. Zu einer Theorie der Revolution im Westen</i>	13/13/IV
<i>Christa Randzio-Plath: s.u. Angela Kroll</i>	
<i>Klaus Rave: s.u. Ditmar Gatzmaga u.a.</i>	
<i>Christiane Rix-Mackenthun: s.u. Robert Brögeler u.a.</i>	
<i>Christiane Rix-Mackenthun: Die Antwort der britischen Labour Party auf die Herausforderungen des Thatcherismus</i>	9/49/III
<i>Roman Röhrig: Weltkrise — oder regionale Konflikte zwischen den Großmächten um die Ausdehnung ihrer Macht?</i>	8/32/III
<i>Harri Rusch: s.u. Norman Paech u.a.</i>	
<i>Hajo Sassenscheidt: s.u. Norman Paech u.a.</i>	
<i>Thomas Scheffler und Thomas Waldhubel: Politisches Modell und sozialistische Hegemonie. Anmerkungen zum politiktheoretischen Ansatz der »Herforder Thesen«</i>	4/65/II
<i>Henning Scherf: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Christian Schmidt: Adieu à la Bourgeoisie?</i>	12/73/IV
<i>Dieter Scholz: Die Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag der SPD und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke</i>	6/56/III
<i>Dieter Scholz: Zwischen zwei Bundeskongressen: Hannover 1971 — Hannover 1980</i>	8/83/III
<i>Olaf Scholz: Zur Kritik der Göttinger Thesen</i>	11/88/IV
<i>Gerhard Schröder: s.u. Wolfgang Krumbein</i>	
<i>Herbert Schui: Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik</i>	SH 3/83
<i>Erwin Seyfried: Männer-Emanzipation bei den Jusos?</i>	12/88/IV
<i>Erwin Seyfried: Rock & Punk und Politik</i>	13/41/IV
<i>Klaus-Jörg Siegfried: Kommunale Realität, Bürokratie und Herrschaft</i>	12/42/IV
<i>Ulf Skierke: Alternative Technologien — neue Dimension sozialistischer Politik?</i> ...	6/19/III
<i>Peter Strieder: Aussperrungsfreiheit</i>	8/74/III
<i>Peter Strieder: s.u. Axel Horstmann</i>	
<i>Klaus Thüsing: Das Europa-Programm der SPD — Kommt der Sozialismus?</i>	3/55/II
<i>Klaus Thüsing: Aspekte der iranischen Revolution</i>	8/40/III
<i>Martina Tiltmann: Teilzeitarbeit — eine Alternative für Frauen?</i>	11/25/IV
<i>Thomas von der Vring: s.u. Adolf Brock u.a.</i>	

<i>Thomas Waldhubel</i> : s.u. <i>Thomas Scheffler</i>	
<i>Kurt Wand</i> : s.u. <i>Axel Hoistmann</i>	
<i>Andreas Wehr</i> : Bedeutung des Russell-Tribunals.....	1/67/I
<i>Andreas Wehr</i> : s.u. <i>Kurt Neumann</i>	
<i>Andreas Wehr</i> : s.u. <i>Detlev Albers u.a.</i>	
<i>Michael Wendl</i> : Ostwestfälisches Märchenbuch — Kritik der Herforder Thesen.....	SH 1/34
<i>Karin Westermann</i> : s.u. <i>Gudrun Linke u.a.</i>	
<i>Karin Westermann</i> : SOS aus SO 36.....	12/31/IV
<i>Andreas Westphal</i> : s.u. <i>Gudrun Linke u.a.</i>	
<i>Andreas Westphal</i> : s.u. <i>Monty Johnstone</i>	
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Ich hoffe, ich erzeuge Eure Gemüter!.....	11/47/IV
<i>Ulrich Zachert</i> : Aktuelle Tendenzen einer Einschränkung der Tarifautonomie.....	5/77/II
<i>Michael Zens</i> : s.u. <i>Robert Brögeler u.a.</i>	
<i>Axel Zerdick</i> : s.u. <i>Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	
<i>Axel Zerdick</i> : s.u. <i>Klaus Peter Kisker</i>	
<i>Burkhard Zimmermann</i> : s.u. <i>Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	
<i>Stan Zofka</i> : Eine ernsthafte Alternative? Zur aktuellen Auseinandersetzung mit den Grünen.....	7/40/III

2. Aktuelle Kommentare und Berichte

<i>Detlev Albers und Wolfgang Biermann</i> : Zum Kampf für Frieden und Abrüstung....	10/7/IV
Anmerkungen zum HBV-Gewerkschaftstag 1980 (o.N.).....	9/103/III
<i>Helmut Arnold</i> : Bauerndemonstrationen — Hintergründe und Schlußfolgerungen.	11/106/IV
<i>Günther Bachmann und Karin Gauer-Krusewitz</i> : Bericht über die Volks-Uni 1981..	12/107/IV
<i>Heinz Beinert</i> : Carstens-Wahl und Strauß-Kandidatur.....	4/6/II
<i>Günter Beling und Olaf Scholz</i> : Juso-Bundeskongreß 1981 — Auftrag zur Linkswendung.....	12/97/IV
<i>Wolfgang Biermann</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i>	
<i>Eva-Margarete Bittner</i> : »Victory is possible« — oder die Legende von der Abrüstung.....	13/7/IV
<i>Rainer Christ und Joachim Günther</i> : Nach dem Aschaffener Kongreß 30.3. — 1.4.1979 — Die Jungsozialisten vor der Wegscheide.....	4/76/II
<i>Jürgen Duenbostel</i> : Bericht von der Juso-Arbeit in Kuba.....	1/87/I
<i>Ludwig Eitel</i> : Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin/West 1980.....	9/99/III
<i>Rainer Frank</i> : Landtagswahlen 1980: Überraschung in Baden-Württemberg?.....	7/96/III
<i>Alfred Georg Frei</i> : Bericht vom Kongreß des PS Frankreich vom 6. bis 8. April 1979 in Metz.....	4/82/II
<i>Wolfgang Friedrichs</i> : Bericht und Anmerkungen zum 9. Gewerkschaftstag der ÖTV.....	8/110/III
<i>Karin Gauer-Krusewitz</i> : s.u. <i>Günther Bachmann</i>	
<i>Joachim Günther</i> : s.u. <i>Rainer Christ</i>	
<i>Joachim Günther</i> : Die Bundesrepublik: Vasall oder Rivale des US-Imperialismus...	8/6/III
<i>Carl L. Guggomos</i> : Die Neue im Frühjahr.....	2/59/II
<i>Leonhard Hajen</i> : Die Auseinandersetzung um sozialdemokratische Reformpolitik in der Hamburger SPD.....	12/9/IV
<i>Karl-Heinz Hansen</i> : Schlußplädoyer vor der Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein.....	12/5/IV
<i>Frank Heidenreich</i> : Bericht vom 2. Otto-Bauer-Symposium 23.-25. November 1979.....	6/101/III

3. Interviews und Diskussionen

IX

<i>Axel Horstmann und Bernhard Pollmeyer: Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen</i>	7/100/III
<i>Kurt Neumann: Für jeden etwas? Erste Anmerkungen zum Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts</i>	3/6/II
<i>Kurt Neumann: »Herforder Thesen« auf dem Prüfstand — spw-Arbeitstagung vom 30.10. bis 1.11.1980 in Bielefeld</i>	10/105/IV
<i>Kurt Neumann: Wende — wohin?</i>	13/10/IV
<i>Erik Nohara: Friedenssicherung in Mitteleuropa</i>	9/5/III
<i>Peter Pelinka: Otto Bauers »Integraler Sozialismus« — Seminar zur Aktualität des Austromarxismus 10.-12.11.1978 in Wien</i>	2/72/II
<i>Peter Pelinka: Österreichische Wahlen 1979: Rechtsblock abgewehrt</i>	4/94/II
<i>Peter Pelinka: SPÖ-Parteitag 1981</i>	12/105/IV
<i>Bernhard Pollmeyer: s.u. Axel Horstmann</i>	
<i>Hans Raßmes und Dieter Scholz: Afghanistan — Ende der Entspannungspolitik?...</i>	6/7/III
<i>Christiane Rix-Mackenthun: 20 Jahre gute Argumente — Zum 20jährigen Bestehen der Zeitschrift »Das Argument«</i>	4/58/II
<i>Christiane Rix-Mackenthun: Linke Labour Party oder gesplante Labour Party?...</i>	10/100/IV
<i>Christiane Rix-Mackenthun: Der 80. Parteitag der britischen Labour Party</i>	13/100/IV
<i>Dieter Scholz: s.u. Hans Raßmes</i>	
<i>Dieter Scholz: Er kämpft das Menschenrecht</i>	1/9/I
<i>Olaf Scholz: s.u. Günter Beling</i>	
<i>Hannes Schwenger und Jochen Zimmer: Arbeiter — Kultur — Heute. Arbeitstagung der Kulturpolitischen Gesellschaft vom 11.-13. Juni 1981 in Recklinghausen</i> ...	13/103/IV
<i>Erwin Seyfried und Heike Wilke: Linke Sozialdemokraten und ihre Aktivitäten in der Volksuni</i>	10/94/IV
<i>Leopold Spira: F.J. Strauß aus österreichischer Sicht</i>	7/7/III
<i>Karl-Ulrich Templ: »Für uns gibt es wichtigere Dinge als den Frieden«</i>	11/8/IV
<i>Martina Tiltmann: Bericht über die Bundeskonferenz sozialdemokratischer Frauen (AsF) vom 15.-17. Juni 1981 in Bad Godesberg</i>	12/102/IV
<i>Lars Vikström: Die diesjährigen Konferenzen der schwedischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften</i>	13/105/IV
<i>Reinhold Walz: Bericht von der Paulskirchentagung der SPD vom 11. Juni 1978</i>	1/36/I
<i>Andreas Wehr: Ende der Berufsverbote?</i>	2/8/II
<i>Andreas Wehr: Zur Krise der Berliner Sozialdemokratie</i>	10/11/IV
<i>Heike Wilke: s.u. Erwin Seyfried</i>	
<i>Klaus-Peter Wolf: Kommunistische Unterwanderung der Einheitsgewerkschaft</i>	5/7/II
<i>Klaus-Peter Wolf: Der SPD-Bundesparteitag in Berlin 1979</i>	6/104/III
<i>Jochen Zimmer: s.u. Hannes Schwenger</i>	
<i>Burkhard Zimmermann: Zum 75. Geburtstag von Wolfgang Abendroth</i>	11/7/IV

3. Interviews und Diskussionen

<i>Wolfgang Abendroth (Interview)</i>	8/11/III
<i>Wolfgang Abendroth: Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980)</i>	SH 3/58,151
<i>Detlev Albers (Interview)</i>	8/17/III
<i>Detlev Albers: Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980)</i>	SH 3/148
<i>Kersten Albers: s.u. Diskussion »Kultur ...«</i>	
<i>Günter Beling: Interview zum Ausgang der Bundestagswahl</i>	9/72/III
<i>Tony Benn (Interview)</i>	7/88/III
<i>Wolfgang Biermann: Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980)</i>	SH 3/59
<i>Joachim Bischoff: Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980)</i>	SH 3/176
<i>Christoph Butterwegge: Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980)</i>	SH 3/145

<i>Monika Buttgerit</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen ...«	
<i>Josef Cap</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/131
<i>Stefan Collignon</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/96
<i>Rüdiger Deißler</i> : Leserbrief.....	7/62/III
<i>Diskussion</i> : »Frauen — Opfer oder Täter?« — Über das Verhalten von Frauen.....	11/52/IV
<i>Diskussion</i> : Kultur und Kulturpolitik in den »Herforder Thesen«.....	13/51/IV
<i>Alex Drexler</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/79
<i>Christoph Ehrenberg</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/57
<i>Wieland Elfferding</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/203
<i>Barbara Esch</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen...«	
<i>Hermann Glaser</i> : Interview über soziokulturelle Stadtteilarbeit.....	13/63/IV
<i>Andreas Gross</i> (Interview mit dem Vorsitzenden der Schweizer Jungsozialisten).....	9/79/III
<i>Joachim Günther</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/112
<i>Joachim Günther</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	
<i>Frank Heidenreich</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/49
<i>Frank Heidenreich</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	
<i>Pietro Ingrao (KPI)</i> : »... Strauß will ganz Europa eine andere Orientierung geben« (Interview).....	6/94/III
<i>Pietro Ingrao</i> : Die KPI, der Friede und der Internationalismus (Interview).....	8/106/III
<i>Willi Keitel</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/150
<i>Angelika Kindt</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen ...«	
<i>Klaus Peter Kisker</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/109
<i>Wolfgang Krumbein</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/104
<i>Ursula Lang</i> : s.u. <i>Diskussion</i> : »Frauen ...«	
<i>Wilfried von Loewenfeld</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/114
<i>Erich Meinike</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/181
<i>Elfi Mihm-Gomell</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen ...«	
<i>Christa Müller</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen ...«	
<i>Traute Müller</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/209
<i>Kurt Neumann</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH3/117, 210
<i>Erik Nohara</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/51
<i>Paul Oehlke</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	
<i>Peter von Oertzen</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/53,106
<i>Peter Pelinka</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/206
<i>Mieczyslaw Rakowski</i> : Kooperation oder Konfrontation in Polen (Interview).....	13/71/IV
<i>Peter Riemer</i> (Interview mit dem Pressesprecher der Gewerkschaft Holz und Kunststoff).....	10/62/IV
<i>Petra Sauerwald</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen ...«	
<i>Henning Scherf</i> : Interview zum Ausgang der Bundestagswahl1980.....	9/65/II
<i>Josef Schleifstein</i> (Interview).....	8/23/III
<i>Christian Schmidt</i> : Zur Diskussion der »Herforder Thesen« (1980).....	SH 3/24
<i>Erwin Seyfried</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	
<i>Monika Tibbe</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	
<i>Karsten D. Voigt</i> (Interview).....	8/29/III
<i>Lech Walesa</i> : Kooperation oder Konfrontation in Polen? (Interview).....	13/80/IV
<i>Karin Westermann</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	
<i>Heike Wilke</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Frauen ...«	
<i>Klaus-Peter Wolf</i> (Interview mit dem stellv. Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten in der SPD).....	11/95/IV
<i>Jochen Zimmer</i> : s.u. <i>Diskussion</i> »Kultur ...«	

4. Besprechungen

<i>Adamek, Karl</i> : Lieder der Arbeiterbewegung (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Alsheimer, Georg W.</i> : Vietnamesische Lehrjahre (<i>H.M. Bien</i>).....	7/109/III
<i>Alsheimer, Georg W.</i> : Eine Reise nach Vietnam (<i>H.M. Bien</i>).....	7/109/III
<i>Bahro, Rudolf</i> : Die Alternative (<i>K. Neumann</i>).....	2/109/II
<i>Bergmann, Joachim/Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walther</i> : Gewerkschaften in der Bundesrepublik (<i>B. Pollmeyer</i>).....	2/104/II
<i>Biermann, Wolfgang</i> : Demokratisierung in der DDR (<i>K. Neumann</i>).....	2/112/II
<i>Manfred Bonson, Monika Tibbe</i> : Volk, Folklore, Volkslied (<i>J. Zimmer</i>).....	13/111/IV
<i>Deppe, Frank</i> : Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse (<i>B. Pollmeyer</i>).....	3/106/II
Frauenliederbuch (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Frei, Alfred</i> : Antonio Gramsci — Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus (<i>D. Albers</i>).....	4/107/II
<i>Göttinger Thesen</i> . Die kapitalistische Krise und ihre sozialistische Überwindung (<i>O. Scholz</i>).....	12/88/IV
<i>Haug, Frigga (Hrsg.)</i> : Frauenformen — Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation (<i>H. Wilke</i>).....	11/110/IV
<i>v. Heiseler, Johannes</i> : Jugendliche im Betrieb — Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher (<i>D. Dehm</i>).....	4/105/II
<i>Herforder Thesen</i> . Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, erw. Ausg. 1980 (<i>B. Pollmeyer</i>).....	7/63/III
<i>Hindels, Josef, und Pelinka, Peter</i> : Roter Anstoß. — Der »Österreichische Weg« (<i>J. Günther</i>).....	9/107/III
<i>IMSF (Hrsg.)</i> : DGB wohin? — Dokumente zur Programmdiskussion (<i>H.W. Weitzen</i>).....	4/108/II
<i>Jacobi, Otto</i> : s.u. <i>Bergmann, Joachim</i>	
<i>Kettel, Andreas (Hrsg.)</i> : Volksliederbuch (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Kröher, Hein, und Oss (Hrsg.)</i> : Das sind unsere Lieder (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Lammel, Inge</i> : Das Arbeiterlied (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Latz, Inge</i> : Frauen-Lieder (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Müller-Jentsch, Walter</i> : s.u. <i>Bergmann, Joachim</i>	
<i>ÖTV-Berlin</i> : »Öffentlicher Dienst — ein Dienst für alle?« (<i>H.-D. Bamberg</i>).....	12/108/IV
<i>Olfe-Schlothauer, Rina, und Thüne, Anna (Hrsg.)</i> : FrauenBilderLeseBuch (<i>H. Wilke</i>).....	12/110/IV
<i>Pelinka, Peter</i> : s.u. <i>Hindels, Josef</i>	
<i>Steinitz, Wolfgang</i> : Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Stern, Annemarie (Hrsg.)</i> : Lieder gegen den Tritt (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Stern, Annemarie</i> : Lieder aus dem Schlaraffenland (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Thaut, Michael (Hrsg.)</i> : Die Welt ist unser trotz alledem (<i>M. Tibbe</i>).....	13/112/IV
<i>Thüne, Anna</i> : s.u. <i>Olfe-Schlothauer, Rina</i>	
<i>Tibbe, Monika</i> s.u. <i>Bonson, Manfred</i>	
<i>Trentin, Bruno</i> : Arbeiterdemokratie-Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte (<i>B. Pollmeyer</i>).....	3/106/II
<i>Wesel, Uwe</i> : Der Mythos vom Matriarchat (<i>B. Wagner</i>).....	9/110/III
<i>Würzburg, Gerd</i> : Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politisch-kulturellen Transformation Italiens. (<i>A.G. Frei</i>)...	7/111/III
<i>Zoll, Rainer</i> : Der Doppelcharakter der Gewerkschaften (<i>B. Pollmeyer</i>).....	2/101/II

C. Systematisches Register

1. Alphabetisches Verzeichnis der Stichworte

Dieses Verzeichnis erfaßt zwei Arten von Begriffen:

- 1) Stichworte aus dem Stichwort-Register (vgl. C.2., S.XIIIff.). Sie sind *kursiv* gesetzt.
- 2) Begriffe, die im Stichwort-Register nicht erscheinen. Sie verweisen mit einem »vgl.« auf verwandte Stichworte im Stichwort-Register, z.B.
Produktivkraftentwicklung vgl. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik*.
Siehe auch »Über Nutzen und Gebrauch des Registers«, S.IIf.

* * *

Abrüstung vgl. *Friedensbewegung*

Antikommunismus/Antisozialismus vgl. *Politik der Rechtskräfte*

Arbeiterbewegung in Westeuropa

Arbeiterjugend vgl. *Jungsozialisten*; vgl. *Geschichte der Arbeiterbewegung*

Arbeiterparteien vgl. *Arbeiterbewegung in Westeuropa*; vgl. *Sozialdemokratie, deutsche*; vgl. *Strategie-Diskussion*

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) vgl. *Emanzipation*; vgl. *Sozialdemokratie*

Außenpolitik vgl. *Internationale Beziehungen*

Austromarxismus vgl. *Marxistische Theorie*

Befreiungsbewegungen und Imperialismus

Berufsverbote vgl. *Demokratie*

CDU/CSU vgl. *Politik der Rechtskräfte*

Demokratie

Demokratische Rechte vgl. *Demokratie*

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) vgl. *Gewerkschaftspolitik*

Dritte Welt vgl. *Befreiungsbewegungen und Imperialismus*

Emanzipation

Entscheidungspolitik vgl. *Internationale Beziehungen*

Faschismus vgl. *Politik der Rechtskräfte*

Frauenbewegung vgl. *Emanzipation*

Friedensbewegung

Geschichte der Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsgeschichte vgl. *Geschichte der Arbeiterbewegung*

Gewerkschaftspolitik

Hausbesetzungen vgl. *Kommunalpolitik*

Imperialismus vgl. *Befreiungsbewegungen und Imperialismus*

Internationale Beziehungen

Jungsozialisten

Kommunalpolitik

Konservatismus vgl. *Politik der Rechtskräfte*

Kultur und Kulturpolitik

Lebensweise vgl. *Kultur und Kulturpolitik*

Männeremanzipation vgl. *Emanzipation*

Marxistische Theorie

Massenmedien vgl. *Politik der Rechtskräfte*

Naher Osten vgl. *Befreiungsbewegungen und Imperialismus*

Neokolonialismus vgl. *Internationale Beziehungen*

Novemberrevolution vgl. *Geschichte der Arbeiterbewegung*

Ökologie vgl. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik*

Ökonomie und Wirtschaftspolitik

Politik der Rechtskräfte

Produktivkraftentwicklung vgl. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik*

Rationalisierung vgl. *Gewerkschaftspolitik*
 Recht auf Arbeit vgl. *Gewerkschaftspolitik*
 Rechtsstaat vgl. *Demokratie*; vgl. *Politik der Rechtskräfte*
Sozialdemokratie, deutsche
 Sozialisten-Gesetz vgl. *Geschichte der Arbeiterbewegung*
 Sozialistische Internationale vgl. *Arbeiterbewegung in Westeuropa*; vgl. *Sozialdemokratie*
Sozialistische Länder
 Staatstheorie vgl. *Marxistische Theorie*
 Stalinismus vgl. *Sozialistische Länder*
Strategie-Diskussion
 Streikrecht vgl. *Gewerkschaftspolitik*
 Tarifpolitik vgl. *Gewerkschaftspolitik*
 Technik-Kritik vgl. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik*
 Umweltpolitik vgl. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik*
 Wahlen vgl. *Arbeiterbewegung in Westeuropa*; vgl. *Sozialdemokratie, deutsche*
 Wirtschaftspolitik vgl. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik*
 Wohnungsbau vgl. *Kommunalpolitik*

2. Stichwort-Register der spw-Beiträge (ohne Besprechungen)

Arbeiterbewegung in Westeuropas.a. *Geschichte der Arbeiterbewegung; Sozialdemokratie; Strategie-Diskussion***Aufsätze, Berichte und Interviews**

<i>Detlev Albers</i> : Sechs Thesen zum Verhältnis von Linksozialisten und Eurokommunisten.....	4/40/II
<i>Detlev Albers</i> : Polnische Lektion und westliche Linke.....	11/65/IV
Interview mit <i>Tony Benn</i>	7/88/III
<i>C.E.R.E.S.</i> : Der Inhalt der Linksunion.....	1/93/I
<i>Stefan Collignon</i> : Nach dem Scheitern der Linksunion: Fraktions- und Klassenkämpfe in Frankreich.....	3/24/II
<i>Alfred Georg Frei</i> : Bericht vom Kongreß der PS Frankreich vom 6.-8. April 1979 in Metz.....	4/82/II
Interview mit dem Vorsitzenden der Schweizer Jungsozialisten, <i>Andreas Gross</i>	9/79/III
<i>Joachim Günther</i> : Zur aktuellen Entwicklung in der westeuropäischen Sozialdemokratie.....	3/9/II
<i>Michael Häupl</i> : Von Otto Bauer zu Franz Bauer. Zur Situation der österreichischen Sozialdemokratie.....	9/61/III
<i>Frank Heidenreich</i> : Bericht vom 2. Otto-Bauer-Symposium.....	6/101/III
<i>Stuart Holland</i> : Die Linke und Europa heute.....	3/43/II
Interview mit <i>Pietro Ingrao</i> »... Strauß will ganz Europa eine andere Orientierung geben.«.....	6/94/III
<i>Peter Pelinka</i> : Otto Bauers »Integraler Sozialismus« — Aktuell oder überholt? — Bericht vom 1. Otto-Bauer-Symposium.....	2/74/II
<i>Peter Pelinka</i> : Österreichische Wahlen 1979: Rechtsblock abgewehrt.....	4/94/II
<i>Peter Pelinka</i> : SPÖ-Parteitag 1981.....	12/105/IV
<i>Christiane Rix-Mackenthun</i> : Die Antwort der britischen Labour Party auf die Herausforderungen des Thatcherismus.....	9/49/III
<i>Christiane Rix-Mackenthun</i> : Linke Labour Party oder gesplante Labour Party?..	10/100/IV
<i>Christiane Rix-Mackenthun</i> : Der 80. Parteitag der britischen Labour-Party.....	13/100/IV

<i>Christian Schmidt</i> : Adieu à la Bourgeoisie?.....	12/73/IV
<i>Lars Vikström</i> : Die diesjährigen Konferenzen der schwedischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften.....	13/105/IV

Dokumente

Antrag der Hamburger Jungsozialisten zum Bundeskongreß 1977 zu den Europawahlen.....	3/86/II
Beschluß der Landeskonzferenz der Hamburger Jungsozialisten zur Direktwahl zum Europäischen Parlament vom Februar 1979.....	3/91/II
SPÖ: »10.-Punkte-Programm für ein sauberes Österreich«.....	9/94/III

Befreiungsbewegungen und Imperialismus

s.a. Internationale Beziehungen

Aufsätze

<i>Abdul-Rahman Alawi</i> : Nahost — Kein Frieden ohne die Beteiligung des palästinensischen Volkes.....	2/63/II
<i>Heinz Albrecht</i> : Das Nahost-Problem anders gesehen. Eine Entgegnung auf A.R. Alawi.....	3/83/II
<i>Joachim Günther</i> : Die Bundesrepublik: Vasall oder Rivale des US-Imperialismus... ..	8/6/III
<i>Klaus Peter Kisker</i> : Gewerkschaften und multinationale Konzerne.....	3/60/II
<i>Phillipe Henri Ledru</i> : Die Verbindung von Sozialismus und Islam in Algerien.....	8/43/III
<i>Klaus Thüsing</i> : Aspekte der iranischen Revolution.....	8/40/III

Demokratie

s.a. Politik der Rechtskräfte

Aufsätze

<i>Christoph Butterwegge</i> : Sozialistengesetz in der SPD.....	1/45/I
<i>Jürgen Egert</i> : Gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpfen.....	1/50/I
<i>Heinrich Lienker und Peter Strieder</i> : Transformation des Staates als Richtpunkt sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik. Einführung.....	SH 3/121
<i>Carl v. Ossietzky</i> : Kommunistengesetz.....	1/41/I
<i>Norman Paech</i> : Grundwerte der demokratischen Bewegung.....	1/54/I
<i>Norman Paech</i> : Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates (I).....	4/9/II
<i>Norman Paech</i> : Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates (II).....	5/99/II
<i>Dieter Scholz</i> : Er kämpft das Menschenrecht.....	1/9/I
<i>Peter Strieder</i> : Aussperrungsfreiheit.....	8/74/III
<i>Peter Strieder</i> : s.u. <i>Heinrich Lienker</i>	
<i>Andreas Wehr</i> : Bedeutung des Russell-Tribunals.....	1/67/I
<i>Andreas Wehr</i> : Ende der Berufsverbote?.....	2/8/II

Emanzipation

Aufsätze und Berichte

<i>Monika Buttgerit</i> : Sozialismus als Männersache. 100 Jahre Bebels Buch: »Die Frau und der Sozialismus«.....	3/77/II
<i>Lottemi Doormann</i> : Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie.....	SH 3/190
<i>Katrin Fuchs und Ursula Pausch-Gruber</i> : Zur Frauenarbeit in der Sozialdemokratie.....	11/13/IV

<i>Katharina Gröning</i> : Gedanken zur Funktion der Familie.....	11/40/IV
<i>Frigga Haug</i> : »Frauen — Opfer oder Täter?«.....	11/99/IV
<i>Ursula Pausch-Gruber</i> : s.u. <i>Katrin Fuchs</i>	
<i>Erwin Seyfried</i> : Männer-Emanzipation bei den Jusos?.....	12/88/IV
<i>Martina Tiltmann</i> : Teilzeitarbeit — eine Alternative für Frauen?.....	11/25/IV
<i>Martina Tiltmann</i> : Bericht über die Bundeskonferenz sozialdemokratischer Frauen (AsF) vom 15.-17. Juni in Bad Godesberg.....	12/102/IV
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Ich hoffe, ich errege Eure Gemüter!.....	11/47/IV

Friedensbewegung

s.a. *Internationale Beziehungen*

Aufsätze und Kommentare

<i>Detlev Albers und Wolfgang Biermann</i> : Zum Kampf für Frieden und Abrüstung....	10/7/IV
<i>Georg Benz</i> : IG Metall gegen NATO-Nachrüstung!.....	10/16/IV
<i>Wolfgang Biermann</i> : Der »Nachrüstungsbeschluß« der NATO, die SPD und die »Sicherheit der 80er Jahre:.....	6/78/III
<i>Wolfgang Biermann</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i>	
<i>Eva Margarete Bittner</i> : »Victory is possible« — oder die Legende von der Abrüstung.....	13/7/IV
<i>Mechtild Jansen</i> : 1. September Antikriegstag 1979 — Zur Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung.....	4/47/II
<i>Angela Kroll und Christa Randzio-Plath</i> : Frieden — Brot — Rosen.....	11/33/IV
<i>Karl A. Otto</i> : Ist die »Ostermarsch«-Bewegung wieder aktuell?.....	12/52/IV
<i>Christa Randzio-Plath</i> : s.u. <i>Angela Kroll</i>	
<i>Karl-Ulrich Tempel</i> : »Für uns gibt es wichtigere Dinge als den Frieden«.....	11/8/IV

Dokumente

» <i>Bielefelder Appell</i> : Mut für eine bessere Zukunft — für eine bessere Friedenspolitik!.....	10/112/IV
Beschluß des SPD-Landesparteitages Baden-Württemberg in Aalen vom 2./3. Mai 1981 — »Kompromißantrag« Friedenssicherung.....	11/104/IV
Antrag zum Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 26.-28. Juni 1981 in Lahnstein: Für eine wirkliche Friedenspolitik — Den NATO-Raketenbeschluß verhindern.....	12/93/IV

Geschichte der Arbeiterbewegung

s.a. *Arbeiterbewegung in Westeuropa, Sozialdemokratie*

Aufsätze

<i>Wolfgang Abendroth</i> : Sechzig Jahre Novemberrevolution.....	2/46/II
<i>Rainer Heinrich</i> : Geschichte des Jugendarbeitsschutzes (I).....	2/82/II
<i>Rainer Heinrich</i> : Geschichte des Jugendarbeitsschutzes (II).....	3/95/II
<i>Josef Hindels</i> : Bruno Frei und der Austromarxismus.....	7/67/III
<i>Arno Klönne</i> : Das Sozialistengesetz und seine Folgen.....	1/13/I
<i>Paul Oehlke</i> : Lehren aus der Gewerkschaftsgeschichte.....	5/46/II

Archiv

Aus den Reichstagsprotokollen 1878.....	1/25/I
Aus <i>Otto Bauers</i> Tagebuch: »Zwischen zwei Weltkriegen«.....	2/92/II
<i>Carl v. Ossietzky</i> : Kommunistengesetz.....	1/41/I
<i>Peter von Oertzen</i> : Wegmarke Godesberg.....	5/89/II
<i>Ortsverein Marburg-Stadt</i> : Antrag 95 zum Grundsatzprogramm-Entwurf.....	5/94/II
Zum politischen Gedenken an <i>Paul Levi</i>	6/111/III

Gewerkschaftspolitiks.a. *Ökonomie und Wirtschaftspolitik***Aufsätze und Berichte**

Anmerkungen zum HBV-Gewerkschaftstag 1980 (o.N.).....	9/103/III
<i>Arbeitsgruppe Gewerkschaften: Berufspolitik und alternatives Beschäftigungskonzept — die Deutsche Postgewerkschaft</i>	12/80/IV
<i>Gerhard Bäcker</i> : Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und die gewerkschaftlichen Forderungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.....	2/24/II
<i>Ulrich Briefs</i> : »Neue Technologien«, Rationalisierung, gewerkschaftliche Gegenwehr.....	10/25/IV
<i>Ludwig Eitel</i> : Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall.....	9/99/III
<i>Wolfgang Friedrichs</i> : Bericht und Anmerkungen zum 9. Gewerkschaftstag der ÖTV.....	8/110/III
<i>Wolfgang Hamer</i> : Entwicklung der Rechtsprechung und gewerkschaftliche Handlungsstrategien.....	2/36/II
<i>Heinz Hawreliuk</i> : Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie.....	9/83/III
<i>Hans Janßen</i> : Tarifiergebnisse für die metallverarbeitende Industrie.....	3/67/II
<i>Klaus Peter Kisker</i> : Gewerkschaften und multinationale Konzerne.....	3/60/II
<i>Klaus Peter Kisker</i> : Gewerkschaftliche Solidarität in der Krise.....	10/57/IV
<i>Hans Jürgen Kröger</i> : Diskussionsbeiträge, Anregungen und Kritik zum DGB-Grundsatzprogramm.....	10/19/IV
<i>Knut Krusewitz</i> : Gewerkschaften und Nuklearproblematik.....	6/39/III
<i>Hannelore May</i> : Persönlichkeitsentwicklung durch Arbeit. — Eine empirische Arbeit für Gewerkschafter!?	10/35/IV
<i>Hans Moll</i> : Rationalisierung, Unternehmerinteresse und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen.....	2/11/II
<i>Kurt Neumann</i> : Für jeden etwas? Erste Anmerkungen zum Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts.....	3/6/II
<i>U. Zachert</i> : Aktuelle Tendenzen einer Einschränkung der Tarifautonomie.....	5/77/II

Interview und Dokumente

Interview mit <i>Peter Riemer</i> (Pressesprecher der Gewerkschaft Holz und Kunststoff).....	10/62/IV
Beschluß des 11. Ordentlichen DGB-Bundes-Kongresses zur Wirtschaftspolitik.....	2/76/II
DGB-Aktionsprogramm 1979.....	4/99/II

Internationale Beziehungens.a. *Arbeiterbewegung in Westeuropa; Friedensbewegung***Aufsätze und Kommentare**

Interview mit <i>Wolfgang Abendroth</i> : Internationale Spannungen.....	11/11/III
--	-----------

Interview mit <i>Detlev Albers</i> : Internationale Spannungen	8/17/III
<i>Detlev Albers und Hans Alexy</i> : Zur Einschätzung der Entwicklung in Afghanistan.	8/65/III
<i>Hans Alexy</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i>	
<i>Hans Barschkies/Heinz-Gerd Hofschien/Arnim Meier</i> : Anmerkungen zur Diskussion um die Afghanistan-Krise.....	8/51/III
<i>Hans-Gerd Hofschien</i> : s.u. <i>Hans Barschkies u.a.</i>	
Interview mit <i>Pietro Ingrao</i> : Die KPI, der Friede und der Internationalismus.....	8/106/III
<i>Arnim Meier</i> : s.u. <i>Hans Barschkies u.a.</i>	
<i>Erik Nohara</i> : Friedenssicherung in Mitteleuropa.....	9/5/III
<i>Norman Paech</i> : Die neokoloniale Stoßrichtung der westeuropäischen Integration...	3/34/II
<i>Hans Raßmes und Dieter Scholz</i> : Afghanistan — Ende der Entspannungspolitik?...	6/7/III
<i>Roman Röhrig</i> : Weltkrise — oder regionale Konflikte zwischen den Großmächten um die Ausdehnung ihrer Macht?.....	8/32/III
Interview mit <i>Josef Schleifstein</i> : Internationale Spannungen.....	8/23/III
<i>Dieter Scholz</i> : s.u. <i>Hans Raßmes</i>	
Interview mit <i>Karsten D. Voigt</i> : Internationale Spannungen.....	8/29/III

Dokument

Die Konsequenzen aus der Entspannungspolitik ziehen. Berliner Juso-LDK-Beschluß vom Juli 1979.....	9/95/III
--	----------

Jungsozialisten

s.a. *Geschichte der Arbeiterbewegung; Sozialdemokratie*

Aufsätze und Berichte

<i>Günter Beling und Olaf Scholz</i> : Juso-Bundeskongreß 1981 — Auftrag zur Linkswendung.....	12/97/IV
<i>Rainer Christ und Joachim Günther</i> : Nach dem Aschaffener Kongreß — Die Jungsozialisten vor der Wegscheide.....	4/76/II
<i>Jürgen Duenbostel</i> : Bericht von der Juso-Arbeit in Kuba.....	1/87/I
<i>Joachim Günther</i> : s.u. <i>Rainer Christ</i>	
<i>Axel Horstmann</i> : Die Aufgaben der Jungsozialisten im Bundestagswahlkampf.....	7/103/III
<i>Dieter Scholz</i> : Zwischen zwei Bundeskongressen: Hannover 1971 — Hannover 1980.....	8/83/III
<i>Olaf Scholz</i> : s.u. <i>Günter Beling</i>	
Interview mit <i>Klaus-Peter Wolf</i> (stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD).....	11/95/IV

Dokumente

Antrag der Hamburger Jungsozialisten zum Bundeskongreß 1977.....	3/86/II
Beschluß der Landeskonferenz der Hamburger Jungsozialisten zur Direktwahl zum Europäischen Parlament vom Februar 1979.....	3/91/III
Die Konsequenzen aus der Entspannungspolitik ziehen. Berliner Juso-LDK-Beschluß vom Juli 1979.....	9/95/III
Antrag zum Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 26.-28. Juni 1981 in Lahnstein: Für eine wirkliche Friedenspolitik — Den NATO-Raketenbeschluß verhindern.....	12/93/IV

Kommunalpolitik

s.a. *Kultur und Kulturpolitik*

Aufsätze und Kommentare

<i>Robert Brögeler und Joachim Günther: Linke Kommunalpolitik und sozialistische Strategie</i>	12/12/IV
<i>Joachim Günther: s.u. Robert Brögeler</i>	
<i>Leonhard Hajen: Die Auseinandersetzung um sozialdemokratische Reformpolitik in Hamburg</i>	12/9/IV
<i>Stefan Krätke: Alternative Wohnungspolitik am Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus</i>	12/19/IV
<i>Klaus-Jörg Siegfried: Kommunale Realität, Bürokratie und Herrschaft</i>	12/42/IV
<i>Andreas Wehr: Zur Krise der Berliner Sozialdemokratie</i>	10/11/IV
<i>Karin Westermann: SOS aus SO 36</i>	12/31/IV

Kultur und Kulturpolitik

Aufsätze und Berichte

<i>Günther Bachmann und Karin Gauer-Krusewitz: Bericht über die Volks-Uni 1981</i> ..	12/107/IV
<i>Alfred Georg Frei: Kulturpolitik im Austromarxismus</i>	13/21/IV
<i>Karin Gauer-Krusewitz: s.u. Günther Bachmann</i>	
<i>Michael Häupl und Manfred Matzka: Mit uns zieht die neue Zeit? — Zum Wandel der politischen Kultur in der österreichischen Sozialdemokratie</i>	13/27/IV
<i>Dieter Kramer: Die Provokation Heimat</i>	13/32/IV
<i>Manfred Matzka: s.u. Michael Häupl</i>	
<i>Karin Priester: Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis — Zu einer Theorie der Revolution im Westen</i>	13/21/IV
<i>Erwin Seyfried: Rock & Punk und Politik</i>	13/41/IV
<i>Erwin Seyfried und Heike Wilke: Linke Sozialdemokraten und ihre Aktivitäten in der Volksuni</i>	10/94/IV
<i>Hannes Schwenger und Jochen Zimmer: Arbeitstagung der Kulturpolitischen Gesellschaft vom 11. bis 13. Juni 1981 in Recklinghausen</i>	13/103/IV
<i>Heike Wilke: s.u. Erwin Seyfried</i>	
<i>Jochen Zimmer: s.u. Hannes Schwenger</i>	

Interview und Dokument

<i>Hermann Glaser: Über soziokulturelle Stadtteilarbeit</i>	13/63/IV
<i>Programmerkklärung der West-Berliner »Volksuniversität«</i>	10/110/IV

Marxistische Theorie

s.a. *Strategie-Diskussion*

Aufsätze

<i>Wolfgang Abendroth: Renaissance des »klassischen« Austromarxismus</i>	8/97/III
<i>Christoph Butterwege: Marxismus und/oder Austromarxismus?</i>	8/87/III
<i>Wolfgang Fritz Haug: Ist das »Kapital« veraltet?</i>	5/18/II
<i>Josef Hindels: Bemerkungen zu den Herforder Thesen</i>	3/71/II

<i>Michael Krätke</i> : Die Vernichtung des Austromarxismus. Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels.....	7/73/III
<i>Gu drun Linke/Karin Westermann/Andreas Westphal</i> : Mit neuen Werten zum Sozialismus?	6/28/III
<i>Paul Oehlke</i> : Immer wieder »Stamokap« — Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den »Herforder Thesen«.....	4/60/II
<i>Thomas Scheffler und Thomas Waldhubel</i> : Politisches Modell und sozialistische Hegemonie. Anmerkungen zum politiktheoretischen Ansatz der »Herforder Thesen«.....	4/65/II
<i>Thomas Waldhubel</i> : s.u. <i>Thomas Scheffler</i>	
<i>Karin Westermann</i> : s.u. <i>Gu drun Linke u.a.</i>	
<i>Andreas Westphal</i> : s.u. <i>Gu drun Linke u.a.</i>	

Ökonomie und Wirtschaftspolitik

s.a. *Gewerkschaften*

Aufsätze und Berichte

<i>Helmut Arnold</i> : Ökologische Probleme — Umweltprobleme: Notwendige Folgen technischer Entwicklung?.....	6/10/III
<i>Helmut Arnold</i> : Bauerndemonstrationen — Hintergründe und Schlußfolgerungen.	11/106/IV
<i>Gerhard Bäcker</i> : Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und die gewerkschaftlichen Forderungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.....	2/24/II
<i>Frank Beckenbach</i> : Sozialistische Steuerpolitik.....	9/9/III
<i>Joachim Bischoff</i> : Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik.....	SH 3/99
<i>Ulrich Briefs</i> : »Neue Technologien«, Rationalisierung, gewerkschaftliche Gegenwehr.....	10/25/IV
<i>Peter Brosche</i> : Rüstung und Arbeitsplätze.....	6/67/III
<i>Ottwald Demele</i> : Arbeitszeitverkürzung zur Humanisierung der Arbeit und als Instrument der Arbeitsmarktpolitik.....	10/43/IV
<i>Michael Ernst-Pörksen</i> : Staatsverschuldung und Sozialabbau.....	12/62/IV
<i>Detlef Hensche</i> : Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik.....	SH 3/72
<i>Axel Horstmann und Kurt Wand</i> : Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik in den »Herforder Thesen«. Eine Einführung.....	SH 3/61
<i>Hermann Kepplinger</i> : Verstaatlichte Industrie als Instrument des Staatsinterventionismus.....	9/39/III
<i>Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick</i> : Sozialistische Wirtschaftspolitik.....	1/74/I
<i>Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick</i> : Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung.....	13/95/IV
<i>Jiri Kosta</i> : Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik.....	SH 3/92
<i>Knut Krusewitz</i> : Gewerkschaften und Nuklearpolitik.....	6/39/III
<i>Hans Moll</i> : Rationalisierung, Unternehmerinteresse und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen.....	2/11/II
<i>Herbert Schui</i> : Neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik.....	SH 3/83
<i>Ulf Skierke</i> : Alternative Technologien — neue Dimension sozialistischer Politik?.....	6/19/III
<i>Kurt Wand</i> : s.u. <i>Axel Horstmann</i>	
<i>Axel Zerdick</i> : s.u. <i>Klaus Peter Kisker</i>	

Dokument

Beschluß des 11. Ordentlichen DGB-Bundes-Kongresses zur Wirtschaftspolitik.....	2/76/II
---	---------

Politik der Rechtskräfte

Aufsätze und Kommentare

<i>Hans-Dieter Bamberg</i> : Die bundesdeutsche Reaktion — Positionen und Zielsetzungen von CDU und CSU.....	4/31/II
<i>Hans-Dieter Bamberg</i> : Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft.....	5/86/II
<i>Heinz Beinert</i> : Carstens-Wahl und Strauß-Kandidatur.....	4/6/II
<i>Robert Brögeler/Frank Heidenreich/Michael Karnutz/Christiane Rix-Mackenthun/Michael Zens</i> : Schmidt gleich Strauß?.....	7/10/III
<i>Reinhard Kühnl</i> : Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung.....	4/20/II
<i>Gerald Mackenthun</i> : Nach der ökologischen Verschmutzung jetzt die geistige?.....	7/48/III
<i>Leopold Spira</i> : F. J. Strauß aus österreichischer Sicht.....	7/7/III
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Kommunistische Unterwanderung der Einheitsgewerkschaft.....	5/7/II

Sozialdemokratie, deutsche

s.a. Arbeiterbewegung in Westeuropa; Jungsozialisten

Aufsätze, Berichte, Kommentare

<i>Günter Beling</i> : Interview zum Ausgang der Bundestagswahl 1980.....	9/72/III
<i>Brauns/Jaeggi/Kisker/Zerdick/Zimmermann</i> : Von Godesberg nach Bonn? Bilanz sozialdemokratischer Politik seit Godesberg.....	5/10/II
<i>Rainer Frank</i> : Landtagswahlen 1980: Überraschung in Baden-Württemberg?.....	7/96/III
<i>Leonhard Hajen</i> : Die Auseinandersetzung um sozialdemokratische Reformpolitik in der Hamburger SPD.....	12/9/IV
<i>Karl-Heinz Hansen</i> : Schlußplädoyer vor der Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein.....	12/5/IV
<i>Axel Horstmann und Bernhard Pollmeyer</i> : Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 1980.....	7/100/III
<i>Urs Jaeggi</i> : s.u. <i>Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	
<i>Klaus Peter Kisker</i> : s.u. <i>Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	
<i>Knut Krusewitz</i> : »Zehn gute Gründe für die SPD« — Zur Umwelt- und Friedensprogrammatische der SPD-Wahlplattform.....	7/32/III
<i>Kurt Neumann</i> : Wende — wohin?.....	13/10/IV
<i>Bernhard Pollmeyer</i> : s.u. <i>Axel Horstmann</i>	
<i>Henning Scherf</i> : Interview zum Ausgang der Bundestagswahl 1980.....	9/65/III
<i>Dieter Scholz</i> : Die Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag der SPD und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke.....	6/56/III
<i>Klaus Thüsing</i> : Das Europa-Programm der SPD — Kommt der Sozialismus?.....	3/55/II
<i>Reinhold Walz</i> : Bericht von der Paulskirchentagung der SPD.....	1/36/I
<i>Andreas Wehr</i> : Zur Krise der Berliner Sozialdemokratie.....	10/11/IV
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Der SPD-Bundesparteitag in Berlin.....	6/104/III
<i>Axel Zerdick</i> : s.u. <i>Hans-Jochen Brauns u.a.</i>	

Archiv und Dokumente

Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979 vom Dezember 1978	3/93/II
<i>Ortsverein Marburg-Stadt</i> : Antrag 95 zum Grundsatzprogramm-Entwurf 1959.....	5/94/II
<i>Peter von Oertzen</i> : Wegmarke Godesberg.....	5/89/II
SPÖ: »10-Punkte-Programm für ein sauberes Österreich«.....	9/94/III
Beschluß des SPD-Landesparteitages Baden-Württemberg in Aalen vom 2./3. Mai 1981 — »Kompromißantrag«.....	11/104/IV

Sozialistische Länder

s.a. Arbeiterbewegung in Westeuropa; Internationale Beziehungen

Aufsätze und Interviews

<i>Detlev Albers</i> : Polnische Lektion und westliche Linke.....	11/65/IV
<i>Joachim Günther</i> : Beispiel Polen: Unabhängige Gewerkschaften und die »führende Rolle der Partei«.....	10/85/IV
<i>Monty Johnstone</i> : Macht und Demokratie im Sozialismus.....	10/70/IV
<i>Monty Johnstone und Andreas B. Westphal</i> : Polen — Zwischen Historischem Kompromiß und Autoritarismus.....	13/84/IV
<i>Kurt Neumann</i> : Bahro und Biermann.....	2/109/II
<i>Norman Paech/Harri Rusch/Hajo Sassenscheidt</i> : Einige Anmerkungen zu den Ereignissen in Polen.....	11/70/IV
<i>Mieczyslaw Rakowski</i> : Kooperation oder Konfrontation in Polen? (Interview).....	13/71/IV
<i>Lech Walesa</i> : Kooperation oder Konfrontation in Polen? (Interview).....	13/80/IV
<i>Andreas Westphal</i> s.u. <i>Monty Johnstone</i>	

Strategie-Diskussion

s.a. Jungsozialisten; Marxistische Theorie; Sozialdemokratie

Aufsätze und Berichte

<i>Wolfgang Abendroth</i> : Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«.....	SH 3/40
<i>Detlev Albers</i> : Linke Sozialdemokraten und Gewerkschaften.....	2/30/II
<i>Detlev Albers/Heinrich Lienker/Kurt Neumann/Andreas Wehr</i> : Antwort an die Kritiker.....	SH 1/5
<i>Detlev Albers</i> : Die »Herforder Thesen« verstehen sich als Angebot und Anstoß.....	SH 1/57
<i>Detlev Albers</i> : Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«. Einleitung.....	SH 3/15
<i>Hans Alexy und Günther Bouwer</i> : Anmerkungen zum Programm der DKP.....	5/61/II
<i>Rudolf Bahro</i> : Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie.....	SH 3/169
<i>Günther Bouwer</i> : s.u. <i>Hans Alexy</i>	
<i>Adolf Brock/Edgar Einemann/Horst Werner Franke/Reinhard Hoffmann/Dieter Müller/Henning Scherf/Thomas von der Vring</i> : Kritische Anmerkungen Bremer Linker in der SPD zur Stamokap-Position am Beispiel der »Herforder Thesen«.....	SH 1/51
<i>Edgar Einemann</i> : s.u. <i>Adolf Brock</i> u.a.	
<i>Wieland Elfferding</i> : Transformation des Staates.....	SH 3/135
<i>Horst Werner Franke</i> : s.u. <i>Adolf Brock</i> u.a.	
<i>Ditmar Gatzmaga/Volker Lakemeinen/Klaus Rave</i> : Hier stehe ich — ich kann auch anders. Anmerkungen zu einem ostwestfälischen Manifest.....	SH 1/29
<i>Horst Heimann</i> : Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«.....	SH 3/28
<i>Reinhard Hoffmann</i> : s.u. <i>Adolf Brock</i> u.a.	
<i>Axel Horstmann/Heinrich Lienker</i> : Herforder Thesen in der Diskussion.....	2/57/II
<i>Mechtild Jansen</i> : Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie.....	SH 3/185
<i>Uwe Kremer</i> : Das Konzept des »Dritten Weges zum Sozialismus« am Beispiel der Göttinger Thesen.....	11/79/IV
<i>Wolfgang Krumbein und Gerhard Schröder</i> : Zwei Schritte vorwärts — ein Schritt zurück. Die »Herforder Thesen« und die Stamokap-Theorie bei den Jusos.....	SH 1/21
<i>Heinrich Lienker</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i> u.a.	
<i>Heinrich Lienker und Peter Strieder</i> : Transformation des Staates als Richtpunkt sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik.....	SH 3/121

<i>Kurt Neumann</i> : Reformisten und Marxisten in der SPD — zur Veränderbarkeit in der Sozialdemokratie. Einführung.....	SH 3/157
<i>Peter von Oertzen</i> : Zum strategischen Konzept der »Herforder Thesen«.....	SH 3/33
<i>Lothar Peter</i> : Zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie.....	SH 3/196
<i>Bernhard Pollmeyer</i> : Zur Arbeit von Marxisten in der SPD.....	7/63/III
<i>Henning Scherf</i> : s.u. <i>Adolf Brock u.a.</i>	
<i>Olaf Scholz</i> : Zur Kritik der Göttinger Thesen.....	11/88/IV
<i>Gerhard Schröder</i> : s.u. <i>Wolfgang Krumbein</i>	
<i>Peter Strieder</i> : s.u. <i>Heinrich Lienker</i>	
<i>Andreas Wehr</i> : s.u. <i>Kurt Neumann</i>	
<i>Andreas Wehr</i> : s.u. <i>Detlev Albers u.a.</i>	
<i>Michael Wendl</i> : Ostwestfälisches Märchenbuch — Kritik der Herforder Thesen...	SH 1/34
<i>Stan Zofka</i> : Eine ernsthafte Alternative? Zur aktuellen Auseinandersetzung mit den Grünen.....	7/40/III

Dokumente

<i>SOST</i> : Herforder Thesen — Ein Programm zur Arbeit von Marxisten in der SPD?	SH 1/45
Beschluß der 19. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) zu den »Herforder Thesen«.....	SH 1/42

D. Autorenverzeichnis

Die römischen Zahlen sind Seitenangaben, die sich auf die beiden anderen Verzeichnisse (B. und C.) in diesem Register beziehen.

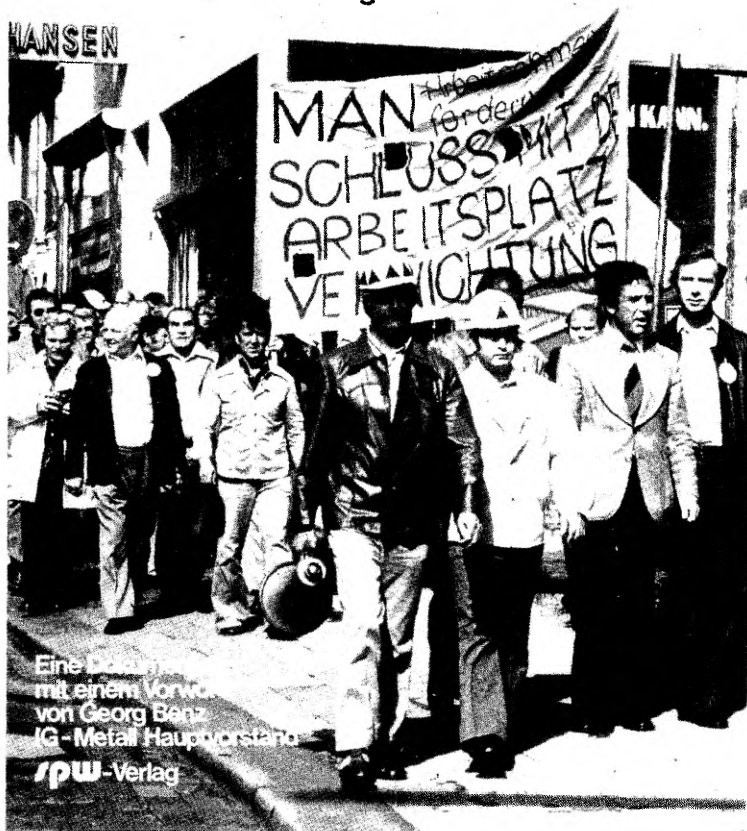
- Abendroth, Wolfgang IV, IX, XV, XVI, XVIII, XXI
 Alawi, Abdul-Rahman IV, XIV
 Albers, Detlev IV, VIII, IX, XI, XIII, XV, XVII, XXI
 Albers, Kersten IX
 Albrecht, Heinz IV, XIV
 Alexy, Hans IV, XVII, XXI
 Arbeitsgruppe Gewerkschaften IV, XVI
 Arnold, Helmut IV, VIII, XIX
 Bachmann, Günther VIII, XVIII
 Bäcker, Gerhard IV, XVI
 Bahro, Rudolf IV, XXI
 Bamberg, Hans-Dieter IV, XI, XX
 Barschkies, Hans IV, XVII
 Bauer, Otto XVI
 Beckenbach, Frank IV, XIX
 Beinert, Heinz VIII, XX
 Beling, Günter VIII, IX, XVII, XX
 Benn, Tony IX, XIII
 Benz, Georg IV, XV
 Bettstein, Ilse
 Bien, Helmut M. XI
 Biermann, Wolfgang IV, VIII, IX, XV
 Bischoff, Joachim IV, IX, XIX
 Bittner, Eva-Margarete VIII, XV
 Bouwer, Günther IV, XXI
 Brauns, Hans-Jochen IV, XX
 Briefs, Ulrich IV, XVI, XIX
 Brock, Adolf IV, XXI
 Brögeler, Robert IV, V, VIII, XX
 Brosche, Peter V, XIX
 Butterwegge, Christoph V, IX, XVIII
 Buttgerit, Monika V, X, XIV
 Cap, Josef X
 C.E.R.E.S. V, XIII
 Christ, Rainer VIII, XVII
 Collignon, Stefan V, X, XIII
 Dehm, Dieter XI
 Deißler, Rüdiger X
 Demele, Ottwald V, XIX
 Doormann, Lottemi V, XIV
 Drexler, Alex X
 Duenbostel, Jürgen VIII, XVII
 Egert, Jürgen V, XIV
 Ehrenberg, Christoph X
 Einemann, Edgar V, XXI
 Eitel, Ludwig VIII, XVI
 Elfferding, Wieland V, X, XXI
 Ernst-Pörksen, Michael V, XIX
 Esch, Barbara X
 Frank, Rainer VIII, XX
 Franke, Horst Werner V
 Frei, Alfred Georg V, VIII, XI, XIII, XVIII
 Friedrichs, Wolfgang VIII, XVI
 Fuchs, Katrin V, XIV
 Gatzmaga, Ditmar V, XXI
 Gauer-Krusewitz, Karin VIII, XVIII
 Glaser, Hermann X, XVIII
 Gröning, Katharina V, XV
 Gross, Andreas X, XIII
 Günther, Joachim V, VIII, X, XI, XIII, XIV, XVII, XVIII, XXI
 Guggomos, Carl L. VIII
 Häupl, Michael V, XIII, XVIII
 Hajen, Leonhard VIII, XVIII, XX
 Hamer, Wolfgang V, XVI
 Hansen, Karl-Heinz VIII, XX
 Haug, Frigga V, XV
 Haug, Wolfgang Fritz V, XVIII
 Hawreliuk, Heinz V, XVI
 Heidenreich, Frank V, VIII, X, XIII, XX
 Heimann, Horst V, XXI
 Heinrich, Reiner V, XV
 Hensche, Detlef V, XIX
 Hindels, Josef V, XV, XVIII
 Hoffmann, Reinhard V, XXI
 Hofschen, Heinz-Gerd V, XVII
 Holland, Stuart V, XIII
 Horstmann, Axel V, IX, XVII, XIX, XX, XXI
 Ingrao, Pietro X, XIII, XVII
 Jaeggi, Urs VI, XX
 Jansen, Mechtild VI, XV, XXI
 Janssen, Hans VI, XVI
 Johnstone, Monty VI, XXI
 Karnatz, Michael VI, XX
 Keitel, Willi X
 Kepplinger, Hermann VI, XIX
 Kindt, Angelika X
 Kisker, Klaus Peter VI, X, XIV, XVI, XIX, XX
 Klönne, Arno VI, XV
 Kosta, Jiri VI, XIX

- Krätke, Michael VI, XIX
 Krätke, Stefan VI, XIX
 Kramer, Dieter VI, XVIII
 Kremer, Uwe VI, XXI
 Kröger, Hans-Jürgen VI, XVI
 Kroll, Angela VI, XV
 Krumbein, Wolfgang VI, X, XXI
 Krusewitz, Knut VI, XVI, XIX, XX
 Kühnl, Reinhard VI, XX
 Kunick, Konrad VI
 Lakemeinen, Volker VI
 Lang, Ursula X
 Ledru, Phillipe Henri VI, XIV
 Levi, Paul XVI
 Lienker, Heinrich VI, XIV, XXI
 Linke, Gudrun VI, XIX
 Loewenfeld, Wilfried v. X
 Mackenthun, Gerald VI, XX
 Matzka, Manfred VI, XVIII
 May, Hannelore VI, XVI
 Meier, Arnim VI, XVII
 Meinike, Erich X
 Mihm-Gomell, Elfi X
 Moll, Hans VI, XVI, XIX
 Müller, Christa X
 Müller, Dieter VII, XXI
 Müller, Traute X
 Neumann, Kurt VII, IX, X, XI, XX, XXI,
 XXII
 Nohara, Erik IX, X, XVII
 Oehlke, Paul VII, X, XV, XIX
 Oertzen, Peter v. VII, X, XVI, XX, XXII
 Ossietzky, Carl v. XIV, XVI
 Otto, Karl A. VII, XV
 Paech, Norman VII, XIV, XVII, XXI
 Pausch-Gruber, Ursula VII, XV
 Pelinka, Peter IX, X, XIII
 Peter, Lothar VII, XXII
 Pollmeyer, Bernhard IX, XI, XX, XXII
 Priester, Karin VII, XVIII
 Rakowski, Mieczyslaw X, XXI
 Randzio-Plath, Christa VII, XV
 Raßmes, Hans IX, XVII
 Rave, Klaus VII
 Riemer, Peter X, XVI
 Rix-Mackenthun, Christiane VII, IX, XIII,
 XX
 Röhrig, Roman VII, XVII
 Ronnger, Hans-Ulrich
 Rusch, Harri VII, XXI
 Sassenscheidt, Hajo VII, XXI
 Sauerwald, Petra X
 Scheffler, Thomas VII, XIX
 Scherf, Henning VII, X, XX, XXII
 Schleifstein, Josef X, XVII
 Schmidt, Christian VII, X, XIV
 Scholz, Dieter VII, IX, XIV, XVII, XX
 Scholz, Olaf VII, IX, XI, XVII, XXII
 Schröder, Gerhard VII, XXII
 Schui, Herbert VII, XIX
 Schwenger, Hannes IX, XVIII
 Seyfried, Erwin VII, IX, X, XV, XVIII
 Siegfried, Klaus-Jörg VII, XVIII
 Skierke, Ulf VII, XIX
 Spira, Leopold IX, XX
 Strieder, Peter VII, XIV, XXII
 Templ, Karl-Ulrich IX, XV
 Thüsing, Klaus VII, XIV, XX
 Tibbe, Monika X, XI
 Tiltmann, Martina VII, IX, XV
 Vikström, Lars IX, XIV
 Voigt, Karsten X, XVII
 von der Vring, Thomas VII
 Wagner, Beate X
 Waldhubel, Thomas VIII, XIX
 Walesa, Lech X, XXI
 Walz, Reinhold IX, XX
 Wand, Kurt VIII, XIX
 Wehr, Andreas VIII, IX, XIV, XVIII, XX,
 XXII
 Weinzen, Hans-Willi XI
 Wendl, Michael VIII, XXII
 Westermann, Karin VIII, X, XVIII, XIX
 Westphal, Andreas B. VIII, XIX, XXI
 Wilke, Heike IX, X, XI, XVIII
 Wolf, Klaus-Peter VIII, IX, X, XV, XVII,
 XX
 Zachert, Ulrich VIII, XVI
 Zens, Michael VIII, XX
 Zerdick, Axel VIII, XIX, XX
 Zimmer, Jochen IX, X, XI, XVIII
 Zimmermann, Burkhard VIII, IX, XX
 Zofka, Stan VIII, XXII

Gudrun Schmidt

»Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich überhaupt nichts!«

Der Kampf gegen die Schließung des Kesselbaus
im M.A.N.-Werk Hamburg



ISBN 3-922489-02-8

im Buchhandel: 8,— DM

Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Libellenstr. 6a in

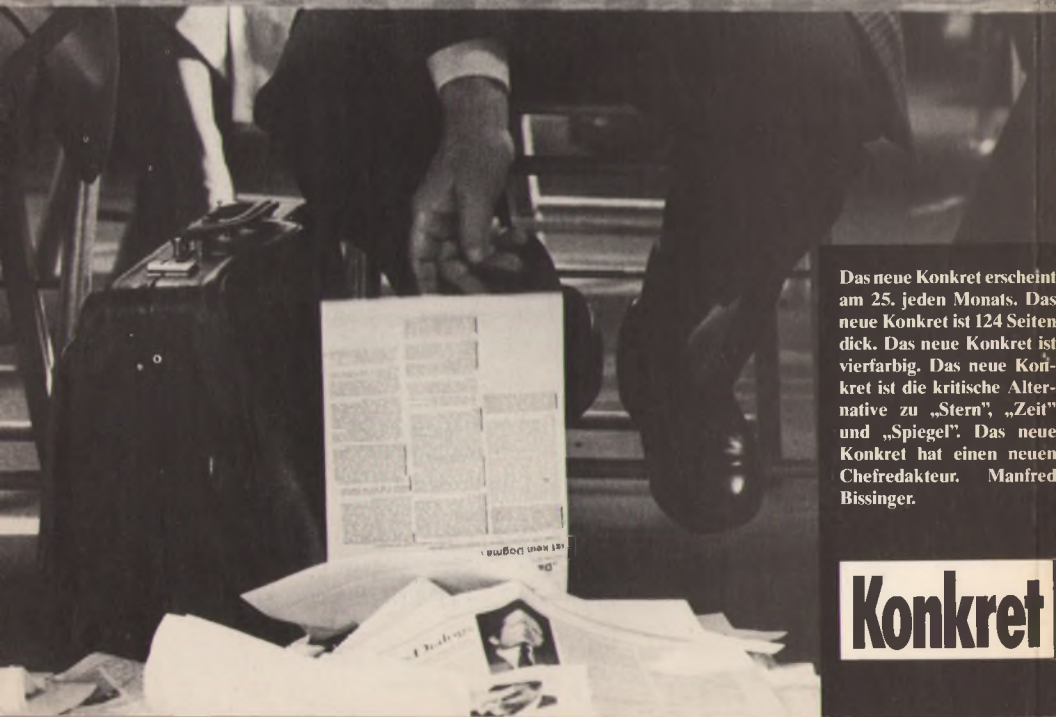
D-1000 Berlin (West) 38

Telefon: 030/803 34 29

208 S., 9, DM (incl. Versand)

Sonderpreis für *spw*-Abonnenten: 7,— DM (incl. Versand)

**Jetzt
kriegen Sie
was Richtiges
zu lesen,
Herr Schmidt.**



Das neue Konkret erscheint am 25. jeden Monats. Das neue Konkret ist 124 Seiten dick. Das neue Konkret ist vierfarbig. Das neue Konkret ist die kritische Alternative zu „Stern“, „Zeit“ und „Spiegel“. Das neue Konkret hat einen neuen Chefredakteur. Manfred Bissinger.

Konkret